HX
256
S6
1892

Verhandlungen

des

dritten österreichischen

cialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Wien

am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892

in den

Drei Engel-Sälen.

Preis 15 kr., mit Postversendung 18 kr.

Wien, 1892.

Verlag von Ludwig A. Breitschneider.

VI., Gumpendorferstraße Nr. 60.

Verzeichniß der in Oesterreich erscheinenden Arbeiterblätter.

„**Arbeiterwille**". Graz. Redaction, Administration und Expedition: Josefigasse 18. Erscheint am 2. und 4. Mittwoch jeden Monats. Vierteljährig 30 kr.

„**Arbeiter-Zeitung**". Wien. Redaction und Administration: VI., Gumpendorferstraße 60. Erscheint wöchentlich jeden Freitag. Vierteljährig 90 kr.

„**Arbeiterinnen-Zeitung**". Wien. Redaction und Administration: VI. Bez. Gumpendorferstraße 60. Erscheint jeden 1. und 3. Freitag jeden Monats. Vierteljährig 20 kr.

„**Arbeiterschutz**". Wien. Redaction und Administration: VI., Gumpendorferstraße 64. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Vierteljährig 35 kr.

„**Avanti!**" (italienisch). Triest. Redaction und Administration: Via Farneto 1 Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 40 kr.

„**Bäcker-Zeitung**". Wien. Redaction und Administration: Fünfhaus, Neubaugürtel 44. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 36 kr.

„**Bauarbeiter-Zeitung Ost.**" Wien. Redaction und Administration: Ottakring, Lerchenfelderstraße 66. Erscheint alle 14 Tage Donnerstag Abends. Vierteljährig 30 kr.

„**Bič Humoristicko satyrický list**". fl. 1.40. Erscheint in Prag.

„**Casopis stavebnich dělniků**" (slavisch). Prag-Nusle. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 20 kr.

„**Červánky**" (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint am 1. und 3. Mittwoch jeden Monats. Vierteljährig 24 kr.

„**Dělnické Listy**" (slavisch). Wien. Redaction und Administration: X., Staatsbahngasse 2. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 35 kr.

„**Einigkeit**". Wien, V., Wolfganggasse 26. Vierteljährig 36 kr.

„**Fachblatt der Drechsler**" (deutsch und slavisch). Wien. Redaction und Administration: VI., Schmalzhofgasse 12. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 42 kr.

„**Freie Hutmacher-Zeitung**". Wien. Redaction: Penzing, Poststraße 73. Administration: VII., Schottenfeldgasse 37. Erscheint am 1. und 3. Samstag jeden Monats. Vierteljährig 50 kr.

„**Freie Schuhmacher-Zeitung**". Wien. Redaction und Administration: VII., Kaiserstraße 73. Erscheint jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat. Vierteljährig 30 kr.

„**Freie Worte**". Wien, XV., Burggasse 3. Vierteljährig 36 kr.

„**Freigeist**". Reichenberg. Redaction und Administration: Ladegasse 23. Erscheint am 2. und 4. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 30 kr.

„**Der Gesellschafter**" (Zeitschrift für die wirklichen Interessen der Arbeiter, Bauern und Kleingewerbetreibenden). Aussig. Redaction, Administration und Expedition: Wallstraße 55. Erscheint am 2. und 4. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 30 kr.

„**Glühlichter**" (humoristisch-satirisch). Wien. Redaction und Administration: VI., Gumpendorferstraße 60. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig für Wien 35 kr., für Oesterreich-Ungarn 40 kr.

Verhandlungen

des

dritten österreichischen

socialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Wien

am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892

in den

Drei Engel-Sälen.

Nach dem stenographischen Protokolle.

Wien, 1892.

Verlag von Ludwig A. Bretschneider.

VI., Gumpendorferstraße Nr. 60.

HX
256
.S6
1892

Beschlüsse des Parteitages

der

socialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs

am

Parteitag zu Hainfeld

(30./31. December 1888 und 1. Jänner 1889)

ergänzt am

Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Principien-Erklärung.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterclasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Capitalistenclasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Productionsmitteln, wie er also politisch den Classenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Productivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterclasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen

Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das classenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der socialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Classenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterclasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitcontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Coalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterclasse ist der obligatorische, unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Culturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die socialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Classeninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Classengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirecten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Classenkampf ist, dessen Verlauf mit um so wenigeren Opfern verbunden, um so rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Classen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die socialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Censur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Caution und Stempel, sowie des Verbots der Colportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechtes (u. zw. ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des **Parlamentarismus** irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Socialreform".

Was heute vorzugsweise „Socialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiter-Versicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Classen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiter-Versicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterclasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiter-Versicherung berührt den Kern des socialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Socialreform".

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirkliche sociale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese sociale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die capitalistische Productionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterclasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspection ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Coalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Cartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Clauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher und localer Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspectoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Parteibericht. Referent: J. Neumann.
2. Organisation. Referenten: R. Pokorny und Dr. W. Ellenbogen.
3. Programm und Taktik. Referent: Dr. V. Adler.
4. Parteipresse. Referent: W. Kiesewetter.

Als Einberufer fungirten:

Eduard Rieger, Brünn.
Johann Resel, Graz.
Heinrich Englisch, Krakau.
Ant. Mankowsky, Lemberg.
Johann Dolejši, Wien.
Ferdinand Leißner, Wien.

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Schmidt (Jägerndorf), Kiesewetter (Reichenberg), Popp (Wien).

Schriftführer:

Diamant (Lemberg), Ehrlich (Graz), Saska (Innsbruck), Zinnburg (Brünn).

Auswärtige Gäste:

J. Auer (Berlin), Dr. Digrim (Bukarest), K. Hanslitschek (Budapest).

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen, und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 15 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbstständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Discussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbstständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Discussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

I. Verhandlungstag.

Sonntag, den 5. Juni 1892.

Beginn der Vormittagssitzung: 10 Uhr.

Genosse Leißner (das Präsidium übernehmend): Werthe Genossen! Es ist mir die Aufgabe zu Theil geworden, Sie sowohl im Namen der Einberufer, wie auch im Namen der Wiener Genossen zu begrüßen. Der Grund für die Einberufung dieses Parteitages liegt darin, daß manche Ereignisse, die sich innerhalb unserer Partei vollzogen haben, einer Erledigung harren. Wenn Sie nun an die Aufgabe schreiten, verschiedene Fragen, welche die Partei berühren, zu berathen, so sind Alle gewiß von der Intention beseelt, im Interesse unserer gemeinsamen, großen Sache zu arbeiten.

Zum dritten Male seit vier Jahren treten wir zu diesem Behufe zusammen. Es ist allerdings richtig, daß die Parteitage ein Bedürfniß für die Agitation sind; aber es ist auch gewiß, daß durch die Einberufung von Parteitagen den Genossen Opfer auferlegt werden, und es ist zu wünschen, wenn schon Opfer gebracht werden müssen, daß die hier gefaßten Beschlüsse auch von den Parteigenossen respectirt werden. Deshalb wünschen wir, daß es dem heutigen Parteitage, welcher hiemit eröffnet wird, gelingen möge, die uns vorliegenden Fragen einer eingehenden Besprechung zu unterziehen und diejenigen Beschlüsse zu fassen, welche zu einer gedeihlichen Organisation, zu einer gedeihlichen Entwicklung für die Zukunft nothwendig sind.

Genossen! In dem Momente, wo das Zusammentreten von Genossen aus so vielen Orten erfolgt, erinnern Sie sich wohl Alle der furchtbaren Katastrophe in Přibram, und wir Alle stehen noch heute unter dem Eindrucke derselben, welche Hunderte von Bergleuten betroffen hat, die ihren Tod gefunden haben. Ich glaube, wir haben die Pflicht, im Interesse unserer gemeinsamen Sache das Andenken Jener zu ehren, die in ihrer Arbeit begriffen, den Tod erlitten haben, und ich ersuche Sie, sich zum Zeichen Ihrer Theilnahme von den Sitzen zu erheben. (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Im Namen der Parteigenossen habe ich auch zu erklären, daß wir — nachdem es vor Allem ein Staatsunternehmen ist, in dessen Dienste diese Arbeiter in Ausübung ihres Berufes den Tod erlitten haben — nicht in der Weise, wie es andere zu thun gewohnt sind, und wie es in den Parlamenten geschehen ist, mit Phrasen die Leute abzufertigen und zu befriedigen versuchen. (Sehr gut!)

Allerdings ist der Ackerbauminister Falkenhayn hingegangen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu erheben. Welchen Zweck er bis jetzt erreicht hat, ist noch nicht klar; soviel wir aus den Berichten erfahren, hat vorderhand eine Auszahlung von vier Wochen im Vorhinein an die Hinterbliebenen stattgefunden. Ich glaube, es ist nicht nöthig, darauf näher einzugehen, weil speciell in dieser Angelegenheit eine Resolution eingebracht werden wird, um deren Unterstützung ich Sie im Vorhinein bitte. Aber nicht unerwähnt will ich lassen, daß es auch einem anderen Manne gefallen hat, bei dieser Gelegenheit sein Lichtlein leuchten zu lassen. Prof. Sueß, der Ihnen ja bekannt ist als ein Vollblut-Liberaler, wollte die Thränen der Unglücklichen damit stillen, daß er ein Marmorbild errichten lassen wollte zum Troste der Verunglückten. Ich glaube, daß, wenn unsere großen Parlamentarier nichts Besseres zu thun wissen und nichts Gescheidteres zu thun haben, als mit derartigem Sport zu hantiren, dadurch den Hinterbliebenen weder geholfen, noch den bestehenden Uebelständen gesteuert wird. Niemand im Parlamente hat sich gefunden, der angeregt hätte, es sei zum Mindesten, um den Schein zu wahren, eine Untersuchungs-Commission zu bestimmen, welche zu erheben hätte, wer eigentlich der schuldtragende Theil bei dieser Katastrophe ist; es hat fast den Anschein, daß vielleicht noch die Arbeiter selbst beschuldigt werden, die Katastrophe herbeigeführt zu haben. So spricht sich heute die öffentliche Presse aus, jene Presse, die im Besitze der Macht ist, die Alles aufbietet, um zu verhindern, daß nicht etwa diejenigen als die Urheber erkannt werden, welche die Besitzer dieser Gruben sind. (Bravo! Bravo!) Ich glaube, es ist nothwendig, dies zu constatiren, weil dasselbe heute oder morgen wieder passiren kann, und weil man sich immer der großartigen Arbeiterschutzgesetze rühmt, welche in Oesterreich bereits eingeführt sind. Hier ist einmal der Beweis geliefert, wie diese Schutzgesetze eigentlich aussehen, und wir werden wohl im Laufe unserer Verhandlungen noch Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen.

Damit glaube ich meine Aufgabe als Einberufer der Versammlung gelöst zu haben und erkläre hiemit den dritten Parteitag der österreichischen Socialdemokratie für eröffnet. (Beifall.)

Ich bitte Sie, nunmehr zur Wahl des Präsidiums zu schreiten.

In das Bureau werden, nachdem Dolejši (Wien) eine Wahl abgelehnt hatte, gewählt:

Als Vorsitzende: Popp (Wien), Kiesewetter (Reichenberg), Schmidt (Jägerndorf) und Ehrlich (Graz); als Schriftführer: Diamant (Lemberg), Slinnikar (Baden), Zinnburg (Brünn) und Saska (Innsbruck).

Genosse Popp (Wien) übernimmt nunmehr das Präsidium. Bei der hierauf vorgenommenen Verlesung der Präsenzliste constatirt der Vorsitzende Popp bezüglich des Rudolf Hauser, daß derselbe nicht mehr als Redacteur der „Volkspresse", sondern im Besitze von zwei Mandaten, von Aussig und von Karbitz, erschienen sei. Hierauf wird von Seite des Regierungsvertreters eine Revision der Karten vorgenommen.

Genosse Koczka (Floridsdorf) interpellirt die Einberufer, warum dem Herrn Dr. Elbogen eine Gastkarte nicht ausgefolgt worden sei.

Genosse Dolejši bemerkt, er habe Dr. Elbogen als Gast namhaft gemacht, die Ausfolgung einer Gastkarte sei aber aus dem Grunde verweigert worden, weil man befürchtete, Dr. Elbogen könnte durch Zwischenrufe die Verhandlungen des Parteitages stören. Wenn die österreichische Socialdemokratie nicht so stark sei, sich durch einzelne Personen den Parteitag nicht stören zu lassen, dann stehe sie auf sehr schwachen Füßen. Redner appellirt deshalb an den Parteitag, derselbe möge beschließen, es sei dem Dr. Elbogen eine Gastkarte auszufolgen. Er habe kein Interesse, den Dr. Elbogen in Schutz zu nehmen, aber im Interesse der Sache wäre es gut, wenn Dr. Elbogen, der ja, wie man sagt, in der Bewegung sich als „Spitze" aufwerfen will, die Verhandlungen des Parteitages anhöre.

Vorsitzender Genosse Popp: Wir machen Ihnen den Vorschlag, daß vom Bureau aus dem Herrn Dr. Elbogen eine Gastkarte zugemittelt werde. Dadurch ist jeder weiteren Debatte die Spitze abgebrochen.

Dieser Vorschlag wird angenommen.

Genosse Leißner (Wien) bedauert den gefaßten Beschluß. Es handle sich darum, ob die betreffenden Personen als Parteigenossen anerkannt werden oder nicht. Die Vergangenheit des Dr. Elbogen charakterisire ihn vollkommen; mit derartigen Elementen wolle die Partei als solche nichts zu schaffen haben. Redner bittet daher, bei derartigen Beschlüssen vorsichtig zu sein und den Einberufern das Vertrauen zu schenken, daß sie wissen, wer in die Verhandlungen nicht passe.

Genosse Roscher ist ebenfalls der Ansicht, daß man dies getrost dem Bureau überlassen könne.

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt.

Vorsitzender Genosse Popp (Wien): Werthe Parteigenossen! Als wir vergangenen Jahres den zweiten österreichischen Parteitag schlossen, da dachten wir nicht daran, daß wir so schnell wieder zusammenkommen werden. Die Genossen gingen mit dem Bewußtsein vom Parteitage weg, daß, wenn die Beschlüsse des Parteitages durchgeführt werden sollen, sie ein großes Stück Arbeit vor sich haben, daß, wenn sie die Organisation in der Partei, wie sie beschlossen wurde, schaffen sollen, unendlich Vieles zu thun sein würde, daß es gar nicht möglich sei, in einem Jahre diese Arbeit zu bewältigen. Es konnte also gar nicht daran gedacht werden, schon nach einem Jahre einen dritten Parteitag einzuberufen. Nun, die Verhältnisse haben sich in der österreichischen Arbeiterbewegung wieder so gestaltet, daß die Einberufung eines Parteitages nothwendig war.

Es ist ein Streit ausgebrochen, der nicht aus principiellen Gründen entstanden war, sondern aus rein persönlichen (Oho-Rufe seitens der Opposition). Ich glaube, die Aufgabe des Parteitages wird sein, Klarheit in die Situation hineinzubringen, es wird Aufgabe des Parteitages sein, die Genossen wieder zu ruhiger Arbeit kommen zu lassen (sehr richtig!),

damit sie nicht mit kleinlichen, unnützen Streitigkeiten die Zeit versäumen, sondern zu jener Arbeit gehen, die für uns Alle nothwendig ist. Ich glaube, es ist leicht, diese Streitigkeiten, welche eventuell vorhanden sind, bei Seite zu schieben. Niemand in der Arbeiterschaft hat ein Interesse daran. Die gesammte Arbeiterschaft, die gesammte Socialdemokratie Oesterreichs hat einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Dieser könnte nur lachen, diesem wäre es nur recht, wenn sich die Arbeiter gegenseitig bekämpften und das Ziel, welches sie vor Augen haben, vernachlässigen würden. (Sehr richtig!)

Es ist der Socialdemokratie nicht würdig, kleinlicher Mergeleien halber das große Ziel, welches sie vor sich hat, aus den Augen zu verlieren; es ist der Socialdemokratie nicht würdig, mit kleinlichen Zänkereien die Zeit zu vertrödeln. (Zustimmung.) Die Socialdemokratie hat einen gemeinsamen Feind, der sich präsentirt in dem heutigen Capital, in der heutigen Gesellschaft. Und alle Parteien, die unsere Gegner sind, haben gerade in der letzten Zeit versucht, durch alle möglichen Mittel und durch die Presse Zwiespalt in die Socialdemokratie hineinzubringen und sind hiebei einig vorgegangen. Heute, Genossen, heute lesen Sie die „Deutsche Zeitung", wo gegen uns das Größte an Infamie, was es je gegeben hat, geleistet wird; heute, an dem Tage der Congreß-Eröffnung konnte sie es nicht unterlassen, abermals einen Schmähartikel loszulassen. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Warum thut sie es? Wen vertritt die „Deutsche Zeitung"? Das Fabrikantenthum. Die Fabrikanten haben ein Interesse daran, den Streit zu unterstützen, sie fürchten die einige Macht der Socialdemokratie. Das soll uns bestimmen, das soll uns den Fingerzeig dafür geben, daß wir uns nicht selbst zerfleischen! Dem heutigen Parteitag wird es möglich sein müssen, diese Zwistigkeiten zu beseitigen, deren Grund kein principieller ist, damit die Arbeiterschaft als einige Partei, als einige Macht dastehe.

Damit, werthe Genossen, begrüße ich Sie herzlichst und danke für das Vertrauen, welches Sie mir, sowie den übrigen Genossen, welche Sie in's Bureau gewählt haben, entgegenbrachten.

Gleichzeitig erlaube ich mir, Genossen, Reichstags-Abgeordneten Auer aus Berlin (lebhafter Beifall und Händeklatschen) als Vertreter der deutschen Genossen, und Genossen Hanslitschek als Vertreter der Genossen aus Ungarn (lebhafter Beifall) vorzustellen.

Genosse Auer aus Berlin hat das Wort.

Genosse Auer (Berlin): Genossen! Es freut mich, daß ich heute Gelegenheit habe, in Ihrer Mitte zu sein. Es freut mich dies umsomehr als ich zunächst persönlich Ihnen gegenüber eine Entschuldigung vorzubringen habe, und zwar deshalb, weil, als Sie im vorigen Jahre Ihren Parteitag abhielten, durch mein Verschulden die deutsche Socialdemokratie in Ihrer Mitte nicht vertreten gewesen war. Das Verschulden meinerseits war ein unabsichtliches. Ich kann Sie deshalb nur bitten, wenn bei dem Einen oder Anderen irgend eine Empfindlichkeit übrig geblieben oder vorhanden gewesen sein sollte, diese Empfindlichkeit beizulegen. Es war ein Zusammentreffen verschiedener Umstände, die zu beseitigen sowohl

mir als auch denjenigen, welche, wie das ja selbstverständlich war, beschlossen hatten, daß die deutsche Socialdemokratie durch einen Gast hier bei Ihnen vertreten sei, ganz unmöglich gewesen. Böser Wille oder Absicht war es nicht, es war Zufall. Umso viel angenehmer ist es mir, daß ich heute in Ihrer Mitte sein und, weil ja mir ein Theil der Schuld der deutschen Socialdemokratie, damals nicht vertreten gewesen zu sein, zufällt, persönlich Ihnen gegenüber, wenn der Ausdruck nicht zu weit geht, Abbitte leisten kann.

Nachdem diese persönliche Angelegenheit geordnet, erlaube ich mir Ihnen die besten Grüße der deutschen Socialdemokratie zu überbringen. (Lebhafter Beifall.) Ich darf es wohl aussprechen, daß, soweit unter der deutschen Arbeiterschaft, im deutschen Volke überhaupt, der socialdemokratische Gedanke Boden gefaßt hat, großes Interesse und volle Theilnahme der heutigen Versammlung und den Verhandlungen dieser Tage entgegengebracht wird. Die österreichische Socialdemokratie und die deutsche Socialdemokratie, sie haben ja von jeher zusammengehört in noch viel höherem Maße als wie die internationale Solidarität, die socialdemokratische Bewegung aller Länder die Arbeiterschaft aller Länder umschließt. Solange wir in Deutschland und Oesterreich eine socialdemokratische Bewegung haben, solange haben wir gemeinsam gefühlt, gedacht, gestritten und gewirkt. Ich darf daran erinnern, daß, als zum ersten Male in Deutschland eine organisirte Socialdemokratie auftrat unter Ferdinand Lassalle, derselbe es als eine bedeutungsvolle und erfreuliche Erscheinung der jungen Bewegung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereines hinstellte, daß über den deutschen Grenzen, jenseits der schwarz-gelben Pfähle ebenfalls eine Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereines in Nordböhmen begründet wurde. Und als später die socialdemokratische Partei Eisenacher Programms sich bildete, da werden die alten Genossen unter Ihnen sich erinnern, daß unser Genosse und Vorkämpfer Liebknecht es gewesen ist, der vor der Gründung und Organisirung der socialdemokratischen Partei Eisenacher Programms zu Ihnen nach Wien gekommen ist, daß er, und zwar im Auftrage der Organisatoren der Partei, Fühlung mit der österreichischen Arbeiterbewegung genommen, eine Fühlung, die so intim war, daß auf dem ersten Congresse im Jahre 1869 der Partei die gesammte österreichische Arbeiterschaft, soweit sie socialdemokratisch dachte und fühlte, mit vertreten war. Eine große Anzahl österreichischer Delegirter war damals auf dem Congresse anwesend und ein gemeinsames Programm und eine einzige Organisation wurde damals für die deutsche und österreichische Arbeiterschaft zusammen geschaffen. Das Gefühl der gleichen Interessen, das Gefühl der engen Parteizusammengehörigkeit, nicht etwa blos die Auffassung der gemeinsamen großen Gesichtspunkte und Principien, sondern die organisatorische Zusammengehörigkeit ging soweit, daß auf dem Congresse im Jahre 1869 aus der Mitte des Congresses heraus — es war der leider allzufrüh verstorbene Bracke — der Vorschlag gemacht wurde, die Leitung der Partei nach Wien zu verlegen, ein Vorschlag, der allerdings nicht Annahme fand. Aber wie sehr der Gedanke der Zusammengehörigkeit, des Zusammenwirkens, der gemein-

samen Kampfesrichtung und Kampfesorganisation den Congreß damals erfüllte, das beweist am besten doch die Thatsache, daß unsere zweite Behörde, die neben der Centralleitung in der Partei damals geschaffen wurde, die sogenannte Control-Commission, nach Wien verlegt wurde. So sehr gehört von Grund aus die deutsche und die österreichische Socialdemokratie in ihren inneren Partei- und organisatorischen Angelegenheiten zusammen. Und so wie es damals gewesen, so ist es ja später geblieben, und so ist es auch heute. Als für uns nach 12jährigem Ringen unser Ausnahmsgesetz aufgehoben wurde, da konnten Ihre Vertreter in Halle sagen, daß sie nicht nur mit uns fühlen im Sinne des Ausspruchs: „Proletarier aller Länder vereinigt euch", sondern auch als Stammesgenossen, und dasselbe Gefühl kann ich auch heute zum Ausdrucke bringen. Wir haben miteinander gelitten. Wir haben miteinander Erfolge errungen. Das Unangenehmste in der Zeit des Ausnahmsgesetzes war in jener Zeitperiode, wo es scheinen wollte, als ob die österreichische Socialdemokratie ihren Glauben an die Ausdauer und Principientreue der deutschen Genossen verloren hätte. Wenn wirklich die große Masse in der Partei so gedacht haben sollte, so haben die Jahre seitdem gezeigt, daß dieses Vorurtheil gefallen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind das geblieben, was wir waren und sein werden, und wir wissen auch von Ihnen, daß Sie wie uns das Bestreben erfüllt, die Befreiung des Proletariates herbeizuführen. Wir wissen, daß Sie, ebenso wie wir, entschlossen sind, zu kämpfen mit allen Mitteln, die Sie für recht erachten, mit allen Mitteln, die Sie wählen, nicht aber mit solchen, die Ihnen diejenigen aufdrängen wollen, welche ein Interesse daran haben, daß Sie das Schlechte wählen. (Bravo!) In diesem Sinne, daß wir auch in Zukunft Schulter an Schulter kämpfen und in diesem gemeinsamen Kampfe auch gemeinsam den Sieg erringen werden, lade ich Sie ein, ein Hoch auszubringen auf die Brüder- und Kampfgenossenschaft der deutschen und der österreichischen Socialdemokratie und auf die Solidarität aller Proletarier, aller Socialdemokraten aller Länder! (Stürmischer Beifall und dreimaliges Hoch!)

Genosse Hanslitschek: Genossen! Es ist mir von Seite der ungarländischen socialdemokratischen Partei der ehrende Auftrag zu Theil geworden, den österreichischen Genossen die herzlichsten und sympathischsten Grüße zu überbringen. (Beifall.) Genossen! Wir in Ungarn sind zwar noch nicht so weit wie unsere Brüder in Oesterreich, aber ich kann Euch versichern, daß es auch bei uns nicht fehlt an dem festen und thatkräftigen Willen, hinter den Culturbestrebungen der österreichischen Brüder nicht zurückzubleiben. Auch in Ungarn, welches bis vor wenigen Decennien ein Agriculturstaat war, nistet sich die Großindustrie ein; sie proletarisirt die Landbevölkerung zu Sklaven der Industrie, und das ist der Grund, weshalb sich der Gegensatz zwischen privatcapitalistischer Weltordnung und socialistischer Weltanschauung von Tag zu Tag verschärft. Die künstlich errichteten Grenzpfähle zwischen diesseits und jenseits der Leitha existiren für uns classenbewußte Arbeiter nicht. (Beifall.) Wir kennen nur eine Nation, die Nation der Menschheit (lebhafter

Beifall), wir kennen nur ein Streben, das ist das Streben, vorwärts und immer vorwärts zu dringen, theilzunehmen an den Culturbestrebungen der ganzen classenbewußten Arbeiterschaft (lauter Beifall), das Streben, in Werk und That nach Möglichkeit mit allen Mitteln, welche wir für richtig und recht erkennen, für die leidende Arbeiterschaft, für die leidende Menschheit der ganzen Erde einzutreten. (Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich Euch; in diesem Sinne reichen wir Arbeiter Ungarns Euch die Hand zum Bruderbunde; wir reichen Euch die Hand und versprechen Euch, mitzukämpfen, mitzuringen, bis wir endlich den Sieg errungen haben und die leidende Menschheit von der physischen, moralischen und geistigen Knechtschaft erlöst haben. (Stürmischer Beifall.)

Der Präsident bringt hierauf die eingelangten Telegramme zur Verlesung. Unter Anderem sind Begrüßungsschreiben eingelangt: von Friedrich Engels, Louise Kautsky, vom „Communalistischen Arbeiter-Bildungsverein" in London, den österreichischen Genossen in Berlin u. s. w.

Weiters bringt der Vorsitzende die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern zur Verlesung, durch welche das seitens der oberösterreichischen Statthalterei erflossene Verbot des nach Linz einberufenen Parteitages aufgehoben wird.

Es folgen hierauf mehrere Constatirungen, beziehungsweise Richtigstellungen von Genossen, welche Mandate von mehreren Orten erhalten haben.

Es wird sohin die Geschäftsordnung verlesen.

Zu derselben liegt der Zusatzantrag vor, daß den Rednern der Opposition unbeschränkte Redezeit eingeräumt werde.

Dieser Antrag wird von den Genossen Dolejši (Wien) und Hinterberger (Graz) unterstützt und hierauf die Geschäftsordnung sammt dem gestellten Zusatzantrage angenommen.

Vorsitzender: Wir gelangen zur Tagesordnung. Es wurde in der zweiten Conferenz eine ganz kurze Tagesordnung angegeben, und zwar absichtlich aus dem Grunde, um nicht eventuell der Behörde abermals durch die Tagesordnung einen Grund zu einem Verbote zu geben. Nun aber schlagen wir Ihnen vor, daß wir bei der Tagesordnung bleiben, wie sie für den Linzer Parteitag aufgestellt war; nämlich 1. Parteibericht, 2. Partei-Organisation, 3. Parteipresse, 4. Programm und Taktik.

Genosse Dolejši stellt den Antrag, den Punkt 4: „Programm und Taktik", als den wichtigsten, an zweite Stelle zu setzen.

Nach einer Debatte, in welcher sich die Genossen Neumann (Wien), Roscher (Reichenberg) und Saska (Innsbruck) für, die Genossen Dr. Ellenbogen (Wien) und Hinterberger (Graz) gegen diesen Antrag ausgesprochen haben, wird derselbe angenommen.

Genosse Roscher (Reichenberg) stellt den Antrag, als 5. Punkt der Tagesordnung: „Allgemeine Partei-Angelegenheiten" anzusetzen. Auch dieser Antrag wird nach einer kurzen Debatte, an der

sich die Genossen Arendt (Marienbad), Grosse (Wien), Resel (Graz) betheiligen, angenommen.

Die Tagesordnung wird sohin in folgender Weise festgestellt: 1. Parteibericht, 2. Parteiprogramm und Taktik, 3. Partei-Organisation, 4. Parteipresse, 5. Allgemeine Partei-Angelegenheiten.

Genosse Anfobsky (Wien) will eines Kampfes gedenken, der sich in Nordböhmen abspielt. Die Glasperlen-Arbeiter von Gablonz, 2500 an der Zahl, stehen schon die zweite Woche im Strike. Derselbe wurde durch die grenzenlose Ausbeutung der Arbeitgeber provocirt. Der Lohn betrug fl. 2 bis fl. 2·50 per Woche und dieser sollte herabgedrückt werden. Der Parteitag möge den Glasperlen-Arbeitern seine Sympathie ausdrücken, und es möge auch nach Kräften für sie gesammelt werden. (Beifall.)

Dieser Antrag wird angenommen.

Genosse Adler (Wien): Werthe Genossen! Es hat Genosse Leißner, als er als Einberufer die Versammlung begrüßte, nicht umhin können, zu erinnern an den furchtbaren Eindruck, welchen überall das Přibramer Unglück gemacht hat. Es scheint uns aber, daß es nicht genug ist, daß wir die Sache nur erwähnen, es erscheint uns nothwendig, bevor wir in unsere Verhandlungen eingehen, daß wir auch ein Urtheil in dieser Angelegenheit fällen. (Sehr richtig!) Es erscheint nothwendig, hier auszusprechen, daß es sich nicht nur um ein Unglück handelt, sondern daß ein Verbrechen vorliegt. (Stürmischer Beifall.) Genossen! Die Herren von der Presse, die Herren in der sogenannten Volksvertretung, die Herren von der Regierung, die heute ihre Kleider zerreißen und jammern wie alte Klageweiber, diese Herren wissen, konnten wissen und mußten wissen, es war ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu wissen, daß 5000 Bergarbeiter in Přibram unter Verhältnissen leben, die menschlich nicht genannt werden dürfen. (Sehr richtig!) Wiederholt, immer wieder haben wir in unseren Arbeiterblättern diese Verhältnisse gebrandmarkt. In der „Arbeiter-Zeitung" habe ich allein in der letzten Zeit fünf Artikel heraussuchen können, wo erzählt war, daß in Přibram Löhne gezahlt werden von 44 kr. aufwärts (Pfui! Pfui!), daß in Přibram ein Häuer — also ein hochqualificirter Arbeiter — 80 bis 90 kr. täglich verdient. (Schändlich!) Wir haben auch constatiren können — ich lege Werth darauf, zu sagen, wo das zu finden ist — es ist das in der Nummer vom 7. October 1891, daß Genosse Soukup sich die Pulsadern aufgeschnitten, weil er mit 4 Kindern dagestanden ist und als Lohn eineassirt hat fl. 2·49 (Niederträchtig!) für 14 Tage. (Pfui! Schrecklich!) Sie kennen, Genossen, dieses Princip der Schäbigkeit, dieses Princip der Knickerei, dieses Princip des Wuchers mit Menschenleben, das Princip der capitalistischen Production! Allerdings ist der Ackerbauminister, der heute jammernd hinter den Särgen geht, vor etwa zwei Jahren um Erhöhung des Credites für Přibram um fl. 130.000 eingekommen, wofür die Hälfte für die Erhöhung der Löhne dienen sollte, aber wir haben ihm nachgerechnet, daß, wenn die Hälfte gleichmäßig ausgetheilt wird, die Erhöhung des Lohnes der Masse

Bergarbeiter eine Erhöhung des Jahreslohnes von fl. 1 bedeutet. (Hört! Hört!) Angesichts dieser Dinge nun, Genossen, angesichts der weiteren Thatsache, daß die Versorgung der Hinterbliebenen heute großmüthig vom Parlamente und der Regierung auf sich genommen wird, müssen wir daran erinnern, daß die Versorgung der Hinterbliebenen $13^1/_3$ kr. per Woche ausmacht, wir müssen daran erinnern, daß dieselbe Schäbigkeit nicht allein bei den Löhnen direct gegenüber der Arbeiterschaft, sondern ebenso beim Betriebe stattfindet! (Lebhafte Zustimmung.) Freilich heißt es, es wird untersucht, freilich sind der Statthalter und der Minister oben. Aber wir kennen diese Herren; wenn sie etwas thun, so werden sie es thun, um zu vertuschen, nicht um zu entdecken. (Beifall und Händeklatschen.) Wir aber als Socialdemokraten — wir sind auch Menschen und widmen den Opfern alle unsere Sympathien, aber wir sind nicht nur Menschen, die Gefühl haben — wir als Socialdemokraten wissen, daß das fluchwürdige System, welches heute die Welt beherrscht, die Ursache auch dieser Opfer ist, und wir wollen jederzeit auf die Thatsache hinweisen, daß der heutige Classenstaat, welcher behauptet, socialreformatorisch zu sein, und meint, daß er die sociale Frage aus der Welt schaffe, und wirklich gläubige Gemüther findet, nicht in der Lage ist, in seinen eigenen Betrieben zu hindern, daß Hunderte von Arbeitern zu Grunde gehen. Genossen! Ich weiß so wenig wie Sie, was die unmittelbare Ursache der Katastrophe ist, aber das wissen wir, daß bei elektrischer Beleuchtung der Gruben ein Brand nicht möglich ist. (Sehr richtig!) Dazu braucht man keine Untersuchung; aber freilich der Classenstaat hat hiefür kein Geld. Wir sind verpflichtet, unseren Standpunkt zu fixiren und der Welt zu sagen: Wir kennen Euch und wir sind hier, um dieses unwürdige System zu beseitigen; koste es was es wolle. (Bravo! Bravo!) Es sind Hunderte von Proletariern einzeln zur Lebensrettung eingefahren und haben ihr Leben auf's Spiel gesetzt und geopfert, um einzelne zu retten. Und wir sind hier, um uns zu opfern und unser Leben auf's Spiel zu setzen, um die Gesammtheit zu retten. (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne beantrage ich folgende Resolution:

„Angesichts der ungeheuren Katastrophe, welche Hunderte von Arbeitern als Opfer der capitalistischen Ausbeutung durch den Staat in den Silberbergwerken von Přibram getroffen hat, erklärt der socialdemokratische Parteitag seine Solidarität mit den Opfern und spricht angesichts der Proletarier-Leichen die Ueberzeugung aus, daß die schwere Verantwortung Diejenigen trifft, welche die capitalistische Productionsweise und ihren Classenstaat mit Gewalt aufrecht erhalten wollen, welcher Classenstaat, der sich „socialreformerisch" nennt, nicht einmal im Stande ist, in seinen eigenen Betrieben moderne, das nackte Leben der Arbeiter schützende Vorkehrungen zu treffen. Der Parteitag verlangt strenge gerichtliche Untersuchung (Bravo! Bravo!) und Bestrafung der Beamten, durch deren Knickerei und Unterlassung noch manche bisher ungezählte Proletarier einen elenden Tod gefunden haben. Er erklärt, weiter nicht ruhen zu wollen, bis dieses — — — System beseitigt ist."*)

*) Die ausgelassenen Stellen wurden in der „Arbeiter-Zeitung" confiscirt.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Dolejši stellt den Antrag, daß der Parteitag in Parteiangelegenheiten nicht mehr beschlußfähig erscheine, sobald nicht mindestens zwei Drittel von den in der Präsenzliste eingetragenen Theilnehmern anwesend sind. (Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Genossen Große und Dr. Adler betheiligen, abgelehnt.) Schluß der Sitzung halb 1 Uhr Nachmittags.

Beginn der Nachmittagssitzung halb 3 Uhr.

Genosse Kiesewetter eröffnet die Sitzung. Es wird zum ersten Punkt der Tagesordnung, Parteibericht, übergegangen.

Referent Genosse Neumann (Wien): Es sind erst elf Monate, eine verhältnißmäßig kurze Spanne Zeit, vorüber, seitdem wir uns gesehen haben. Außerordentliche Verhältnisse veranlaßten die Einberufung dieses Congresses. Was die Thätigkeit der Partei anbelangt, charakterisirt sie sich dadurch, daß, während zur Zeit des letzten Parteitages, zu Pfingsten 1891, 219 Vereine bestanden, heute schon der Bestand von 331 Vereinen zu constatiren ist. Was die gewerkschaftliche Bewegung betrifft, wurde eine Reihe von Gewerkschafts-Congressen abgehalten, in welchen die Erkenntniß platzgriff, daß die gewerkschaftliche Bewegung allerdings die Aufgabe habe, eine Schule für die politische Bewegung zu bilden, daß sie aber vollkommen getrennt von der politischen sein müsse. Trotz des beschränkten gesetzlichen Rahmens, mit dem man zu rechnen habe, hat sich die Ansicht Bahn gebrochen, daß Vereinigungen gleicher Gewerke über ganze Länder, daß Verbände der Fachorganisationen gegründet werden müssen. Erfreulich ist es, daß auch die Bergarbeiter daran gegangen sind, Organisationen zu gründen. Was die Partei betrifft, so hat dieselbe zu verschiedenen Fragen in sehr scharfer und präciser Weise Stellung genommen. Eine Reihe von Volksversammlungen fand statt, auf deren Tagesordnung die Lebensmittelvertheuerung und die Arbeitslosigkeit stand. Zur Zeit der Aufhebung des Ausnahmszustandes gab die Socialdemokratie ihre Ansichten in entschiedener Weise kund. Nebenbei sei bemerkt: Ein wichtiger Theil der Ausnahmsbestimmungen wurde nicht aufgehoben, die ausgewiesenen Genossen durften nicht zurückkehren. Im Parlament hat Graf Taaffe gesagt, daß sich die Bestimmung über die Ausweisungen von selbst aufhebt, indem ein Theil der Ausgewiesenen anderswo Stellung genommen habe, ein Theil irgendwo anders hängen geblieben, ein Theil gestorben sei. (Hört!) Außerdem aber herrschen in vielen Orten Oesterreichs eigenthümliche Zustände, die Gesetze werden in einer Weise gehandhabt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht nicht ausgenützt werden kann.

Wir haben Gelegenheit gehabt, in sehr vielen Fällen darauf hinzuweisen, in welcher Weise von Seite der politischen Behörden vorgegangen wird, und mache ich Sie z. B. aufmerksam, daß es für Schlesien keines Ausnahmezustandes bedurfte, um die freie Bewegung der Arbeiterschaft zu unterbinden; daß bei Gründung von Vereinen das Vereinsrecht in einer Weise gehandhabt worden ist, daß wir schon zu verschiedenen Malen Gelegenheit nehmen mußten, auch darauf hinzuweisen,

daß von Seite der Behörden, welche vom Staatsbürger Achtung vor dem Gesetze verlangen, gerade dem Gesetze gegenüber die größte Mißachtung entgegengebracht wurde. Ich mache Sie weiters aufmerksam, wie speciell Eines für die Entwicklung der österreichischen Arbeiterpartei ungemein hemmend ist — das ist die österreichische Preßgesetzgebung. Als im Abgeordnetenhause Anträge auf Umgestaltung der gegenwärtigen Preßgesetzgebung eingebracht wurden, haben wir eine Reihe von Volksversammlungen einberufen, in welchen unsere Preßgesetzgebung zergliedert und als erster und vornehmster Punkt verlangt wurde, daß der § 23 Pr.-G. aufgehoben werden solle.

Selbst dieses Verlangen wurde als ein ungeheuerliches bezeichnet. Ich verweise darauf, daß im Preßausschusse der Finanzminister selbst erklärt hat, er könne auf die mehr als $1\frac{1}{2}$ Millionen betragende Stempelsteuer nicht verzichten. Der § 23 Pr.-G. dient nur dazu, unsere Bewegung soviel als möglich zu knebeln. In der Bewegung hat sich herausgestellt, daß ohne Geld nicht Krieg geführt werden könne, in Folge dessen die Genossen mehr und mehr zur Ansicht gelangten, es müssen unbedingt gewisse Fonds gegründet werden, die zur Agitation verwendet werden. Von diesem Gesichtspunkte aus haben die Genossen Sammlungen eingeleitet und den Empfang des Geldes damit bestätigt, daß sie Marken ausgegeben haben. Unsere Preßgesetzgebung nun hat es dahin gebracht, daß das Quittiren der eingelaufenen Gelder mittelst Marken als Uebertretung des § 23 Pr.-G. angesehen und als solche geahndet wurde. Es ist jedoch auch vorgekommen, daß Leute, welche quittirt haben, nicht nur im Sinne des § 23 Pr.-G. bestraft wurden, sondern auch außerdem von der Gewerbebehörde wegen unbefugten Sammelns, daß sie also zweimal bestraft worden sind. Sie können daraus ersehen, wie in Oesterreich die Gesetze gehandhabt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn die Partei sich damit befaßt hat, in der Maibewegung in ganz entschiedener Weise Stellung zu nehmen und dem auch Ausdruck beim Brüsseler Congreß gegeben hat, so werden Sie finden, daß diese Stellungnahme von Seite der österreichischen Partei vollkommen gerechtfertigt war.

Sie können sich erinnern, daß zur Zeit der ersten Maifeier (1890) die österreichischen Genossen ihre Bewegung so eingeleitet haben, daß unbedingt am ersten Mai gefeiert wurde. Sie können sich weiter erinnern — und das hat sehr verstimmt — daß die deutschen Genossen nicht von demselben Standpunkt ausgegangen sind, daß die Maifeier verschoben und erst am ersten Sonntag im Mai abgehalten worden ist. Der Brüsseler Congreß hat nun erklärt, daß die Maifeier in Zukunft eine einheitliche sein solle, damit eine Verschiebung der Ersten-Maifeier nicht platzgreifen kann, daß in der Art der Feier den Verhältnissen des Landes Rechnung getragen werden müsse, daß aber unbedingt die Maifeier am ersten Mai zu geschehen habe. Wir werden vielleicht im Laufe der Debatte noch auf diese sehr wichtige Angelegenheit zu sprechen kommen und manche Beschlüsse in dieser Beziehung zu fassen haben.

Auf dem letzten Parteitag wurde in Bezug auf die Organisation

eine Reihe von Bestimmungen in Form von zehn Punkten niedergelegt. Es sind das die sogenannten „zehn Gebote", welche von dem Parteitage damals angenommen worden sind. Ich muß zugeben, daß eine Reihe von Punkten nicht eingehalten wurden, und daß auch begreiflicherweise der Umstand, als von gewisser Seite gesagt wurde, es herrsche ein eigenthümliches Regime und eigenthümliche Verhältnisse in der Partei, dies dazu beitrug, daß diese Punkte nicht ganz durchgeführt wurden.

Noch ein Wort von der österreichischen Gesetzgebung. Von Seiten der Liberalen liegen schon lange Anträge vor auf Errichtung von Einigungsämtern und auf Errichtung von Arbeiterkammern. Die Regierung selbst hat ein Uebriges thun und beweisen wollen, daß auch sie in Socialreform zu machen versteht. So hat sie eine Vorlage ausgearbeitet, deren Titel lautet: „Entwurf zur Förderung des Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern". Dieser Gesetzentwurf handelt von den Arbeiter-Ausschüssen, von genossenschaftlicher Organisation der Fabriksarbeiter und von den Einigungsämtern.

Vor wenigen Wochen wurde dieses Entwurfes wegen eine Enquête abgehalten, in der eine Reihe von Parteigenossen ihre Meinung abgaben, und zwar meist in folgendem Sinne: Ehe in Oesterreich nicht freies Vereins- und Versammlungsrecht, vollkommenes Coalitionsrecht gewahrt ist, ehe nicht vollste Preßfreiheit herrscht, ist der Entwurf lächerlich, weil die Arbeiterschaft nicht im Stande ist, ihn auszunützen. Heute ist das Coalitionsrecht nicht nur sehr lückenhaft, sondern es wird in vielen Fällen verletzt Bei vielen Strikes haben die Behörden entschieden eine Haltung zu Gunsten der Unternehmer eingenommen, selbst mit Bajonetten wurden die Arbeiter zur Arbeit gezwungen, Hunderte von Arbeitslosen wurden mit bestimmter Marschroute zum Strikebrechen commandirt.

Eine Bewegung ist zu Gunsten des Baugewerbes inscenirt worden. Eine Reihe von Arbeitern wird Beschäftigung finden, und in einer Reihe von großen Versammlungen haben die Bauarbeiter ihre Forderungen aufgestellt, darunter einen Minimallohn von fl. 1·30 für Arbeiter, die im Taglohn arbeiten, und zehnstündige Arbeitszeit, gewiß sehr bescheidene Forderungen. Und welche Haltung hat das Parlament, und speciell die Liberalen eingenommen? Dem Doctor Bärnreither, der sehr in Socialreform macht, war es vorbehalten, das Schlagwort von der „garantirten Minimalleistung" zu erfinden. Als ob nicht jeder Arbeiter ohnehin verdammt ist, eine gewisse Minimalleistung zu verrichten, da jeder Arbeitgeber unfehlbar den hinauswirft, der nicht eine bestimmte Mindestleistung bietet. Abgeordneter Dr. Bärnreither hat auch gesagt, durch Organisationen müßte diese Minimalleistung garantirt sein und hat dabei auf England und Frankreich hingewiesen.

Wir, die wir diese Organisationen kennen, wissen sehr gut, daß sie nicht den Unternehmern eine gewisse Minimalleistung garantiren, daß aber von diesen Organisationen festgesetzt wird: Die organisirten Arbeiter dürfen unter einem gewissen Minimallohn nicht arbeiten.

Ich muß nun auf eine der wichtigsten Phasen in der Bewegung

selbst zu sprechen kommen. Ich glaube, Sie Alle sind ja eigentlich heute deshalb hieher gekommen, um jene Streitfragen, die an und für sich die österreichische Arbeiterschaft seit dem December v. J. beschäftigen, zur Sprache zu bringen, und jene Beschlüsse zu fassen, die nothwendig sind, um diese Streitfragen aus der Welt zu schaffen und ein gedeihliches Zusammenwirken der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Charakteristisch ist es, daß mit dem Momente, als diese Streitfrage aufgetaucht ist, die capitalistische Presse sich vergnügt die Hände gerieben hat; charakteristisch ist es, daß die capitalistische Presse die sogenannte Opposition förmlich aufgepäppelt hat, und daß sie ihre Berichte mit der möglichsten Breite in ihren Blättern abgedruckt hat, während sie sich bemühte, die Versammlungen der Gesammtpartei todtzuschweigen. Wir fragen uns: Wieso ist es eigentlich gekommen, daß eine gewisse Mißstimmung in der österreichischen Arbeiterbewegung platzgegriffen hat? Die Opposition erklärt heute, daß die ganze Angelegenheit principieller Natur sei. Ich mache Sie darauf aufmerksam: Wenn Sie den Beginn dieser Angelegenheit verfolgen, so werden Sie keine Spur von einer principiellen Ader in der ganzen Bewegung entdecken. (Oho!) Sie werden im Gegentheile finden, daß diese Angelegenheit von allem Anfang an rein persönlicher Natur gewesen ist. (Widerspruch und Zustimmung.) Sie werden finden, daß es eine Personenfrage ist, die, nachdem diese Partei selbst ihre Unhaltbarkeit eingesehen hat, in eine principielle Frage umgesetzt werden soll. (Sehr richtig!) Es handelte sich von allem Anfang darum, daß gewisse Wünsche der Wiener Genossen durchgeführt werden sollen. Die Wiener Genossen haben in ihrer Organisation den Antrag auf Ausschließung einer Person gestellt, welche sich verschiedene Dinge zu Schulden kommen ließ. Es handelte sich darum unseren Gegnern keine Handhabe für Angriffe zu bieten. Eine Reihe von Genossen hat sich bemüht, diese Sache so ruhig als möglich durchzuführen. Was ist geschehen? Es ist so weit gekommen, daß diese Frage über die Grenze der Wiener Organisation hinausgelangt ist, daß sie in den Provinz-Organisationen behandelt werden mußte, und ich erinnere daran, daß gerade von Seite derjenigen, welche heute eine Gegnerschaft darstellen, eine Conferenz verlangt wurde, die sogenannte Brünner Conferenz. Die Brünner Conferenz hat getagt. Die Wiener Genossen haben vollkommen unparteiisch den Brünner Genossen in Beziehung der Einberufung freie Hand gelassen, aber wer bei dieser Conferenz nicht erschienen ist, das war die Opposition, welche sie verlangte. Die Opposition hat in der letzten Minute erklärt, daß diese Conferenz ebenfalls nicht berufen sei, solche Angelegenheiten zu schlichten. So ist es gekommen, daß diese Frage noch unentschieden ist, und der Parteitag selbst sich mit ihr befassen muß. Ich will hier nicht in Details eingehen. Es hat eine niederösterreichische Landes-Conferenz getagt und auch hier wurde von Seite der Opposition ein Vorgang beobachtet, der nicht geeignet war, eine gedeihliche Lösung dieser Frage herbeizuführen. In den verschiedenen Landes-Conferenzen hat der Berichterstatter der Wiener Genossen ganz wahrheitsgetreu die ganze Streit-Angelegenheit geschildert und hat es dem Urtheile eines jeden selbstständig denkenden Genossen überlassen, wie er

in dieser Frage urtheilen wolle. Nun sind wir glücklich bis zum Parteitag gekommen. Sie wissen, daß derselbe von der Behörde verboten worden ist.

Wir erhoben Recurs, und das Verbot selbst wurde aufgehoben, nachdem nach der Motivirung eine Behörde nicht berechtigt ist, dort ein Verbot zu erlassen, wo man überhaupt um nichts ansuchte, wo man sie nicht bat, irgend etwas zu gestatten. Zur Zeit als der Linzer Congreß tagen sollte, hatte es den Anschein, daß sich die Opposition zurückziehen und den Congreß nicht beschicken werde. Heute jedoch begrüße ich es mit Freuden, daß die Opposition denn doch hier erschienen ist. (Beifall.) Woher aber diese Wandlung? Wir müssen in dieser Angelegenheit ganz klar sehen. In der Opposition ist wieder eine Opposition entstanden (Heiterkeit), und man weiß eigentlich nicht, wie viele Oppositionen noch in der Opposition entstehen werden. Ich stehe auf dem Standpunkte, wenn die heutige Opposition erklärt, ihre eigene Partei gründen zu wollen, dies nicht zu hindern, sondern zu sagen: Möge sie es immerhin thun! Ich bin überzeugt, daß diese Opposition sich selbst in ihrem eigenen Lager zerschlagen und zerwerfen wird. (Beifall und Widerspruch.) Das ist meine Ansicht. Es würde mich sehr freuen, wenn es anders wäre. Ich habe schon erwähnt, daß bis zum heutigen Tage die Opposition eine principielle Haltung und ein Programm vermissen ließ. Allerdings kam zu Anfang dieser Spaltung etwas wie ein Princip zum Vorschein. Der Eine hat erklärt: Wir sind stricte Gegner des allgemeinen Wahlrechtes; der Andere sagte: Das allgemeine Wahlrecht ist ein sehr wichtiges Agitationsmittel; diejenigen, die eine zeitlang erklärt haben, sie seien stricte Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, haben wieder zu anderen Zeiten erklärt, man müsse trachten, das allgemeine Wahlrecht zu erringen.

Sie sehen, daß die Opposition gerade in dieser Richtung sich bis zum heutigen Tage nicht vollkommen klar gewesen ist, wie ein uns vorliegender Fragebogen beweist. Ich muß diesen Fragebogen berühren, weil er eigentlich Punkte in sich faßt, welche beim „Parteibericht" besprochen werden müssen. Der 4. Punkt dieses Fragebogens lautet: „Soll die Taktik der österreichischen Arbeiterpartei socialrevolutionär oder socialreformerisch sein?" — Nun, ich erkläre, daß die Taktik der österreichischen Socialdemokratie stets eine socialrevolutionäre gewesen ist (stürmischer Beifall), sie ist stets auf dem Standpunkte der Umwälzung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gestanden (stürmischer Beifall und Händeklatschen, Widerspruch seitens der Opposition), sie ist aber stets auch auf dem Standpunkte gestanden, daß die socialreformatorische Gesetzgebung ebenso nothwendig ist, um eben in der socialrevolutionären Arbeit weiterzukommen. (Dolejši: Das haben wir in Přibram gesehen, was diese Reform nützt.) Ihre Beispiele können Sie anführen, soviel Sie wollen, wir werden unsere Beispiele auch anzuführen wissen. Ich mache Sie aufmerksam, daß diese oppositionellen Socialrevolutionäre von heute vor kurzer Zeit noch nicht auf diesem Standpunkte standen, und erst jüngst in diese neue Phase eingetreten sind. Ich erinnere Sie beispielsweise an ihre famose Action gelegentlich der Arbeitslosen (lebhafte Zu-

stimmung und Händeklatschen), da erinnere ich Sie daran, wie sie den Bettelsack geschwungen (erneuerter, langanhaltender, stürmischer Beifall und Händeklatschen), und da frage ich Sie, ob sie damals auf diesem revolutionären Standpunkte gestanden sind? (Sehr richtig! und große Heiterkeit, lebhafter Widerspruch seitens der Opposition.) Wir können ihnen Schritt für Schritt nachweisen, welche Taktik sie beobachteten. (Sehr richtig!) Ihre Taktik war, die Gemüther zu vergiften, ihre Taktik war, Zwist und Hader in die Partei zu werfen. (Lebhafter Beifall.) Niemals war ihre Taktik die, auf dem Wege agitatorischen Wirkens die Partei zu kräftigen. (Lebhafter Beifall.) Wenn sie heute diesen Gedanken haben, sind sie jedem guten Parteigenossen willkommen. Nun aber sind sie damals auf dem Standpunkte gestanden, die Partei als solche habe ihr Mandat weit überschritten, sie hätte ausgeschlossen, wo sie dazu nicht berechtigt gewesen wäre. Ich frage nun Diejenigen, welche uns dies vorgeworfen, sind denn Sie zum Ausschließen berechtigt gewesen? Haben Sie denn nicht auch in neuester Zeit eine Reihe von Leuten ausgeschlossen, wobei Sie mit Pauken und Trompeten verkündet haben, daß diesen Leuten der Fußtritt gebühre. Die Leute, welche Sie freudig begrüßten, diese, wie Sie selbst sagten, hervorragenden Parteigenossen haben Sie dann in einer Weise verunglimpft, daß Sie erklärten, es gebühre ihnen der Fußtritt.

Ich habe die ganze Angelegenheit hier erwähnen müssen, weil es nothwendig war, um zu erklären, warum der Parteitag schon jetzt einberufen wurde. Der Parteitag selbst erfordert ja für jeden Einzelnen riesige Opfer; Genossen aus allen Gegenden strömen herzu und haben, sozusagen, die wenigen Groschen, welche sie im Schweiße ihres Angesichtes verdienen, dazu zu verwenden, um einige Tage in Berathungen zu verbringen, um einige Tage sich damit zu beschäftigen, welche Taktik nothwendig ist, um in Zukunft der Partei eine gesunde Basis zu geben.

Es ist nothwendig, dies zu besprechen, auch deshalb, weil uns der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir mit aller Macht trachteten, die Opposition zu knebeln. Ich erinnere Sie daran, welche Taktik eigentlich die österreichische Socialdemokratie eingehalten, die Sie in Ihren Blättern die sogenannte „officielle Partei" heißen, und welche Taktik von Seite der Opposition eingehalten wurde. Unsere sogenannte „officielle" Richtung hat sich nur bemüssigt gefühlt, Verlautbarungen, die unbedingt an die Parteigenossen gemacht werden mußten, in einem Parteiblatte bekannt zu geben. Polemisirt hat unsere „officielle" Partei nicht. Aber Sie werden sich zu erinnern wissen, in welch gemeiner Weise die Parteigenossen, die sogenannten Officiellen, in der „Volkspresse" und dem „Armen Teufel", von dem ich nicht weiß, was für ein Organ er ist, angegriffen wurden. Die Partei hat in unzähligen Versammlungen ihrem revolutionären Programme Ausdruck gegeben. Wir haben aber von Seite der sogenannten Opposition noch nicht gesehen, daß sie in irgend einer Weise ihr socialrevolutionäres Programm hervorgekehrt hätte. Im Gegentheil, wir können uns erinnern, daß so manches geschehen ist, was auf alles Andere eher schließen läßt, als auf socialdemokratische Gesinnung überhaupt. (Richtig!)

Vor Allem aber haben die Genossen von der Opposition aus dem Auge verloren, welche gesetzlichen Bestimmungen eigentlich in Oesterreich existiren. Und da mache ich Sie beispielsweise aufmerksam auf jene famose Versammlung in Ternitz, wo ein ganzes Programm der Opposition aufgestellt worden ist, in welchem klipp und klar ausgesprochen wurde, was die Vereine bei dieser Organisation zu thun hätten; wir können durchaus nicht auf diesem Standpunkt stehen. Wir müssen allerdings ein Programm und nicht gewisse Bedingnisse haben, unter denen sich die Partei constituiren wird, aber in solcher Weise paragraphisirt, wie es in jener Conferenz in Ternitz wurde, kann es nicht verbreitet, nicht angenommen werden. Und weil eben ein solcher ganz genau umschriebener Organisations-Entwurf nicht existirt, hat man erklärt, daß die Partei „corrumpirt" sei, daß wir selbst „corrumpirten", und hat mit nichtssagenden Phrasen das zu begründen gesucht.

Die Gegner werden erwidern: dazu ist ja der Parteitag einberufen, um in jeder Richtung volle Klarheit zu schaffen. Die Opposition möge den Nachweis für ihre Behauptungen erbringen, daß taktische Fehler geschehen seien, daß Terrorismus ausgeübt worden sei, daß die Arbeiterbewegung eine centralistische gewesen sei. Hier sitzen alte Parteigenossen aus allen Provinzen, sie selbst sollen sagen, ob sie nicht in ihrer Organisation vollkommen freie Hand hatten. (Sehr richtig!) Solche Behauptungen sind pure Erfindungen, geeignet, Mißtrauen und Zwist zu säen. Wir wollen aber ein gedeihliches Zusammenwirken, und deshalb begrüße ich es, daß die Opposition am Parteitage theilgenommen hat. (Lebhafter Beifall.)

Es wird beschlossen, daß abwechselnd Einer von der Opposition, mit unbeschränkter Redefreiheit, und Einer von den anderen Rednern das Wort erhalte.

Genosse Dolejši (Wien): Geehrte Parteigenossen! Ich werde Ihnen Einiges zur Aufklärung über das Entstehen der eigentlichen Opposition bringen. Es hat der Genosse Referent unter Anderem betont, daß es hauptsächlich persönliche Gründe waren, welche uns dazu veranlaßt haben, eine Spaltung herbeizuführen. Wir sind heute hier unter uns, an dem competentesten Orte der Partei in Oesterreich, wo wir uns gegenseitig nichts übel nehmen wollen. Genossen! Nicht persönliche Gründe, nicht Gründe egoistischer Natur waren es, die uns veranlaßt haben, Opposition zu machen.

Redner verweist darauf, daß schon am vorjährigen Parteitage eine Opposition, und zwar nicht nur unter den Provinzgenossen, sondern auch unter den Wiener Genossen, sich gezeigt habe. Wenn wir schon damals — sagt Redner — Opposition gemacht haben, ist das nicht der beste Beweis, daß uns dazu nicht persönliche, sondern taktische Gründe bewogen haben? Wir waren eben der Meinung, daß in der Partei etwas reformirt werden müsse. Warum wird uns denn heute ein neuer Organisations-Entwurf vorgelegt? Sagen wir es offen: Es wäre nicht geschehen, wenn nicht die Opposition gegen die Organisation Stellung genommen hätte. (Heiterkeit.) Sie können leicht lachen, weil Sie sich darüber klar sind,

wir werden ganz einfach die Opposition abmurksen! (Oho!) Die Opposition entstand, weil es sich in Wien einige Personen erlaubt haben, gegen ein Blatt, nicht gegen eine Person, vorzugehen. Es hätten die Genossen sich nur mit der Person befassen, aber das Blatt, die „Volkspresse" aus dem Spiele lassen sollen, ein Blatt, welches doch für die indifferenten Massen aufklärend gewirkt hat, und zwar gerade in der Provinz, wo durch Phrasen und schön geschriebene Artikel die Socialdemokratie niemals Eingang gefunden hätte. Sie werden zugeben, daß wir als ehrliche Genossen, welche die Interessen der Gesammtpartei im Auge haben, für dieses Blatt eintreten mußten. Wir werden beim Punkte: „Programm und Taktik" beweisen, daß wir ein Programm haben. Redner bemerkt, daß die „Arbeiter-Zeitung" bis in die letzte Zeit centralistisch war, und auf einmal kurz vor dem Parteitage mit einer föderalistischen Organisation herausrückte. Ich werde Ihnen — fährt Redner fort — beim Punkte „Programm und Taktik" die Gründe unserer Opposition darlegen. In Ihrer Hand liegt es, zu entscheiden, ob wir eine Berechtigung hatten oder nicht.

In Gegenden, wo die Opposition zu Tage trat und die „Volkspresse" Enormes geleistet hat, da haben die Genossen nicht nur gegen die Personen Stellung genommen, sondern auch gegen das Blatt. (Beifall seitens der Opposition. — Unterbrechung seitens der Wiener Genossen.) Ich muß zu meinem Bedauern den Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" vorlesen, daß die „Volkspresse" so lange nicht als Parteiorgan zu betrachten sei, so lange die Sache nicht geschlichtet ist. (Unterbrechung, Beifall seitens der Opposition.) Kurze Zeit jedoch, bevor dieser Zwist entstanden ist, tagte in Wien der Parteitag. Der Parteitag war der competenteste Ort, wo man die internen Vorgänge besprechen, wo man die Partei-Angelegenheiten hätte schlichten sollen. Aber da steckt ein System dahinter. (Widerspruch seitens der Wiener Genossen.) Das ist meine persönliche Anschauung. Sechs bis acht Wochen nach dem Parteitage, wo die Genossen, die Generäle der Partei in Brüssel oben waren, hatten die Genossen dagegen conspirirt, die „Volkspresse" als Concurrenzblatt betrachtet. (Gelächter und Widerspruch.) Sie mögen lachen, es ist doch unsere Ansicht, und diese Ansicht lassen wir uns nicht nehmen, weil sie Thatsache ist. (Unterbrechung.) Weil das Blatt mehr und mehr unter den indifferenten Massen gewirkt, hat man gegen dasselbe conspirirt, und uns hat dies veranlaßt, gegen die Conspiration Stellung zu nehmen. In Neunkirchen haben wir unseren Standpunkt klar gelegt, was wir wollen; nicht um Personen zu schützen — eine Person ist in einer politischen Partei gar nichts, sie ist nur Mittel zum Zweck — nicht um sich groß zu machen. — (Unruhe, Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Nun, Parteigenossen, wenn ein Bourgeoisblatt einen guten Artikel bringt, welchen sich ein Arbeiterblatt nicht zu scheuen hat, abzudrucken, und dieser Artikel wird gebracht, ist das ein Verbrechen? (Rufe: Die Unterschrift war R. H! [Rudolf Hauser.])

Nun, Parteigenossen, ich will nicht näher eingehen, ich will ja zugeben, daß Manches begründet ist. Aber bedenken Sie doch das Eine,

eine Partei, welche, wie Genosse Neumann sich ausdrückte, stets auf socialrevolutionärem Boden gestanden ist, eine solche Partei will von Disciplin reden! Meiner Ansicht nach kann eine solche Partei niemals dies im Stande sein, sie muß die Disciplin abschaffen, dies ist ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sonst bleiben wir lieber gleich beim Militär. (Widerspruch und Gelächter.) Es wurde gesagt, wenn Genosse Hanser die Stelle als Redacteur niederlegt, wird die „Volkspresse" als Parteiorgan anerkannt. Von wem ging also der persönliche Kampf aus, ich frage Sie, von uns oder Ihnen? Genosse Hanser ist auf Andrängen einer Anzahl Provinzgenossen von der Redaction zurückgetreten. (Unterbrechung, Rufe: Scheinbar!) Es ist hier nicht betont worden, ob wirklich oder nur schembar. (Lärm, Präsident läutet.) Trotzdem, daß ein Beschluß gefaßt wurde, daß zur Gründung eines Parteiorganes eine Landes-Conferenz nothwendig ist, wurde dieser Beschluß nicht aufrecht erhalten. In Wiener-Neustadt wurde die denkwürdige Conferenz abgehalten, wo 3, sage drei Mann der Provinzgenossen anwesend waren, die anderen waren Wiener Genossen. Nun haben wir diese Conferenz nicht als competent betrachtet, aus dem einzigen Grunde, weil, während sie — ohne daß wir es vorher gewußt haben — in Wiener-Neustadt stattfand, eine Gegen-Conferenz abgehalten wurde. Diese Conferenz war competent, weil auf ihr Vertreter aus beinahe ganz Niederösterreich anwesend waren, und — wie Sie sich selbst ausdrückten — in einem sehr großen Maße. Es sind heute Genossen hier, die kraft ihrer socialen Stellung besser daran sind, und zwar in großer Anzahl. So Mancher würde sich gerne hier vertreten lassen, wenn er es thun könnte. So war es auch in Wiener-Neustadt. Die competente Partei-Conferenz war meines Erachtens diejenige, welche beim „goldenen Adler" tagte, und nicht diejenige, wo Genossen aus der Provinz in der minimalen Anzahl von drei Mann anwesend waren.

Ich will einen Angriff, soweit mein Talent es mir gestattet, zurückweisen. Genosse Neumann betonte in seinem Referate auch, daß wir uns anläßlich des Parteitages in Linz ablehnend verhalten haben. Eines aber hat Genosse Neumann vergessen zu sagen, daß wir erst drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages verständigt worden sind. Es wäre uns heute ebenso eine Unmöglichkeit, an dem Parteitage theilzunehmen, wie wir dort sitzen als äußerste Linke, weil wir ohne Kreuzer Geld sind. Das Geld, das wir gehabt haben, war unser Privateigenthum, weil wir keine Diäten beziehen; in Folge dessen war es uns nicht möglich, nach Linz hinaufzufahren, wenn der Parteitag in Linz getagt hätte. Wären wir einige Zeit früher verständigt worden, wo es thunlich gewesen wäre, mit unseren organisirten Genossen in Fühlung zu treten, dann hätten wir möglicher Weise noch eine andere Stellung eingenommen. So war es uns nicht möglich, weil, wie ich früher betonte, man ausdrücklich sagte: Ja, wir werden mit der Opposition in Unterhandlung treten und zur Einberufung des Parteitages heranziehen. Als die Genossen Neumann und Popp delegirt wurden zu einer Sitzung des denkwürdigen Neuner-Comités der Opposition, ist man mit fertigen Thatsachen hingekommen und fragte uns, welche Propositionen wir stellen.

Wir haben uns die Anfrage an die beiden Genossen erlaubt, ob an diesen fertigen Thatsachen noch etwas zu ändern sei. Es wurde gesagt: Nein, es kann nichts geändert werden. In Folge dessen war es uns unmöglich, irgendwelche Propositionen zu machen, und daraus resultirt, daß wir den Parteitag nicht besuchen wollten. Allerdings wird man uns zurückschleudern, daß die „Volkspresse" und „Der arme Teufel" einen Aufruf brachten, worin bekanntgegeben wurde, daß man in Linz nach dem Parteitag einige Abendsitzungen der Opposition abhalten werde. Man wird mir dies mit einer gewissen Berechtigung entgegenschleudern. Ich gebe zu, Sie haben vollkommen Recht. Aber bedenken Sie Folgendes: ich will ein Parteigeheimniß verrathen. Wir haben calculirt und gedacht, die Vertrauensmänner der ganzen österreichischen Socialdemokratie kommen nach Linz, und Zweien oder Dreien wird es doch möglich sein — wir waren damals besser situirt als heute — nach Linz hinaufzufahren und mit den Genossen eine Abend-Conferenz abzuhalten. Wenn wir auf den Parteitag gehen wollten, so wollten wir in einer Anzahl erscheinen wie heute. Damals war es uns unmöglich.

Es wurde von Seiten des Referenten auch betont, daß die Partei stets eine socialrevolutionäre war, und uns will man gerade im Gegentheile beweisen, daß wir nicht auf socialrevolutionärem Standpunkte gestanden sind, sondern mit der Brodvertheilung, die wir inscenirt haben, unsere socialrevolutionären Principien verleugnet haben. An Eines will ich Sie erinnern, und gerade Genossen Neumann, auf die seinerzeitige Unterstützung der Perlmutterdrechsler. Hat man damals nicht dasselbe gemacht? (Das war ein Strike!) Es war nicht während des Strikes, sondern während der Krise. Hat man zu jener Zeit nicht auch Gelder erbettelt?

Zur Zeit des Schuhmacherstrikes hat man auch an den Geldsack appellirt, in einem Momente, wo eine Branche im Kampfe gegen Unterdrückung und um ihre Existenzberechtigung stand. Aber weil einige, nach Ihrer Ansicht „übel berüchtigte Individuen" gewagt haben, zur Zeit einer Geschäftskrise an den Bourgeoisgeldsack zu appelliren, macht man uns den Vorwurf, daß wir den socialrevolutionären Standpunkt verlassen haben. Hätte die „officielle" Partei das inscenirt — möglicher Weise wären *wir* es gewesen, die daran genörgelt hätten! Wir bezweckten damit etwas ganz Anderes. Wir haben den Leuten gezeigt, daß in Wien ein Nothstand herrscht. Wir konnten die Leute nicht anders aus den Kellerlöchern zerren, als indem wir mit einem Laib Brod heranrückten. *Und wir hatten noch mehr im Sinne, was uns auszuführen nicht gelang.* Beim Punkte „Programm und Taktik" werden wir unsere principielle Stellung klarlegen. (Vereinzelte Bravorufe.)

Genosse Heinrich *Hofer* (Wien) constatirt zunächst, daß es der socialdemokratischen Partei seit dem letzten Parteitage gelungen ist, in die kaufmännischen Angestellten einzudringen, als deren Vertreter er erscheine. (Beifall.) Ueber den Parteizwist wolle er als ehrlicher, von keiner Seite beeinflußter Genosse sein Urtheil abgeben. Es habe anfangs diesbezüglich große Unklarheit geherrscht. Als dann thatsächlich die Er-

klärungen in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienen, als man das Freudengeheul der bürgerlichen Presse hörte, wurde man in dieser Sache klarer. Redner wendet sich hierauf gegen die Behauptung, man habe die „Volkspresse“ aus Concurrenzneid umbringen wollen; dies sei eine plumpe Lüge. Die „Volkspresse“ wurde sehr gerne gelesen, solange als nicht darinnen geschimpft wurde; sie wäre heute noch Parteiorgan, wenn Hauser zurückgetreten wäre, und es wäre nicht eingetreten, daß das, was wir durch furchtbare Opfer errungen haben, wieder auf viele Jahre (Oho!) zurückgeworfen wurde. Ich will nicht — sagt Redner — die Geister derjenigen citiren, die hinter Kerkermauern ihr Leben eingebüßt haben, nicht alle Witwen und Waisen, welche zu Grunde gehen mußten — sollen alle diese Opfer umsonst gebracht sein? Redner kommt auf die Brodvertheilung und bemerkt, er selbst sei damals arbeitslos gewesen, sein Weib sei gegen seinen Willen in die „Volkspresse“ gegangen und und habe dort erhalten: 20 Paar Handschuhe verschiedener Gattungen, 10 Stück alte Windel, einen linken Damen- und einen rechten Herrenschuh, einen Cylinder und ein zerrissenes Kopftuch (Heiterkeit); für Alles zusammen habe sie fünf Kreuzer bekommen.

Koczka (Floridsdorf) verweist insbesondere darauf, daß man gegen den Beschluß des Parteitages verstoßen habe, indem damals beschlossen wurde, daß zur Gründung eines Blattes eine Landes-Conferenz gehört werden müsse. Nach diesem Beschlusse seien die Wiener Genossen nicht competent gewesen, ein Parteiblatt zu gründen. Die Landes-Conferenz sei zwar zusammengetreten, aber es waren daselbst nur drei Provinzgenossen anwesend; dies sei keine Landesvertretung der Arbeiterschaft. Genosse Koczka bespricht hierauf das Verhalten der Opposition gegenüber dem nach Linz einberufenen Parteitage. Man habe sich damals dahin geeinigt, gemeinschaftlich die Vorarbeiten zu treffen. Dies sei jedoch nicht eingehalten und am 3. April seien bereits die Delegirten gewählt worden. Unter solchen Modalitäten konnte die Opposition wahrhaftig nicht zum Parteitag kommen. Was die Opposition in der Opposition betreffe, so wundere sie ihn nicht; Unzufriedenheit sei gesund. Von einem revolutionären Geiste, wie ihn Neumann bemerkt habe, habe er nichts verspürt. Der revolutionäre Geist sei völlig verschwunden; dasselbe zeige sich bei der Reichstagsfraction in Deutschland. Schuld daran sei das centralistische System. Nur durch dieses können einzelne Personen eine solche Wichtigkeit erlangen. Dann werfe Neumann der Opposition vor, daß sie den Bettelsack geschwungen habe. Ich gebe dies zu, sagt Redner. Aber warum haben wir dies gethan? Wir wollten eine Demonstration veranstalten. Wie sollte man eigentlich jenen Individuen, die sich getrauten in Reichsrathssitzungen, im Gemeinderathe zu behaupten, es existire keine Noth, beweisen, daß wirklich Noth existirt? Soll man jeden Einzelnen nehmen und zu den Stätten der Noth hinführen? Da dachten wir uns: Wir werden eine Hilfsaction veranstalten; da werden die Massen herausrücken. Wir waren uns bewußt, daß dies keine Lösung der socialen Frage sei, aber man hat den Leuten die Noth gezeigt, die sie gezüchtet haben. Die Polizei hat die Brodvertheilungen verboten. Hätte die Be-

hörde gesehen, daß die Brodvertheilung für die Besitzenden vortheilhaft sei, sie hätte sie sicher nicht verboten, sie hätte sie sogar noch unterstützt. (Rufe: Dies hat sie gethan!)

Redner bespricht noch das Vorgehen der Opposition gegen einzelne Personen und sagt schließlich: Hanser ist ausgeschlossen worden. Warum hat man aber diesen Streit immer und immer wieder hervorgezerrt? Hanser hat nur in gerechter Nothwehr, vielleicht auch durch sein hitziges Naturell veranlaßt, so gehandelt, wie er gehandelt hat. Redner erzählt, es seien Arbeiter aus Floridsdorf in die Redaction der „Arbeiter-Zeitung" gekommen, um Unterstützung bei einem Strike zu finden, seien aber barsch abgewiesen worden. Mögen Sie beschließen, was Sie wollen — schließt Redner — ich bleibe, was ich bin. Wird einheitliches Marschiren beschlossen, so marschire ich mit, aber meine Tendenzen werde ich niemals verwerfen. Wenn Sie die Opposition um jeden Preis todtschlagen wollen (Oho!), so können Sie nur erreichen, daß wir den Saal verlassen oder uns unabhängig erklären. Wir werden Euch in principieller Beziehung nichts in den Weg legen. Diese ganze schmutzige Wäsche ist nur dem Centralismus zu verdanken. Ich möchte bitten, uns sachlich zu widerlegen, für persönliche Streitigkeiten gebe ich mich nicht her.

Genosse Bauer (Wien) bespricht eingehend die Affaire Hanser. Er habe damals den ganzen Sumpf nicht gekannt, er kannte nur einen Theil, sonst wäre die Affaire Hanser viel früher an's Tageslicht gezogen worden. Nicht die Parteileitung — sagt Redner — war es, welche gegen Hanser geschürt hatte, nur eine kleine Anzahl von Genossen, und zwar ich und meine Freunde. Mein Angriff galt nur der Person Hanser's, nie der Heimann's. Der Parteileitung kann kein Vorwurf gemacht werden, höchstens der, daß sie dem Treiben Hanser's zu lange zugeschaut hat. Genosse Dolejši meinte, daß die Opposition auf einem eventuellen Parteitage in Linz gar nicht anwesend hätte sein können, da sie kein Geld habe. Das ist nicht wahr. Er hat es auch für gut befunden, die Enunciationen in der „Arbeiter-Zeitung" näher zu beleuchten und meinte, man könne Hanser keinen Vorwurf daraus machen, daß er Artikel von Bourgeoisblättern abdruckte. Es ist dies ein literarischer Diebstahl. Ich kann es nicht anders bezeichnen. Ich frage Sie ferner, warum hat Heimann die Uebelstände nicht aufgedeckt, solange er in der Parteileitung saß, warum erst als er hinausgeworfen wurde? Daß eine große Anzahl von Genossen gegen den Centralismus Stellung genommen, ist richtig, aber mit dem Centralismus ist es nicht so weit her! In jener Sitzung, wo ich den ersten Stein gegen Hanser geschleudert habe, habe ich ihn nicht beleidigt, sondern nur nackte Thatsachen vorgebracht. Man hat mir sogar zu viel Opportunismus vorgeworfen. Auf die Flugschrift hat Hanser nichts Thatsächliches erwidert; er möge jetzt antworten, ob es richtig ist, was in derselben gestanden. Die Parteileitung wird ihre Beweise in Händen haben.

Genosse Neumann (Wien): Werthe Parteigenossen! Wenn ich das Wort ergreife als Oppositioneller, so glauben Sie nicht, daß ich

Hanser und Heimann oder die „Volkspresse" vertheidige, sondern ich spreche nur vom Standpunkt der wirklichen Opposition. Ich werde nicht persönlich werden, wie Genosse Bauer, ich werde es auch nicht machen, wie Genosse Koczka. Aber die Opposition sitzt auf der Anklagebank, eben weil sie Opposition ist. Ja freilich, man kann einfach sagen: Ihr habt keine Existenzberechtigung. Doch ich hoffe, daß Sie alle nach Ihrer besten Ueberzeugung urtheilen werden. Gestatten Sie mir, daß ich einzelne Redner streife und da scheue ich mich nicht, offen zu bekennen, daß mir auch die Ausführungen seitens der Opposition nicht conveniren. Doch liegt dies nicht in der Opposition selbst, sondern nur an den einzelnen Leuten, welche eben keine rhetorischen Künstler sind. Wenn principielle Fragen vorhanden sind, dann muß man sie auch behandeln. Am 1. Mai z. B. habe ich kein Wort von der Opposition gesprochen, und wenn nach dem Parteitage wirthschaftliche Fragen an uns herantreten werden, dann sind Sie gewiß, daß wir mit den „Officiellen" gehen. Genosse Auer aus Deutschland hat gesagt, daß wir „mit allen Mitteln" gegen die capitalistische Production und gegen die Reaction kämpfen müssen. Ich verweise auch auf den Brüsseler Congreß. Nur die Anarchisten thun halt das schneller und doch hat man sie hinausgefeuert! Zur Zeit des Schuhmacherstrikes, als die Leute vor die Loewenfeld'sche Fabrik gehen wollten, um sie zu demoliren, da sagte ihnen Genosse Adler: „Leutl, das dürft ihr nicht thun." — Nun, auf gesetzlichem Boden wird die Socialdemokratie nie etwas erreichen. Was ist besser, wenn die organisirte Arbeiterschaft, Hunderttausende, in's Parlament hineinmarschirt und ein anderes Preßgesetz verlangt, oder aber wenn in einer Versammlung eine Resolution verlesen und angenommen wird? Jetzt komme ich auf die Opposition selbst. (Heiterkeit.) Man sagt, die Partei sei mit dem Momente entstanden, wo der Fall Hanser eintrat. Gerade die Genossen Bauer und Schuhmeier, welche im „Apollo" gegen die Parteileitung Stellung genommen haben, auch Genosse Dr. Ellenbogen, die wissen nur, daß die jetzige Opposition nichts nutz ist, aber ihre, ja die war was nutz! — Ich selbst war früher oppositionell, bevor mit Hanser und Heimann was geschehen ist. Nun sagt man mir, warum bist Du nicht aufgetreten? Ja aber wenn man das Maul aufgemacht hätte, wäre man hinausgeworfen worden. In Wien hat sich das vielfach gezeigt! Hat sich Einer aufgelehnt gegen die sogenannten Parteiführer oder Parteileitung, da hieß es hinaus mit ihm. (Unterbrechung: Namen nennen! Wer ist hinausgeworfen worden?) Der Nemec! Man sagt, er leiste der Polizei Dienste. Man konnte es ihm nicht beweisen! Dann sagte man, er habe sich Eigenthumsverbrechen zu Schulden kommen lassen. Nun, im Jahre 1888 war er halt arbeitslos, da hat er sich halt an der privatcapitalistischen Production vergriffen. (Große Heiterkeit.) Haben ihn nicht die Verhältnisse dazu getrieben? Hanser hat man verschiedene Sachen vorgeworfen, doch die Lumpereien hat man schon lange gewußt, vorgeworfen aber hat man sie ihm erst, als die „Volkspresse" boycottirt wurde. Warum wurde er nach London geschickt? Wenn Ihr das gewußt habt, daß er ein Lump ist, warum habt

Ihr ihn in den Reichsrath candidirt? Warum habt Ihr das Alles früher nicht gesagt?

Daß Hanser nicht ein gar braver Mensch ist, nun das will ich ja zugeben. (Große Heiterkeit.) Es gibt aber verschiedene Menschen. Wenn Hanser aber nur gesoffen und keine principiellen Fehler begangen hat, nun, dann kann man ihn nicht aus der Partei ausschließen. Nun hat man eine Conferenz in Wien einberufen. Doch Hanser sagte, ist die Wiener Conferenz dazu berechtigt? Dazu gehöre die Landes-Conferenz. Bei der Landes-Conferenz in Wiener-Neustadt gab es keine Rechtsfrage. Das war die wirkliche Landes-Conferenz und nicht die Brünner. Was würden die Brünner dazu sagen, wenn man vielleicht nach Leobersdorf über ihre Angelegenheiten eine Conferenz einberufen würde?

Was Genosse Neumann betreffs des allgemeinen Wahlrechtes sagte, so muß ich bemerken, daß etwas, wovon ich nicht einsehe, daß es einen Nutzen habe, nicht angestrebt werden könne.

Wir haben nun auch eine Parteileitung gewählt. Ich war auch bei dem Congreß. — Sie können in Prag, Brünn, Lemberg sagen: „Wir sind Parteileitung." Wenn das wäre, so wäre dies föderalistisch. Aber wenn man sagt, Alles müsse von Wien ausgehen, so ist dies centralistisch. Dagegen nehmen wir Stellung.

Was schließlich die Brodvertheilung anbetrifft, so haben wir keinen Beschluß des Parteitages verletzt. Wir wollten die Leute aus den Nestern herausziehen! Haben wir Schlechtes damit gethan? Aber Sie haben Beschlüsse des Parteitages verletzt!

Ich frage Sie, wer hat Ihnen ein Recht eingeräumt, die „Volkstribüne" zu gründen? Haben Sie eine Landes-Conferenz, haben Sie einen Parteitag befragt? Man hat den Beschluß der ganzen österreichischen Socialdemokratie nicht beachtet und hat ein Blatt herausgegeben! Und da will man uns wegen Beschlußverletzung Vorwürfe machen! Aber der Pfeil fliegt auf Sie selbst zurück! Im Programme von Hainfeld und vom vorigen Jahre finde ich ein und dasselbe: Alle zweckdienlichen Mittel, welche von Nutzen seien, können angewendet werden, und wenn Einer herginge und sagte, sein Mittel sei auch gut und er suche bei der Parteileitung nicht um ein Patent an, so ist es nichts nütz! Sie wollen „revolutionär" sein und sind nicht gegen den Bierzuschlag aufgetreten, haben nicht dagegen agitirt! (Heiterkeit.) Ich trete weder für Hanser noch für Heimann, noch auch für die „Volkspresse" ein. Ich trete gegen die Reaction auf. Man hat mir vorgeworfen, ich sei Anarchist und ich habe allen Denen gesagt: „Bevor ich conservativer Socialdemokrat bin, bin ich lieber Anarchist." Sie müssen das föderalistische System einführen. Nur so wird es möglich sein, daß Sie gegen den gemeinsamen Feind erfolgreich kämpfen. (Einzelne Bravorufe.)

Genosse Schwarz (Leobersdorf): Im Namen der Genossen von Leobersdorf habe ich die Erklärung zu bringen, daß wir nicht wegen Persönlichkeiten oppositionell geworden sind, sondern wir haben wahrgenommen, daß Corruption herrsche, und haben dagegen Stellung genommen. Wir haben uns früher der „Opposition" angeschlossen, thun es

aber jetzt nicht mehr und führen Opposition auf eigene Faust, und bis eine Einigung erzielt ist, werden wir unsere Opposition aufrecht erhalten. Die Genossen von der Opposition haben meine Wünsche vollkommen ausgedrückt und wir sind damit einverstanden.

Genosse Schrammel (Wien): Ich habe den Eindruck gewonnen, daß bis jetzt von allen Genossen der Opposition nicht ein einziger Punkt vorgeführt wurde, der thatsächlich zu einer Opposition gerechtfertigten Anlaß gibt. Wir haben nicht erfahren, welche Grundlage die Opposition hat. Diese Opposition ist nur durch Hauser und Heimann entstanden. Es war eine Personenfrage. Es wird dargestellt, als ob eine Parteileitung vorhanden wäre, welche Alle am Schnürchen hätte. Es zeigt dies eine vollkommene Unkenntniß der Verhältnisse. Wir haben gewußt, warum wir Hauser und Heimann ausgeschlossen. Was das Blatt anbelangt, so haben wir nur gesagt, die „Volkspresse" wird aufhören, Parteiorgan zu sein, wenn Hauser nicht innerhalb 14 Tagen abtritt, um ihn indirect zu zwingen, abzutreten. Wären Sie auf die Brünner Conferenz gekommen, so hätten wir uns geeinigt. So aber haben Sie es dahin gebracht, daß die Wiener Organisation durch Personencultus gelitten hat. Daß eine Partei-Organisation platzgreifen muß, wissen die Wiener, aber wir haben mit den österreichischen Verhältnissen zu rechnen.

Im Namen der Wiener Delegirten bringe ich folgende Erklärung vor.

„Die von den Wiener Genossen zu dem am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892 stattfindenden socialdemokratischen Parteitage entsendeten Delegirten geben hiemit folgende Erklärung ab:

„In Erwägung, daß die beiden Herren Hauser und Heimann in der unverantwortlichsten Weise, aus Selbstsucht und gemeinem Eigennutz, den Streitfall, welcher nur durch sie selbst hervorgerufen wurde, absichtlich entstellten und dadurch die ganze Partei empfindlich schädigten, das Ansehen und die Würde der Partei untergruben,

„beschlossen die gefertigten Wiener Delegirten im vollen Bewußtsein, recht und ehrlich, im Interesse ihrer Wähler zu handeln: Die Herren Hauser und Heimann absolut nicht mehr in die Organisation aufzunehmen.

„Ebenso verwahren sich die Wiener Delegirten in Bezug auf die Herren Dr. Elbogen und Kadisch, welche sie überhaupt niemals als Genossen anerkannten, dagegen, daß diese Herren jemals in der Organisation Aufnahme finden sollten.

„Dagegen begrüßen die Wiener Delegirten mit aufrichtiger Freude alle anderen Genossen, die durch erlogene Berichte seitens der genannten Herren in die Opposition gedrängt wurden, wenn dieselben wieder in den Reihen ihrer früheren Genossen ein Glied der Bruderkette bilden und nach dem vom Parteitag beschlossenen Organisations-Entwurfe arbeiten wollen.

„Endlich erklären die Wiener Genossen, die „Volkspresse" keinesfalls mehr als Parteiorgan anzuerkennen und mit aller Energie für das von ihnen gegründete Parteiorgan „Volkstribüne" einzutreten."

Diese Resolution ist unterschrieben von allen Wiener Delegirten

mit Ausnahme der Delegirten der Arbeiterinnen, die sich laut Beschluß der Genossinnen in dieser Angelegenheit passiv verhalten.

Genosse Schuhmeier (Wien): Heute sind wir Alle, die nicht bei der Opposition sind, entschieden verkürzt, da man in zehn Minuten nicht auf das eingehen kann, was von der Opposition gesagt wird. Wir könnten die ganze Debatte abkürzen. Dort sitzt Hanser, und wenn er heute nur die Vorwürfe zum Theil widerlegt, dann ist die Debatte erspart. Hanser thut es nicht, er kann es nicht. Wenn Hanser wirklich etwas über uns wüßte, wenn wirklich Schmutzereien geschehen wären, er hätte schon lange davon gesprochen. Wenn wir gegen ihn Front gemacht haben, so zwangen uns die Thatsachen dazu. Einer von der Opposition hat bei der Controle der „Volkspresse" gesessen und hat die Bücher hingeworfen und gesagt: Das ist nicht möglich zu controliren. Die Brodvertheilung ist ein Capitel, über das ich mehr erzählen könnte, in Ihrem Interesse sollten Sie davon schweigen! Durch das Schwingen des Bettelsackes haben Sie an der Partei, am Volke selbst ein Verbrechen begangen. Sie sagen, wir sollen revolutionär sein, und Sie lehren das Volk betteln gehen und sich blutig drängen um ein Stück Brod!

Noch eine persönliche Bemerkung: In einer Versammlung sagte ich, nachdem ich eben klipp und klar von der Bourgeoisie gesprochen hatte: „Nieder mit dieser Pöbelherrschaft!" Und gleich darauf in der Nummer des „Armen Teufel" waren die Worte verdreht, ich sollte gesagt haben: „Nieder mit dem Lumpenproletariat!" Darüber haben sich eine Anzahl von Genossen beschwert. Daraus sehen Sie, wie schmutzig, wie elend die Mittel sind, mit denen diese „revolutionären" Herren arbeiten. Mit ihrer Taktik wird nichts erreicht werden. Es wird sich Niemand finden, der mit solchen Leuten wie Hanser eine Stunde weiter in der Partei verbleiben wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Mehrere Redner sind vor Hanser vorgemerkt, dieselben lassen ihm auf sein Ansuchen den Vorrang.

Hanser: Sehr geehrter Parteitag! Ich habe nach langer Zeit, nach langem Bemühen, endlich Gelegenheit, vor Freund und Feind zu sprechen. Ich habe heute verschiedene Einwürfe gehört, daß ich in einer Form einen Verstoß begangen habe. Ich erinnere mich an das Sprichwort: Iliacos intra muros peccatur et extra, Sünde geschieht innerhalb Ilions Mauern und außerhalb. Ueberall kommt es vor, daß Vergehen begangen werden. Das Vergehen, ich nehme es auf mich. Niemand möge glauben, daß ich meinen Stand in der Partei retten will. Ich bin schon zu alt im Parteileben geworden; was ich besessen, ging auf Fransen, aber Eines bedenken Sie, daß auch im schlechtesten Kerl ein ehrliches Herz schlägt, und das habe ich. Rechts und links, überall Feinde, sogar in der Opposition eine Opposition .... Ich freue mich, daß wir es bis zum Parteitage gebracht haben, wo ich die Ehre habe, zu Ihnen Allen zu sprechen, die Alle wieder nach Hause eilen werden, um es zu erzählen, daß ich mitgedient habe, bis es aus war. Werthe Freunde! Es ist einmal gesagt worden, jeder Politiker hat nach sechs Jahren seine Zeit

beendet. Ich habe mehr als sechs Jahre gedient. Der heutige Parteitag ist mir maßgebend für mein ferneres Schicksal. Ich halte Sie für klug genug, um zu unterscheiden zwischen Miserabilität und innerer politischer Ehrlichkeit. Man wollte mich in ein anderes Lager hineintreiben! Das unter keinen Umständen! Meine Freunde haben alle Angriffe widerlegt. Es ist ja richtig, es kommt im menschlichen Leben so Manches vor. Mein Vermögen besteht aus nichts; aber einen Menschen politisch zum Lumpen stempeln, das geht nicht. Man hat uns die Hilfsaction vorgeworfen; man hat gesagt, wir treiben Humaniſterei. Ich habe mir gedacht, daß Jeder in dem Augenblicke, wo er den Laib Brod empfängt, weiß, von wem er ihn erhält. Wir hätten damals, wenn wir gewollt hätten, stehlen können wie die Raben — es ist uns nichts übrig geblieben, gar nichts. Nun sagt man mir: Jetzt, Lump, Du hast zehn Jahre gedient; Mohr, Du hast Deine Schuldigkeit gethan, Du kannst gehen. Werthe Freunde! Was hat mich hinuntergeworfen? Auf das Flugblatt will ich hier im Detail nicht eingehen. (Rufe: Warum nicht?) Da müßte ich eine Stunde lang reden. (Rufe: Nur zu!) Nur bitte ich Sie Eines zu bedenken. Sie Alle wissen, in welchen Verhältnissen wir leben. Ich habe den Antrag stellen wollen auf Einsetzung einer 24er-Commission, aus Ihrer Mitte frei herausgewählt, welche die Details genau in Behandlung zu ziehen hätte. Erzählen kann ich ja das hier nicht. (Stürmische Unterbrechung. Warum? Präsident läutet.) Aber mit dem Kunstgriff, indem man einfach sagt: Hanser hat nicht geantwortet, mit dem ist nichts geschehen. Hätte ich geantwortet, da hätte es geheißen, der will fortwährend hetzen. Ich bin ein Mensch, der selbst dem Gegner, der Hirn und Herz am rechten Fleck hat, niemals Feind sein kann. Ich unterschätze keines einzigen Menschen Tugend. Ich bin halt so ein Art Psychiater, oder Psycholog will ich sagen, ich studire die Menschen genau. Hier sitzt ein alter Freund von mir, der sich redliche Mühe gegeben hat, die Partei auf die Höhe zu bringen, auf welcher sie heute steht, es ist Genosse Dr. Adler. (Aha! Aha!) Bitte, zweifeln Sie nicht, ich schätze sein Talent, ich schätze die große Kunst, aus den damalig zerrütteten Parteiverhältnissen die Bewegung auf die heutige Höhe emporgeschaffen zu haben. Auch er ist mein Feind und ich zolle ihm doch meine Anerkennung. Das ist gar kein Verbrechen. Auch er wird trotz meiner Schlechtigkeit in mir eine Tugend finden. Auch er wird sagen: „Das ist so!" Man hat gesagt, beim Parteitage wird sich Alles klären. Ich bin mit dem Bewußtsein hieher gekommen, daß sich die Disharmonie in Harmonie auflösen wird. Auch unter unserer Opposition ist eine Opposition. Wenn ich weiß, daß es nützlich ist, daß ich hinausgehe, werde ich vom Schauplatze verschwinden. Sie können mich wie einen alten Krampus hinausschmeißen! Wenn Sie glauben, daß es nützlich ist, daß ich gehe, gut; ich bleibe aber Socialist, ich gehe in kein anderes Lager, sind Sie überzeugt, Mancher unter uns sitzt hier, Jeder hat einen Anderen Vorwurf gegen mich, der hat Das, der hat Jenes. Ich habe Schulden gemacht. Ja, wer hat noch keine Schulden gemacht? Meine Schulden wurden mir vorgeworfen. Ich will trotz alledem der ehrliche Kerl bleiben, der

ehrliche politische Kerl. (Heiterkeit.) Genosse Hofer hat gesagt, ich hätte seinerzeit für das Wahlrecht propagirt und heute stehe ich auf dem Standpunkte, welcher das Mittel des Wahlrechtes negirt. Ich habe mich diesbezüglich noch gar nicht ausgesprochen. Ich muß Ihnen gestehen, daß es mir bis heute nicht ganz klar ist, ob das Wahlrecht für das Volk gut ist. (Heiterkeit.) Ich muß da noch viel, sehr viel lernen! Wie kann man mich also wie eine Fledermaus an die Wand annageln und sagen: „Er ist gegen das Wahlrecht!?"

Es hat Genosse Bauer gesagt, ich hätte seinerzeit, als Redacteur, gestohlen. Es stimmt schon, es ist wirklich wahr. (Bewegung.) Wenn man kein Buch gehabt hat, wenn man selbst nur mitlesen muß, was Andere schreiben und man erhält diese Bücher und Werke, so nimmt man einen Satz heraus. So mache nicht ich es allein, so machen es hundert Leute, die man unter dem Glorienschein von Gelehrten herumwandeln sieht. Es wird immer so betont „Diebstahl". Ich setze voraus, daß der Parteitag zur Prüfung aller dieser Fälle, die mir vorgeworfen worden sind, mir zu Liebe, bevor ich den letzten Schritt aus dem Tempel hinaus mache, eine 24gliedrige Commission wählt und die Thatsachen auf ihre Richtigkeit prüfen läßt. Es ist nicht immer richtig, daß der die Wahrheit sagt, der oben steht und im Interesse der sogenannten officiellen Partei arbeitet. Sie brauchen ja meinen Worten auch nicht zu glauben. Aber das Einzige müssen Sie mir geben, daß ich mich in irgend einer Form entschuldige gegenüber allen diesen Angriffen, die im Flugblatt enthalten sind. Was ich gestohlen haben sollte, habe ich vielleicht in hundertfachem Maße wieder hereingebracht. Ich habe gepumpt, zuletzt habe ich nichts; wo nur halbwegs reelle Quellen gewesen sind, daraus habe ich geschöpft. Mit aller Anstrengung habe ich mich gehalten.

Ich habe gestern meinen Freunden erklärt, *der Parteitag ist mir maßgebend. Wenn er mich hinauswirft, dann liege ich draußen und ich gehe meines Weges.* Ich schaue mich nimmermehr darnach um, ich habe gewußt, daß ich etwas geleistet habe. Ich appellire an Ihr Herz nicht, ich mache Ihnen hier keinen Schwefel vor. Aber mitfühlen müssen Sie es, mitdulden und mitleiden, einen Kampf der zehn Jahre gedauert hat. Wohin Sie mitzurückblicken auf alle großen Errungenschaften, welche die Socialdemokratie während zehn Jahren erreicht hat, können Sie sagen: Da warst Du doch auch dabei und hast einen Theil geleistet. Und Anderes will ich nicht. Es ist hart hergegangen. „Lump hin und Lump her," ja, es ist halt nicht anders; Undank ist der Welt Lohn; es ist immer so gewesen. Urtheilen Sie selbst; aber um Eines bitte ich: Gehen Sie darauf ein, daß Sie die Richtigkeit der Flugschrift prüfen. Sie werden Ihr Urtheil fällen. Aber diese Resolution ist der Schlußpunkt meines politischen Lebens als Socialdemokrat.

Ich bin oppositionell, aber oppositionell bis zu einem gewissen Grade. Nicht etwa etwas Unmögliches, nicht Unausführbares stelle ich mir vor. Keine Spur! Aber Eines stelle ich mir vor: Du hast es mit Einem zu thun, der das Herz auf dem rechten Fleck hat. Und das habe

ich besessen, sind Sie davon überzeugt! Es obliegt mir nichts mehr, ich habe ausgesprochen. In Ihrer Macht liegt es, das Urtheil zu fällen. Entweder sagen Sie: Fort, Du gehörst nicht in unsere Reihen, oder aber Sie sagen: Du bleibst bei uns mit den Bedingungen, daß — großer Gedankenstrich.

Sehen Sie, das ist meine Vertheidigungsrede gewesen. Freunde und Feinde! Es gibt unter uns Leute, von denen ich weiß, daß sie mir nicht so böse sind als sie in Wirklichkeit gegen mich arbeiten. Und ich gegen sie auch nicht.

Es hat vorhin Genosse Auer aus Deutschland, der den Parteikampf länger mitgemacht hat als ich, gesagt: Die Socialdemokratie, die baut ihre Veste auf der Einigkeit der Masse auf. Auch ich baute sie auf, auch ich bin ein Ziegelstein davon. Wer mich mißkennt und nicht achtet, ist noch lange nicht mein Feind. Aber die Angriffe, wie sie gegen mich in der Wiener Local-Organisation erhoben worden sind, das war nicht socialdemokratisch.

Ich bin zur Parteisitzung gekommen und habe von vorneherein gesehen, daß sich ein gewisser Widerwillen, ein Mißbehagen gegen mich breit gemacht hat. Ich bin blos 10 Minuten dortgewesen. Die „Volkspresse" konnte sich nichts erübrigen. Das Blatt konnte keinen Reingewinn haben. Es sind Redacteure von Arbeiterblättern hier, die das nämliche sagen werden, sie laboriren an Geldmangel. Nur die „Volkspresse" wollte man immer so gerne controliren. Sie hat ja nichts als Schulden. Es handelt sich um nichts Anderes als um die lediglich Unterordnung. Ich erinnere Sie an die Brünner Conferenz. Damals handelte es sich darum, das centralistische System einzuführen. Ich war selbst dafür. Die Genossen haben sich mit Händen und Füßen dagegen gestemmt. Die „Volkspresse" hätte sollen controlirt werden. Wir haben blos gepumpt, solange bis Niemand mehr was gegegeben hat. Was hereingekommen ist, ist immer in die Masse hinausgeflogen. Wir haben bis zum heutigen Tage gegen $1^1/_2$ Millionen socialistischer Schriften in die Massen gebracht. Das ist doch eine kleine Leistung.

Die Socialdemokratie, heißt es, soll rein bleiben. Keine einzige von allen Parteien geht so strenge mit einem Parteiangehörigen in's Gericht als die Socialdemokratie. Was die Bourgeoisparteien thun, das wollen wir nicht nachmachen. Machen Sie, was Sie wollen. Werfen Sie mich hinaus oder nicht. Es ist mir gleichgiltig. Ich schüttle den Staub von den Füßen und bleibe, was ich gewesen, ein Socialdemokrat. (Zischen, vereinzelte Bravo-Rufe.)

Genosse Tobola (Wien): Kein Redner der Opposition konnte beweisen, daß eine Parteileitung besteht, welche die freie Meinung unterdrückt hätte. Neumann machte uns den Vorwurf, daß wir nicht socialrevolutionär seien, weil wir nicht gegen die Biersteuer gesprochen hätten. Ist das socialrevolutionär, wenn man gegen eine Erhöhung der Tramwaypreise oder der Biersteuer protestirt? Hauser sagte bezüglich der Controle, es seien nur Schulden dagewesen. Auch Schulden müssen controlirt werden,

sonst kann eine Privatperson Schulden auf ein Parteiblatt machen. Ich unterstütze Hanser's Antrag.

Genosse Saska (Innsbruck) unterstützt den Antrag Hanser's. Der Antrag wird mit dem Zusatz angenommen, daß der Ausschuß dem Parteitage Bericht erstatten müsse.

Genosse Dr. Adler (Wien): Damit dies möglich sei, solle der Ausschuß wohl nach Schluß der Sitzung zusammentreten. Dieser Ausschuß solle das Recht haben, Parteigenossen vorzuladen und zu verhören.

Genosse Resel (Graz) ist dagegen, weil viele Genossen zu ermüdet seien.

Genosse Roscher (Reichenberg): Beim Punkte: Bericht der Partei hätte man blos berichten sollen, was wir geleistet, und wie uns die Behörden behandeln. Beim Punkte: Programm und Taktik erst hätte die Oppositionsgeschichte behandelt werden sollen. Die 24er-Commission bringt keine Erledigung, wenn nicht die Frage des Programms erledigt ist, indem die Opposition auch gegen das Programm Angriffe gerichtet habe.

Genosse Dr. Adler: Der Ausschuß wurde nur gewählt, um die rein persönliche Angelegenheit des Hanser zu regeln, er hat nichts mit Programm oder sonst etwas zu thun. Das Bureau hätte erst am Schlusse der Discussion über den Antrag Hanser's abstimmen lassen sollen. Die Commission muß berathen, wenn wir nicht beisammen sind, weil wir nicht die 24 Genossen entbehren wollen.

Genosse Schuhmeier: Die Commission soll tagen, der Parteibericht soll morgen weiter erstattet werden.

Popp (Wien) verwahrt sich dagegen, daß das Bureau einen Schnitzer gemacht habe.

Roscher fragt Hanser, ob er den 24er-Ausschuß nur in seiner persönlichen Angelegenheit gemeint habe.

Hanser: Ja.

Diamant (Lemberg): Die Angelegenheit Hanser ist verknüpft mit Heimann. Es soll also zugleich über Hanser und Heimann entschieden werden.

Der Antrag Adler und Diamant wird angenommen.

Die verschiedenen Provinzgenossen treten zusammen und wählen Delegirte in die Commission, und zwar:

Für Polen:	Genossen	Fränkel und Kosakiewicz;
„ Böhmen:	„	Preibisch, Schiffner und Wagner;
„ Schlesien:	Genosse	Homa;
„ Mähren:	Genossen	Richter, Bielowitzki und Bill;
„ Tirol:	Genosse	Saska;
„ Steiermark:	Genossen	Krainer, Notzar und Mittelmaier;
„ Oberösterreich:	Genosse	Heinz;
„ Salzburg:	„	Egger;
„ Kärnten:	„	Eich;
„ Südtirol:	„	Lagger.

Die Wiener verzichten zu Gunsten der Opposition.

Da die „Unabhängigen" eine Wahl ablehnen, sagt Koczka: Die sogenannten „Unabhängigen" sind noch viel ärger als die „Officiellen". Die „Officiellen" haben doch zugesagt, die Commission einzusetzen, um einem Menschen, der beschuldigt ist, die Vertheidigung zu ermöglichen; die „Unabhängigen" aber stellen sich auf den Standpunkt, ihm kein Recht einzuräumen, sich zu vertheidigen. Mit solchen Leuten kann ich nicht einverstanden sein.

Für Wien werden dann von der Opposition gewählt: Tomaschko, Ulbrich und Schwarz.

Für Niederösterreich werden gewählt: Schariman, Schürhagel und Schimak.

Als 24. wird Pawlik aus Sternberg gewählt.

Genosse Pokorny: Die Discussion über den 1. Punkt möge weitergeführt werden, aber nur über die Thätigkeit der Genossen in den verschiedenen Provinzen. Die Angelegenheit der Opposition werde beim 2. Punkt, Programm und Taktik, besprochen werden. Ich beantrage, den Beschluß der Einsetzung einer Commission aufzuheben. (Widerspruch.) Es gibt keine einheitliche Opposition, sondern ein Schock von Fractionen innerhalb der Opposition. Durch die Annahme der Resolution der Wiener sei die persönliche Angelegenheit Hanser's erledigt, das Andere machen wir mit der Oppo-Opposition aus. (Schluß der Sitzung um 8 Uhr Abends.)

II. Verhandlungstag.

Montag, den 6. Juni 1892.

Beginn der Sitzung 9 Uhr 10 Minuten.

Vorsitzender Schmidt (Jägerndorf) eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß von Seite des Bureaus beschlossen wurde, daß die Streitfrage Hauser-Heimann bei der Verhandlung über den ersten Punkt der Tagesordnung nicht mehr berührt werden solle.

Franz Fuchs (Zwittau) überbringt die herzlichsten Grüße der Genossen von Zwittau. Er berichtet über den Strike in Zwittau, der deshalb erfolglos gewesen sei, weil eine gewerkschaftliche Organisation dort nicht besteht. Redner ist dafür, daß die Partei überall ihr Augenmerk darauf richten soll, die Arbeiter gewerkschaftlich zu organisiren, weil, wenn dies der Fall ist, auch eine ausgiebigere Unterstützung im Strikefalle stattfinden könne, wodurch der Erfolg eines Strikes sicherer sei.

Genossin Grubinger (Wien): Es ist das erste Mal, daß wir Arbeiterinnen am Parteitag uns betheiligen. Wir waren in diesem Jahre thätig, haben zehn freie Arbeiterinnen-Versammlungen einberufen mit der Tagesordnung: Politische Rechte, Lebensmittelvertheuerung u. s. w. Zwei davon wurden aufgelöst. Es haben sich in diesem Jahre Vereine gebildet, an denen auch weibliche Mitglieder theilnehmen. Wir können Ihnen die Versicherung geben, daß wir in unserer Thätigkeit nicht erlahmen, sondern immer vorwärts schreiten werden. (Beifall.)

K. Schmidt (Böhmisch-Leipa) erstattet Bericht über den „Nordböhmischen Volksboten" und die Verhältnisse in Böhmisch-Leipa. Der „Volksbote" kann als lebensfähig bezeichnet werden und sich würdig in die Reihe der Arbeiterblätter einreihen. In seiner Schreibweise ist er so gehalten, daß er unter dem Kleingewerbe und Bauernstand Eingang finden kann. Es müssen bei uns viel größere Opfer gebracht werden und die Kampfesweise muß eine ganz andere sein als in Industriegegenden. In Leipa gelang es erst seit einem Jahre, nach großen Anstrengungen, Boden zu fassen, und ist es der Partei insbesondere gelungen, in die Kreise der Kleingewerbetreibenden und Bauern einzudringen. Bei den nächsten Wahlen hoffen wir, mit Hilfe derselben Erfolge zu erzielen. (Beifall.) Redner überbringt auch die Grüße von Nimes und schließt mit dem Wunsche, daß wir alle Zwistigkeiten bei Seite lassen und zu ernster Arbeit gehen. (Beifall.)

Genosse Wilhelm (Polzenthal) spricht im Namen der Genossen

des Polzenthals und des Mittelgebirges. Er bedauert es, daß gerade im Polzenthale durch die Opposition Unfriede gesäet worden ist und appellirt an den Parteitag, diesen Bestrebungen möglichst Schranken zu setzen. (Bravo.)

Saska (Innsbruck) überbringt die Grüße der Genossen Innsbrucks und erklärt, daß die Tiroler Genossen nach wie vor am Hainfelder Parteiprogramm festhalten. Er bespricht den unangenehmen Eindruck, den der Wiener Zwist in den Provinzen gemacht hat. Es habe in Tirol auch unangenehm berührt, daß die Wiener Genossen entgegen den Beschlüssen des vorjährigen Parteitages ohne Anhörung einer Landes-Conferenz zur Gründung der „Volkstribüne" geschritten sind. Die in mehreren Versammlungen zum Ausdruck gelangte Ansicht der Innsbrucker Genossen sei die, daß beide Theile von Anfang an gefehlt haben; daß es den peinlichsten Eindruck machen mußte, wenn Ausdrücke persönlicher Gehässigkeit in den Zeitungen erschienen und Genossen, die wir achten gelernt und die für die Sache im Kerker gesessen sind, in den Koth gezerrt wurden. (Beifall.) Wir haben beschlossen, kein Arbeiterblatt mehr zu abonniren, das sich mit derlei persönlichen Streitigkeiten befassen würde. Redner begrüßt es freudig, daß die Opposition am Parteitage erschienen ist, und richtet an den Parteitag den Appell, über Zwistigkeiten rein persönlicher Natur hinwegzugehen und sich zum gemeinsamen Kampfe zu vereinigen. (Beifall.)

Redner kommt nun auf die Verhältnisse in Tirol zu sprechen und sagt: Sie wissen, daß wir einen politischen Verein für Tirol und Vorarlberg gegründet haben. Wir haben denselben auch ausgenützt und haben viele Volksversammlungen abgehalten. Sonst haben wir keine Neugründung eines Vereines zu verzeichnen. Nur einen Verein der Gegner muß ich erwähnen, mit welchem man über päpstliche Aneiferung im Lande Tirol, wo Alles noch dunkel und schwarz ist, den Anfang gemacht hat. Man hat uns in Innsbruck mit der Gründung eines katholischen Arbeitervereines beglückt. Doch kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß es uns gleichgiltig ist, ob dieser katholische Verein existirt oder nicht. Er wird aus seinem Dunkel nicht im Stande sein herauszutreten. Des Weiteren muß ich Ihnen berichten, daß die Thätigkeit unseres politischen Vereins eingestellt wurde, d. h. er wurde von der k. k. Statthalterei aufgelöst, und zwar aus dem einzigen Umstande, weil wir das Lied der „Arbeitsmänner" zur Feier des 1. Mai (hört! hört!) drucken ließen und dies im Verlage des politischen Vereins. Weil aber der Staatsanwalt dieses Lied confiscirt hat, so sagte die Statthalterei: Der Verein identificirt sich damit, indem er, wie im Liede, möglicherweise mit Gewalt die heutige Gesellschaftsordnung beseitigen will. (Rufe: Oesterreichische Verhältnisse!)

Saska verliest nun das bezügliche Auflösungs-Decret der Innsbrucker Statthalterei und theilt mit, daß dagegen der Recurs an's Ministerium ergriffen wurde. (Beifall.)

Unsere Maifeier ist wider Erwarten günstig ausgefallen. Die Versammlung war sehr massenhaft besucht. Hunderte von Genossen konnten

wegen Raummangels nicht eingelassen werden. Wer Tirol und seine Lage kennt, der muß sagen, daß es sehr viel ist, die dortigen Arbeiter in derartiger Weise zu Versammlungen zu bringen. Ich übermittle Ihnen nochmals die Grüße der Innsbrucker Genossen. (Lebhafter Beifall.)

Gabauer (Wien) bringt zur Kenntniß, daß seit Sonntag in Wien keine Opposition mehr bestehe. (Beifall.) Unsere Erklärungen werden wir später abgeben. Doch gestern wurden wir angegriffen und lächerlich gemacht, und dagegen verwahren wir uns, dazu sind wir nicht da!

Scharimann (Stockerau) überbringt die Grüße der Stockerauer Genossen. Er tadelt den Vorgang, daß die Genossen in Wien, bei welchen er um einen Referenten für eine in Stockerau abzuhaltende Versammlung persönlich angesucht habe, auf die Nachricht der Tagesblätter hin, daß die Versammlung von der k. k. Bezirkshauptmannschaft verboten worden wäre, sich dupiren ließen. Er ermahnt die Wiener Genossen an ihre Pflicht, die Provinz fleißig zu besuchen und die Provinzgenossen in ihrer Agitation zu unterstützen.

Aug. Hermann (Maffersdorf) überbringt von den Genossen Nordböhmens die herzlichsten Grüße. Die Organisation ließe in Nordböhmen viel zu wünschen übrig. Die Arbeiter werden aller Orten chicanirt und hinausgeworfen. Man müsse dieselben in ihrem Kampfe gegen das Capital — unsern Hauptfeind — materiell unterstützen.

Widholz (Wien) berichtigt gegenüber dem Genossen Scharimann, es sei nicht an ihm gelegen, daß zur betreffenden Versammlung nach Stockerau kein Referent aus Wien gekommen sei, da Mitglieder des Partei-Ausschusses ihm mitgetheilt hätten, daß die Versammlung verboten worden sei und daher nicht stattfinden könne.

Roscher (Reichenberg): Es ist nicht unsere Gewohnheit, in Streitfragen anderer Provinzgenossen uns einzumengen, und wir nehmen daher an, daß die Genossen in jeder einzelnen Provinz, daher auch in Niederösterreich, ebenso handeln und ihre Angelegenheiten in ihrer eigenen Provinz austragen werden. Auch wir haben verschiedene Differenzen, jedoch ist dies bei einer so großen Partei, bei so verschiedenen subjectiven Fähigkeiten nicht zu vermeiden. Das macht übrigens nichts.

Was die Parteiverhältnisse in Böhmen anbelangt, fällt zunächst auf, daß eine Bezirkshauptmannschaft als Verwaltungsbehörde für ihren Kreis in der einen Stadt etwas erlaubt, was sie in der anderen verbietet. Nach 22jähriger Thätigkeit haben wir es endlich dahin gebracht, einen politischen Verein von Seite der Statthalterei bewilligt zu erhalten. Wie die Behörden vorgehen, haben Sie aus unserer Parteipresse erfahren. Wir haben namentlich in gewerkschaftlicher Richtung Fortschritte gemacht und die Sympathien für die gewerkschaftliche Bewegung in große Kreise getragen. Den Fabrikanten erscheint die gewerkschaftliche Bewegung viel gefährliche als die politische, weil sie glauben, daß die Arbeiter ohne politische Rechte keinen Einfluß ausüben können, jedoch bei

der gewerkschaftlichen Bewegung, wie sie selbst, ein Machtfactor werden könnten.

Was die Opposition betrifft, so meinen wir in Nordböhmen, die Wiener sollten soviel Kraft haben, ihre Angelegenheiten unter sich auszutragen. Eine gesonderte Frauen- und Mittelstandsbewegung, wie an anderen Orten, kennen wir nicht, und haben auch nicht nöthig, specielle Organe ꝛc. ꝛc. hiefür zu gründen.

Redner schließt, indem er meint, man brauche nicht mit socialrevolutionären Phrasen herumzuwerfen, weil die Verhältnisse ohnedies socialrevolutionär genug sind. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Preibisch (Warnsdorf): Seit dem letzten Jahre haben wir eine große Thätigkeit entwickelt. Versammlungen nach § 2 finden bei uns die Woche zwei bis drei statt, Volksversammlungen alle Monate. Ich will an die beiden großen Volksversammlungen erinnern, von denen die eine sieben, die andere neun Stunden währte. Wir haben aber auch in Warnsdorf Gegner, die nicht zu unterschätzen sind, die den Muth haben, in die Volksversammlungen zu kommen und dort den Kampf zu beginnen. Von clericaler Seite ist der Herr P. Opitz und von Seiten des deutschen Fabrikantenthums Herr Strache zu nennen. Seitdem sie aber in diesen Volksversammlungen unterlegen, sind sie stiller geworden. Wir machten es uns zur Pflicht, in die Wahlbewegung einzutreten. War der Erfolg kein siegreicher, so war es doch von großem Nutzen, und wir werden stets respectirt. Beweis hiefür ist, daß man seitens der liberalen Partei an uns herangetreten ist mit der Frage, wie unsere Stellung im Falle einer Stichwahl sein würde. Wir haben darauf geantwortet, daß wir nie für einen Candidaten stimmen werden, der nicht einmal für's allgemeine Wahlrecht ist.

Selbstverständlich legt man unserer Agitation viele Hindernisse in den Weg. Man maßregelt mit großer Willkür und sperrt Hunderte von Genossen ein. Aber es geht doch weiter. Mit der Opposition haben wir uns erst befaßt, als die liberalen und clericalen Blätter über die Sache herfielen und sie ungeheuer aufbauschten. Wir hoffen, daß dieser Parteitag die Streitigkeiten schlichten wird und wir wieder gemeinsam für unsere Sache, welche die Sache der gesammten Menschheit ist, weiter kämpfen werden. (Bravo!)

Genosse Karl Hermann (Kratzau): Wir haben verschiedene große Volksversammlungen abgehalten. Dem Bezirkshauptmann von Reichenberg waren diese Volksversammlungen zu viel und er verbot mehrere derselben. Nach dem Beschlusse des letzten Parteitages sind wir daran gegangen, uns besser zu organisiren. Bei den Gemeinderathswahlen ist es uns gelungen, unsere acht Candidaten im dritten Wahlkörper durchzubringen. (Bravo!) Die Textilarbeiter wollten einen Verein gründen. Die Statthalterei aber hielt sich nicht für competent, die Statuten zu bewilligen, und hat sie dem Ministerium übermittelt. Wir haben sie aber bis heute noch nicht zurück. ($2^1/_2$ Jahre!)

Genosse Krondorfer (Römerstadt): Wir sind bestrebt, unsere Arbeiterschaft dadurch ökonomisch und politisch aufzuklären, daß wir einen

Arbeiterbildungsverein und einen Fachverein für beiderlei Geschlecht gegründet und unsere Genossen aufgefordert haben, dem politischen Verein „Volksfreund“ beizutreten. Wir ersuchen die Wiener Genossinnen, auf unsere Gegend Bedacht zu nehmen, weil vorwiegend Frauenzimmer in der Textil-Industrie beschäftigt sind, damit sie unsere Arbeiterinnen ermuthigen, in die Organisation einzutreten, und sie aufklären, daß sie nicht die männlichen Arbeiter von der Bewegung abhalten. Was die Streitfrage anbelangt, so haben wir uns um dieselbe nicht gekümmert, sondern die Berichte, die darüber gekommen sind, in den Ofen gesteckt.

Genosse Resel (Graz): Von Steiermark kann ich berichten, daß die Bewegung so ziemlich vorwärts geht, sowohl in gewerkschaftlicher wie in politischer Beziehung. Wir haben einen Verein der Bäcker mit 300, Bauarbeiter mit 200, Schuhmacher mit 180, Tischler mit 200, Buchdrucker mit 280 Mitgliedern, ferner Organisationen der Spengler, Maler und Anstreicher. Tapezierer, Buchbinder, Schneider; Bergarbeitervereine in Köflach, Voitesberg und im Wieser Reviere mit 400 bis 500 Mitgliedern. Im letzten Jahre wurden neue Organisationen gegründet: die der Faßbinder, die eine rege Thätigkeit entwickeln, weiters der Eisenarbeiterverein mit mehreren Filialen. Es besteht ein Rechtsschutzverein, der sich über ganz Steiermark erstreckt, mit 4000 bis 5000 Mitgliedern. Außerdem existiren in der Provinz gegen zehn Vereine.

Es fand bei uns heuer eine Nachwahl in den Reichsrath statt, und wir sind dabei eingetreten. Wir haben dies als einen Anlaß benützt, um den Arbeitern zu sagen, was wir wollen. Die Stimmenanzahl, die auf unseren Candidaten entfiel, war sehr gering. Und hier will ich an das anknüpfen, was der Genosse aus Warnsdorf berichtet hat. Er hat gesagt, wir treten bei der Stichwahl für keine Partei ein, welche nicht das allgemeine Wahlrecht verlangt. Ich bin dafür, daß wir nie und nimmer mit den bürgerlichen Parteien gehen, daß wir uns nicht darauf einlassen dürfen, mit ihnen Compromisse zu schließen. Uns ist die Wahlbewegung ein Anlaß zur Agitation, auf etwas Anderes lassen wir uns nicht ein.

Speciell in Steiermark hat die Bewegung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. So wurde in dem Bezirke Bruck an der Mur seit drei Jahren keine politische Versammlung bewilligt. Einmal war kein Statuten-Exemplar beigelegt. Wenn aber Versammlungen abgehalten werden, weil man sie schon nicht mehr verbieten kann, und die Redner und das Präsidium hinkommen, so ist da ein Commissär Berger, den ich hier festnageln will, der mit den kläglichsten Mitteln die Leute am Reden verhindert.

In diesem Winter war bei uns ein großer Bergarbeiterstrike ausgebrochen. Dieser Strike war nicht vielleicht von unserer Partei irgendwie angeregt worden, sondern wir waren dagegen, daß die Leute strikten, weil das Geschäft schlecht ging und der Winter lau war. Jedoch scheint hier die Unternehmung Anlaß gesucht zu haben, die alten Leute, welche 20 bis 30 Jahre bei ihr gearbeitet haben, auf billige Weise los

zu werden, jetzt, wo die Bruderladen geregelt werden sollen. Da hat man einen großen Druck ausgeübt, hat die Vertrauensmänner gemaßregelt, und das hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Die Leute sind in den Strike eingetreten — besonders die slavischen Genossen, die drei Wochen gestrikt haben — ohne alle Mittel. Zwar sind dann bedeutende Unterstützungsgelder eingelaufen, nämlich fl. 4244·50, aber für die große Zahl der Strikenden war es viel zu wenig. Opfermuth und Energie der Strikenden waren außerordentlich. Die Leute sind mitten im Winter nicht nach Hause gegangen, um nicht von der Polizei gefaßt und zur Arbeit commandirt zu werden. In Voitsberg und Köflach mußten wir erleben, daß, nachdem der Strike acht Tage gedauert, lauter Genossen, gegen 130, gekündigt wurde, und ich habe erfahren, daß man Willens ist, alle diese auszuweisen und abzuschieben. Es war ein wunderbares Zusammenwirken von Behörde und Werksleitung, die Socialisten hinauszubringen. Für zwei hat der Rechtsschutzverein Beschwerde beim Reichsgericht eingebracht, und es wurde von demselben das Vorgehen der Bezirkshauptmannschaft als ungesetzlich bezeichnet. Unser Vertreter Herr Dr. Wolf-Eppinger hat in seiner Beschwerde ausgeführt, daß die Interessen eines Bezirkes nicht mit den Interessen einzelner Capitalisten zu identificiren sind. Sonst kann ich sagen, ist die Bewegung in Steiermark eine ziemlich gute.

In letzter Zeit hat sich jedoch eine Opposition gebildet, mit demselben geringen Anhang wie in Wien. Erst sind es persönliche Sachen gewesen, und dann ist Rißmann zurückgekommen, und gerade acht Tage vor dem 1. Mai hat er nichts Anderes zu thun gehabt, als das Programm der Socialdemokratie zu „beleuchten". Allerdings ist ihm auch heimgeleuchtet worden.

Was die Parteithätigkeit in Krain betrifft, so herrscht dort Mangel an agitatorischen Kräften. Die Bewegung ist seit lange vernachlässigt worden. In letzter Zeit haben wir einige jüngere Kräfte gewonnen. Es wurde ein „Rechtsschutzverein für Krain" gegründet. Zuerst wurden die Statuten „wegen der bekannten Tendenzen der Einreicher" (hört!) zurückgewiesen. Ueber Recurs an's Ministerium wurde das Landespräsidium angewiesen, die Statuten zu bescheinigen. In Laibach wurde eine Versammlung des Vereines bewilligt, in Sagor aber wurde eine Versammlung nach der anderen verboten. Die Functionäre des Vereines, die hinkamen und Einzahlungen quittirten u. s. w., wurden von Gendarmen in den Gemeinde-Arrest geworfen, dann zum Bahnhof geführt und bewacht, bis sie abfuhren. Es wurde recurrirt. Vierzehn Tage später wurde eine Versammlung verboten. Erstens seien die Einberufer dumme Kerle (Heiterkeit), und zweitens hätten sie kein Geld (erneuerte Heiterkeit), und könnten also den Bergarbeitern nicht helfen. Dabei stand noch im Verbot: „Im Falle die Functionäre des Vereines nach Sagor kämen, würden sie behördlich beanständet werden." (Rufe: Oesterreichische Freizügigkeit!) Das ist eine Verletzung aller möglichen Gesetze. Der Bezirkshauptmann heißt Grill. Auf den Recurs gegen das Verbot erklärte der Landespräsident, er halte den Recurs für „belanglos", weil ja der

Tag der Versammlung bereits verstrichen sei. Und 14 Tage darauf wurde wieder die Versammlung verboten (hört!), obwohl nach dem Ausspruche des Landespräsidenten kein gesetzlicher Grund zum Verbote vorlag. Trotz alledem geht es auch in Krain vorwärts, sowie in Steiermark. Wir werden nächstens das Schauspiel eines großen Socialistenprocesses in Graz erleben; nicht weniger als neun Anklagen sind erhoben. Uns liegt wenig daran. Wir wissen, daß wir im Rechte sind. Gerade Steiermark liefert den Beweis, daß, wenn die Genossen stramm vorgehen, die Behörden allmälig nachgeben. Denn diese arbeiten für Bezahlung, wir aber aus Ueberzeugung. (Bravo! Bravo!)

Genosse Preibisch berichtet gegenüber Resel thatsächlich, daß er und seine engeren Parteigenossen nie ein Compromiß mit irgend einer Partei eingegangen sind. Er habe dem liberalen Wahl-Comité gesagt, daß er bestimmt wisse, daß Dr. Pergelt niemals für das allgemeine Wahlrecht eintreten würde, und daß überhaupt ein Compromiß unmöglich sei.

Genosse Neander (Linz): Folgende Vereine existiren in Linz: Allgemeiner Arbeiterverein, Gewerkschaft der Bäcker, Tischler, Bauarbeiter und Schuhmacher, letztere drei für ganz Oberösterreich. In Steyr eine Gewerkschaft der Hafner, in Linz eine Filiale derselben. Alle Vereine zusammen haben 600 Mitglieder. In Gründung ist begriffen eine Gewerkschaft der Metallarbeiter, der Schneider und Hilfsarbeiter für Oberösterreich. Vereine bestehen in Wels, Ried, Steyr, Mauthausen und Schwertberg. In Linz ist noch ein Verein der Buchdrucker, den wir nicht zu uns zählen können. Zwei Buchdrucker im Ganzen stehen in unseren Reihen. Die Buchdrucker betheiligen sich an Bourgeoisfängerfesten; unlängst haben sie dazu einen Wagen um fl. 400 gekauft. Die Maifeier verlief gut, nur schadete das ausnehmend schlechte Wetter. Auf der oberösterreichisch-salzburgischen Landes-Conferenz wurde beschlossen, einen politischen Verein für Oberösterreich zu gründen. Die Statuten wurden abgewiesen, wieder eingereicht, und zum Schlusse meinte die Statthalterei, daß sie überhaupt nicht die Nothwendigkeit der Gründung eines politischen Vereines einsehe. (Hört, hört! und Gelächter.) Zu Ostern war das ganze Spitzelthum von Linz auf den Beinen, um auszuspüren, ob der Partei-Congreß nicht stattfinde. — Die Linzer Genossen wünschen Einigkeit in der Partei.

Genosse Bielowitzki (Witkowitz): Ein ganzes Jahr mußten wir auf Erledigung des Recurses gegen die Auflösung unseres Vereines warten. Wir gründeten indessen einen neuen Verein „Brüderlichkeit" für beiderlei Geschlecht. Ein Fachverein entstand, und jetzt beabsichtigen wir, Leseclubs zu gründen. Die Gemeinde hat den Gastwirthen verboten, ihre Locale zu Arbeiterversammlungen oder Vereinen herzugeben. Wir beschlossen daher, eine Privatwohnung zu miethen. Arbeiter, die 10 und 15 Jahre in Arbeit stehen, wurden wegen ihrer Mitgliedschaft gemaßregelt.

Genosse Egger (Salzburg): Wir wollten die Fachvereine nach dem Gewerkschaftssystem organisiren. Die Behörden von Salzburg erklärten, der Titel „Gewerkschaft" sei absolut nicht statthaft. (Heiterkeit.) Wir recurrirten dagegen. In Salzburg besteht ein Verein der Schuhmacher, der Bäcker, der Holzarbeiter, der Schneider, in Hallein ein Bildungsverein.

Dann haben wir einen Buchdruckerverein, ähnlich dem in Linz. Wir haben einen politischen Verein „Zukunft". Bei der ersten Versammlung sagte der Regierungsvertreter: Von Socialdemokratie darf überhaupt nichts gesprochen werden. (Heiterkeit.) Natürlich hielten wir uns nicht daran. Der erste Mai verlief sehr gut, nur wurden uns die schönsten Locale abgetrieben.

Genosse Hudec (Lemberg): Genossen und Genossinnen! Als Vertreter Ostgaliziens, nämlich des Agitationsbezirkes Lemberg, habe ich die Ehre folgenden Bericht abzustatten.

Als die polnischen Arbeiter sich entschlossen hatten, an dem Parteitage im Jahre 1891 durch ihre Delegirten theilzunehmen, wurde dadurch der erste Schritt zu einer umfangreichen politischen Thätigkeit gemacht. Die erste Gelegenheit dazu boten die Wahlen zu der städtischen Krankencasse. Die Mitglieder derselben bestehen vorwiegend aus den sogenannten unorganisirten Arbeitern, das ist aus diesen Kreisen der Arbeiterschaft, welche mit der „Regierungswohlthat" der Zwangsgenossenschaften nicht beschеert worden sind.

In den sogenannten Corporations-Arbeiterkreisen hat der Socialismus schon festen Fuß gefaßt, und es fehlte eben die günstige Verbindung mit den zahlreichen, oft in schrecklichem Elend sich befindenden Arbeitermassen von Taglöhnern der verschiedensten Branchen. Drei große öffentliche Versammlungen dienten zur regen Agitation in dieser Richtung. Das Resultat dieser Wahlen war, daß fünf Sechstel aller abgegebenen Stimmen zu unseren Gunsten waren.

An dem Internationalen Socialisten-Congresse in Brüssel haben wir uns auch betheiligt. Galizien hatte zwei Delegirte, den Genossen Stanislaus Mendelson und Ignaz Daszynski. — Die Berichte des Genossen Daszynski über diesen Congreß in Krakau und Lemberg führten zu der einhelligen Annahme aller Beschlüsse des Brüsseler Congresses, und dienten die letzteren uns als treue Richtschnur in unserem Parteileben. —

Nach dem Erstarken der socialistischen Bewegung in Lemberg und Krakau wurde die nächste Marschroute für die Partei vorgezeichnet. Es galt, die Provinz zu erobern, es galt, den Socialismus in die Provinzstädte zu tragen, den rechtlosen Arbeitermassen den ersten Schimmer der socialen Gerechtigkeit aufleuchten zu lassen! Die Lemberger Organisation schickte fast jede Woche ihre Agitatoren in die Provinz.

Ich kann hier nicht alle die Chicanen, Schwierigkeiten und empörend willkürlichen Handlungen seitens der Behörden ausführlich schildern.

Es ereignete sich zum Beispiel einmal, daß ein betrunkener Polizei-Inspector die Arbeiterversammlung auf das Aergste provocirt hatte, und es nur der Selbstbeherrschung der Lemberger Delegirten gelungen war, dem Ausbruche des Unwillens der Versammelten vorzubeugen. In dieser Zeit wurden Arbeiterbildungsvereine, „Sila", in Stanislau, Kolomea, Stryj und Przemysl gegründet, wurde die Verständigung der Provinz mit der Hauptstadt angebahnt.

Die Erweiterung des Arbeitsgebietes führte nothwendig das Bedürfniß der allgemeinen Verständigung aller Genossen und Organisationen im Lande mit sich. Deshalb wurde im Winter dieses Jahres ein Parteitag einberufen. Derselbe hat unsere Erwartungen weit übertroffen. Es erschienen 48 Delegirte aus 12 Ortschaften, welche fast alle Zweige der Arbeit repräsentirten. Drei Tage hindurch dauerten die Verhandlungen, und selbst die erbittertsten Feinde des Socialismus mußten den Tact und die Würde des Parteitages anerkennen. Nach dem Parteitage wurde bald an der Stelle des früheren Parteiorganes „Praca", laut der Beschlüsse des Parteitages ein anderes Parteiblatt „Sila" gegründet, welches wir allen Partei-Organisationen und Genossen auf das Wärmste empfehlen.

Redner bespricht das Vorgehen der Lemberger „Opposition" und will nur ein charakteristisches Merkmal in dieser Richtung hervorheben. Unsere Schreihälse ziehen sich Schritt für Schritt in die beschränkteste Genossenschaftsbewegung zurück und verneinen jede weitere politische Richtung, indem sie sich in ein wohlfeiles „revolutionäres" Geschrei einhüllen.

Der erste Mai verlief glänzend. In Lemberg, Stanislau, Stryj und Przemysl versammelten sich Tausende von Arbeitern in öffentlichen Volksversammlungen, wo über die allgemeine Bedeutung der Maifeier, über das allgemeine Wahlrecht, den Achtstundentag und über die Vereins- und Preßfreiheit Referate erstattet und mit Begeisterung von der gesammten Arbeiterschaft die entsprechenden Resolutionen angenommen wurden. Wir brandmarkten bei dieser Gelegenheit die Brutalität einiger Fabrikanten in Przemysl und Stryj, welche 18 Arbeiter mit Weib und Kind von der Arbeit entlassen hatten, nur deshalb, weil sie an den Arbeiterversammlungen theilgenommen hatten.

Außer den Fabrikanten trägt auch die k. k. Regierung ihr Schärflein in der Verfolgung der Socialisten bei. So wurde vor dem 1. Mai die Genossin Anna Pawlik in Czernowitz verhaftet, und leidet dieselbe noch bis heute in der Untersuchungshaft. In Kolomea wurde der Genosse Adolf Faulhammer, der Lemberger Delegirte zu dem Maifeste, am 1. Mai verhaftet und wegen der Colportage-Paragraphen-Uebertretung bestraft. In allen Städten war am 1. Mai das Militär, die Polizei, Gendarmerie, und überhaupt Alles, was waffenfähig und regierungsfreundlich war — in Bereitschaft gegen die bösen Socialisten gehalten, und wurden die öffentlichen Umzüge verboten.

Sie sehen also, werthe Genossen und Freunde, daß wir bereits an der Seite der internationalen und socialistischen Arbeiterparteien für die gemeinsame Sache arbeiten, kämpfen und leiden — und wenn ich am Ende die wärmsten und herzlichsten Grüße meiner Genossen für den ganzen Partei-Congreß zu überbringen die Ehre habe, so glauben Sie mir — es ist keine leere Phrase, sondern es fließt vom Herzen, und möge es Euch Genossen für unsere junge Organisation auch begeistern. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Diamant bringt zur Kenntniß, daß soeben von dem zur selben Zeit in Wien tagenden Congreß der slavischen akademischen Jugend

ein Begrüßungs-Telegramm eingelangt sei. Redner beantragt, sofort zurück zu depeschiren. (Beifall.) Das Antwort-Telegramm hatte folgenden Wortlaut: „Der socialdemokratische Parteitag erwidert herzlich die Grüße der slavischen Jugend und hofft, daß aus ihrer Mitte aufopfernde Kämpfer für die Sache des Proletariats erwachsen mögen. Für den Parteitag: Schmidt, Popp."

Genosse Daszynski (Lemberg) erstattet Bericht über die Verhältnisse in Lemberg.

In der letzten Zeit fanden zehn Processe statt; von den 44 Angeklagten wurden nur drei gerichtlich verurtheilt; die Untersuchungshaft dauerte 5 Jahre und 7 Monate. Das Gericht verurtheilte nur einen zu 14 Tagen Arrests.

Außer den Processen gibt es noch ein anderes, weit furchtbareres Mittel gegen uns — die Ausweisungen. In diesen drei Jahren hat man **14** Genossen aus dem Staate ausgewiesen. (Pfui-Rufe.) Darunter befanden sich zwei, die man in die Hände der russischen Schergen erbarmungslos auslieferte. Einer von ihnen sitzt wer weiß auf wie lange in der Peter-Pauls-Festung. Der andere hat sich in der Verzweiflung unter die Räder der Locomotive gestürzt und fand den erwünschten Tod. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.)

Wir werden in dieser Sache dem Herrn Grafen Taaffe und dem Justizminister Grafen Schönborn eine Gelegenheit zur Erklärung geben.

So opfern unsere Genossen ihre Gesundheit und ihr Leben für die socialistische, gemeinsame Sache. (Beifall.)

In solchen Verhältnissen ist es für uns oft schrecklich schwer, die Ruhe zu behalten; aber wir thun es und gehen trotz aller dieser Verfolgungen Schritt für Schritt, unaufhaltsam unseren Weg.

Wenn ich alle die Leiden und Entbehrungen hier erwähne, so bin ich es einer ganzen Classe von Proletariern schuldig, nämlich der aufopferungsvollen Haltung des sogenannten „intelligenten Proletariats".

Es haben sich seit Jahrzehnten die traurigen Verhältnisse in Polen so gestaltet, daß die Studenten der polnischen Universität vogelfreie Proletarier sind.

Nach allen Verirrungen und Umwegen hatte diese zahlreiche Gruppe in der letzten Zeit den wahren Weg gefunden, den Weg des socialistischen Classenkampfes. (Beifall.) Ohne Vorbehalt hatten sie die von dem Brüsseler Studenten-Congreß eingeschlagene Richtung angenommen und auf dem Winter-Parteitage in Lemberg ihren Eintritt in die Partei angemeldet. Sie wurden brüderlich aufgenommen und sie hatten es wirklich verdient.

Das Reptilienorgan des Grafen Taaffe, die „Drohobyczer Zeitung", reproducirte treu den Gemüthszustand in den Kreisen der Drohobyczer und Borysławer Ausbeuter. Wir sind dort als Mörder, Brandstifter, Räuber und — nur Muth, Genossen! — als Leichenschänder dargestellt (lebhafte Heiterkeit); man gibt dort der Bevölkerung Winke mit dem Zaunpfahle, daß man unsere Agitatoren mit den wirklichen Zaunpfählen in der Hand empfange!

Aber wie groß auch die Aufopferung unserer Genossen sei, so sind wir materiell fast gänzlich erschöpft; die zahlreichen Ausweisungen und Maßregelungen kosten uns Tag für Tag Geld und nochmals Geld — dieselben haben schon die auch ohnehin dürftigen Parteimittel aufgezehrt — mit einem Worte, uns fehlt nicht der Muth — sondern die verdammten materiellen Mittel.

Ich muß daher im Interesse unserer gemeinsamen Sache, im Interesse des Socialismus, nicht die Bitte, sondern geradezu die Aufforderung an den Parteitag, an alle Genossen im Staate richten: Genossen, helft uns, laßt die Zehntausende der elendsten Euerer Brüder in Borysław und Drohobycz in der empörenden, entwürdigenden Sklaverei nicht länger ihr Dasein fristen!!

Helft uns in dieser Angelegenheit; auch die kleinste Summe wird in den Händen der entschlossenen Socialdemokraten zu einem mächtigen Hebel werden. Gebt uns die Mittel, wir geben Euch opferfähige Menschen! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Stefan Kurowski (Krakau): Werthe Genossen! Ich kann nicht umhin, bevor ich an meine eigentliche Aufgabe herant ete, auf eine Bemerkung in der Rede des Genossen Auer, unseres geehrten Gastes aus Berlin, wenigstens mit einigen Worten zu erwidern.

Genosse Auer begrüßte die Versammlung mit besonderer Betonung der Stammes-Einigkeit mit den deutschen Genossen. Ich und die Genossen aus Galizien haben nichts dagegen, wenn die Deutsch-Oesterreicher gemeint sind, ich muß es aber hier betonen, daß in diesem Falle wohl die Polen und anderen Slaven übergangen wurden.

Ich bin von den Genossen Westgaliziens beauftragt, dem Parteitag unsere besten Grüße und Glückwünsche zu überbringen. (Beifall.)

Die Parteibewegung hat seit dem vorjährigen Parteitage, wo Genosse Englisch Bericht erstattete, bedeutend zugenommen. In Krakau organisirte sich die socialdemokratische Arbeiterpartei nach den in Oesterreich angenommenen Normen, indem wir auf einer vertraulichen Parteiversammlung dem dort gewählten Redactions-Comité des „Naprzód" zugleich die Parteileitung übertrugen.

Gleichzeitig wurde ein Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein „Siła" gegründet, dem im Anfange 500 Genossen beitraten und dessen Mitgliederzahl jetzt über 1300 beträgt. Das Parteiorgan „Naprzód" (Vorwärts), welches nach den Beschlüssen des österreichischen Parteitages geleitet wird, hat bereits 1200 Abnehmer und zählt zahlreiche Arbeiter in Galizien und Schlesien zu opferwilligen Freunden.

In dieses Jahr fällt auch die erste öffentliche Arbeiterversammlung, auf deren Tagesordnung die politischen Forderungen der österreichischen Arbeiter standen. Bald darauf folgte die Maiversammlung, die sich zu einer in Krakau vordem nie gesehenen Manifestation gestaltete.

Am galizischen Congresse nahmen aus Westgalizien zwölf Delegirte, darunter sieben aus Krakau, einer aus Podgorze, zwei von Neu-Sandec, einer aus Tarnow und einer aus Biała theil.

Der galizische Parteitag hat einen vollen Erfolg aufzuweisen. Mit

ihm beginnt ein großer Aufschwung der Bewegung und eine Festigung der Organisation, und wenn der Groll und die Wuthausbrüche unserer Gegner ein Maßstab für die Bedeutung des Parteitages sein kann, so übersteigt er die Grenzen unserer kühnsten Erwartungen. (Beifall.)

Bald nach dem Parteitage wurde der Arbeiterverein „Sila" in Nowy Sacz gegründet, welcher zu den bestgeleiteten im Lande gehört. Er verspricht viel für die Zukunft.

Weiters wurden Arbeitervereine „Sila" in Podgorze, Biala und Tarnow eröffnet. Im letzten Orte haben wir in Bischof Loboz einen maßlosen Gegner. Der Bischof Loboz, ein Handwerkerkind, ist den Genossen aus einer Schilderung des Genossen Mankowski beim vorjährigen Parteitage genugsam bekannt. Bischof Loboz meint, es gebe keine Gleichheit auf Erden und die Armen könnten sich wohl glücklich fühlen, denn ihnen gehört das Himmelreich. (Lebhafte Heiterkeit.) Eine für die Partei wichtige Angelegenheit war es, die polnischen Arbeiter in Biala für die Bewegung zu gewinnen. Diese Orte bilden ein größeres Fabrikscentrum, welches das polnische und deutsche Proletariat versammelt. Die deutschen Genossen in Biala-Bielitz sind schon längst organisirt und nehmen lebhaften Antheil an der Arbeiterbewegung. Das polnische Proletariat aber stand bis vor Kurzem bei Seite; unorganisirt und unter dem Drucke schrecklichen Elends concurrirte es mit dem deutschen Arbeiter. Die dortigen Fabrikanten nützten diese Lage aus und bedienten sich der polnischen Arbeiter, die, als unorganisirt, ihre Arbeit billiger verkauften, zur Mäßigung und zur Hemmung der Bewegung deutscher Genossen. Indem sie auf jeden Zuruf immer ganze Massen des billigen, unorganisirten polnischen Proletariats, welches für den elendesten Lohn seine Arbeit zu verkaufen bereit war, hatten, fürchteten sie gar nicht den Kampf mit den organisirten deutschen Arbeitern. Vor drei Monaten erschienen in Biala die ersten polnischen Socialdemokraten aus Krakau, um die Genossen in Biala für die Bewegung zu gewinnen. Die Genossen in Biala verstanden bald die große Bedeutung der Organisation, traten an die Gründung des polnischen Vereines „Sila" und haben das Krakauer Blatt „Naprzód" als ihr Organ anerkannt. Binnen zweimonatlicher Arbeit gelang es uns, die polnischen Arbeiter in Biala so weit zu organisiren, daß sie an der Maifeier massenhaft Antheil nahmen, zum großen Schrecken der Fabrikanten, die nichts mehr fürchteten, als die Organisation der polnischen Arbeiter. Wir hoffen, daß die Bewegung der polnischen Arbeiter in Biala immer stärker wird, und es bleibt nur zu wünschen, daß die deutschen Genossen energischer, wie bis nun, die polnische Bewegung unterstützen, denn das liegt ja in ihrem eigenen Interesse.

Die Behörde ist es gewöhnt, mit den plumpsten und gewaltsamsten Mitteln eine jede Regung unserer Arbeiterschaft zu unterdrücken. Es stammt das noch aus jener Zeit, wo ein unerfahrener Jüngling die „revolutionäre That" beging, unter den Fenstern der Polizei ein Quantum Pulver explodiren zu lassen.

Thätige Genossen müssen immer darauf gefaßt sein, einige Monate des Jahres in Untersuchungshaft verbringen zu müssen. Ich erinnere

blos an die zweimonatliche Haft des Genossen Daszynski, welchen die Krakauer Polizei auf der Durchreise am Krakauer Bahnhofe arretirte (lebhafte Rufe der Entrüstung), und die in neuester Zeit erfolgte Inhaftirung der Genossen Kluzynski und Czemerynski, indem wir zur Charakterisirung der Kenntnisse der Verhältnisse seitens unserer Polizei erwähnen, daß gleichzeitig Personen arretirt wurden, die theils unserer Bewegung gegenüber einen gleichgiltigen, theils einen gegnerischen Standpunkt einnahmen.

Das Vorgehen der Polizei den Arbeitern gegenüber kennzeichnet der aus der „Arbeiter-Zeitung" bekannte Gewaltact des Polizei-Commissärs Jüttner, welcher bald darauf zum Obercommissär avancirte. Die Bezirkshauptmannschaften in den Provinzstädten stehen der Krakauer Polizei in keiner Weise nach. Es zeigte sich das bei Gelegenheit der Maifeier, wo die öffentlichen Versammlungen in Tarnow und Neu-Sandec verboten und die lächerlichsten Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden. Die Genossen ließen sich nicht davon abhalten, ihre Absichten mit Zuhilfenahme des Ausweges des § 2 auszuführen.

Wir lassen uns eben nicht abschrecken, sondern gehen, das Auge fest auf unser Ziel gerichtet, vorwärts. Einen Theil der Schwierigkeiten haben wir bereits sieghaft überwunden, und so werden wir sie langsam, aber consequent und mit rücksichtsloser Energie aus dem Wege räumen, und wenn es nöthig ist, brechen, bis zum endlichen Siege des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Auer (Berlin): Geehrte Anwesende! Eine Aeußerung meines geehrten Herrn Vorredners zwingt mich, Ihre Geduld noch einen Augenblick in Anspruch zu nehmen. Der betreffende Genosse muß mich entweder in meinen Ausführungen mißverstanden haben, oder habe ich mich nicht so klar ausgedrückt, wie es am Platze und nothwendig gewesen wäre. Der geehrte Genosse hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß ich in meiner an Sie gerichteten Begrüßung im Namen der deutschen Socialdemokratie dieselbe nur speciell an die Genossen deutsch-österreichischer Zunge gerichtet und daß ich, wie es in der bezüglichen Erklärung heißt, die Socialdemokratie polnischer und slavischer Zunge übergangen habe. Das ist mir absolut ferne gelegen, das wäre nicht im Sinne des Auftrages gehandelt, der mir gegeben wurde. Ich hatte Sie — und ich glaube es gethan zu haben — sollte es nicht geschehen sein, so bitte ich um Entschuldigung — begrüßt als Parteigenossen, als Socialdemokraten, als die Organisation der österreichischen Socialdemokratie, ohne Rücksicht auf die Sprache, welche in einzelnen Kronländern bei Ihnen gesprochen wird. (Beifall.) Wenn ich meinen Gefühlen dahin Ausdruck gab, daß es mir besondere Freude bereitet, daß hier jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle, besonders auch in den Reihen der durch Stammesverwandtschaft verbundenen Genossen, unter Deutschen die socialdemokratische Bewegung eine so mächtige ist, wenn ich weiters darauf hinwies, daß jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle immer gemeinsam gekämpft und gleiche Freud' und gleiches Leid getragen wurde, so habe ich dabei auch nicht im Entferntesten daran gedacht, daß den Genossen nicht deutscher Zunge dieser Mon-

archie andere Gefühle von uns entgegengebracht werden, wie den Deutschen. Daß wir deutsche Socialdemokraten unserer internationalen Solidarität von jeher uns bewußt gewesen sind, habe ich Ihnen hier wirklich nicht erst zu beweisen. Daß wir diese unsere internationale Solidarität zu allen Zeiten auch bethätigt haben, dafür haben wir gerade unseren polnischen Genossen und Freunden das beste Zeugniß dadurch abgelegt, daß auf dem ersten Parteitag nach dem Fallen des Socialistengesetzes, wo wir öffentlich tagten und Beschluß fassen konnten, unsere erste Handlung war, ein in polnischer Sprache erscheinendes Parteiorgan für die in Deutschland lebenden Polen zu gründen. (Bravo! Bravo!) Speciell Genosse Daszynski wird, da er ja selbst bei uns in Deutschland gewesen, und speciell an unserer Seite in Berlin gekämpft hat, bestätigen müssen, daß das bei uns geschieht und geschehen wird, was uns die internationale Solidarität auferlegt. Hiemit, glaube ich, ist dieser Zwischenfall erledigt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wird um $^1/_2$1 Uhr Mittags die Sitzung unterbrochen und um 3 Uhr Nachmittags wieder aufgenommen.

Genosse Hanslitschek wünscht vor seinem Scheiden dem Parteitage noch den besten Erfolg.

Genosse Aron (Roth-Kosteletz) theilt mit, daß der slavische Studenten-Congreß aufgelöst worden sei, nicht wegen eines Formfehlers, sondern in Anbetracht der Tagesordnung. (!) Redner beantragt, dem heute stattfindenden Commers der Studenten zwei Vertreter des Congresses beizugesellen, wenn möglich Daszynski und Dr. Adler, falls dieselben dieses Mandat annehmen. (Dr. Adler war bei Fassung dieses Beschlusses im Saale nicht anwesend.)

Genosse Kränkl (Graslitz) überbringt die herzlichsten Grüße der Graslitzer Genossen zum dritten Parteitage der österreichischen Socialdemokratie. Er könne nur das wiederholen, was die meisten Redner schon berichtet, daß auch sie mit den Behörden einen schweren Kampf haben. Doch werden sie nicht erlahmen im Kampfe für Wahrheit und Recht und immer am Platze sein, wo es gelte, die Principien zu verfechten und mit den anderen Genossen Schulter an Schulter zu kämpfen. (Bravo!)

Genosse Simon (Aussig): Ich bin beauftragt, Ihnen im Namen der Aussiger, Teplitzer und Karbitzer Genossen die herzlichsten Grüße zu übermitteln. Unsere Organisation ist noch jung, aber dennoch ist die Arbeiterschaft zielbewußt, ziel- und tactfest. Wir haben dies hauptsächlich dem thatkräftigen Eingreifen der czechischen Genossen zu danken. Dies will ich zu ihrer Ehre sagen. Auch ein politischer Verein ist in Gründung begriffen, doch bis heute ist seine Bewilligung noch nicht erfolgt. Die Buchdrucker sind in unseren Vereinen nicht nur vertreten, sondern sie üben Functionen aus und wirken agitatorisch. Brandmarken muß ich noch den Herrn Grafen Sylva-Tarouca, der so viel Vorliebe für die Arbeiter hegt, daß er sich dieselben waggonweise verschreiben läßt, um ihnen 30 Kreuzer täglich zu bezahlen. (Hört!)

Bezüglich der Maifeier habe ich zu bemerken, daß wir am 1. Mai demonstrativ aufgetreten sind und Vormittags zwei Volksversammlungen

(eine czechische, eine deutsche) abgehalten haben, welche trotz des schlechten Wetters ausnehmend gut besucht waren.

Was die Behörden betrifft, so ist es selbstverständlich, daß sie uns alle möglichen Steine in den Weg werfen. So wurde zum Beispiele ich wegen Einberufung einer § 2-Versammlung mit vier Tagen Arrests bestraft. (Hört!) Bei der Einvernahme der Eingeladenen fragte man die Letzteren, wie lange sie mich kennen. (Große Heiterkeit.) Ich schließe mit den Worten Freiligrath's: „Matt werden kann ja nur der König", für uns: „Matt werden kann ja nur die Behörde." (Beifall.)

Genosse Gustav Michel (Rumburg): Ueber die Bewegung kann ich mittheilen, daß wir uns strenge an den Beschluß des letzten Partei-Congresses gehalten haben. In Rumburg sind drei Vereine: Arbeiter-Fortbildungsverein, Fachverein der Drechsler, und Arbeiter-Sängerbund. Sie gehen zur Erreichung unserer Ziele gemeinschaftlich Hand in Hand. Wir haben Gelegenheit gehabt, zweimal in die Wahlbewegung einzugreifen; die Erfolge waren sehr gute. Wir haben es schon weit gebracht, wenn selbst der Mittelstand sagt, wir stimmen mit den Socialdemokraten. Die Streitfrage hat uns ganz gleichgiltig gelassen. Wir betrachten sie als eine Ortsgeschichte — denn jeder Ort hat seine Streitigkeiten — wünschen aber im Interesse der Partei selbst, daß in solchen Angelegenheiten nicht über das Maß hinausgegangen werden solle.

Genosse Franz Baier (Brünn): Wir aus Brünn können constatiren, daß die Bewegung der socialdemokratischen Partei in Mähren stets Fortschritte macht und an Kräften gewinnt, namentlich in Nordmähren. In Südmähren ist noch Manches zu wünschen übrig, es ist eben dort keine reiche Industrie. An Maßregelungen von Seite der Behörden fehlt es durchaus nicht. Es werden Volks- und Vereinsversammlungen verboten. Das Fest anläßlich der zehnjährigen Gründung des „Volksfreund" wurde verboten, und zwar im letzten Momente. Die Festnummer wurde dreimal confiscirt, darunter auch eine Aeußerung des Schriftstellers Tacitus, der vor 1800 Jahren gelebt hat. Auch haben wir im vorigen Jahre die Erfahrung gemacht, wie das Vereinsgesetz gehandhabt wird. Der politische Verein „Vorwärts" hat seine Thätigkeit über Mähren ausgebreitet und schöne Erfolge erzielt. Er zählte bereits 1400 Mitglieder. Nachdem der Verein eine Anzahl von Wanderversammlungen abgehalten hatte, wurde er am 2. October aufgelöst. Im Auflösungs-Decret heißt es, daß der Verein minderjährige Mitglieder aufgenommen hat. Es wurden thatsächlich aus Versehen zwei Mitglieder aufgenommen, dem einen fehlten 14 Tage zum 24. Lebensjahre, dem anderen einige Monate. Diese zwei Mitglieder wurden zwar ausgeschlossen, aber das hinderte die Behörde nicht, sechs Monate später den Verein aufzulösen. Sie werden einsehen, daß hier die Auflösung nicht der zwei Mitglieder wegen erfolgt ist, sondern wegen der Thätigkeit des Vereines. Ferner haben wir zwei Geheimbundsprocesse zu erwarten. Die Eisengießer haben für ihre Kranken und Gemaßregelten Sammlungen eingeleitet. Die Sache wurde denuncirt und die Genossen in den Anklagezustand versetzt. Wenn ich nicht irre, haben bereits 108 Verhöre statt-

gefunden. Aehnlich ist es den Feilenhauern ergangen. Zur Hebung unserer Blätter haben wir, wie es bei allen Arbeiterblättern geschieht, Sammlungen eingeleitet und die Beiträge mit Quittungsmarken bestätigt, wie sie beim Bau des „Deutschen Hauses" in Brünn zu Tausenden ausgegeben wurden. Wir haben aber die Rechnung ohne Polizei gemacht; es folgten Vorladungen, Haussuchungen, und die noch vorhandenen Marken wurden confiscirt. Dann wurden wir wegen eines „Delictes" zweimal verurtheilt, und zwar nach einem alten Ministerialerlaß wegen „unbefugter Sammlung", jeder betheiligte Genosse zu fl. 10 Strafe, und dann wurden wir wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz angeklagt. Das Bezirksgericht sprach uns frei, aber die Polizei leitete die Sache höher und wir wurden dann doch verurtheilt. Diese Verfolgungen werden uns nicht hindern, weiter zu arbeiten, denn wir sind überzeugt, daß uns die Behörden, wenn sie uns auch momentan schaden, in unserem Vorwärtsschreiten nicht aufhalten können. In jedem kleinen Ort, wo es nur etwas Industrie gibt, haben wir Arbeitervereine. Erfreulich zu constatiren ist, daß die Brünner Eisenarbeiter in der letzten Zeit energisch in die Bewegung eingreifen. Die Maifeier ist, soweit es das schlechte Wetter zuließ, überall gut ausgefallen. Was speciell die Streitigkeiten der Wiener Genossen anbelangt, so ist in Mähren wohl auch einiger Schaden dadurch zugefügt worden. Aber wir sind in der besten Ueberzeugung zum Parteitag gekommen, daß die Sache geschlichtet wird und daß wir wieder als einige und geschlossene Partei auseinander gehen. (Beifall.)

Genosse Wildner (Friedland) schließt sich im Allgemeinen den Ausführungen Roscher's an. In Bezug auf die Verhältnisse Friedlands bemerkt Redner, daß die Agitation daselbst größtentheils durch die Lese- und Bildungsvereine betrieben werde. In den einzelnen Ortschaften sind Vertrauensmänner aufgestellt. Es wurden — fährt Redner fort — Volksversammlungen abgehalten, auf deren Tagesordnung der § 23 des Preßgesetzes und die Lebensmittelthenerung stand.

Auch in die Wahlbewegung haben wir eingegriffen. In Bezug auf unser Vorgehen sind uns die Beschlüsse des Parteitags maßgebend. Von Seite der Fabrikanten, die auf deutschnationalem oder liberalem Standpunkte stehen, geschieht natürlich Alles, um direct oder indirect die Bestrebungen des arbeitenden Volkes zu hemmen. Unser größter Feind aber ist die Unklarheit der Massen. Sie zu bekämpfen, muß unsere Hauptaufgabe sein, und diesem Zwecke dienen die Lese- und Bildungsvereine. (Beifall.)

Kiesewetter (Reichenberg): In Nordböhmen zieht die Bewegung immer weitere Kreise, und zwar nicht nur in der deutschen, sondern auch in der czechischen Bevölkerung. Doch hänge an den fortschrittlichen Bewegungen der Städter wie ein Bleigewicht die conservative Landbewegung. Seit einigen Monaten besteht bei uns ein seit Langem angestrebter politischer Verein. Sechsmal mußten da die Statuten eingereicht werden, und erst das siebente Mal kamen sie bewilligt zurück. Dieser Verein, auf dessen Thätigkeit wir große Hoffnungen setzen, besteht erst fünf bis sechs Monate und hat schon eine Mitgliederzahl von 1200. (Bravo!) Aber

auch wir sind den Drangsalirungen der Behörde ausgesetzt. Speciell in Reichenberg legt man uns keine Schwierigkeiten entgegen, weil man weiß, daß wir sie überwinden werden, wohl aber in anderen Bezirken. Im Tetschener Bezirke wurde eine Versammlung verboten, weil aus dem der Behörde vorgelegten Statuten-Exemplar der rechtliche Bestand des Vereines nicht ersichtlich sei. (Heiterkeit.) Man hatte nämlich unterlassen, die Genehmigungsclausel beizufügen. Der Obmann fuhr nach Prag, um diese zu erwirken. Dort sagte man ihm: Wenn ich Ihnen die Bestätigung geben soll, so müssen Sie die Bestätigung bringen, daß sich der Verein constituirt hat. (Heiterkeit.) In Teplitz ging es geradeso. Bei einer Versammlung des politischen Vereines forderte der Regierungs-Commissär Graf Wallis, daß die Mitglieder von den Nichtmitgliedern getrennt zu sitzen haben. Wir kamen dieser Aufforderung nach. Ein Genosse sprach über die Lage der Arbeiter, Bauern und Handwerker. Während er sprach, fielen Beifallsbezeugungen aus dem rückwärtigen Theile des Saales. Der Regierungsvertreter meinte, es sei nicht zulässig, daß Nichtmitglieder ihren Beifall äußern. (Heiterkeit.) Darauf ermahnte der Vorsitzende die Nichtmitglieder sich des Beifalls zu enthalten. Der Referent fuhr fort, und es erschienen neue Besucher, die diese Warnung nicht gehört hatten. Als der Redner schloß, ertönten Beifallsrufe, was den Regierungsvertreter bewog, die Versammlung aufzulösen. Trotz unseres Einspruches hielt der Regierungsvertreter sein Wort aufrecht. Und so pilgerten wir Nachmittags nach Nemetschek, um eine Versammlung mit demselben Programme abzuhalten. Der Regierungsvertreter war wieder da und der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, sich jeder Beifallsbezeugung zu enthalten. Als ich als Referent gesprochen hatte, mußte ich die Leute auffordern, sich jeder Zustimmung zu enthalten. Der Commissär fuhr empor und meinte: Nur Nichtmitglieder haben sich des Beifalls zu enthalten. (Lebhafte Heiterkeit.) Während aber in Teplitz die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört wird, hält man es in Aussig nicht für nothwendig, einen Commissär zu entsenden. So sieht es in Böhmen aus.

Genosse Veit (Meran): Werthe Genossen und Genossinnen! Vor Allem entbiete ich Ihnen die herzlichsten Grüße der Genossen aus Bozen und Meran, weil ich heute über die Thätigkeit beider Städte spreche, da der Delegirte aus Bozen durch seine Wahl in das 24er-Comité hier zu sprechen verhindert ist.

In Bozen werden viele Versammlungen nach § 2 abgehalten, auch Volksversammlungen ist man zu veranstalten bemüht. Doch kostet dies immer viel Geld, weil die Referenten aus Innsbruck bestellt werden müssen. Die Vereinsthätigkeit ist eine lebhafte, es bestehen viele Fachvereine. Die Aufmerksamkeit der Bozener Genossen richtet sich vor Allem auf die italienischen Arbeiter. Es ist schon gelungen, mehrere Fachvereine unter ihnen in's Leben zu rufen, was, wenn man die große Genügsamkeit der italienischen Arbeiter, welche sich mit Polenta und Käse zufrieden geben, kennt, viel bedeutet. Durch ihre Genügsamkeit schaden sie sich und den deutschen Genossen.

Was Meran betrifft, so ist auch dort die Vereinsthätigkeit eine sehr lebhafte. Es bestehen viele Fachvereine. Durch diese Fachvereine werden die italienischen Genossen aus dem Indifferentismus herausgerissen und schließen sich so den deutschen Arbeitern an. Eine Errungenschaft ist es, daß statt der früheren zwölfstündigen jetzt nur eine zehnstündige Arbeitszeit üblich ist, was dem gemeinsamen Vorgehen der deutschen und italienischen Genossen zuzuschreiben ist, da ohne dieses es nicht möglich gewesen wäre, das zu erreichen. Bezüglich der Buchdrucker müsse er dasselbe sagen wie die Salzburger und Linzer Genossen. Doch werde es jetzt schon besser. Bedauerlich sei, daß der „Avanti" sein Erscheinen eingestellt habe, da die italienischen Genossen nicht deutsch verstehen.

Was die Spaltung in der Partei anbelangt, so hat schon Genosse Saska aus Innsbruck das Richtige, was wir auch denken, gesagt: „Beide Theile haben gefehlt." Hoffentlich werde der Parteitag die Sache schlichten. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Johann Bella (Mauthausen) überbringt die herzlichsten Grüße der Mauthausener, Schwertberger und St. Georgener a. G. Genossen. In Mauthausen und Schwertberg bestehen zwei Vereine, zwei Bildungsvereine, deren Mitgliederanzahl 250 beträgt, die jedoch seit December vorigen Jahres abgenommen hat, weil es eben an Agitation fehlt. Ein Mensch unter 2700 Arbeitern ist eben zu wenig. Gerade hier könnte die Agitation in politischer Beziehung uns viel nützen, da viele Haus- und Realitätenbesitzer zugleich Steinarbeiter sind. Den 1. Mai haben wir ebenfalls gefeiert. Bei anderen Punkten werde ich noch mehr berichten. (Beifall.)

Genosse Arendt (Marienbad) überbringt die Grüße der Genossen aus Marienbad und Umgebung. Marienbad steht erst mehrere Wochen in der Bewegung, doch haben wir schon von den Behörden, insbesondere in Eger, viel zu leiden, und unsere Genossen werden gemaßregelt. (Hört!)

Genosse Josef Korb (Kremusch): In unserer Gegend hat die Arbeiterbewegung so ziemlich stark zugenommen. Wir haben einen Arbeiterverein gegründet, andere sind in Bildung begriffen. Durch Gründung des politischen Vereines „Vorwärts" in Reichenberg sind wir im Stande, Versammlungen abzuhalten, was wir früher nicht thun konnten, denn die Versammlungen wurden stets verboten, so auch am 1. Mai vorigen Jahres. Es werden uns die Gasthäuser abgetrieben und in denselben das Aufliegen von Arbeiterblättern verboten.

Genosse Hugo Schmidt (Jägerndorf): Ich habe die erfreuliche Mittheilung zu machen, daß wir in Schlesien es wenigstens dahin gebracht haben, daß in den bedeutendsten Orten Vereine bestehen. Die Gründung hat viel Mühe und Opfer gekostet, früher war die Hauptstadt ohne Bewegung. Einzelne Genossen waren dort, aber die Gründung von Vereinen wurde gehindert, indem man die Leute maßregelte. Heute aber sind in Troppau doch mehrere Vereine: ein Arbeiter-Fortbildungsverein, Fachverein der Schuhmacher, Schneider, Bäcker, eine Gewerkschaft der Tischler, eine Mitgliedschaft der Metallarbeiter. Die Mitgliedschaft in

einzelnen Vereinen ist sehr bedeutend, aber es fehlen noch die organisatorischen Kräfte, die das zusammenhalten. So ist es auch in Bielitz. Dort haben wir lange Zeit nichts erreichen können. Endlich sind dort eine ganze Anzahl von Vereine, und ebenfalls in der Umgebung, gegründet worden. Der Boden ist dort gut. Wir haben immer getrachtet, mit eigenen Mitteln die Agitation zu betreiben. Heute sind wir aber nicht mehr in der Lage, Allem gerecht zu werden. Wir müssen trachten, andere Orte heranzuziehen, die die Mittel aufbringen helfen. Die Verhältnisse in Jägerndorf haben sich traurig gestaltet. Wir haben eine Krisis zu überwinden. In der letzten Maibewegung ist man seitens der Fabrikanten schrecklich umgegangen. Wir hatten damals fast alle Kräfte verloren, denn gerade die organisirten Arbeiter wurden gemaßregelt. Die Organisationen zu vernichten, ist ihnen aber nicht gelungen, doch haben wir große Opfer bringen müssen. Auch in Teschen zeigt sich Bewegung. Es besteht ein Verein der Metallarbeiter. Ein Bildungsverein ist in Constituirung begriffen. So ist es uns gelungen, die bedeutenden Städte zu erringen. Aber auch in kleinen Städten haben wir Vereine und sind sogar in's Hochgebirge ein bischen vorgedrungen. Es ist schwer, die Leute dort aufzuklären und vernünftig zu machen; denn das Pfaffenthum wurzelt dort tief. Das Pfaffenthum hat so recht in Schlesien seinen Boden. Es wird gut aufgepaßt, daß ja nicht ein Licht aufgesteckt wird, das aufklärend wirken könnte. Da ist der Herr Pfaff, der Gendarm, der Ortsvorsteher, der Fabrikant. Es wird Tag und Nacht in allen Winkeln der Betreffende gesucht, der in Form einer Arbeiter-Zeitung oder Broschüre ein Fünkchen Aufklärung in den Ort gebracht hat. Zur Zeit der Wahlbewegung ging der Gendarm von Haus zu Haus, suchte Alles nach, und wo ein Flugblatt gefunden wurde, mußten die Leute gestehen, woher sie es haben; wenn sie dies nicht thun wollten, wurde ihnen gedroht, man werde sie vor's Gericht bringen. Wenn unter solchen Umständen eine Bewegung noch Fortschritte macht, so sieht man daraus, daß die Leute sich dafür interessiren.

Wir können fast nirgends Versammlungen abhalten; dieselben werden unter den nichtssagendsten Gründen verboten, wie „die Erregung des übrigen Publicums" (Heiterkeit), oder, wenn man das lächerlich macht, heißt es „Erregung der Arbeiter". So wird die Aufklärung erschwert, und dann wundert man sich, wenn die Leute sich zu Gewaltthaten hinreißen lassen.

Trotz alledem führen wir immer neue Soldaten der Socialdemokratie zu. Unsere Leute kaufen Zeitungen und Broschüren, wobei sie trockenes Brod essen. Das will etwas sagen. Wir haben mit fl. 1600 Arbeitslose unterstützt.

Von Seite des Fabrikantenthums geht man bis zur Landesregierung und verlangt die Ausweisung der Agitatoren und wundert sich, daß man nicht als Fabrikant das Recht hat, solche Leute zu Grunde zu richten.

Was die Opposition anbelangt, so wäre meine Ansicht, daß man trachte, wieder ein einiges Vorgehen herzustellen, denn dadurch werden wir mächtig. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dr. Adler (Wien): Ich halte es für meine Pflicht, den Parteibericht in wenigen Punkten zu ergänzen. Man würde ein falsches Bild von den Wiener Parteiverhältnissen haben, wenn man glaubte, daß die Wiener Genossen sich mit den durch Hauser entstandenen Zwistigkeiten überhaupt sehr beschäftigt haben. (Sehr richtig!) In Wien wurde trotz der Hauser-Geschichte gerade so systematisch, energisch und unausgesetzt gearbeitet wie früher. Nicht in einer einzigen gewerkschaftlichen Organisation, nicht bei einem einzigen Schritt, den die Partei politisch gemacht hat, hat der Zwist eine Rolle gespielt. (Lebhafte Zustimmung.) Wie die Organisation in Wien aussieht, zeigt der Umstand, daß am 3. April behufs Wahl für den Linzer Parteitag in Wien 20 Versammlungen abgehalten wurden, die alle riesig besucht waren. Dies beweist, daß in Wien die Socialdemokratie wirklich Wurzel in der Arbeiterschaft gefaßt hat (lebhafter Beifall), obwohl unsere Vereine belästigt, der eine oder andere aufgelöst, unsere Zeitungen confiscirt werden — es gibt keinen vernünftigen Menschen, der nicht ab und zu etwas schreibt, was confiscirt wird. (Heiterkeit. Sehr gut!) Wir haben ferners zur Regierungspartei Stellung genommen, speciell zum Gesetzentwurf, mit welchem so viel Lärm gemacht wurde, bezüglich der Arbeiter-Ausschüsse, Einigungsämter und der zwangsweisen Genossenschaften für die Großindustrie. Wir haben von Anfang an erklärt, daß wir genau wissen, daß diese Gesetze, welche zum Verfasser unseren heutigen Finanzminister haben — einen Mann, der in der Regierung als „roth" gilt, Sie können sich vorstellen, wie die Anderen aussehen (Heiterkeit) — beweisen sollen, daß die Regierung es mit der Arbeiterschaft gut meint, daß diese Gesetze jedoch nichts anderes sind, als ein Versuch, von oben her polizeimäßig zu organisiren und den Großunternehmern die Möglichkeit zu bieten, die freien Organisationen zu drangsaliren. Man will den Boden der freien Organisationen möglichst einschränken, aber als Entgelt dafür die Zwangsorganisationen bieten. Das wußten wir von vornherein. Es ist einer jener Versuche von oben her, die Bourgeoisie vor der Organisation der Arbeiterschaft zu retten. Wir haben darum in entschiedener Weise dagegen Stellung genommen und die Enquête, die da einberufen wurde, wird, wenn einmal ihre Protokolle veröffentlicht werden, Aufschluß geben, wie sich die Arbeiter darüber ausgesprochen haben. Es ist sehr charakteristisch, daß diese Enquête, die über eine so wichtige Vorlage abgehalten wird, die zu ihrem Leiter einen Socialpolitiker ersten Ranges hat — wir kochen nämlich mit Wasser — den Abgeordneten Dr. Baernreither, wie eine Geheimbündelei abgemacht wird, nämlich bei verschlossenen Thüren, nicht nur dem Publicum gegenüber, das ist ja in Oesterreich selbstverständlich, aber den einzelnen Experten gegenüber. Ein Experte weiß nicht, was der andere sagt und thut — das ist einfach noch gar nicht dagewesen. (Heiterkeit.) Man sagt: Die Fabrikanten, die können nicht in Gegenwart der Arbeiter sprechen, sie würden nicht frei sprechen und die Arbeiter würden eingeschüchtert werden. Sie wissen ja, wie man um unsere Redefreiheit besorgt ist! Und die armen Fabrikanten, die sich vor den Arbeitern geniren

würden, ihre Meinung auszusprechen! (Heiterkeit.) Der wahre Grund ist der, daß man nicht will, daß die Herren, die dort auf Grund ihrer Erfahrungen mit den bereits bestehenden Arbeiter-Ausschüssen für die Vorlage eintreten, ein Kreuzverhör zu bestehen haben, daß man ihnen sagt: Ja, leisten diese Arbeiter-Ausschüsse etwas? Wie werden sie von den Arbeitern benützt? daß man ihnen den Nachweis liefert, daß diese Arbeiter-Ausschüsse nur Werkzeuge in der Hand des Fabrikanten sind, auf welche die Fabrikanten die Verantwortung für alle unangenehmen Dinge abwälzen. Wenn es gilt, Arbeiter hinauszuwerfen, dann sind die Arbeiter-Ausschüsse gut genug dazu. (Sehr richtig!) Das ist die Art, wie man von oben der Arbeiterschaft entgegenkommt. Wir sagen bei jeder Gelegenheit: Wir pfeifen auf Euere Reform, gebt uns Freiheit der Bewegung und wir werden unsere Interessen wahren. (Sehr richtig!) Aber darauf antwortet man uns: „O nein! Wir, die hohe Regierung, werden die Dinge machen, wir werden Euch die Organisation selbst herstellen, franco in's Haus. (Heiterkeit.) Wir verstehen die Socialpolitik besser als Ihr." Wenn wir aber die Herren beim Wort nehmen und der Regierung und dem Parlamente und den Leuten, welche die Verwaltung in Oesterreich machen, sagen: Die eigene Organisation der Arbeiter ist durch Euere Schuld zu schwach, um etwas durchzusetzen; hier bei den Wiener Verkehrsanlagen könnt Ihr einmal von oben herab eine Reform machen; die Regierung und die Verwaltung sollen eingreifen, damit die Löhne nicht herabgedrückt werden durch die armen Leute, welche sich für Polenta verkaufen müssen, die Regierung soll einen Minimallohn schaffen — dann sagt die Regierung, sie kann das nicht thun. Das wäre ja ein Eingreifen in den freien Arbeitsvertrag, und Sie wissen, in den Arbeitsvertrag greift die Regierung nie ein — außer mit dem Schubwagen. (So ist es!) Da sehen Sie, wie dieselben Leute, die uns mit ihrer Socialreform beglücken wollen, jedes Eingreifen der Arbeiterschaft zurückweisen, und es ist eine werthvolle Action unserer Partei, daß wir die Leute gezwungen haben, Farbe zu bekennen, wir haben die Leute an die Wand gedrückt, offen gegen uns aufzutreten wagen sie nicht; die einzige Partei, die für diese Dinge eingetreten ist, waren die Antisemiten. Die sind nämlich nicht so dumm, wie man sie ausgibt; es sind ganz gescheidte Burschе, und es ist ein Fehler der Liberalen, daß sie sie immer unterschätzen. Sie haben gewußt, daß es nicht allein für die Arbeiter, sondern auch für die Kleingewerbetreibenden in Wien eine Lebensfrage ist, daß die Arbeiter etwas zu verzehren haben. Darum sind die Antisemiten consequent dafür eingetreten. Daß sie dabei allerhand Zeug gesprochen haben, das nicht gehauen und gestochen war, nun dafür sind sie ja die Antiliberalen. (Heiterkeit.) Die Liberalen und die Czechen, die auch liberal sind, haben nun verschiedene Anträge gestellt, wo sie ihren guten Willen beweisen, aber doch nichts durchsetzen wollten, d. h. der Pelz soll gewaschen, aber nicht naß gemacht werden; man will arbeiterfreundlich sein, aber der Unternehmerprofit darf nicht geschmälert werden.

Nun liegt die Sache im Gewerbe-Ausschusse. Die Frage hat aber einen umso größeren Werth, weil wir heute in einer Zeit leben, wo

der Staat, das Land und die Gemeinde immer mehr als Unternehmer auftreten, weil immer mehr Betriebe officiell betrieben, immer mehr Betriebe communalisirt, und immer mehr Millionen von Arbeitern ärarische oder communale Arbeiter werden. Da ist es nun von großem Werthe, immer wieder zu zeigen: „Du Staat, Du Gemeinde, Du bist gar nichts anderes als Ausbeuter, genau so wie jeder Andere. Du bist eben nur der Ausbeuter, der größere Krallen hat, der sein Opfer fester halten kann, der nicht losläßt, bis es vollständig blutleer ist.“ Da ist Gelegenheit zu zeigen und die Consequenzen daraus zu ziehen, daß dieser Staat nichts anderes ist als ein Organ der capitalistischen Gesellschaft, und daß er, wenn er ein Unternehmer ist, nichts ist als ein capitalistischer Unternehmer, daß es also Blödsinn ist, diese Dinge als „Socialreform“ zu bezeichnen.

In jedem Falle werden wir sagen: „Von zwei Dingen Eines. Entweder, Du Staat oder Gemeinde bist Socialreformer, dann mußt Du Deine Arbeiter anständig behandeln, nicht so vorgehen, wie in den Tabakfabriken und Salzbergwerken — oder Du bist Ausbeuter, Du betreibst das Geschäft der Ausbeutung für die Gesammtheit, mit demselben Geschicke wie die anderen, dann, Du Lieber, kennen wir Deine Socialreform, dann lügst Du mit Deiner Arbeiterfreundlichkeit.“ Daß wir auf diesem Wege fortschreiten, halte ich für agitatorisch, praktisch und gleichwichtig.

Ich sage Ihnen nur noch Eines am Schlusse. Nehmen Sie von hier den Eindruck mit: Hier ist Jeder Genosse. Die große Masse der Opposition rechne ich auch dazu. Die Geschichte ist eben nicht so ernst! Wir arbeiten wirklich fortwährend und angestrengt, und lassen uns durch alle diese Geschichten nicht stören. Die Provinz braucht sich nicht zu fürchten, daß von Wien etwas Störendes kommt. Die Provinzgenossen sollen zu Hause nur so arbeiten wie wir hier. Ich möchte nur noch bitten, daß bei den weiteren Verhandlungen Wien nicht so angesehen werde wie eine Art wildes Thier, daß vorsichtig behandelt werden muß. Wir sind nicht so schlecht! Wohin kämen Sie, wenn die Wiener nicht fleißig arbeiten würden! Wenn in Wien nichts ist, ist in ganz Oesterreich nicht viel. Das wissen die Provinzen ganz gut. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Ehrlich (Graz): Genosse Resel, der von Steiermark berichtet hat, hat ausführlich die Verhältnisse besprochen. Eines zu betonen, bleibt mir noch übrig. Der Kampf der Bergarbeiter war — abgesehen davon wie die Behörden die Gesetze handhaben — ein umso schwererer, weil ihre Organisation noch jung ist. Bis zum letzten Strike ist sie gut gestanden. Dieser Strike wurde berechnet von anderen Leuten, insbesondere von einem Herrn, der als unüberwindlicher Herrgott des steierischen Großcapitals, welches in Bergwerks- und Eisenbahnanlagen herrscht, dagestanden. Dieser Alleinherrscher, der allmächtige Director der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, Herr Rochlitzer, hat eine Schlappe erlebt. Er wurde von einem Socialdemokraten vor Gericht geschlagen und zu einer Strafe verurtheilt, die zwar gering, aber für die ganze Bewegung unter den Bergarbeitern wichtig ist. Wir werden

es als Agitationsmittel ausnützen, und dann von steiermärkischen Bergarbeitern noch bessere Resultate zu verzeichnen haben als bisher.

Genossin Marie Grubinger (Wien) (zur Berichtigung): Ich habe mich deshalb zur Berichtigung gemeldet, weil ein Genosse erwähnt hat, daß die Frauenbewegung abseits stehe. Ich muß betonen, daß wir Arbeiterinnen eine Versammlung einberufen und Stellung gegen die Frauenbewegung des Mittelstandes genommen haben. Wir wollen nicht allein kämpfen, sondern mit der Gesammtheit der Arbeiterschaft. Wir haben Arbeiterinnen-Versammlungen einberufen, weil die Arbeiterinnen eher kommen, wenn es heißt, es ist eine Arbeiterinnen-Versammlung. Es hat ein Genosse auch gesagt, die Männer werden von den Frauen zurückgehalten. Bei uns ist gerade das Gegentheil richtig, wie die Ausschließung der Frauen durch die Damenschneider gezeigt hat. Wir müssen aber die Frauen ebenso berücksichtigen wie den Mann. Denn in jeder Industrie ist die Frau vertreten, und deshalb muß sie herangezogen werden. Wir wollen gemeinsam mit den männlichen Arbeitern gehen. (Bravo!)

Genosse Roscher (Reichenberg): Es freut mich, daß wahrscheinlich eine Aeußerung von mir den Anlaß gegeben hat, daß Genossin Grubinger das Wort ergriff. Sie hat meine Worte schärfer aufgefaßt als ich wollte. Die Genossen in Deutschböhmen, die in der Mitte der Industrie stehen, wissen sehr gut den Werth der Frauenbewegung, verknüpft mit unserer Gewerkschaftsbewegung, zu würdigen, weil bei uns fast zur Hälfte Frauen beschäftigt sind.

Genosse Walther (Floridsdorf): Ich will einigen Anwürfen, die Genosse Koczka gegen die „Parteileitung" und auch gegen die „Arbeiter-Zeitung" gemacht hat, entgegentreten. Es soll einigen Arbeitern aus Floridsdorf eine scharfe Antwort gegeben worden sein, als sie anläßlich eines Strikes mit einem Ansuchen in die „Arbeiter-Zeitung" gekommen waren. Das ist nicht richtig. Es wurde ihnen blos vom Strike abgerathen, weil die Genossen in Floridsdorf noch nicht organisirt waren.

Genosse Smitka (Wien): Genossin Grubinger hat uns Schneider in ein schlechtes Licht gestellt. Es ist allerdings Thatsache, daß in unserer Mitte sich ein Verein gebildet hat, welcher die Arbeiterinnen ausschließen wollte. Aber diese Leute sind doch schon soweit gebracht worden, daß sie wieder Arbeiterinnen aufnehmen. Uebrigens ist dieser Kreis von Männern so klein, daß wir uns darüber keine grauen Haare brauchen wachsen zu lassen. Die Schneider von Wien stehen durchaus nicht auf diesem Standpunkt.

Genossin Grubinger (Wien): Ich berichtige, daß ich nur den „Verein der Damenschneider" gemeint habe, und nicht den „Fachverein der Schneider". Ersterer besteht noch heute darauf, Frauen auszuschließen.

Genosse Pelikan (Wien): Es wurde von Seite der Opposition behauptet, daß im II. Wiener Bezirk eine Sitzung stattgefunden habe, wo Opposition gegen die „Parteileitung" gemacht wurde. Wenn im II. Bezirke bei einer Besprechung von verschiedenen Genossen etwas bekämpft und kritisirt wurde, kann daraus nicht geschlossen werden, daß das irgend derartige „Opposition" ist. Denn der Schluß dieser Sitzungen

war immer, daß wir uns den Beschlüssen der organisirten Wiener Genossen anschlossen. Wir sind ein Glied in der Kette der Organisation und glauben nicht, das Recht zu haben, wegen einer Kleinigkeit Opposition zu machen. Es ist bei uns im II. Bezirk zur Opposition gegen die sogenannte „Parteileitung" nicht gekommen. Wir kennen nur eine organisirte Wiener Arbeiterschaft, aber nicht eine „Parteileitung", die sich selbst gewählt haben sollte. In der Versammlung, in der ich zum Delegirten gewählt wurde, habe ich die Aufforderung ergehen lassen, es möge von der Opposition sich Jemand zum Worte melden; es hat sich aber Niemand gemeldet. Ich habe ferner erklärt, daß wir keinen Grund haben, den Führern der Partei entgegenzutreten. Die Versammlung war damit einstimmig einverstanden.

Vorsitzender Schmidt: Zur Delegirung zweier Genossen zum slavischen Studenten-Congreß ist zu erwähnen, daß mir mitgetheilt wurde, dieser Congreß habe keinen rein socialistischen Charakter, sondern sei mehr nationaler Natur.

Genosse Dr. Adler: Der Parteitag kann nicht gut Jemanden hinschicken, da wir nicht eingeladen wurden. Die Herren vom slavischen Congreß haben uns begrüßt, wir haben den Gruß erwidert, das genügt. Daß die Polizei denselben aufgelöst, überrascht uns natürlich nicht. Wir haben keinen Anlaß, hinzugehen.

Der Beschluß der Delegirung wird aufgehoben.

Genosse Wagner (Asch) bringt Klagen über das Vorgehen der Behörden vor. Fachvereins-Statuten kommen trotz aller Aenderungen unbewilligt zurück. In Eger darf man über das nicht sprechen, was in Asch besprochen werden darf. Im Karlsbader Bezirke dürfen nur Volksversammlungen, aber keine § 2-Versammlungen stattfinden, in Eger umgekehrt. In Eger kommen Beamte in § 2-Versammlungen und entziehen das Wort. Trotzdem schreiten wir sehr gut vor, haben ein Parteiblatt „Volkswacht". Auch besuchen jetzt schon die Frauen fleißig die Versammlungen. Ein Bezirkshauptmann, der vor Jahresfrist Volksversammlungen verbot, verlangte, daß wir nicht mehr nach § 2 zusammenkommen sollten, sondern mit Volksversammlungen herausrücken. Die Bewegung macht Fortschritte, wir können siegesfroh der Zukunft entgegenschauen.

Genosse Eich (Villach): In Kärnten sind seit dem letzten Parteitage folgende Organisationen neu geschaffen worden: Gewerkschaft der Bauarbeiter, der Kleidermacher und zwei Bildungsvereine. Die Statuten der Bauarbeiter wurden zurückgewiesen, es sei kein Anlaß vorhanden, eine Gewerkschaft zu gründen. Die Recurserledigung dauerte sechs bis sieben Monate. In Völkermarkt wollte man durch Maßregelungen des Ausschusses die Bewegung hemmen — vergeblich. Anläßlich der Maibewegung versuchte man es mit Maßregelungen. Ein Genosse saß vier Wochen ohne verhört zu werden, in Untersuchung. Wir wollen an der Bewegung festhalten, bis das Ziel erreicht ist. (Bravo!)

Genosse Saska (Innsbruck) erstattet Namens der 24er-Commission Bericht: Die 24er-Commission beschließt, dem Parteitag anzuempfehlen, die Herren Hanser und Heimann aus-

zuschließen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Beschluß wurde von der Commission mit folgendem Stimmenverhältniß gefaßt: Für die Ausschließung beider Herren 20 Stimmen, Hanser's allein zwei Stimmen, der Abstimmung enthielten sich zwei.

Genosse Dolejši: Man hat nur über die Person Hanser's verhandelt, nicht über das, was Heimann sich soll zu Schulden haben kommen lassen. Ich beantrage, daß über die eigentliche Ursache der Ausschließung Heimann's das 24er-Comité nochmals zusammentritt. (Widerspruch. Gelächter.)

Genosse Richter: Hanser und Heimann sind oben gewesen, Dr. Adler auch, es wurde vier Stunden discutirt, wir haben Ankläger und Angeklagte gehört. Es war geheime Abstimmung; wir aus den verschiedenen Provinzen waren nicht von persönlichen Streitigkeiten beeinflußt. Wir müssen aber die Fahne der Partei makellos erhalten.

Genosse Diamant (Lemberg) drückt der Commission das vollste Vertrauen der polnischen Delegirten aus. Aber angesichts Dolejši's Ausführungen sollen die Motive der Ausschließung vorgebracht werden; jede Rücksicht auf die beiden Herren müsse da aufhören.

Genosse Neumann unterstützt den Antrag. Wenn Sie Alle beschließen, Hanser und Heimann auszuschließen, wird es auch den nicht vertretenen Genossen angenehm sein? Ich weiß, daß von den gesammten Grubenarbeitern, von den Glasarbeitern kein Vertreter hier ist. Die czechischen Genossen sind nicht vertreten. (Gelächter.) Mit dem jetzigen Parteiprogramme sind vielleicht Verbrechen begangen worden. Vielleicht Manchem, der hier sitzt, hätte es gebührt, ausgeschlossen zu werden. (Gelächter.)

Genosse Roscher: Die Opposition hat vielleicht die Absicht, einen Krawall hervorzurufen. Ich bin auch dafür, daß die Commission die wichtigsten Facten der Gründe der Ausschließung bekannt gibt. Ob es überhaupt klug ist, Jemanden aus der Partei auszuschließen, mögen Sie beurtheilen; ich will damit nicht sagen, daß wir Elemente dulden sollen, die unsere Thätigkeit stören. Ich bin für keinen Ausschluß aus einer so großen Partei, ohne die Gründe zu wissen.

Genosse Saska: Die Commission hat Hanser und Heimann mit Recht verurtheilt. Heimann war dabei und hat erklärt, daß es ihm ganz gleichgiltig sei, ob er ausgeschlossen werde oder nicht. Das hat großen Eindruck auf uns gemacht. Wir aus der Provinz sind mit Vorurtheilen hergekommen, nicht gegen die Opposition, sondern gegen die Gegner derselben. Hanser selbst hat gestern es nicht haben wollen, daß die Sache öffentlich behandelt werde. Die in der Flugschrift der Wiener Genossen enthaltenen Beschuldigungen konnte Hanser nicht widerlegen, nur ein Punkt blieb unaufgeklärt und zweifelhaft. Hanser konnte nichts Positives gegen die Anklagen einwenden, hat sogar theilweise selbst eingestanden, daß es sich so verhält. Man könne vom 24er-Ausschuß nicht verlangen, die Debatten, die für die Provinzgenossen traurig genug waren, wieder aufzunehmen. Doch überläßt er die Entscheidung dem Parteitage.

Vorsitzender Schmidt: Wir haben den 24er-Ausschuß gewählt, um das Material zu sichten und dem Parteitage darüber Bericht zu erstatten. Sonst hätte sich der Parteitag selbst damit befassen müssen.

Genosse Stefan Wildner meint, die Partei müsse sich gegen derartige Vorkommnisse schützen, indem sie die betreffenden Personen von jeder Vertrauensstelle in der Partei ausschließt, so daß die Partei fortan für das Vorgehen der betreffenden Personen nicht mehr verantwortlich gemacht werden kann. Einen Ausschluß aus der Partei hält Redner nicht für möglich und würde er für einen solchen nicht stimmen.

Genosse Dr. Ellenbogen: Wir können es nicht dulden, daß dieser Parteitag durch jede beliebige Provocation verzettelt wird. Wir haben gestern beschlossen, eine Commission von 24 Mitgliedern einzusetzen; wir haben diese Commission mit unserem Vertrauen ausgestattet. Wenn jetzt eine Debatte über diesen Beschluß stattfindet, kommt mir das so vor, als wenn wir über die Commission zu Gericht sitzen wollten. (Sehr richtig!) Ich beantrage daher, daß Schluß der Debatte angenommen und über den Antrag der Commission abgestimmt werde. Diejenigen, die in vielleicht übertriebener Gewissenhaftigkeit an dem Antrage der Commission etwas auszusetzen finden, können ihren Zweifeln durch Stimmenthaltung Ausdruck geben.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Genosse Diamant (als Antragsteller) wendet sich zunächst gegen Neumann, der in den Ton der „Volkspresse" verfallen sei und gedroht habe, später gewisse Dinge vorzubringen. Solche Drohungen machen keinen Eindruck. Saska meinte, er werde keine Motivirung geben. Es ist wahr, sagt Redner, daß wir durch die Commission der Mühe enthoben waren, die Zeugen zu hören, die Acte zu studiren, die Zeitungen zu lesen; aber das Resultat ihrer Untersuchung müssen wir kennen. Wir wollen einen erschöpfenden Motivenbericht, dann erst können wir über diese Sache urtheilen. Man hat uns Behauptungen, aber keine Beweise gebracht. Wir haben zu der Commission volles Vertrauen, aber wir dürfen uns nicht bewegen lassen, über etwas abzustimmen, dessen Gründe wir nicht kennen. Ich glaube, es liegt im Interesse der Sache, daß wir die Motive kennen lernen. Es wäre eine recht komische Disharmonie, wenn wir Hauser auf der einen Seite schonen, auf der anderen Seite aber die äußerste Consequenz seines Verhaltens ziehen und ihn hinauswerfen. Es mögen uns daher die Motive zu diesem Antrage auf Grund eines Beschlusses der Commission vorgelegt werden.

Der Antrag Diamant, dahingehend, daß die Commission die Gründe der Ausschließung bekanntgebe, wird hierauf mit 36 gegen 26 Stimmen angenommen, worauf der Vorsitzende Schmidt die Commission ersucht, ein Mitglied mit der Ausarbeitung der Motive zu betrauen.

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen. Nach Wiederaufnahme derselben theilt Saska mit, die Commission habe sich auf den Beschluß

geeinigt, daß Genosse Richter einen detaillirten Bericht über die Gründe der Ausschließung zu erstatten habe.

Das Wort erhält Rudolf Hanser: Werthe Parteigenossen! Ich habe das Wort verlangt, bevor Genosse Richter referirt hatte. Es wäre jedoch eine Feigheit, nachdem ich selbst die Einsetzung der 24er-Commission verlangte, nunmehr Recrimination zu erheben, wo die betreffende Commission zum Beschlusse gekommen ist, mich und Heimann auszuschließen.

Meine werthen Freunde und Freundinnen! Es ist dies nichts Neues im politischen Leben! Ich kann aber ja gar nicht aus der Partei ausgeschlossen werden! Ich bleibe einfach der ruhige Parteigenosse, ich fühle mich in keiner Weise zurückgesetzt, wenn es der Wunsch des Parteitages ist, daß ich mich jetzt aus dem politischen Leben zurückziehe. Ich habe den 24 Genossen vollständiges Vertrauen entgegengebracht. Ich habe ausdrücklich erklärt, mich dem Urtheile derselben vollständig zu fügen. Ich bezweifle es, daß Sie einfach erklären können, mich aus einer politischen Partei hinauszuradiren. Das geht doch nicht! Der, welcher ich war, der werde ich bleiben! Ich habe an den Berathungen theilgenommen, wo ich mit meinem besten Wissen und Gewissen die Wahrheit zugestanden und Manches, was im Flugblatt unwahr war, klargestellt habe. Es war der Wille der 24er-Commission, nachdem sie sich die Sache genau überlegt und durchforscht hat. Diesem Ausspruche beuge ich mich! Ich habe seinerzeit erklärt, ich falle um wie eine Tanne.

Ich komme bis zum Parteitag. Erst der Parteitag hat es vermocht, mich von dort zu entfernen, wo ich lange treu, ehrlich, nach bestem Wissen und Gewissen gekämpft habe. (Gelächter.) Lachen Sie oder lachen Sie nicht! Wenn heute der Eine ein dummes Stückel macht, im nächsten Augenblick macht es der Andere! Sehen Sie, im politischen Leben wird man manchen Fehler verzeihen, wenn er bereut wird. Ich gehe nicht nach Canossa! Das ist nicht wahr! Aber Eines bitte ich Sie: Wer von Ihnen fühlt sich gleich mit der Denkungsart des neben ihm Sitzenden? Niemand! Und gestern hat man mir vorgeworfen, ich habe keine Gründe dargelegt. Ich lege ja heute meine zwei Mandate nieder! Scharf („Sonn- und Montags-Zeitung") hat sogar heute mit großem Pathos meine Verdienste hervorgehoben. Aber, verehrte Freunde, was in meiner schwachen Kraft gelegen war, habe ich geleistet.

Ich bin kein studirter Mensch. Ich bin von armer Familie hervorgegangen. Heute wird über mich der Parteitag beschließen! Man hat mich sogar schon in ein anderes Lager getrieben — ich kenne es gar nicht. Man muß eben im politischen Leben eine Haut wie ein Rhinoceros haben. Es ist vollständig nutzlos, eine Zeitverschwendung, die ich dem Parteitage gar nicht verzeihen kann. Die 24er-Commission war competent, so daß es gar nicht nothwendig gewesen wäre, hier ein weiteres Larifari zu machen.

Ich nehme thatsächlich Abschied aus der Partei. Ausscheiden ist jedoch ein anderes Ding, als von einem Posten entfernt werden. Ich

bin auf einem Posten gestanden und habe während der drei Jahre Schulden wie ein Stabstrompeter gemacht. (Heiterkeit.) Aber wir haben auch $1^1/_2$ Millionen Flugschriften verbreitet. Ich habe noch Arreststrafen vor mir, ich habe für fünf Köpfe zu sorgen. Macht nichts, die Partei braucht nicht zu sorgen, ich bin zuständig, ich gehe zum Magistrat fechten! Ja, das ist der Schlußpunkt — würdig eines — Socialisten! Ich will zu meiner Vertheidigung kein einziges Wort verlieren. Die 24er-Commission hat beschlossen, ein Theater kenne ich nicht! Aber Heimann wird auch ausgeschlossen, was liegt gegen ihn denn vor? Er war ja eigentlich nur Zeuge, nicht Angeklagter, und die Commission hat denn doch einen Uebergriff gethan, den vielleicht der Bourgeois-Geschworne nicht so schnell gemacht hätte. Heimann hat nichts angestellt. Er soll nur angeblich meine Schlechtigkeiten mit seiner Person vertheidigt haben. Er hat dafür nur schlechten Dank! Er hat dafür jetzt nur noch den Spott. Er wird ebenfalls nur mit Schanden weggehen. Doch, glauben Sie, daß in dem Menschen die Ueberzeugung fortlebt! Sie können mir gar nicht das wegnehmen, was da drinnen lebt! Ich kann demnächst schon zu einer Volksversammlung gehen, und wenn ich der schlechteste Kerl wäre, könnten Sie mich nicht hinausschmeißen!

Ich habe Ihnen erklärt, ich achte die Souveränetät des Parteitages hoch, ich habe mich bedingungslos dem 24er-Comité gefügt, habe nichts eingewendet. Im letzten Augenblicke sagt mir Saska, er würde den Bericht nicht bringen und ich halte das auch nicht für nothwendig. Stimmen Sie ab! Warum aber heute noch der großen Oeffentlichkeit ein Schauspiel geben, woran sich Alles ergötzt? Wollen Sie ja nicht anderen Leuten einen Gefallen erweisen, daß wir die schmutzige Wäsche vor deren Augen waschen. Ich habe bereits erklärt, ich füge mich dem 24er-Comité. In ein paar Jahren, wenn wir noch leben, ist Alles wieder anders. Vielleicht fallen noch manche Leute, die vielleicht glauben, sie sind angenagelt, von ihrem Thron. In einer politischen Partei ergibt sich viel Neues und viel Altes fällt. Ich gehe! Ich falle um wie eine Tanne! Im politischen Leben bin ich todt. Mit mir, und das bitte ich zu bedenken, gehen zwei Blätter; sehen Sie, was wird es heißen? Alle Abonnenten, alle Diejenigen, welche bis zum gestrigen Abend Abonnements gezahlt haben, kriegen keine Blätter mehr. Die oppositionellen Blätter sind ausradirt. Dann wird es heißen: „Lump, hat's Geld genommen und schickt uns keine Zeitung mehr!" Es ist höchst traurig, daß es so ist. Die armen Teufel, die werden sagen, jetzt haben wir ihm die 25 Kreuzer geschickt, jetzt kriegen wir keine Zeitung mehr. Das war ein Folio-Haderlump, wie man sich ihn größer nicht vorstellen kann. So wird man im politischen Leben getödtet und bekommt obendrein noch den priesterlichen Segen. Ich habe gesagt, meine Mandate lege ich zurück, ich nehme an den Berathungen des Parteitages nicht mehr Theil; außer der Parteitag würde mir eine Gastkarte zur Verfügung stellen. Es mag sein, daß Sie mich nur des Vertrauensposten entheben wollen; ausschließen, das gibt's jedoch einfach nicht.

Heute, im Momente, während wir beisammensitzen, tagt irgendwo

eine kleine Conferenz, eine Conferenz, die der „Oppo-Opposition" angehört; da werde ich auch aufgehängt. Es ist ganz merkwürdig, was ich für Gegner und Feinde habe. Ich bitte Sie, daß mir Jemand erklären wollte, wo soll man sich hinstellen? Ich schätze sie, die „Oppo-Opposition", sie hat eine gewisse Berechtigung. Aber gerade an ihr sehe ich, daß ich eigentlich nicht oppositionell gewesen bin. Es hat sich doch immerwährend um meine eigene Person gedreht, und meine Person, die scheitert. Es liegt Ihnen gar nichts mehr im Wege, die Opposition umzubringen; das wird morgen Ihre Thätigkeit sein bei der Besprechung des Programms. Ich bin überzeugt, daß meine Freunde von der Opposition sich morgen hier aussprechen werden.

Aber so hat sich Alles zusammensummirt. Die Genossen der 24er-Commission haben ihre Stimmen abgegeben. Ich habe diese 24er-Commission anerkannt und anempfohlen, und trete auch, meine werthen Freunde, aus Ihrer Mitte aus, wie ich eingetreten bin. Ich kenne die Bewegung, die neue Bewegung, bis zur heutigen Stunde ganz genau. Ich habe die Fühlung nur während der letzten acht Monate verloren. Soweit weiß ich nichts mehr. Ich habe auch niemals spionirt. Ich bin meinen geraden Weg gegangen, bis zum heutigen Tage. Ich habe Fehler gemacht, die ich gestehe. Ich habe mich in anständiger Weise ausgeliefert. Ich trete aus der Partei nicht aus, sondern stelle mich blos in eine Ecke außerhalb des Parteirahmens und arbeite weiter. Und damit ist mein ganzes Versprechen Ihnen gegenüber gegeben. Glauben Sie mir — es belächeln mich viele unter Ihnen, es sei der alte Komödiant, der auf die Rednerbühne tritt und ein kleines Theaterstück vorführt. Ich kann nicht anders. Es ist meine Eigenthümlichkeit, auf die ich stolz bin. Ich lasse sie mir nicht rauben, sie gehört mir. Ich gehöre der Socialdemokratie auch weiter an — daß es Manchem kindisch erscheint, eine solche Aeußerung abzugeben, glaube ich — und was in meinem Innern drinn steht, das können Sie doch Keinem verbieten und wegnehmen. Ich bleibe, der ich gewesen, ich bleibe ein Socialdemokrat, der jederzeit wissen wird, was er zu thun hat. Das war mein letztes Wort.

Genosse Schrammel (Wien): Ich constatire, daß von Seite der Wiener Genossen kein Ausschluß aus der Partei, sondern Ausschluß aus der Organisation beantragt wurde.

Genosse Richter: Es ist mir in dieser Angelegenheit mit dem Berichte der 24er-Commission eine sehr unangenehme Aufgabe zu Theil geworden. Erstens, weil ich seit vielen Jahren Herrn Hauser kenne und ihm ein guter Freund gewesen bin. Zweitens fällt es mir schwer, gegen Männer Stellung zu nehmen, wenn ich weiß, daß sie in unserer Partei gewirkt und sich geopfert haben. Aber leider, das Verhängniß verlangt es so. Hauser erklärte gestern, frei und offen, er werde sich der 24er-Commission fügen, diese solle gewählt werden. Heute, als wir Nachmittags zusammengetreten waren, wurde Hauser sofort gefragt, ob er sich den Beschlüssen der Commission fügen werde. Er sagte: „Ich bin hiehergekommen, um mich niemand Anderem zu fügen, als der Commission." Diese Commission hat der Parteitag beauftragt, die An-

gelegenheit zu untersuchen, und wir haben gewiß nicht falsch geurtheilt. Wenn man aber eine Debatte haben wollte, so konnte man das gestern thun, so brauchte man die Commission nicht zu wählen. Ich muß Ihnen bedeuten, daß es Sachen dabei gibt, die ich nicht aufklären werde, die nicht der Oeffentlichkeit übergeben werden können. Wenn man weiß, daß solche Sachen vorliegen, die man einer geheimen Commission übergibt, warum verlangt man, daß man sie publicire. Hanser erklärte ja, daß er sich der Commission gefügt habe; er werde weiter nichts unternehmen. Warum die Affaire Hanser vor den Parteitag gekommen ist, das wissen Sie Alle, die Sache ist Ihnen nicht fremd, Sie sind Alle genau darüber informirt.

Die Motive für seine Verurtheilung liegen nun darin, daß die Hanser vorgeworfenen Thatsachen von ihm nicht widerlegt wurden.

Genosse Rosicher: Es ist mir etwas aufgefallen, was früher nicht mitgetheilt wurde, daß Hanser auch erklärt hat, und auch jetzt hier, er sei mit dem gefaßten Beschlusse vollständig einverstanden. Wenn er selbst damit zufrieden ist und selbst constatirt: Ja, so ist es! dann können wir uns damit zufrieden geben und abstimmen.

Genosse Saska: Ich habe es gesagt, daß Hanser erklärt hat, er füge sich dem Beschlusse des Parteitages.

Genosse Dr. Adler: Wir Wiener haben in der Sache geschwiegen, aber wir wünschen, daß man endlich ein Ende mache. Ich hätte gewünscht, daß die Commission eine Resolution vorlege, in welcher es ganz allgemein heißt: Nachdem eine Anzahl von Delicten gegen das Eigenthum vorliegt, und in einer Anzahl von Delicten politischer Natur die Partei geschädigt wurde, wird der Antrag gestellt u. s. w. „Ausschluß aus der Partei" ist nicht präcis. Wir sollen sagen: Wir betrachten den und den als nicht zur Partei-Organisation gehörig. Ich beantrage, daß die Commission ihre Resolution in dem angedeuteten Sinne abändere.

Genosse Resel: Jede Debatte ist überflüssig. Die Commission hat gefunden, daß die Anklagen gegen Hanser wahr sind. Jemand, der eine Person wie Hanser deckt, ist so hinauszuwerfen wie Hanser.

Genosse Diamant meint, der Ausdruck: Delicte gegen das Eigenthum sei viel zu vag.

Vorsitzender Genosse Schmidt: Die Commission hat zur Berathung alles Material gesammelt, das Hanser und Heimann vorgeworfen wurde. Hanser konnte keine der gegen ihn erhobenen Anklagen entkräften, während Heimann sich gar nicht vertheidigt hat. Wenn diese beiden Herren noch etwas zur Störung hätten beitragen können, so hätten sie es gewiß gethan. (Bravo!) Sie wollten Unzufriedenheit in die weitesten Kreise tragen; es ist dies nicht gelungen, weil unsere Partei zu stark ist.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten und der Antrag, von einer weiteren Motivirung des Beschlusses der 24er-Commission abzusehen, einstimmig angenommen.

Genosse Dolejši stellt den Zusatzantrag, über Hanser und Heimann separat abzustimmen.

Genosse Dr. Ellenbogen schlägt folgende Motivirung vor: „Die Commission erklärt, daß sie aus der von ihr vorgenommenen Untersuchung, aus der Thatsache, daß Hauser selbst alle ihm zur Last gelegten Delicte, mit Ausnahme eines nicht aufgeklärten Falles, zugestand, zur Erkenntniß gelangt ist, daß Hauser sich mehrere eigennützige Vergehen gegen das Eigenthum zu Schulden kommen ließ, und daß er und Heimann, Letzterer durch Deckung Hauser's durch seine Person, den Ausschluß aus der Organisation der socialdemokratischen Partei verdient haben."

Genosse Saska schlägt hingegen vor, daß die Commission sich zur Stylisirung der Motive noch einmal zurückziehe.

Diesem Antrage wird Folge gegeben und die Sitzung zu diesem Behufe unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest Richter im Namen des 24er-Ausschusses folgenden Beschluß: „Die 24er-Commission hat aus den von ihr vorgenommenen Untersuchungen, aus den beweisenden Thatsachen, welche gegen Hauser vorgebracht wurden, mit Ausnahme eines einzelnen Falles, die Ueberzeugung gewonnen, daß er die Anschuldigungen, welche in dem vom Genossen Schuhmeier verfaßten Flugblatte enthalten waren, nicht zu entkräften vermag. Nachdem sich Heimann mit Hauser solidarisch erklärte, beantragt die 24er-Commission, daß Hauser und Heimann jede Vertrauensstelle in der Partei verwirkt haben und deshalb nicht mehr als der socialdemokratischen Partei-Organisation angehörig betrachtet werden können."

Dieser Resolutionsantrag wird einstimmig angenommen und hierauf die Sitzung um 9 Uhr Abends geschlossen.

III. Verhandlungstag.

Dienstag, den 7. Juni 1892.

Vorsitzender Kiesewetter (Reichenberg): Eröffnung der Sitzung 9 Uhr 10 Minuten Vormittags.

Nach Verlesung der Einläufe wird der zweite Punkt der Tagesordnung: Programm und Taktik in Verhandlung gezogen.

Referent Genosse Adler: Werthe Genossen und Genossinnen! Es muß sich Jedem von Ihnen wohl die Frage aufdrängen: Wieso sind wir heute in der Lage, wieder einmal ausführlich über das Programm zu sprechen? Wir haben das Programm unserer Partei in Hainfeld festgestellt; in Wien hat sich im vorigen Jahre die Nothwendigkeit nicht ergeben, eine ausführliche Discussion über das Parteiprogramm herbeizuführen, und heute wieder haben wir diesen Punkt in allererster Linie angesetzt. Die Ursachen, warum wir dies gethan, sind allgemeiner und specieller Natur. Im Allgemeinen ist es wünschenswerth, daß von Zeit zu Zeit die Frage erwogen wird, ob das Programm eben noch der Ueberzeugung der Masse der Partei entspricht, ob nicht aus der Partei heraus Wünsche zur Aenderung dieses Programms kommen, und ein Grund specieller Natur liegt vor, weil sowohl in Deutschland als in Oesterreich — ich erwähne Deutschland, weil Dinge, welche in Deutschland vorgehen, unsere Parteiverhältnisse in hervorragender Weise beeinflussen — sich gleicherweise Erscheinungen gezeigt haben, daß einzelne Genossen sich finden, die das Programm einer neuen Discussion in alter Weise unterziehen. Die Discussion ist wohl neu, sie wird nur mit anderen Worten geführt, aber die Einwürfe sind die alten, die uns längst bekannt sind. Nun müssen wir vor Allem mit einer Frage rechnen, mit einer Frage, die überall auftritt, wo sich eine Opposition gegen das Parteiprogramm findet, und die ungefähr also lautet: „Ja, wozu braucht die Partei überhaupt ein Programm?" Wenn Sie die Einwürfe, die gegen das Programm vorliegen, zusammenfassen, so sind sie sehr verschiedener Natur, gipfeln aber überall darin, daß das Programm ein zu enger Rahmen ist, welcher gesprengt werden müsse, ja, daß man überhaupt ein Programm nicht brauche. Nun fragen wir uns, was ist das Programm? Das Programm einer Partei ist nur die Antwort auf die Frage: was will die Partei? Das Programm hat nur klar auszudrücken das Ziel der Partei und die Mittel, mit welchen sie dieses Ziel erreichen

will. Es ist ja sicher, daß eine Partei wie die unserige, welche Endziele hat, die sich auf eine Zukunft beziehen, sowohl Ziele hat, die näher liegen, als auch Ziele, die weiter entfernt sind. Es ist natürlich, daß eine solche Partei nicht nur klar sein muß über das Ziel selbst, sondern auch über die Wege, welche zu gehen sind, um dieses Ziel zu erreichen. Wir müssen wissen, wohin wir gehen, und müssen auch wissen, welchen Weg wir einschlagen sollen, um dahin zu kommen. Es muß weiter im Programm ausgesprochen sein, wie wir über die heutigen Verhältnisse urtheilen — nicht nur über die gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht nur über die politischen Einrichtungen, die uns die Mittel vorzeichnen, mit denen wir weiter — kommen, sondern es muß im Programm auch ein Urtheil darüber enthalten sein, wie wir über den Zustand der Arbeiterschaft selbst denken; wie wir urtheilen darüber, welche Fähigkeiten die heutige Arbeiterschaft hat, sich weiter zu entwickeln. Wenn Sie die Frage so allgemein auffassen: das Programm ist, was wir wollen, und es würde Jemand kommen und sagen, wir brauchen kein Programm, dann werden Sie ihm antworten: „Dann meinst Du, wir brauchen nicht zu wissen, was wir wollen". Oder aber die Leute sagen, wir brauchen kein festes Programm, wir sind nicht eine socialdemokratische Partei, sondern wir sind „eine Partei, welche Socialisten verschiedener Schattirungen umfaßt", wie ich es gelesen habe in einer der Enunciationen unserer Wiener „Jungen" oder „Unabhängigen" oder wie sie sich sonst nennen. Ich möchte da denn doch gleich anfangs feststellen: wir Socialdemokraten wollen allerdings nicht eine „Partei verschiedener Schattirungen" sein, sondern eine festgeschlossene Partei, wir wollen eine Partei sein, die durchaus einig ist über den Weg, und durchaus einig über das Ziel, und wir haben durchaus nicht die Absicht, in diese Dinge Verwirrung hineinbringen zu lassen. (Sehr richtig!) Freilich über das Ziel unserer Partei in allen Ländern — und das was hier zu sagen ist, gilt für Oesterreich nicht allein — über das Ziel ist eine Differenz nicht entstanden. Wir Alle wollen die Socialisirung der Arbeitsmittel, der Production, wir Alle wollen damit die Umwälzung, die Beseitigung des heutigen Classenstaates und wir Alle wollen dies nur mit einem Mittel, nämlich durch das Eingreifen der Arbeiterclasse selbst. Ueber diese Dinge sind wir ja einig, aber von dem heutigen Zustande bis zur Erringung des Sieges ist ein Weg, welcher von verschiedenen Genossen verschieden lange berechnet wird. Sie wissen, daß die Anschauungen darüber sehr davon abhängen, wie viel Einsicht man in die Verhältnisse hat, in welchen Verhältnissen man selbst lebt, und nicht zuletzt davon, welches Temperament der Einzelne hat. Darüber werden wir uns nicht streiten; es gibt Leute, welche das Ziel so nahe sehen, daß sie danach greifen zu können glauben, und wieder welche, die es in so nebelhafter Ferne wähnen, daß sie sich in eine ernsthafte Discussion überhaupt nicht einlassen wollen.

Ich glaube, daß ein principieller Unterschied in der verschiedenen Beantwortung der Frage, ob das Ziel nah oder fern ist, nicht liegt. Ich glaube vielmehr, daß wir verpflichtet sind, uns durchaus keine Illu-

sionen zu machen, durchaus scharf die heutigen Verhältnisse und insbesondere den Zustand des Proletariats in's Auge zu fassen, und zwar so, daß wir uns nicht täuschen und auch die Anderen nicht täuschen. Ich glaube, nichts ist gefährlicher als wenn dies geschieht; über die Entfernung vom Ziele mögen Sie denken wie Sie wollen; aber über den heutigen Zustand der Arbeiterclasse dürfen Sie nicht anders denken als wie es der Wahrheit entspricht. Wir dürfen uns der Illusion absolut nicht hingeben, als ob unsere Arbeit schon gemacht, als ob das Proletariat wirklich bereits revolutionirt wäre. (Richtig!)

Es ist nicht leicht, Programm und Taktik, Ziel und Weg auseinander zu halten. Ich will aber doch vor Allem über das Programm etwas in's Einzelne gehen. Unser Hainfelder Programm enthält erstens eine „Principien-Erklärung" und weiters zwei Resolutionen über „politische Rechte" und „Socialreform". Ich weiß nicht — ich habe ja nicht Alles gelesen — aber ich glaube, selbst nicht von Denen, die das Programm am meisten reformbedürftig ansehen, ist gegen unsere Principien-Erklärung irgend ein Einwurf gemacht worden. Unsere Principien-Erklärung ist wirklich durchaus principiell. Sie erklärt, daß die Partei als Ziel hat: „Die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und Erhebung aus der geistigen Verkümmerung." Die Principien-Erklärung erklärt weiters, was die Ursachen dieses Zustandes sind, erklärt, daß der Einzelbesitz an Productionsmitteln es ist, daß dieser Einzelbesitz an Productionsmitteln politisch den Classenstaat bedeutet und ökonomisch die wachsende Verelendung der breiten Schichten des Volkes. Sie erklärt weiters, wie auf dem Wege der ökonomischen Entwicklung das Privateigenthum nicht nur die Wurzel des Elends wird, sondern wie es sich selbst abschafft, indem immer mehr Leute aufhören, Privateigenthum zu haben, und daß diese ökonomische Entwicklung zugleich die Form des gemeinsamen Besitzes erzeugt und die nothwendigen materiellen und geistigen Vorbedingungen dazu schafft. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes ist also — und darauf legen wir den größten Werth — nicht nur die Befreiung der Arbeiterclasse, nicht nur etwas, was zu *wünschen* ist, sondern etwas geschichtlich *Nothwendiges*, was mit der ökonomischen Entwicklung unbedingt herbeigeführt wird. Nun fragt es sich, was haben wir da zu thun? Und darauf antwortet unser Programm: „Der Träger dieser Entwicklung kann nur das classenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, das ist das *eigentliche Programm* der socialdemokratischen Partei in Oesterreich."

Das eigentliche Programm beruht also in der Arbeit, das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage zu erfüllen, d. h. es nicht im Elend dumpf ersticken zu lassen, sondern ihm auch klar zu machen, *warum* es elend ist, und aus einer Masse von Sklaven Menschen zu machen, die einen Willen haben und diesem Willen

auch Nachdruck geben können. Aus diesem Theile des Programms ergibt sich, daß die Organisationsarbeit auf politischem Wege und die Arbeit, Reformen herbeizuführen, um die Lage dieses Proletariats einigermaßen besser zu gestalten, eine revolutionäre Arbeit ist.

Und da komme ich gleich zu den Schlagwörtern, die wir hier schon gehört haben und wahrscheinlich im Verlaufe der Verhandlungen noch öfter hören werden. Wir haben auch einen Fragebogen vor uns, in welchem eine Frage lautet: „Soll die Taktik der österreichischen Arbeiterpartei socialrevolutionär oder socialreformatorisch sein?" Das ist wohl eine Frage, die so actuell ist, daß wir gleich darauf eingehen wollen. Ich erkläre Ihnen offen, daß ich, wenn ich diese Frage beantworten sollte, in sehr großer Verlegenheit wäre. Für mich sind es blos Worte, nichts als Worte (Sehr richtig!), mir ist es vollständig gleichgiltig, ob Sie (zur Opposition gewendet) unsere Partei eine „Reformpartei" oder eine „revolutionäre" nennen. Denn Sie müßten mir zuerst eine klare Definition geben, was ist Revolution und was Reform, damit ich Ihnen darauf antworten könnte. Ich erkläre z. B., daß ich die Einführung und Durchsetzung einer abgekürzten Arbeitszeit revolutionär nennen kann, weil das wirklich die Leute revolutionirt, es wälzt sie um, es macht möglich, daß diese Leute, welche bisher, ohne über ihren Zustand zum Bewußtsein zu kommen, dahingelebt haben, Gehirn bekommen und im Gehirn klare Ideen erhalten und den Willen, diese Ideen auszuführen; das ist für mich revolutionär.

Es wurde mir ja zum Vorwurf gemacht, daß ich kein „Revolutionär" sei. Ich habe angeblich das Verbrechen begangen, daß ich bei einem Strike davon abgerathen hätte, ein Haus zu plündern oder zu stürmen, oder so was Aehnliches. Ich bin frei von diesem Verbrechen, weil ich zufällig nicht anwesend war. Aber wenn ich anwesend gewesen und die ganze Geschichte wahr wäre, hätte ich wohl die Pflicht gehabt, den Leuten zu sagen: Was Ihr thut, möget Ihr für revolutionär halten — ich glaube übrigens, die Leute haben damals an Revolution gewiß nicht gedacht — aber es ist nicht revolutionär, es ist einfach — unvernünftig. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn schon so etwas gelingt, wenn man einen Putsch hervorruft, wenn das hohe Ziel erreicht ist, daß ein paar Dutzend oder ein paar Hundert vielleicht unserer besten Leute zusammengefangen werden wie die Hunde und dann jahrelang der Bewegung entzogen werden — wenn dies Alles gelungen ist: das Haus steht noch immer fest, nur die Köpfe hat man sich eingerannt. Das ist für mich nicht revolutionär, das ist für mich nicht Reform, das ist einfach eine Unklugheit. Wer mir von „Revolution" spricht, wer von mir verlangt, ich solle ein Revolutionär sein, dem sage ich: Mit Vergnügen, ich denke an nichts Anderes als wie ich die Sache am besten befördern könne. Aber dann nimmt der Mann auch die Verpflichtung auf sich, mir klar zu sagen: Ich habe andere Mittel als die bisherigen, bessere; er hat die Pflicht, mir zu zeigen, daß es solche Mittel gibt, und er hat auch die Verpflichtung, mitzugehen — es gibt nämlich „Socialrevolutionäre", welche die Eigenthümlichkeit haben,

daß die Anderen ihnen nie revolutionär genug sind (Sehr gut!), nie genug Opfer bringen, nie genug Muth haben; nur in Bezug auf sich selbst — müssen sie schonend vorgehen. (Sehr gut!) Sie wissen, von welcher Richtung ich hiebei spreche. Wer die Thätigkeit der österreichischen Arbeiterpartei verfolgt hat, wird sagen müssen, es gibt keine Zeit, in welcher sie principieller, geschlossener, einheitlicher und erfolgreicher war als seit dem Hainfelder Parteitag. Das Hainfelder Programm hat uns zusammengehalten, klare Ziele vorgeschrieben und uns eine freie Bewegung auf einem breiten Boden ermöglicht. Das genügt.

Nun komme ich zum Angelpunkt aller Discussionen. Im Programm heißt es: . . . „zu dessen Durchführung sich die Partei aller zweckdienlicher und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechender Mittel bedienen wird." Es wurde schon im Verlaufe der Verhandlungen von einem Redner das Wort „mit allen Mitteln" hervorgehoben, und ich glaube, es war zufällig der nicht gerade wegen seiner „socialrevolutionären" Eigenschaften im Lager der „Jungen" in Deutschland besonders berühmte Genosse Auer, welcher die Worte „mit allen Mitteln" gebrauchte, was sofort aufgegriffen wurde und Anlaß zu längerer Auseinandersetzung gab. Das Wort „mit allen Mitteln" ist auch eine alte Phrase. Phrasen haben das Eigenthümliche, daß sie absolut nicht umzubringen sind. „Mit allen Mitteln" ohne Zusatz zu sagen ist ein Unsinn (Richtig!), mögen sich die Herren, welche darauf ein Patent zu haben glauben „socialrevolutionär" zu sein, noch so sehr darüber entsetzen! Ein Mittel muß in sich das Eine tragen, daß es dem Zweck, dem es dienen soll, wirklich entspricht. Wenn Sie von der Opposition unter „alle Mittel" auch unsinnige Mittel rechnen, mögen Sie sie anwenden, wir aber gehen auf diesem Wege nicht mit. Wenn Sie freilich fragen, ob „mit allen zweckdienlichen und . . . entsprechenden Mitteln" heißen soll: mit allen gesetzlichen Mitteln, dann sage ich Ihnen offen: Nein!! Diese Beschränkung legen wir uns nicht auf. Wir erklären, daß wir die Mittel gebrauchen werden, die wir für zweckdienlich halten (Sehr richtig!), aber daß wir dasjenige, was heute von den besitzenden Classen uns aufgedrängt wird, was diese als Recht und Gesetz ausgeben, respectiren als unsere Richtschnur, das fällt uns natürlich nicht ein. Wir nehmen Rücksicht auf die Gesetze, soweit wir müssen im Interesse der Erreichung unseres Zieles — ohne Respect vor ihnen, aber mit Berücksichtigung der Verhältnisse, des Umstandes, daß es ein Wahnsinn wäre, wegen eines wahrscheinlichen Mißerfolges Opfer zu bringen, wie sie leider gebracht und nutzlos vergeudet wurden.

Oesterreichische Gesetze insbesondere eignen sich auch gar nicht dazu, sich an sie zu halten; sie sind einfach Schlingen, die geeignet sind, um den Hals gelegt zu werden; sie eignen sich auch nicht zu der gewöhnlichen Bezeichnung: der „Boden" der Gesetze. Es gibt nichts Schwankenderes als den Boden der österreichischen Gesetze (Zustimmung), und diejenigen, die uns einladen, ihn zu betreten, hätten selbst die größte Mühe, sich darauf aufrecht zu erhalten, wenn sie überhaupt den Vorsatz dazu hätten. Die besitzenden Classen und ihre Organe, die Regierung, die politische

Verwaltung, das Richterthum u. s. w. denken durchaus nicht so abgöttisch von diesen Gesetzen. Das ist nur für das blöde Volk, das diesen Götzendienst pflegen soll; sie selbst beten diesen Götzen nicht an; sie wissen sehr gut, daß das einfach Mittel sind, sich in der Herrschaft zu erhalten, daß das Herrschaftsmittel sind, die angewendet werden, so streng gegen die Unteren, und so lose gegen die Oberen, wie man es eben braucht. Es wäre also geradezu wahnsinnig, wenn man von uns eine gewisse abgöttische Verehrung vor ihnen verlangen sollte, daß wir erklären sollten: Wir bleiben blos auf dem gesetzlichen Wege, umsomehr als es für diesen Weg eigentlich gar keinen Wegweiser gibt. Wo wir die Gesetze respectiren, thun wir es in unserem Interesse, thun wir es, um nicht Genossen, die die Dinge nicht so genau kennen, an's Messer zu liefern. Was das „Rechtsbewußtsein des Volkes" anbelangt, so ist das freilich ein Begriff, der eine eingehende Definition nicht verträgt. Das ist aber auch nicht nothwendig. Wir sind ja selber das Volk, wir wissen ja, was Recht ist und was das Volk als Recht begreift. Die Empörung über die Zustände, das Sich-Aufbäumen gegen dieselben, das begreift das Volk immer. Aber das Volk begreift absolut nicht das Herausgreifen einzelner Individuen, von denen das Volk sehr gut weiß, daß sie nicht die Verursacher dieser Zustände sind; das Herausgreifen einzelner Individuen, um sie zum Sündenbock für die Gesellschaft zu machen. Das Volk würde es sehr gut begreifen, daß der Gewalt auch Gewalt entgegengesetzt wird, vorausgesetzt, daß man Gewalt hat. Das Volk begreift aber Handlungen nicht, wie sie zuletzt in Paris gemacht wurden (Sehr richtig!), und weil das Volk sie nicht begreift, darum sind die Polizisten aller Länder so eifrig bemüht, solche unbegreifliche Dinge in unsere Bewegung hineinzuschmuggeln. (So ist es!) Man will uns damit compromittiren — nicht vor dem Gesetze, sondern vor dem Volke. (Sehr richtig!) Ich komme nun zur Besprechung derjenigen Punkte unseres Programms, die einer Discussion unterzogen wurden, und zwar zunächst zum internationalen Charakter unserer Bewegung. Daß unsere Bewegung international ist, daß sie mit dem Unterschiede der Classen und Racen nichts zu thun hat, daß sie im Kampfe gegen die Ausbeutung international vorgeht, das springt nirgends so klar in's Auge als gerade in Oesterreich, und wir haben die Genugthuung, daß wir die einzige politische Partei in Oesterreich sind, die wirklich international ist — nicht einmal die clericale Partei ist es mehr. Wir haben die Genugthuung, daß, während die Ausbeuter aller Nationen unter sich zersplittert sind, die Arbeiterschaft gänzlich geeint, ohne jeden nationalen Streit und Zwist dasteht, und wir begrüßen es wieder auf diesem Parteitage, daß die Genossen polnischer Zunge, das polnische Proletariat so mächtig in die Bewegung eingetreten ist. (Beifall.) Redner berührt kurz die anderen Punkte des Programms, verliest die bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes gefaßten Beschlüsse und fährt fort: Es scheint mir nothwendig, darüber einige Worte mehr zu sagen, denn bis zum Hainfelder Congreß war es diese Frage, welche die österreichische Arbeiterpartei gespalten hat.

Ich muß gestehen, daß es für mich immer räthselhaft war, wie dieselben Leute, welche erklären, wir wollen die sociale Umwälzung mit allen Mitteln, mit allen Mitteln, die die Anderen so freundlich sind, auf sich zu nehmen, mit allen Mitteln, die sie ihnen anrathen, aber nicht selbst mitmachen, wie diese Leute, die die bürgerliche Moral, die Gesetze und das Rechtsbewußtsein des Volkes nicht respectiren, ein einziges Mittel von „allen Mitteln" als verwerflich ausschließen, das ist das Wahlrecht. Alles dürft ihr thun zur Erreichung des Zieles, aber wählen, das ist — eine Niederträchtigkeit! Das dürft ihr nicht! — Das war mir von vorneherein immer sehr merkwürdig, umso merkwürdiger als der Gebrauch des Wahlrechtes — und darüber viel zu reden und das geschichtlich zu erläutern, wäre leicht — aber lang — als der Gebrauch des Wahlrechtes es ist, welcher wirklich jede Partei in die Massen hineindringen läßt. Wir sehen dies in Deutschland, wir sehen dies — was Viele nicht so genau wissen — in England, wir sehen es neuerdings in Frankreich, und wir sehen das, wo man es am wenigstens vermuthen sollte, nun auch in Oesterreich. Ich fordere die Genossen hier Alle auf, bei diesem Punkte unserer Discussion zu erklären und darüber zu berichten, ob die Wahlbewegung, in welche wir eingetreten sind, für unsere Partei, für die Revolutionirung — weil Sie (die Opposition) diese Worte nicht oft genug hören können, für die Revolutionirung der Arbeiterschaft etwas geleistet hat oder nicht. Ich fordere Sie auf — nicht von Wien, wir wissen es — von den Provinzen aus zu berichten, ob die Wahlbewegung einen Zweck gehabt, ob sie die Partei gestärkt hat oder, wie die Anderen behaupten, corrumpirt. Schließlich muß ich gestehen, begreift man noch, kann man sich noch in das Gehirn der Leute hinein versetzen, die in Ländern gegen das Wahlrecht ankämpfen, wo sie es besitzen. In Deutschland begreife ich es, daß es Leute gibt, welche auf diese Idee kommen. Es geht ihnen nicht schnell genug vorwärts — mit dem Wahlrechte, probiren wir es ohne Wahlrecht! Es ist eine Idee — sie ist nicht gut — aber es ist doch etwas Mögliches! Wie man aber hier in Oesterreich gegen die Erringung und Ausnützung des Wahlrechtes, wo wir es gar nicht haben, sein kann, ist mir unfaßbar. Wie man erklären kann, den besitzenden Classen erklären: Ihr besitzende Classen, Ihr versteht gar nicht, wie man regiert, wie man seine Macht ausnutzt; wir sind ohne Wahlrecht, wir sind mächtiger ohne dieses Wahlrecht, wir wollen dieses Wahlrecht nicht, denn wenn wir es hätten, würde uns gerade es zur Ohnmacht verurtheilen — ich muß gestehen, dafür fehlt mir jedes Verständniß. Es fehlt mir jedes Verständniß dafür, wie man, ich möchte sagen, in dieser kindlichen und kindischen Weise die thatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf stellen kann. Gewiß — wir fassen das Wahlrecht nicht so auf, wie die besitzenden und heutigen bürgerlichen Classen es auffassen, wir wissen sehr gut, daß die Zahl unserer Vertreter im Parlamente nicht das Entscheidende ist — da spreche ich von Europa, wo Arbeitervertreter im Parlamente überhaupt möglich sind, von Asien und seinem Anhängsel Oesterreich spreche ich momentan hier nicht — wo das Wahlrecht existirt, da kommt es auf die Zahl der

Vertreter schließlich nicht an; worauf es ankommt, das ist, daß das ganze Volk durch das Wählen in bestimmten Zeiträumen zusammengerufen werde — nicht von uns, von Regierungswegen; jeder Einzelne wird angerufen: Wie denkst Du über den Staat, wie über die, welche ihn beherrschen, wie über die politischen und socialen Verhältnisse? Von Staatswegen wird bei jeder Wahl diese Frage an Jeden gerichtet, das ist das Wichtige bei den Wahlen, das ist die Gelegenheit, wo die Massen herkommen, wo wir mit den Massen reden können. Wie man dieses ausgezeichnete Mittel für die Organisation, wie Sie ja wissen, aus der Hand geben kann, wie man darauf verzichten kann, das ist das, was ich einfach nicht verstehe. Eine dritte Sache ist in Bezug auf das Wahlrecht sehr wichtig — Sie entschuldigen, wenn ich Sie ermüde mit Dingen, welche mir so klar sind, wie Ihnen, und wenn ich gerade das heute feststellte, um gewisse Phrasen, welche neuerdings epidemisch zu werden drohen, von vorneherein den Boden abzuschneiden; das schadet gar nicht!

Wie Sie Alle wissen, ist es für jede Partei ungeheuer schwierig zu fragen, welche Macht haben wir, über wie viel Leute verfügen wir, welches Gewicht können wir eigentlich in die Wagschale legen? Diese Frage ist nicht vielleicht nur darum wichtig, weil wir wissen müssen, was wir thun *sollen*; sie ist vor Allem wichtig zur Kritik dessen, was wir gethan *haben*; sie ist nothwendig zur Beurtheilung, ob wir auf dem rechten Wege sind, ob wir wirklich in die Massen hineinkommen. Wenn Sie an den 1. Mai denken, wenn Sie an die Bewegung denken, welche sich an den denkwürdigen Pariser Beschluß geknüpft hat, so müssen Sie zugeben, daß wir in Oesterreich endlich ein Mittel, wenn auch ein unzulängliches, gefunden haben, um uns wenigstens oberflächlich zu zählen. Am 1. Mai da halten wir wirklich Heerschau, freilich eine Heerschau, welche lange nicht so präcise ist, wie das Wahlrecht.

Ich habe das Alles Ihnen gesagt, um von vornherein, nachdem ich als Referent nicht eingreifen kann, sondern erst das Schlußwort habe, den Genossen, welche etwa entschlossen sind, darüber zu sprechen, sofort auch Material zu bieten und vielleicht auch einige Antworten im Vorhinein zu geben.

Ein anderer Punkt wird angefochten werden. Es ist der über „Socialreform". Man fängt an, in jenen Kreisen uns eine „Reformpartei" zu nennen. Ich habe schon erklärt, daß ich mir aus Worten absolut nichts mache, und daß, wenn wir in dem Sinne weiter arbeiten wie bisher, ich mich gerne bescheide. Wie Sie uns nennen, das ist mir ganz gleichgiltig. Aber ich fordere die Genossen, die sich „unabhängig" oder sonst wie nennen, auf, daß sie hier heraufkommen und uns auseinandersetzen, wie sie über die Socialreform in unserem Sinne, wie sie über den Arbeiterschutz denken. Und sie sollen auch sagen, direct, nicht nur *was* sie wollen, sondern auch *mit welchen Mitteln* sie es wollen. Denn sonst müßten wir glauben, daß Sie von Allem „unabhängig" sind, aber auch unabhängig vom — *gesunden Menschenverstande*, und von dem möchten *wir* nicht unabhängig sein. (Heiterkeit.)

Es sind nur wenige Punkte, die überhaupt bis jetzt in die öffentliche Discussion gezogen, und in welcher unser Programm angegriffen wurde. In den Erörterungen, die am vorigen Parteitag über diesen Punkt stattfanden, und die sehr kurz waren, wurde eigentlich nur Eines in Betracht gezogen. Es war der Antrag des Genossen Roscher aus Reichenberg, dahingehend, daß wir einen Satz in's Programm aufnehmen sollen, welcher will:

„Die Beseitigung aller indirecten Steuern und die Ersetzung derselben durch eine einzige progressive Einkommensteuer."

Nun, Genossen, wenn Sie das in's Programm aufnehmen wollen — es ist das ein altes Inventarstück der Partei und des Parteiprogramms — so habe ich nichts dagegen. Es ist heute sogar weniger einzuwenden als im vorigen Jahre, weil wir ja in Oesterreich eine neue Socialreform auftauchen sehen, die Personal-Einkommensteuer und was damit zusammenhängt — was im gegenwärtigen Augenblick der Gegenstand der Berathungen im Parlament ist — und weil es vielleicht gut ist, wenn der Parteitag in einer Resolution sich kurz darüber ausspricht, daß diese progressive Einkommensteuer, welche die Socialdemokraten immer gemeint haben, absolut nichts zu thun hat mit der Personal-Einkommensteuer des Herrn Finanzministers und der Liberalen; daß der Punkt in unserem früheren Programm, der sich mit der Personal-Einkommensteuer befaßt, nur so gemeint sein kann, daß damit die Beseitigung aller indirecten Abg ben verlangt wird. So wie heute der Gesetzentwurf auftritt, mag er ja die Wirkung haben, daß auch die meist begüterten Schichten ein bischen werden bluten müssen, während sie bis jetzt vollständig frei ausgegangen sind. Aber zur Entlastung des Volkes wird dieser Gesetzentwurf nicht dienen. Es ist einfach eine demagogische Phrase, wenn von der Regierung den bürgerlichen Parteien dieser Gesetzentwurf als „socialreformatorisch" hingestellt wird. Nicht einmal das Eine geschieht, was man als unbedingt nothwendig halten sollte, daß das Mehrerträgniß, das herauskommt, zur Entlastung für diejenigen verwendet wird, welche wirklich am meisten belastet sind. Jene 20 Millionen Mehrerträgniß werden nicht einmal dazu benützt, um die indirecten Abgaben zu ermäßigen, sondern nur, um die directen herabzusetzen, und auch das nur bedingungsweise und auf Zeit. Wenn diese Steuer vielleicht Millionen trägt und man Geld brauchen wird zu neuen Gewehren, dann wird der Staat ruhig diese Millionen einstecken. Wir können eine Socialreform darin absolut nicht sehen, wenn unser heutiges System, nicht nur in Oesterreich, sondern überall, beibehalten wird, das darin besteht, daß allerdings eine progressive Einkommensteuer existirt, aber mit einer Progression nach unten, d. h. je weniger Einer hat, umso mehr belastet ist er. Diese Leute sprechen mit socialreformatorischer Ueberlegenheit von vier bis fünf Percent Steuer für Millionäre, und es ist vor Kurzem von competenter Seite in einem wissenschaftlichen Aufsatze in den „Deutschen Worten" erzählt worden, daß der gut gestellte Arbeiter in seinen Ausgaben **13 Perrent indirrte Steuern** zahlt, und es ist auch weiter dort nachgewiesen worden, daß je weiter herunter es geht, immer höhere

Percente gezahlt werden. Es wäre wünschenswerth, diesen Dingen gegenüber in einer Resolution Stellung zu nehmen.

Ein Punkt ist wirklich zu ändern nothwendig. Wir sehen in unserer Mitte heute, was wir in Hainfeld nicht gesehen haben, wir sehen Frauen da. Wir wissen, daß nicht nur in Wien, sondern auch an anderen Orten, in der Provinz, eine bedeutende Bewegung unter den Frauen bereits beginnt, eine Bewegung, die wir nicht nur begrüßen, was sehr platonisch wäre, sondern, die wir mit allen Kräften zu fördern bereit sind, welche wir gefördert haben und weiter fördern wollen. Und da muß sich uns bei der Durchlesung unseres Programms aufdrängen, daß wir eigentlich hier nicht ganz klar genug sind in Bezug auf die Frau nfrage. Es heißt zwar in der Einleitung des Programms, wir wünschen die „Befreiung des gesammten Volkes ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes", also die Frauen könnten zufrieden sein. Sie sind aber nicht zufrieden. Sie wünschen nicht nur, bei der Befreiung mit dabei zu sein, sondern auch bei der Arbeit für die Befreiung. Und es ist darum wünschenswerth, daß überall, wo möglich, auch die Frauen im Programm berücksichtigt werden. Es muß also heißen Punkt 1 der Principien-Erklärung: „Die Partei verurtheilt die Vorrechte der Nationen, ebenso wie die der Geburt, des Besitzes, der Abstammung und des Geschlechtes", es muß weiter heißen beim Punkt 3, wo es sich um das Wahlrecht handelt:

„Das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an, ohne Unterschied des Geschlechtes." Ich glaube, es wird nicht nothwendig sein, darüber viel zu discutiren, die Genossen sind darüber wohl einig und im Klaren.

Ich gehe nun an jene Fragen, welche sich mehr auf die Taktik beziehen. Die Frage der Taktik wird freilich bereits berührt, wo es sich darum handelt, ob man das Wahlrecht benützen soll, ob man als politische Partei auftreten und in welchem Umfange man die Mittel gebrauchen soll. Aber es sind doch einige Dinge, die direct concreter Natur sind und Anlaß zu Discussionen gegeben haben.

Wir haben eine Richtschnur für unser Vorgehen: Alles, was auf das Proletariat aufklärend in unserem Sinne wirkt, halten wir für revolutionirend, Alles, was auf die Proletarier verwirrend wirkt, halten wir für reactionär. Unsere erste Aufgabe ist also, dem Proletariate die Verhältnisse klar zu machen. Es muß verstehen, nicht nur wie die Dinge liegen, sondern auch was wir wollen. Das ist unbedingt nothwendig. Wenn wir das wollen, müssen wir bei unserer Taktik, bei unserer Agitation den Grundsatz haben, das Moment der ökonomischen Nothwendigkeit, die Idee der Entwicklung in den Vordergrund zu stellen, dem einzelnen Proletarier klar zu machen, daß er und seine Lage das Product einer Entwicklung ist, und daß diejenigen, die, ihm gegenüberstehend, den Druck ausüben, nicht einzelne Menschen sind, daß es nicht ein Zufall, nicht die zufällige Bosheit eines Einzelnen ist, die ihn drückt, sondern daß auch sie ein Product einer Entwicklung sind, einer Entwicklung, die nicht zurückgedreht werden kann, sondern die beschleunigt werden muß. (Sehr richtig!) Dadurch allein ist bereits gegeben, daß wir den größten

Werth darauf legen müssen, den Gesichtskreis der Arbeiter zu erweitern, sie von dem Haß gegen den einzelnen Ausbeuter zu erheben zu einem Haß und Widerstand gegen die Ausbeutung. (Sehr richtig!) Das ist ein agitatorisches Moment, das ungemein wichtig ist, das aber in der Praxis nicht so leicht festgehalten wird als man im Allgemeinen glaubt, und uns zugleich lehrt, daß der Kampf gegen Einzelpersonen nicht zum Ziele führt. Wir sagen, daß es z. B. nicht zielführend ist, einen einzelnen Schustermeister oder Großfabrikanten als den Abgrund aller Scheußlichkeiten hinzustellen, auf die Person den Haß abzulenken. Wir thäten damit nur anderen sogenannten „menschenfreundlichen" und „arbeiterfreundlichen" Unternehmern einen großen Gefallen, und das wollen wir nicht. Wir müssen den Leuten zeigen, daß, wie auch der Mann ist, ob wohlwollend oder nicht, daß er selbst in seinem Wohlwollen, auch wenn es echt ist, nicht aufhören kann, Ausbeuter zu sein. Die heutige bürgerliche Gesellschaft ist wie jener König Midas, dem Alles, was er berührte, zu Gold wurde. Die besitzende Classe, sie kann anfangen, was sie will, es wird ihr Alles zum Mammon. Sie kann anfangen, in Arbeiterfreundlichkeit und Socialreform zu machen, was wird daraus? Mehr Profit! Sie kann anfangen, in Toleranz, in Menschenfreundlichkeit zu machen, sie kann sich gegen Rassenvorurtheile erheben — die Humanität wird unter ihren Händen zu nichts Anderem als zum Eintreten für die Interessen einzelner Geld besitzender Personen. (Bravo! Bravo!) Sie kann nicht anders. Die Wurzel der Gesellschaft, unserer „Ordnung", die Ausbeutung, beherrscht sie selbst bis in's Kleinste. Sie wollen wirklich einmal Etwas, sie wollen, sagen wir, einmal eine Abkürzung der Arbeitszeit, die Vorgeschrittensten wollen Socialreform — für uns ist diese Abkürzung der Arbeitszeit eine revolutionäre Sache, Etwas, was die Arbeiterschaft physisch und geistig weiter bringt — für die Besitzenden wird daraus — und ich lege einen Werth darauf, daß das constatirt wird, daß wir uns nicht einbilden, als würden die Besitzenden dadurch weniger besitzend — Gold. Dieselbe Socialreform, die für uns eine Wohlthat wird, dient für sie dazu, daß die Concentration der Betriebe immer weiter fortschreitet, daß die technische Umwälzung sich noch schneller vollzieht, und die besitzende Classe — sie wird durch die Socialreform thatsächlich reicher. Sie haben vielleicht etwas Edles gewollt — und geblieben ist ihnen wieder der Mammon, das Gold. Die Besitzenden treten einmal ein für Freiheit der Gedanken, gegen die Unterdrückung der Juden. Was wird daraus? Nichts Großes, nur Profit. Ich erinnere an die Auswanderung der russischen Juden nach Amerika, eine Sache, womit uns die Ohren vollgetrommelt werden. Durch die Wohlthätigkeit eines großen jüdischen Capitalisten wird der Auszug der Juden aus Rußland nach Amerika ermöglicht. Was wird aus dieser humanen Handlung? Einfach, daß tausende Juden heute in Amerika Kulis werden, daß diese jüdischen Kulis in Amerika die freien Arbeiter, nicht nur die englischen und deutschen, sondern auch die organisirten jüdischen Arbeiter unterbieten müssen, daß die ganze Hirsch'sche Wohlthätigkeitsaction auf nichts Anderes hinausläuft als auf die Einführung von Sklaven nach Amerika zur

Unterdrückung der freien Arbeiter. Die besitzenden Classen kann nichts anpacken, es wird Alles zu Gold. Und wenn sie sich einen Anlauf nehmen und die „ganze Menschheit" an's Herz drücken wollen, dann werden sie — zu besoldeten Agenten der Philosemiten.

Unsere Taktik muß auch in diesem Punkte Klarheit schaffen. Nun fragt es sich, wie weit es in Oesterreich überhaupt möglich ist, von der politischen Bewegung Gebrauch zu machen. Unser Urtheil über unsere Gesetzgebung und Verwaltung steht fest. Wir haben einen Zustand, welcher in sich vereinigt alle Rohheit und Brutalität der heutigen modernen und capitalistischen Methode mit aller Versumpfung der alten, feudalen Zeit. Darüber sind wir uns vollständig im Klaren. Ein österreichischer Parteigenosse muß sich wirklich die Frage vorlegen: Wie ist es möglich, auf diesem Boden überhaupt etwas zu schaffen? Darauf können wir, wenn wir auf unsere Arbeit zurückblicken, ruhig sagen: Ja, wir waren auf einem guten Wege! Wir haben uns nicht gescheut, jene kleine Arbeit aufzunehmen, die in die Details eingeht, wir haben den Kampf mit den einzelnen Paragraphen aufgenommen. Wir haben ihre Gesetzlosigkeit an den Pranger gestellt, gebrandmarkt und in die Oeffentlichkeit gebracht, und wir können ruhig sagen: Wir haben einen erheblichen Fortschritt gemacht. Es ist heute nicht mehr wie vor fünf und sechs Jahren, wo jeder Beamte geglaubt hat, er kann machen, was er will. Heute fühlt jeder Beamte, daß die Arbeiter sich auch um ihr Recht wehren werden, und das ist auch von großem Einflusse auf die Regierung. Die Regierung und die besitzenden Classen wissen sehr gut, daß es nicht gut angeht, in den Arbeitern das Gefühl immer mehr anwachsen zu lassen, daß sie nicht nur in ihrer Gesammtheit ausgebeutet werden, sondern, daß jeder Einzelne als solcher ausgeliefert ist dem Classeninteresse, als dessen Repräsentant jeder politische Beamte und Richter auftritt. Die herrschenden Classen und die Regierung wünschen dem Arbeiter die Illusion beizubringen, als gäbe es für ihn ein gleiches Recht und bei diesem Wunsche müssen wir sie packen und ihnen fortwährend einen Spiegel vorhalten, wie sie in Wahrheit sind.

Man sagt uns oft: Wir sind die „resolutionirende" Partei. Die „Unabhängigen" in Deutschland und Oesterreich bedeuten angeblich die „Revolution", wir, die große Masse, das ist die „Resolution". Man sagt uns, wir arbeiten für den Papierkorb. Nein, Genossen wir arbeiten für die Gehirne unserer Brüder, wir arbeiten dafür, daß in diesen Gehirnen Licht werde, und da wünschen wir allerdings, daß das, was wir gesagt haben, kurz zusammengefaßt für Jeden ausgesprochen werde. Es ist ja auch nothwendig, daß unsere Partei, die im Parlamente und in der Verwaltung keine Vertretung hat, dieses einzige Mittel benütze, daß sie in den Versammlungen, in der Presse in Form eines Urtheils — und etwas Anderes ist die Resolution nicht — ihr Verdict ausspreche. Wir wissen ja, daß wir damit auf die Regierung nicht sofort wirken; wir wissen aber auch, daß es auf unsere Genossen wirkt, auf die wir schließlich mit anderen Mitteln nicht wirken können.

Man sagt uns auch: „Bei Euerer politischen Organisation kommt

nicht viel heraus. Wir machen das ganz anders: wir gehen hinaus auf die Straße und wir locken sie heraus aus den Löchern, diese Armen und Elenden, und weil sie nicht anders zu locken sind, so benützen wir den Laib Brod als Lockmittel. Wenn wir sie draußen haben, dann werden wir schon etwas thun! — Was? wissen wir nicht; aber wir haben sie herausgelockt und der Bourgeoisie Angst eingejagt" — — Sie haben mit der Brodvertheilung wirklich Eines erzielt: Sie haben dem menschenfreundlichen Baron Rothschild, dem arbeiterfreundlichen Baron Hirsch und so oder so viel anderen Fürsten, Grafen und noch höher hinauf Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ein wie „warmes Herz" sie für die Leiden des Volkes haben. Der betreffende Redner hat selbst gesagt, daß es eine Existenzfrage der Besitzenden war; das hat auch der Hofrath Exner gestanden, daß es eine Existenzfrage der Besitzenden sei, sich in den Geruch der Wohlthätigkeit zu setzen und etwas Rosenöl auf die Wogen zu gießen, die immer höher zu ihnen heraudrängen.

Aber ein wirklich rührendes, kindliches Wort, das hier gefallen ist, muß ich doch erwähnen. Einer der Genossen, welcher die „Brodvertheilung" vertheidigte, sagte: „Diese Massen, welche da aus den Kellern krochen, merken sich, von wem sie das Brod bekommen: Und das sind wir Socialisten! Uns werden sie sich nähern!" Wie kindisch, wie närrisch! Wenn ich glaubte, daß diese Massen so dumm sind, möchte ich keinen Finger mehr rühren; da wäre alle unsere Arbeit vergeblich, wenn sie so blöd wären und denken würden, wir haben den Brodlaib uns bei der Redaction der „Volkspresse" oder beim Comité geholt — die haben das hergegeben. So blöd sind sie nicht! Sie wissen ganz gut, das ist der Kaiser von Oesterreich, der gespendet hat! Dann werden sie loyal! Grafen und Fürsten waren es, dann bekommen sie Ehrfurcht vor unserer Aristokratie! Es waren Wiener Bürger, dann schwärmen sie für das „goldene, liebe Wiener Herz" — die gesammte Presse hat die Sache unterstützt, da werden sie begeistert für unsere „aufklärende, für alles Edle und Gute" eintretende Presse; das ist der Effect, welchen sie erzielten, sonst gar nichts! Wenn Sie etwas Vernünftiges erzielt haben, so ist es Eines. Wissen Sie was? Daß ein zweites Mal ein solcher Wohlthätigkeitsschwindel nicht möglich ist, daß Sie diesen Wohlthatsschwindel ad absurdum geführt haben, ohne daß die Partei dabei compromittirt wurde, denn die Partei war ja nicht dabei. Sie haben das Wort Revolution compromittirt, Sie haben es zur Phrase gemacht. Und noch Eines muß ich Ihnen sagen! Nehmen Sie an, wir Wiener hätten es für gut befunden, durch eine Demonstration zu zeigen, wie es in Wien aussieht mit der Arbeitslosigkeit und hätten Lust gehabt zu zeigen, daß die Arbeiter nicht mehr geneigt sind, sich dies länger gefallen zu lassen! Wie, meinen Sie, wäre das ausgefallen? So schofel gewiß nicht, wie bei Ihnen! So viel Dutzende als Sie zusammengebracht haben, so viel Tausende wären bei uns gewesen, und wenn wir das beschlossen hätten, würden wir es auch ausgeführt haben, und wären nicht heraufgekommen auf diese Tribüne und hätten gesagt: Wir haben „was Anderes" wollen und es ist nicht gegangen. Warum nicht? Weil bei Ihnen, den

„Unabhängigen", Jeder thut, was er will und was ihm einfällt. Wir aber beschließen zuerst, wir holen zuerst einen Gesammtbeschluß ein, aber dann führen wir ihn auch aus. (Lebhafter Beifall.) Da können Sie überzeugt sein, wenn wir einmal so Etwas machen, wird es anders ausfallen. Der Herr Statthalter, der Bürgermeister und diese Herrenhäusler würden sich dann nicht an den grünen Tisch mit uns setzen. Wir halten die ganze Geschichte für nichts Anderes, als für den Versuch einiger Streber — und da meine ich nicht Sie — als den Versuch einiger Streber, sich nach oben und nach unten zugleich populär zu machen, zugleich den großen Revolutionär zu zeigen, aber auch die Garantie zu bieten, daß man von seiner Fähigkeit, Revolution zu machen, nicht Gebrauch macht (Sehr gut!), daß man die Massen zwar revolutioniren kann mittelst eines Laib Brodes, daß man sie aber auch mittelst desselben Laib Brodes nach Hause schicken kann. Dieses Streben ist ja zunächst gelungen nach oben — für die Arbeiterschaft hat dieses Streberthum endgiltigen Bankerott gemacht. Das ist unsere Ansicht von der Brodvertheilung, und wir müssen uns sagen: Eigentlich hat die ganze „Socialrevolution" uns nichts Anderes bis jetzt bescheert als diese Brodvertheilung. Wenn Sie Ideen haben, deren Ausführung revolutionirender wirkt, sind wir dabei! Geben Sie nur Acht, daß Sie uns nachkommen, daß Sie bei der Stange bleiben — nicht vielleicht, daß wir couragirter sind als Sie — Sie haben gewiß Heldenmuth, sondern weil wir nichts anfangen, ohne gehörig überlegt zu haben, weil wir nichts unternehmen werden, wo wir nicht von vorneherein wissen, wie wir die Dinge durchzuführen haben. (Bravo! Bravo!) Denn, Genossen, noch einmal, und dies sei mein Schlußwort, die Taktik unserer Partei muß aufklärend sein, aber nicht schwindelhaft! Es ist schwindelhaft zu sagen, das Proletariat ist bereit für die Socialrevolution. Das ist nicht wahr! Wo es am elendsten ist, ist es am wenigsten revolutionär. (Sehr richtig!) Wir haben die Verpflichtung, dieses ausgebeutete Proletariat erst physisch und geistig kampffähig zu machen. Das erzählen Sie alten Genossen, die wir seit Jahren in der Agitation stehen, nicht, daß, wie die Anarchisten meinen, man gewissermaßen nur einen Pfiff zu machen, eine Bombe oder sonst Etwas in die Welt zu schleudern braucht, und jetzt geht's los! Es geht eben nicht los. (Heiterkeit.) Von den Anarchisten unterscheiden sich die „Unabhängigen" nur durch zwei Dinge. Erstens, daß sie sich nicht klar sind, über das was sie wollen (Zwischenrufe: Sie wissen es ja noch nicht!) Aber ja, schauen Sie, Sie rufen, ich weiß es nicht! Alle Ihre Reden habe ich ja schon gelesen. (Widerspruch seitens der Opposition.) Also, wetten wir! (Lebhafte Heiterkeit.) Die Reden stehen schon alle in den verschiedenen „unabhängigen" Organen, im „Berliner Socialist", aus dem haben Sie abgeschrieben, und wenn Sie unsere alten Jahrgänge der „Zukunft" lesen, finden Sie auch dort einen Theil Ihrer Reden.

Wenn Sie nicht wissen, daß Ihre Reden gedruckt sind, so lesen Sie nur nach, Sie werden sie alle finden. (Heiterkeit.) Sie unterscheiden sich von den Anarchisten also erstens durch die Unklarheit, denn es gibt Anarchisten, welche klar sind, nicht viele, aber einige; zweitens von

anderen Anarchisten wieder durch den Mangel an Courage und von den Anarchisten dritter Sorte durch Ihre Ehrlichkeit. Sie sind nämlich ehrlich. Sie wissen ja, daß es auch Polizei-Anarchisten gibt und, wenn man diese abzieht, eigentlich nicht viele übrig bleiben. (Zustimmung.)

Ich erwarte von Ihnen, daß Sie hier wirklich und deutlich Mittel angeben, wie wir über unser Programm hinaus und über das, was wir gethan haben, etwas leisten können. Wir sagen Ihnen aber das Eine, dazu werden Sie uns nie bringen, daß wir das Volk über seine eigene Macht betrügen. (Rufe von Seite der Oppositionellen: Wir auch nicht!) Sie werden uns nicht dazu bringen, daß wir dem Volke vorschwindeln: Du brauchst nur loszubrechen und dann geht es los. Wir werden nicht aufhören, dem arbeitenden Volke zu sagen: Eine zähe und systematische Arbeit muß es sein, schwere Arbeit hast Du vor Dir, Arbeit Schritt für Schritt, die den ganzen Mann fordert. Das ist in Oesterreich freilich noch etwas schwerer als in anderen Ländern. Wir Oesterreicher sind ein famoses Volk, das können wir ruhig sagen. Wenn unser socialistisches Ideal mit einem Sprung zu erreichen wäre, und wenn es den Kopf kostete, wir Oesterreicher würden zuerst den Sprung machen. Da es aber heißt, einen Stein auf den anderen zu legen, nicht nachzugeben, 20mal den Wall hinaufzukriechen und 20mal hinuntergeworfen zu werden, und zum 21. Mal hinauf — das Opfer unseres Lebens würden wir leichter bringen als das Opfer der Verdrießlichkeit und Langweile, der ermüdenden Arbeit, Nacht für Nacht, Tag für Tag immer dasselbe zu thun: Ein Gehirn hat man aufgeschlossen und 10 blöde stehen noch da; in einem Auge hat man den Funken entzündet, und da sind hundert, in deren Augen noch gar nichts flammt — ein einziger Mann, der in der Werkstatt steht, er allein ist bewußt, die große Masse ist unbewußt um ihn — diese Arbeit von Mann zu Mann, von Tag zu Tag, das ist die Arbeit, die uns Oesterreichern, wie wir einmal sind, am schwersten vorkommt. Aber diese Arbeit m u ß gethan werden, sie ist wirklich die einzige Vorbedingung für das, was ich auch nicht anders nennen kann, als die sociale Revolution. Wenn wir aber von socialer Revolution sprechen, so erklären wir ein für allemal, daß wir nicht darauf verzichten, so radical zu sein wie irgend Jemand, blos darum, weil wir wissen, was wir wollen, daß wir nicht verzichten, im Dienste dieser revolutionären Sache zu stehen, weil wir Mittel gebrauchen, die vernünftig sind, und weil wir uns überlegen, was wir thun. Wir haben durchaus nicht den Ehrgeiz, in den Augen aller Welt als die Radicalsten zu gelten; das ist uns gleichgiltig. Wir gehören nicht zu den Leuten, die Umfrage halten und Umschau, wo es am radicalsten ist, und dort dabei sein müssen, durchaus nicht! Wir richten uns nach den Verhältnissen, wir wenden alle Mittel an, die zweckdienlich sind. Wir untersuchen jedes Mittel genau, wohin es führt. Wir überlegen uns, welchen Weg wir einschlagen. Wenn wir ihn aber eingeschlagen haben, schlagen wir ihn Alle zusammen ein, und Niemand kann uns davon abhalten. Das ist unser Programm und unsere Taktik. (Andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Genosse G a b a u e r: Ich habe schon einmal erklärt, daß wir Un-

abhängigen, die erst seit einigen Tagen bestehen, mit Hanser und Heimann nichts zu thun haben. Wenn einzelne Genossen, die sich oppositionell nennen, etwas Anderes gemacht haben, wir sind damit nicht einverstanden.

Genosse Resel (Graz) stellt den Antrag, daß die Redner, welche zum Programm sprechen, zuerst in principieller Beziehung Stellung nehmen und dann in formeller. (Abgelehnt.)

Genosse Roscher (Reichenberg) stellt den Antrag, die Provinzgenossen mögen zuerst unter sich die Programmfrage regeln und dann einen Redner aufstellen, welcher ihre Wünsche vorzubringen hat. Der Opposition bleibt es unbenommen, eigene Anträge zu stellen. (Angenommen.)

Die Sitzung wird auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme derselben theilt Vorsitzender Popp mit, daß der Redacteur der „Volkspresse", Bonupf, der nur als Gast anwesend sei, sich zum Worte gemeldet habe, und schlägt vor, demselben eine Theilnehmerkarte auszustellen, was angenommen wird.

Bonupf (Wien): Es ist Aufgabe des Parteitages, ein Programm zu schaffen, das ein gemeinsames Vorgehen der Socialdemokratie Oesterreichs ermögliche. Vor Allem sei es nothwendig, die Personen streng von der Sache zu trennen. Sie haben — fährt Redner fort — über Hanser und Heimann abgeurtheilt, wie auch wir es haben, aber wir waren gezwungen, Stellung zu nehmen gegen ein System, das, wie ich Ihnen beweisen werde, doch corrumpirend war.

Genosse Auer hat gesagt: Wir Deutsche gehen mit den Oesterreichern solidarisch vor. Ich glaube, die Socialdemokratie der ganzen Erde geht solidarisch vor; und unsere Organisation speciell muß anders sein, wie die deutsche, weil wir andere Verhältnisse haben.

Bei uns baut sich die Organisation centralistisch auf. Man wird mir entgegnen, daß wohl in Wien Centralismus existirt, aber nicht in den Provinzen. Diese seien föderalistisch. Das ist aber nicht richtig. In der österreichischen Socialdemokratie hat ein System platzgegriffen, welches den Kernpunkt der ganzen Partei in die Redactionen verlegt, und so gab man einzelnen Personen die Macht in die Hand, die ganze österreichische Socialdemokratie hinzuführen, wo sie will. Die „Arbeiter-Zeitung" hat zwei Artikel über die Organisation gebracht . . .

Vorsitzender Popp (unterbrechend): Es geht nicht an, Organisationsfragen zu besprechen, wenn Programm und Taktik auf der Tagesordnung stehen. Wir haben ja nur über Wunsch der Opposition die Tagesordnung in diesem Sinne geändert.

Bonupf (fortfahrend) citirt einen Artikel aus der „Arbeiter-Zeitung", der föderalistisch gehalten sei, meint jedoch, daß dies thatsächlich nicht durchgeführt worden ist. Dies habe viele Genossen veranlaßt, eine Aenderung des Programms anzustreben, die mit einer Erweiterung des allzu engen Rahmens der Partei verbunden sein müsse.

Vorsitzender Popp: Im Auftrage der rumänischen Genossen

ist Genosse Dr. Digrin aus Bukarest hier erschienen. Ich begrüße denselben im Namen des Parteitages auf das Herzlichste. (Beifall.)

Genosse Dr. Digrin (Bukarest) begrüßt den Parteitag in französischer Sprache.

Genosse Dr. Adler übersetzt die Ansprache in nachstehender Weise: Der Genosse Dr. Digrin erklärt zunächst, daß er im Namen der rumänischen socialistischen Arbeiterpartei hier erscheint, da die rumänischen Genossen sich entschlossen haben, der Einladung zum Parteitag zu folgen und einen Delegirten hieher zu senden, um zu sehen, wie wir arbeiten, und an unseren Berathungen theilzunehmen. Jenseits der Karpathen werde dasselbe Ziel verfolgt, dieselbe Arbeit geleistet wie bei uns. Auch in Rumänien ist es der Classenkampf, den die politische Arbeiterpartei kämpft, und auf welchem sie fortschreiten wird, bis unser Ziel erreicht ist. Die rumänischen Genossen sind in die Wahlbewegung eingetreten und ist der Genosse Mortzun in Roman auch in's Parlament gewählt worden, wo er unsere Principien vertreten wird. Ein anderer Genosse aus Jassy, der früher im Parlament war, ist leider gefallen. Die rumänischen Genossen haben sich auch an den Gemeindewahlen betheiligt, und es ist ihnen gelungen, fünf Genossen in die Commune zu bringen, die Wahlen wurden aber annullirt. Zur selben Zeit, wie die Arbeiter in der ganzen Welt den 1. Mai feierten, wurde auch in Rumänien, überall, wo es Lohnarbeiter gibt, der 1. Mai gefeiert, an welchem die Arbeiter mit ihren Fahnen und der Inschrift „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch", erschienen.

Wir müssen uns zu einer Armee vereinigen gegen den in einer Classe vereinigten ausbeutenden Capitalismus. Dr. Digrin schließt: Für die rumänischen Socialisten gibt es nur ein Ziel: den Capitalismus zu bekämpfen bis zum Ende, d. h. bis zur Expropriation der Capitalistenclasse. Noch einmal, Genossen Oesterreichs, entbiete ich Euch Grüße von der rumänischen Arbeiterschaft und wünsche, daß Eure Berathungen zu einem gedeihlichen Ziele führen. (Lebhafter Beifall)

Genosse Schmidt (Jägerndorf): Werthe Genossen und Genossinnen! Ich bin beauftragt, die Meinung der mährischen und schlesischen Genossen zu diesem Punkte der Tagesordnung bekanntzugeben. Ich kann Sie versichern, bei uns in Mähren und Schlesien sind wir vollkommen einverstanden mit der Fassung des gegenwärtigen Programms. Wir haben keine Ursache, irgend eine Aenderung vorzunehmen. Die Aenderungen, welche früher, beim vorigen Parteitag, beantragt wurden, sind wir nicht abgeneigt, aufzunehmen, und wenn nicht, finden wir daran auch keinen besonderen Verstoß und sind überzeugt, daß wir mit diesem Programm vollkommen ausreichen.

Ich will auf einen Punkt besonders eingehen, und zwar auf das Wahlrecht. Wir haben den Werth des Wahlrechtes sehr hoch schätzen gelernt durch die Erfahrung, wie wir in die Wahlbewegung eintraten. Wir haben nicht geglaubt, daß wir Gelegenheit haben werden, zu verschiedenen Bevölkerungsclassen zu sprechen, welche uns noch ferne standen, die überhaupt nicht wußten, was wir wollten, weil sie unsere Zeitungen

nicht lesen, weil sie ihre ganze Ueberzeugung blos aus den gegnerischen Blättern schöpfen. Ich kann Sie versichern, man hat es den kleinen Leuten, Bauern und Handwerkern förmlich aus den Augen abgesehen, daß sie ein Interesse daran haben, daß sie ahnen, daß unsere Partei auch sie befreien wird. Wenn sie bei der Wahl nicht für unsere Candidaten gestimmt haben, so war dies nicht zu verlangen, weil diese Leute schrecklich beeinflußt wurden. Doch etwas mehr Auffrischung noch und sie hätten sogar den Stimmzettel für unsere Candidaten abgegeben. Viele Streitigkeiten zwischen ihren Vertretern sind sogar vorgekommen, wo sie ihnen erklärten, warum man nicht die Bestrebungen der Socialdemokratie auch vertrete, warum man nicht dasselbe thue. Selbstredend, daß diese Vertreter des Kleinbürgers und Kleinbauers diese Sachen den Letzteren ausgeredet haben, ihnen sagten, daß wir sie um ihr Eigenthum bringen wollen ꝛc. ꝛc.

Ebenso kann ich nicht begreifen, wie man sich gegen die Arbeiterschutzbestimmungen, welche wir im Programm aufgestellt haben, stemmen kann. Wer die Arbeiterverhältnisse in Mähren und Schlesien kennt, weiß, daß wir heute und morgen nichts Endgiltiges uns erkämpfen werden, der muß zur Ueberzeugung gelangen, daß hier etwas geschehen muß, um diese Massen nicht zu Grunde gehen zu lassen. Das kleine Handwerk verschwindet ja allmälig. Speciell wir in Jägerndorf haben das rapid constatiren können. Sie werden keine andere Rettung finden, als sich uns anzuschließen, wenn wir für das Proletariat Schutzbestrebungen verlangen, um sie kampfbereit zu machen. Die Leute verlieren hier schon den Muth! Sie haben gar nicht einmal Zeit, über ihr Elend nachzudenken. Sie haben noch unbeschränkte Arbeitszeit. Diese Leinenweber arbeiten von 4 Uhr Früh bis 10 Uhr Abends mit Löhnen von 1 fl. bis 1 fl. 50 kr. wöchentlich. In Jägerndorf konnten sie noch knapp ihr Leben erhalten. Alle Lebensmittel sind im Preise gestiegen. Wenn nicht mit aller Energie dahin gewirkt wird, daß diese Leute mehr geschützt werden, werden sie immer mehr zu Grunde gehen. Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit in allen Branchen würde die Reservearmee der Arbeitslosen überall verringern. — Wir haben keine Ursache, die Arbeiterschutzbestrebungen aus unserem Programm zu streichen, aber wir haben alle Ursache, mit aller Energie für das Programm einzutreten. Die Leute sterben dort wirklich vor Hunger, junge Frauen, Mädchen, Jünglinge am Hungerlohne. Wir in Mähren und Schlesien erwarten sehr viel davon, wenn einmal die Regierung gezwungen werden kann, daß sie etwas Ausgiebiges für die Arbeiter thut. Denn selbst der elfstündige Arbeitstag wird nicht einmal eingehalten. Die Fabrikanten sitzen mit den Behörden an einem Tische.

Auch gegen die Taktik haben wir keine Einwendung zu machen. Das Einzige ist höchstens die Geldmittelfrage. Wir sind nicht in der Lage, die ganzen Kosten aufzubringen, welche eine rührige Agitation erfordert.

Wir können uns auch nicht beschweren, daß wir terrorisirt oder in unserer Meinungsäußerung beschränkt worden sind. Wir haben als

Parteigenossen gehandelt und haben das Parteiprogramm stets aufrecht erhalten. Wir haben unsere Fortschritte nur dadurch erzielt, daß wir stets einheitlich vorgegangen sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Richter (Mährisch-Schönberg) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und steht auf dem Boden des bisherigen Parteiprogramms.

Es kann nichts weg, höchstens etwas dazu gegeben werden. Bezüglich der Frauenfrage bemerkt er, daß das weibliche Geschlecht gerade so berufen sei, die politischen Rechte auszuüben wie der Mann. Auch in Beziehung der Einführung der Progressiv-Einkommensteuer muß man sich dem anschließen, daß in das Programm etwas hineinkommt. — Wir sind mit dem ganzen Programm vollständig einverstanden, doch auch die Zusätze werden nur nützen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Schiffner (Teplitz, Turn, Graupen 2c.): Werthe Genossen und Genossinnen! Ich überbringe Ihnen die herzlichen Grüße von der denkenden und zielbewußten Arbeiterschaft von Teplitz und Umgebung. Da die dortigen Verhältnisse im Allgemeinen den Genossen bekannt sind, so gehe ich darüber hinweg und habe nur einen kleinen Nachtrag zu den Berichten zu bringen. Bemerkenswerth sind die vielen Versammlungsverbote, die im hiesigen Bezirke vorkommen. Wenn Versammlungen nicht wegen angeblicher Formfehler konnten verboten werden, so that der vielbemühte § 6 des Versammlungsgesetzes seine Wirkung. Da öffentliche Versammlungen nicht möglich waren, so griff man zum § 2 des Versammlungsgesetzes. Auch das wurde eine Zeit unmöglich gemacht durch einen Erlaß der k. k. Behörde am 16. Februar 1891, welcher besagte, daß die Gastwirthe jede Zusammenkunft vorerst anzuzeigen hätten; man drohte den Wirthen mit Entziehung der Concession. Redner erzählt hier einen Fall von Turn, wo in eine Versammlung, einberufen auf § 2 des Versammlungsgesetzes, ein Polizeimann eindrang und frech erklärte, die Versammlung sei durch den Bürgermeister verboten. Auf die Entgegnungen des Einberufers sagte er: „Ich brauche keine Behörde"; da die Versammlung trotz seines Verbotes fortgeführt wurde, erstattete er hierüber die Anzeige. Die Folge davon war, daß am nächsten Tag die beiden Einberufer mitsammt dem Wirth vorgeladen wurden. Resultat null. Die Bergarbeiter bilden bei uns in der Bewegung den Schwerpunkt; ihre Organisation ist jedoch dem Verhältnisse ihrer Anzahl nicht entsprechend. Deshalb lege ich den Genossen an's Herz, in jeder Weise dieselben zu unterstützen und es wäre nothwendig, eine kräftige Agitation unter ihnen in Scene zu setzen. Es ist nicht zu vergessen, daß die Bergarbeiter einen wichtigen Schlüssel zur Lösung in Händen haben und zur Beseitigung des gegenwärtigen fluchwürdigen Ausbeutungssystems in erster Linie beitragen können. Wir müssen also Alles thun, sie zu unterstützen. (Beifall.)

Genosse Gaus (Graz): Im Auftrage der Genossen von Steiermark, Tirol, Oberösterreich, Salzburg gebe ich die Erklärung ab, daß wir am Programm nichts zu ändern wüßten. Wir haben auch gegen die Vorschläge, die Genosse Dr. Adler gemacht, keine Einwendung. Wir

wünschen auch keine Aenderung der Taktik, am allerwenigsten im Sinne der Opposition. Diese sagt nichts Anderes, als die Taktik ist nichts nütze, aber sie hat sich noch niemals, trotz Aufforderung, erklärt, was für Taktik sie will. Wenn etwa eine Gewalttaktik von ihr angestrebt wird, so widerspricht eine solche der großen Masse der Genossen in Steiermark. Denn diese wissen, daß mit einer solchen Taktik nichts erreicht wird, als daß die Leute in's Unglück gebracht werden. Aber die Arbeiterbewegung kommt nicht um einen Schritt weiter. Dagegen ist seit der Annahme des Hainfelder Programms und der Einhaltung der in Hainfeld beschlossenen Taktik auch in Steiermark unsere Partei thätig geworden. Die Bewegung ist heute in Steiermark größer als vor Jahren. (Die Sitzung wird auf einige Minuten unterbrochen.)

Vorsitzender Popp (Wien) theilt nach Wiederaufnahme derselben mit, daß in einem Schreiben an den Parteitag die Gablonzer Genossen sich darüber beklagen, daß die Anzeige eines Strikes nicht in der letzten Nummer der „Arbeiter-Zeitung" und des „Freigeist" erschienen ist. Den betreffenden Genossen wurden 50 fl. telegraphisch angewiesen.

Genosse Neumann (Wien): Was die „Arbeiter-Zeitung" anbelangt, verhält es sich so: Das Schreiben ist Mittwoch Früh angekommen, Mittwoch Früh war das Blatt aber bereits druckfertig, weil Donnerstag Feiertag war, die Anzeige konnte daher erst in nächster Nummer erscheinen. Die Redaction der „Arbeiter-Zeitung" kann diesfalls kein Verschulden treffen.

Genosse Kiesewetter (Reichenberg, „Freigeist"): Wir haben wohl ein privates Schreiben erhalten, daß im Gebirge ein Strike ausgebrochen, und zwar von einem Friedländer Genossen. Es war gesagt, daß nähere Ausführungen folgen. Wir sind darüber hinweggegangen, weil es uns nicht dringend erschien. Es hätten sich die Redaction der „Solidarität" oder das Strikecomité direct an uns wenden und uns berichten sollen.

Genosse Höger (Wien) meint, es wäre noch möglich gewesen, die Nachricht in der „Arbeiter-Zeitung" zu bringen. Man solle sich endlich von jener Druckerei emancipiren. Bei Energie und Willen könnte man schon lange ein tägliches Blatt haben.

Genosse Adler (Wien) antwortet, was möglich sei, geschehe. Höger wisse ja genau selber, warum wir nicht so leicht die Druckerei wechseln können, und kenne die Schwierigkeiten eines täglichen Blattes; da helfe Schreien gar nichts, dazu brauche man Geld! (Schluß der Sitzung um $^1/_2$1 Uhr.)

Genosse Kiesewetter eröffnet die Nachmittags-Sitzung um halb drei Uhr.

Genosse Hybeš verliest folgenden Brief aus Przibram:

„Das Feuer entstand auf dem 29. Horizont in einer Tiefe von 956 Metern gerade zur Mittagszeit. Nach einer halben Stunde schon bemerkten einige Bergarbeiter, daß es brenne und versuchten das Feuer, bevor es größere Dimensionen annehme, zu löschen. Der Brandherd war jedoch nicht zu erreichen, da sich derselbe innerhalb einer festgefügten ver-

nagelten Bretterverschalung befand, die allen Anstrengungen und Demolirungsversuchen widerstand.

Eine Gefahr für die Bergleute bestand jedoch zu dieser Zeit noch nicht, weil der Rauch durch den Luftschacht abzog und sich nicht in die Quergänge verbreitete. Erst als die Bergverwaltung von dem Feuer Kenntniß erhielt und große Wassermassen in den Schacht hinabwerfen ließ, wurde dem Rauche der Ab ug nach oben abgeschnitten und der zurückgetriebene Qualm erfüllte nun die Seitenschachte, wodurch dann erst die eminente Gefahr für die eingefahrenen Bergleute heraufbeschworen wurde. Die Arbeiter beim Schachte verlangten nun, aufgezogen zu werden, wurden aber von den Werkbeamten zurückgetrieben mit der Behauptung, daß eine Gefahr absolut nicht existire. (Rufe: Unerhört!!) Trotz dieser merkwürdigen Versicherung gaben die Arbeiter das Zeichen zum Aufzuge und in drei Gruben versagten die Aufzüge den Dienst. Endlich, nachdem die Gefahr ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde ein Bretterverschlag hinabgelassen, der Raum für zwölf Arbeiter hatte. Diese Rettungsstellage war jedoch so mangelhaft umfriedet, daß die Unglücklichen, als sie von dem Rauche das Bewußtsein verloren hatten, in den Abgrund hinabstürzten und den Tod fanden. Oberverwalter Glaser gab nun den Befehl, Wasser in den brennenden Schacht zu gießen, doch war, wie bei allen Feuersbrünsten, die wiederholt in den Gruben ausgebrochen, Wasser zum Löschen nicht vorhanden. Auch wurden die Handspritzen gesucht, doch fehlten die Schlüssel zu den Requisitenkammern.

Die religiösen Arbeiter bringen gewöhnlich verschiedene Heiligenbilder in die Gruben mit, hauptsächlich den heiligen Johannes. Diesem wird oft eine improvisirte Capelle errichtet, die durch ein „ewiges Licht" erleuchtet wird. Nun kam es schon öfters vor, daß durch diese Weihflammen die Capelle Feuer fing und völlig niederbrannte. Es ist möglich, daß ein derartiger Vorfall die Ursache des Brandes war.

Die Arbeiter behaupten nicht, daß die Bergverwaltung die Schuld an dem Ausbruche des Brandes trage, sie legen ihr nur zur Last, daß durch ihre verkehrten Manipulationen das Feuer sich ausbreiten konnte, und daß alle Rettungsmaßregeln illusorisch wurden durch den Mangel an Spritzen und Wasser. Die schwerste Anklage erheben jedoch die Bergleute damit, daß die Arbeiter, welche später einen so entsetzlichen Tod fanden, in dem Augenblicke, wo noch die Möglichkeit einer allgemeinen Rettung vorhanden war, zurückgetrieben wurden." (Große Bewegung.)

Die Debatte wird fortgesetzt.

Genosse Franz Wagner (Asch) ist der Ansicht, daß das Programm, wie es bisher war, dazu beigetragen habe, daß die Bewegung so große Fortschritte gemacht hat. An die Eliminirung eines Punktes könne nicht gedacht werden, wohl aber könnten einige Zusätze gemacht werden. So könnte ein Punkt in das Programm aufgenommen werden, daß wir uns an der Wahlbewegung betheiligen sollen. Wir in Westböhmen konnten bisher nur in geringem Maße in die Wahlbewegung eintreten, da wir noch ziemlich zurück sind. Aber die Theilnahme an der Wahl ist ein ungemein wirksames Agitationsmittel. Ferner

wäre in Bezug auf die Frauenbewegung mehr Nachdruck auf die politischen Rechte der Frau zu legen. Auch auf den Arbeiterschutz können wir nicht verzichten; wir müssen das Verlangen stellen, daß die Arbeiter nicht verthieren, bevor wir endgiltig an das Ziel kommen. Bei uns hat sich ein Ausspruch eingebürgert, der lautet: Wir haben in Oesterreich kein Recht an der Vertretung, da nehmen nur die Besitzer von Ochs und Esel Theil. Diejenigen, die nichts besitzen, sind politisch unreif; sobald aber Einer einen Ochsen hat, wird er schon politisch reif, auch wenn er um ein Bedeutendes dümmer ist als der gewöhnliche Lohnarbeiter.

Dort, wo die größte Noth herrscht, ist es gerade am schwersten, eine Organisation der Arbeiter zu erzielen. Anders verhält es sich in den Industriestädten. Die Landbewohner sind von jeder Schutzgesetzgebung ausgeschlossen und der uneingeschränkten und zügellosen Ausbeutung der Unternehmer unterworfen. In einem kleinen Raume, den man nicht als menschliche Wohnung bezeichnen kann, wohnen zusammengepfercht sechs bis acht Personen; derselbe Raum dient zugleich als Werkstätte, Wohnung, Schlafraum; diese Leute sind natürlich schutzlos den Unternehmern überlassen. Wir müssen daher auf eine Arbeiterschutzgesetzgebung hinarbeiten. Auch wäre es gut, einen Punkt über die Maibewegung und den Achtstundentag etwas präciser auszuarbeiten. (Beifall.)

Genosse Roscher (Reichenberg): Die Programmfrage hat in Oesterreich seit zwei Jahrzehnten eine bedeutende Rolle gespielt. Das Hainfelder Programm ist gar nichts Neues; es erinnert an das Eisenacher Programm. Wir in Deutschböhmen sind jederzeit eine entschiedene Programmpartei gewesen, und daher mußte alle Reaction zerschellen an unserem Zielbewußtsein, diese Kraft gab uns das Programm. Glauben Sie jedoch nicht, daß die heutigen Regierungen in Europa mitsammt den einzelnen Parteien — ob clerical, liberal, antisemitisch, national — uns einen einzigen Punkt unseres Programms bewilligen werden.

Und doch ist ein solches Programm nothwendig für eine Partei, die alle anderen politischen Parteien zu Gegnern hat. Es ist nothwendig, zu sagen: Wir werden eine Thätigkeit entfalten, um die Productionsweise zu ändern, um Grund und Boden, sowie die Arbeits-Instrumente dem Volk als Volkseigenthum zuzuführen, obwohl bis dahin ein weiter Weg ist. Wir in Oesterreich haben warten gelernt.

Wir erwarten, daß der Stellung des weiblichen Geschlechtes vom Referenten entschiedener Rechnung getragen werde. Redner bemerkt, daß er stets für das Wahlrecht der Frauen eingetreten sei.

Weiters erklärt Genosse Roscher, daß die böhmischen Genossen den von ihm — Redner — im vorigen Jahre eingebrachten Antrag bezüglich der Aufnahme eines Passus über die Abschaffung der indirecten Steuern in's Programm aufrecht halten. Redner betont nochmals die Nothwendigkeit eines Programms und erzählt eine Unterredung, die er einmal diesbezüglich mit Peukert gehabt habe, der zu ihm gekommen war, um ihn und durch ihn Andere zu gewinnen. Als er aber Peukert fragte, was er eigentlich wolle, was sein Programm sei,

habe jener nur allgemeine Phrasen vorbringen können. Da habe er ihm gesagt: „Mit Ihnen will ich nichts zu thun haben; Sie werden nur Jesuiten erziehen; Sie werden ehrliche Leute nicht mehr von Verbrechern unterscheiden können und viele tüchtige Menschen in's Unglück bringen." Bezüglich des Achtstundentages sagt Redner, daß, wenn dem Fortschritt auf wirthschaftlichem Gebiete in der Socialgesetzgebung Rechnung getragen worden wäre, wir nicht einmal acht Stunden mehr brauchten. Daß unser Streben stets auf die Verkürzung des heutigen Arbeitstages gerichtet sein muß, ist so selbstverständlich, daß es nicht gerade nöthig ist, dies im Programm zu erwähnen. Die Annahme des Programms der Partei im Deutschen Reiche hält Redner unmöglich, da die Verhältnisse in Oesterreich doch ganz andere seien.

Redner bemerkt schließlich noch bezüglich seines Antrages, daß es nothwendig ist, den Genossen zu sagen, wie die Steuern aufgebracht werden. Wir zahlen so viel mehr Steuer als die Großgrundbesitzer und wählen so viel weniger als die Großgrundbesitzer. Das Programm brauchen wir — schließt Redner — auf Grund unserer föderalistischen Thätigkeit, damit die Genossen immer wissen, was sie zu thun haben und welche Stellung sie einnehmen sollen. (Beifall.)

Genosse Ehrlich (Graz): Geehrte Genossen! Genosse Gans als der hiefür bestimmte Referent für die Alpenländer hat bereits im Principe unsere Ansicht klargelegt. Wir haben uns die Verhandlung über das Programm selbst anders vorgestellt als es thatsächlich geschehen ist. Wir haben geglaubt, daß die Opposition sich hören lassen werde, ob der Parteitag in principieller Richtung etwas ändern soll.

Bezüglich des Wahlrechtes haben wir den Werth desselben erkannt, Alle, welche die Wahlbewegung durchgemacht haben, und ich glaube, daß Sie überall die Erfahrung gemacht haben. Wir in Graz haben es während der Wahlbewegung erlebt, daß alle Versammlungen aufgelöst, alle § 2-Versammlungen gesprengt wurden, damit wir ja nicht eine Aufklärung in die Massen werfen können. Gerade das hat uns den besten Beweis geliefert von der Nothwendigkeit, das Wahlrecht zu besitzen.

Was die Arbeiterschutzgesetzgebung anbelangt, so müssen wir darauf hinwirken, daß es jedem Einzelnen möglich wird, seinen Geist zu bilden, da wir nur durch eine fortgeschrittene, aufgeklärte Masse zum Ziele gelangen können.

Im Principe werden wir Genossen aus den Alpenländern am Programm nichts ändern, wenn wir es auch weiter ausbauen werden. (Beifall.)

Genosse Bauer (Wien) kann der heutigen Taktik nicht solche Loblieder singen wie die Anderen. Wir finden immer in Versammlungen, daß zu wenig über unsere Principien gesprochen wird, jedoch viel über die politischen Rechte und über die Arbeiterschutzgesetzgebung, welche angeblich alle Schäden heilen sollte (Widerspruch seitens der Provinz- und Wiener Genossen), wodurch Unklarheit geschaffen wird. (Erneuerter Widerspruch.) Auch im nordböhmischen Volksblatt sei dasselbe gerügt worden.

Genosse Große (Wien) polemisirt gegen die Ausführungen des

Genossen Bauer. Es sei falsch, als hätten wir die Arbeiterschutzgesetzgebung als die Wünschelruthe hingestellt. Wir haben immer gesagt, was sie zu bedeuten habe. Er polemisirt weiters gegen die Ausführungen des Genossen Roscher. In Bezug auf die Taktik glaube er, daß keine andere geübt werden könne als wie sie geübt wurde. Wir finden hier vollständiges Auskommen; jedoch wenn eine föderalistische Organisation verlangt werde, ließe sich darüber reden. (Bravo!)

Genosse Dolejši (Wien): Ich habe bemerkt, daß von einigen Rednern hervorgehoben wurde, sie wären neugierig, was die Opposition will, dieselbe hätte ihre Principien noch nicht erklärt. Das ist dem Genossen Neumann überlassen worden. Ich will nur über die Taktik sprechen. Die Taktik der österreichischen Socialdemokratie ist meines Erachtens nicht derart, daß sie die Masse, welche uns heute noch fern steht, wie in den Gebirgswinkeln, genügend aufklärt, sie ist gewissermaßen eine wassersuppenmäßige. Es ist vom Genossen Adler vorhin in seinem Referate die Brodvertheilung erörtert worden. Im Hainfelder Programm steht darin „mit allen Mitteln" und wir haben gerade dieses Mittel als das beste erachtet. Und sehen Sie, damit hat Genosse Adler wieder constatirt, daß die österreichische Socialdemokratie centralistisch ist, weil nicht jede einzelne Gruppe das thun darf, was von oben keine Sanction erhält. Mit der „Regierung" meinen wir die Parteileitung. Wir sind mit der gegenwärtigen Taktik auf dem besten Wege, wie sich Dr. Lueger im Reichsrath ausgedrückt hat, k. k. Socialdemokraten zu werden. Wir sind indirect beschuldigt worden — ich weiß nicht, wo das hingemünzt ist — wir würden uns nur in zwei Dingen von den Anarchisten unterscheiden. Das kommt gerade so heraus, als wollte man uns als Anarchisten brandmarken. Ein Anarchist ist mir immerhin lieber als ein Wassersuppen-Socialist. (Heiterkeit.) Lachen Sie darüber, das ist meine Ansicht, Sie können dann Ihre Meinung aussprechen. Es war im Referate die Sprache vom ersten Mai. Wir sind in dieser Beziehung zufrieden, nämlich mit der Forderung um verkürzte Arbeitszeit. Bei dieser Frage haben wir eigentlich einen Beweis, welche Taktik in der Socialdemokratie befolgt wird. Es hat Genosse Auer vorhin betont, daß es gewissermaßen keinen Unterschied zwischen der deutschen und der österreichischen Socialdemokratie gibt. Aber in taktischen Fragen gibt es einen Unterschied. Es freut mich, daß Genosse Auer anwesend ist und es hört. Wir haben nämlich die Ansicht von der deutschen Socialdemokratie gewonnen, die gewissermaßen die tonangebenden Leute sind, welche die Taktik für die ganzen civilisirten Länder Europas dictiren, daß gerade diese Leute in Deutschland am ersten Mai an der Socialdemokratie einen Verrath geübt haben. In der Frage des ersten Mai unterscheidet sich die deutsche von der österreichischen Socialdemokratie. Im Anderen ist sie gleich.

Meine Anschauung, daß Sie sich mit Resolutionen befassen, ist ja wahr. Was nützen Resolutionen, wenn man dieselben nicht ausführt? Wenn man alle Resolutionen, die seit dem Jahre 1869 beschlossen wurden, zusammennimmt und als Maculatur verkauft, dann könnte die

österreichische Socialdemokratie schon längst eine eigene Druckerei haben. (Gelächter.)

Ich will folgende Resolution beantragen:

„In Erwägung, daß die gegenwärtige Taktik der österreichischen Socialdemok atie ihrem revolutionären Geiste nach den Grundsätzen des Karl Marx nicht entspricht und dadurch die Massen des Proletariats über das Wesen und das Endziel des Socialismus im Dunkeln läßt, was eine Verflachung des revolutionären Geistes zur Folge haben muß, weil diese Massen des Proletariats eben über ihre innewohnende Kraft unaufgeklärt bleiben und anstatt dessen zu kleinlicher Reformerei ausgebeutet werden, wie Arbeiterschutz, allgemeines Wahlrecht ꝛc. ꝛc., was in seiner Folge ein Pactiren mit reactionären, dem revolutionären Socialismus feindlichen Parteien bedingt und gleichzeitig ein theilweises Zugeständniß an dieselben bedeutet, erklärt der heute am 5. und die folgenden Tage des Monats Juni 1892 in Wien tagende Parteitag: den ferneren Ausbau der socialdemokratischen Partei-Organisation in Oesterreich weniger auf politischem als auf wirthschaftlichem Gebiete anzustreben." (Oho-Rufe.)

Es ist möglich, daß Falsches dabei ist. Ich weiß ja, daß Sie diese Resolution nicht annehmen werden. Ich weiß ja, wie der Parteitag zusammengesetzt ist. (Unruhe.) Ich habe aus den Ausführungen der einzelnen Redner entnommen, daß diese mit der gegenwärtigen Taktik zufrieden sind.

Ich habe Fragebogen circuliren lassen, aber nicht alle retour erhalten, sondern nur 36. Diesen zufolge sind mit der gegenwärtigen Taktik der Partei zwölf unzufrieden und drei zufrieden, die Anderen haben sich der Ausfüllung der Rubrik ganz enthalten. Ist dies auf höheren Befehl geschehen oder nicht? Aber es ist bedauerlich. Wir verzichten auf ein weiteres Material, weil wir wissen, der Strick ist schon gedreht. (Beifall seitens der Oppositionellen.)

Genosse Neumann (Wien): Am Hainfelder Programm sei nichts zu ändern, sagt man, Karl Marx hat auch ein Programm aufgestellt; ich habe Marx's Capital gelesen. Marx sagt, die sociale Frage könne nur auf der Straße gelöst werden. (Zurufe: Wo sagt er das? — Genosse Adler: Das hat er nie gesagt!) Sie wollen sie nur im Parlamente lösen. (Widerspruch.) Marx selbst würde heute sagen: Die Verhältnisse verlangen ein anderes Programm. Man muß mit der Zeit gleichen Schritt halten. In der letzten Nummer der „Arbeiter-Zeitung" ist geschrieben, daß Sie für eine föderalistische Organisation sind. Im Punkt 1 des Programms heißt es, die Partei sei international. Es sind nun Stimmen laut geworden, bevor Genosse Auer gesprochen hat, daß die deutschen Genossen gewissermaßen auf nationalem Boden stehen, daß Bebel den Krieg an Rußland erklärt habe. (Widerspruch.) Wenn das nicht wahr ist, dann wäre es mir recht. Auf diesem Parteitage sind nur die Deutschen und Polen vertreten, andersprachige nicht. (Oho! Hybeš und Krečy!) Das ist ein nationaler Parteitag. (Stürmische Oho-Rufe.)

Weiters: Man hat die Frauen sehr wenig mit in die Or-

ganisationen einbezogen. Erst seit dem letzten Parteitag hat man ein bischen daran gearbeitet. Ferner heißt es, das Wahlrecht sei zu verlangen als eines der wichtigsten Mittel der Agitation. Darüber bin ich mir nicht klar, wie man eine Masse politisch organisiren will, die wirthschaftlich ruinirt ist. Solange die privatcapitalistische Productionsweise herrscht, kann man nicht politisch organisiren, kann auch das Proletariat nicht physisch und geistig kampffähig gemacht werden. (Hört! Oho! Gelächter.) Zuerst müssen wir über wirthschaftliche Verhältnisse sprechen, und dann, wenn die Lage gebessert ist, über politische. Was haben die Genossen in Deutschland durch das Wahlrecht erlangt? Sie werden sagen: Wir trachten die Majorität im Parlament zu erreichen, wenn wir aber die Majorität des Volkes haben, pfeifen wir auf das Parlament. (Wir auch!) Wenn ich unter schlechten Leuten bin, so werde ich auch schlecht. Die deutschen Genossen sind nicht schlecht geworden, aber sie haben von den bürgerlichen Parteien einen Ton angenommen. Der Schaden durch das Wahlrecht ist um 40 bis 50 Percent größer als der Nutzen. (Schallende Heiterkeit. Zurufe: Ist das genau ausgerechnet?) Ich bin nur ein einfacher Arbeiter. Ich habe eben nicht so viel gelernt wie ein Doctor. In gewissem Sinne gebe ich dem Wahlrecht einen Werth, aber es kann nicht den Schaden ersetzen, den es erzeugt. Im Programm vermissen wir einen Punkt. Es ist in demselben nicht klar ausgesprochen, wer eigentlich Socialdemokrat ist. Nach meiner Ansicht ist derjenige Socialdemokrat, der die Umwandlung der privatcapitalistischen Productionsweise in eine gesellschaftliche anstrebt, die Massenarmuth und das Massenelend beseitigen will. Ich frage nicht, ob er Doctor, Rauchfangkehrer, Schuster oder Architekt ist.

Resel hat hier gesagt: Groß und stark sei die Arbeiterbewegung in Steiermark gewesen; drei Wochen haben die Genossen gehungert. Ist den das ein Heroismus, wenn die dort stehen und Hunger leiden? (Rufe: Gewiß!) Nach meiner Ansicht nicht. Dr. Adler hat — vielleicht unwillkürlich — gesagt: Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Gesetze. Ich habe nie auf sie Rücksicht genommen, und hätte Dr. Adler auf sie Rücksicht genommen, er wäre nicht eingesperrt worden. Noch Eines. Wenn wir heute eine radicalere Bewegung wollen, müssen wir deswegen schon als Anarchisten hinausgeschrieen werden? In der „Extrapost" stand gestern: Neumann hat sich als Anarchist bekannt. (Adler: Machen Sie das mit der „Extrapost" aus!) Man hat uns gestern gesagt, wir identificiren uns mit Hanser und Heimann; heute sehen Sie, daß wir uns um sie gar nicht kümmern. Der Genosse Hofer hat uns die Brodvertheilung vorgeworfen. Ich bitte! Ich habe hier drei Bestätigungen, eine auf 5 Gulden, eine auf 60 kr., eine auf 1 Gulden, ausgefolgt an Maria Hofer, Burggasse 3. Wenn man Butter auf dem Kopfe hat, soll man nicht in die Sonne gehen. Hofer hätte sich das überlegen sollen.

Redner geht hierauf zur Besprechung des Programms über und sagt, wenn man auf marxistischem Standpunkte geblieben wäre, würde heute die Bewegung revolutionärer sein. Viele wissen ja heute nicht ein-

mal, was ein Socialdemokrat ist. In den Versammlungen wird über die Principien der Socialdemokratie wenig gesprochen. Viele Gegenden werden ganz vernachlässigt, das Centrum war immer nur Wien und Umgebung. Durch die Ausweisung erst sind viele Genossen in die Provinz gekommen und haben dort ihre Ideen propagirt.

In Deutschland — heißt es — treten sie für das Kleingewerbe ein. Ich kann das nicht verstehen. Die Kleingewerbetreibenden können sich ebensowenig halten wie die Bauern; die privatcapitalistische Production bringt es mit sich, daß sie zu Grunde gehen müssen. Der Kleingewerbetreibende kann mit dem Großindustriellen nicht concurriren, sowie der Bauer mit dem Großgrundbesitzer nicht concurriren kann. Redner findet auch einen logischen Widerspruch darin, daß man auf der einen Seite sagt: Das Kleingewerbe muß zu Grunde gehen, und auf der anderen Seite: Die Arbeiter sollen trachten, Kleingewerbetreibende zu werden, damit sie wählen können. Bezüglich des Brüsseler Congresses sagt Redner: Ich habe gehört, daß Dr. Adler sich dort über das österreichische Proletariat lustig gemacht hat. Ich werde noch Erkundigungen darüber einziehen. (Dr. Adler: Das wird gut sein!) Ich habe gesagt, ich werde Ihnen ein Programm vorlegen. Ich habe mich von Niemandem beeinflussen lassen. Ich habe ungescheut ein Programm ausgearbeitet und den engeren Genossen vorgelegt. Ob sie einverstanden sein werden, weiß ich nicht. Ich will nicht sagen, daß es klar und deutlich ist. Ich habe gethan, was ein gewöhnlicher Arbeiter zusammenbringt. (Redner verliest nun eine „Principien-Erklärung", welche in Nr. 14 der „Arbeiter-Zeitung" 1892 wörtlich abgedruckt, aber confiscirt wurde; sie kann daher nicht nochmals gedruckt werden.)

Ich weiß ganz bestimmt, nachdem ich von einzelnen Genossen Erörterungen gehört habe, wie sie sich dazu stellen, daß sie das nicht acceptiren werden. Ich werde mich an keiner weiteren Debatte mehr betheiligen. Wenn der Ruf an die unabhängigen Socialisten herantreten wird, dann werden wir am Platze sein. Damit habe ich für diesen Parteitag ausgesprochen.

Genosse Hollada (Wien, slavisch): Die Czechen haben nicht gewußt, daß an dem Programm gerüttelt wird, sonst hätten sie den Parteitag beschickt. Sie sind übrigens mit dem Hainfelder Programm einverstanden. (Beifall.)

Genosse Zelbr (Brünn): Es hat ein eigener czechischer socialistischer Congreß stattgefunden zur Schlichtung der Parteiverhältnisse. Das ist der einzige Grund, warum die Czechen es für nicht nöthig hielten, den Parteitag in Wien sehr zahlreich zu beschicken. Uebrigens seien sie ja, allerdings in geringerer Zahl, delegirt worden und protestiren dagegen, daß der Parteitag ein ausschließlich deutscher sei. (Beifall.)

Genosse Hofer berichtigt thatsächlich, daß er nicht seine Frau zur Brodvertheilung hingeschickt, sondern ihr verboten habe, hinzugehen. Er weiß nichts davon, daß sie Geld bekommen habe. Er kann auf Ehre und Gewissen versichern, daß er nichts davon weiß.

Genosse Brod (dem über speciellen Beschluß des Parteitages das Wort als Gast ertheilt wird) polemisirt gegen die Ausführungen Neumann's. Derselbe habe auch erwähnt, daß Karl Marx gesagt hätte: „Die Revolution soll auf der Straße gelöst werden." Ich habe es nicht gelesen, er kann es auch nicht gelesen haben. Es gehört ein großer Muth dazu, so etwas zu behaupten. Was Karl Marx von der Revolution gesagt, wissen Alle, die auf unserem Boden stehen. Die Revolution macht man nicht, sondern sie vollzieht sich von selbst durch die wirthschaftlichen Bestrebungen der heutigen gesellschaftlichen Parteien.

Schauen wir nach dem Parlamente. Dort treiben sie nicht Politik zum Zeitvertreib. Sie wird getrieben aus keinem anderen Grunde, als um wirthschaftliche Interessen zu vertreten. Im Parlamente ist die Bourgeoisie und Alles, was damit zusammenhängt, vertreten. Draußen steht die große Masse der Rechtlosen, und wenn die Parteien untereinander kämpfen, so kämpfen sie nur um die Hegemonie. Stellen wir uns einen Augenblick die Situation vor. Wenn Jemand sich strenge nur in den wirthschaftlichen Kampf einlassen wollte ohne Politik, was würde er thun? Einfach auf die Straße hinausgehen und sagen, ich will die wirthschaftlichen Verhältnisse bessern — entweder würde er eingesperrt oder in's Narrenhaus geschickt und kann eben nicht in's Parlament gehen. Er muß also Vereine, Organisitionen ꝛc. ꝛc. gründen, und damit treibt er schon Politik. Politischer Kampf, wirthschaftlicher Kampf, wirthschaftlicher Kampf, politischer Kampf — diese beiden Elemente sind nicht zu trennen, sie sind eben identisch. Wer sie trennen will, versteht nichts, weder von Politik, noch von Wirthschaft. Es hat weiter ein Redner gesagt, wir seien auf dem Standpunkte angelangt, uns mit „Wassersuppen-Socialisten" vergleichen zu können. Nun, die letzte Zeit hat gezeigt, wo die „Wassersuppen-Socialisten" zu treffen sind. Wenn man überhaupt so etwas sagen kann, muß man auf die Gegner schauen. Unsere Versammlungen, die der sogenannten „Wassersuppen-Socialisten", wurden verheimlicht, die kleinste Versammlung, die aber von der sogenannten „Opposition" abgehalten wurde, wurde in der officiösen Presse lang und breit veröffentlicht. Hauser hat drei Tage Arrest erhalten, und davon wird in der Presse wiederholt herumgeschmiert, und im Gerichtssaale der Zeitungen konnte man lesen, ganz pompös: „Der Arbeiterführer Hauser vor Gericht." Das führe ich als Beispiel an, wie alles von der sogenannten Opposition Ausgegangene systematisch vergrößert wurde, um glauben zu machen, wer weiß was dahinter ist! Das Andere wurde todtgeschwiegen oder lächerlich gemacht, und man hat alles Mögliche versucht, um diesen Zwiespalt durch alle möglichen Mittel auszudehnen. Man wollte wirklich eine Spaltung hineinbringen. Zum Glück können wir sagen, die österreichische Socialdemokratie, die österreichische Arbeiterpartei hat in den letzten drei bis vier Jahren so gewaltige Fortschritte gemacht, daß derartige Ereignisse, die vor zehn Jahren unheilbaren Schaden anrichten hätten können, verschwinden müssen in Folge des gesunden Sinnes der österreichischen Arbeiterschaft. Ihr, Genossen, aber, die ehrlich seid, Ihr sollt Euch

daraus eine Lehre nehmen, wem Ihr durch Derartiges nützt, oder wem Ihr schadet. Ihr schadet nur Euren Brüdern!

Ich habe nur die Absicht gehabt, kurz zum Programm zu sprechen. Wenn ein Programm sagt, was eine Partei will, wenn es der Ausdruck dessen sein soll, was sich vollzogen hat, so muß es auch sagen, was geschehen muß. Keine andere Arbeiterpartei hat nun ein den wirthschaftlichen Verhältnissen genau angepaßtes Programm aufzuweisen, die deutsche Socialdemokratie ausgenommen. Der Classengegensatz zwischen Capital und Arbeit spitzt sich zu, auch die Interessengegensätze zwischen einzelnen Schichten der besitzenden Classen, so zwischen Kleinbürgerthum und Großbürgerthum. Wenn es aber zur Stellung kommt gegen den gemeinsamen Feind, dann sind sie einig. Weil aber doch Gegensätze zwischen diesen Schichten vorhanden sind, so wird jede einzelne trachten, die große Masse als Sturmbock zu benützen gegen die andere. Und so erleben wir es, daß bald diese, bald jene Schichte der Besitzenden, bald die Liberalen, bald die Antisemiten uns auffordern zum gemeinsamen Kampfe gegen die Anderen. Unsere Taktik in Oesterreich bestand nun darin, weder den Antisemiten noch den Liberalen auf den Leim zu gehen. Die Erfahrung lehrt, daß diese Taktik richtig ist. Was die Frage des Wahlrechtes anbelangt, können wir sagen, das Wahlrecht ist das beste Mittel, um in die Massen einzudringen, in die wir sonst nicht eindringen können. Auch bei uns hat die Ansicht platzgegriffen, selbst bei solchen, die früher Gegner waren, daß das Wahlrecht nothwendig ist. (Beifall.)

Genosse Dolejši: Genosse Brod hat ausgeführt, daß wir uns die Liberalen geradeso vom Leibe halten müssen, wie die Antisemiten. Ich erwähne, daß anläßlich der Reichsrathswahl, als die Stichwahl zwischen Dr. Kronawetter und Liechtenstein stattfand, ein Genosse fl. 500 erhielt, um gegen Liechtenstein zu agitiren. Es war dies Genosse Adler.

Genosse Adler: Diese furchtbare Geschichte, die Genosse Dolejši da erzählt, will ich klarstellen. Es war nicht blos ein Genosse, dem die fl. 500 übergeben wurden, sondern zwei. Und der zweite war Genosse Heimann. Ich muß mir erlauben, mit einigen Worten die damalige Situation zu beleuchten. Vor der Wahl war die Frage an uns herangetreten, ob wir für Kronawetter direct eintreten sollen; eine Frage, die wohl aufzuwerfen war, denn Kronawetter hat uns im Parlament große Dienste geleistet, was Genosse Dolejši nicht leugnen wird. Und wenn wir nicht schon früher unseren Candidaten in dem Bezirke aufgestellt hätten, und wenn nicht Kronawetter in Folge der niederträchtigen Intriguen der Liberalen von einem Bezirk in den anderen hätte wandern müssen, so wären wir von vornherein für Kronawetter eingetreten. So aber haben wir gesagt: „Wir werden bei der Wahl unbedingt für Genossen Neumann, den wir bereits als Candidaten aufgestellt hatten, eintreten. Bei einer Stichwahl eventuell wird die Sache anders." Es ist zur Stichwahl gekommen; da war es unsere Pflicht, für Kronawetter einzutreten. Auf die 100 Stimmen, die wir bei der ersten Wahl hatten, kam es nicht an, wohl aber auf die Agitation, die seitens der Liberalen elend geführt wurde, weil sie zwar viel Geld, aber eine schlechte Organi-

sation hatten. Unsere Organisation hatte ja nur agitatorisch eingegriffen. Wir haben kein Geld gehabt, und wenn wir eines gehabt hätten, hätten wir es für Wahlschleppereien nicht hergegeben. Da kam nun zu mir ein Mann, der nicht der liberalen Partei angehört, sondern ein persönlicher Freund Kronawetter's ist, und sagte: Wenn Ihr den Kronawetter durchsetzen wollt, so könntet Ihr durch Eure Leute bei der Wahl eingreifen! Ich habe geantwortet: Wir haben kein Geld dazu; aus unserem Wahlfonds das zu bezahlen ist unmöglich. Wenn Ihr für die Wahl des Kronawetter's Geld hergeben wollt, die Leute werden wir von unserer Partei stellen. Und das haben wir gethan.

Wenn Sie das als Fehler ansehen, müssen wir uns schuldig bekennen. Wir haben für die Wahl Kronawetter's in der Stichwahl Alles geleistet, was in unseren Kräften stand. Wenn die Opposition dies als „Verrath" ansieht, warum ließ sie die Partei fünf Vierteljahre „verrathen" umherlaufen und ließ die „Verräther" ungeschoren? Wenn wieder der Fall eintritt, werden wir es wieder so machen. (Zurufe: O nein!) Das heißt, ich für meine Person thue es. Die Liberalen haben für das Geld, welches ja nicht ihres war, nichts erhalten als bitteren Kampf von uns. Das ist die Geschichte von den fl. 500, und nun bitte ich darüber zu urtheilen.

Genosse Dolejši: Meine Ansicht ist, daß es der socialdemokratischen Partei ganz und gar unwürdig ist, für andere Parteien Dienste zu leisten.

Genosse Kiesewetter: Kronawetter war der Einzige im Parlamente, der für das Interesse der Arbeiter eingetreten ist, deshalb konnte man für ihn eintreten.

Genosse Wutschel: Ein alter, vielbestrittener Punkt ist die Erklärung der Religion als Privatsache. Es entstehen dadurch Zerrbilder von Socialdemokraten, die jetzt die Gesellschaft umstürzen wollen und in der nächsten Stunde eine religiöse Ceremonie mitmachen. Im zwölften Wiener Bezirke war eine Versammlung von Antisemiten, und da rief Pater Latschka den anwesenden Genossen provocirend zu: „Sind Sie Feinde der Religion?" Und da antworteten Manche: „Nein", anstatt Ja! zu sagen. Die Genossen haben keinen Fehler begangen, weil im Programm von Religionslosigkeit nichts steht.

Genosse Adler führte principiell aus, unsere Taktik müsse aufklärend wirken. Das unterschreiben wir Alle. Es muß Licht werden in den Gehirnen. Dies ist aber nicht der Fall, wenn wir sagen: Die Religion ist Privatsache. Dies muß verwirrend wirken. Man wird mir entgegnen: Wenn die ökonomischen Verhältnisse anders werden, dann wird auch die Religion stürzen; Andere werden sagen: Wenn wir auch einen solchen Passus in's Programm aufnehmen, können wir nicht verhindern, daß die Genossen religiöse Uebungen mitmachen. Diese Einwände sind aber nicht stichhältig. Ich beantrage daher, daß in das Programm an Stelle des Satzes: „Erklärung der Religion als Privatsache" der Passus aufgenommen werde: „Ersatz aller positiven Religionen durch die allgemeine Menschenreligion". Ich

weiß, mein Antrag wird nicht angenommen werden, aber er entspricht meiner Ueberzeugung. Für den bestehenden Passus mögen Opportunitätsgründe sprechen; andere Gründe aber wären null und nichtig. (Beifall.)

Genosse Gerin spricht italienisch. Dr. Adler übersetzt: Genosse Gerin wendet sich zuerst gegen Neumann, der aus einer Art Oppositionsmanie die Sache so dargestellt hatte, als würden die Italiener sich abseits halten. Das ist nicht der Fall. In Triest hat vor drei Jahren noch Niemand gewußt, was überhaupt Socialismus sei, erst innerhalb dieser Zeit haben sich Anfänge einer Arbeiterbewegung entwickelt. Es wurde zunächst die Confederatione gebildet, der große Arbeiterverein. Es ließen sich riesig viele Arbeiter einschreiben. Es wurde ein Blatt gegründet; es wurde verfolgt und oft confiscirt. Endlich erfolgte die Auflösung des Vereines und damit auch des Blattes, weil es auch Eigenthum des Vereines war. Eine große Anzahl von Lloydarbeitern, die Mitglieder des Vereines waren, wurde abgestraft. Beim Lloyd existirt eine famose Fabriksordnung, wonach jeder Arbeiter, der überhaupt eine Polizeistrafe erleidet, die Arbeit verliert. Auch der Arbeiter-Zeitung „Avanti" werden die größten Schwierigkeiten gemacht; die Lesevereine wurden aufgelöst. So kommt es, daß die Organisation heute noch so schwach ist, so daß es nicht möglich war, hier in ausgiebiger Weise vertreten zu sein. Daran ist aber nicht unser Mangel an Internationalität schuld, sondern die infame Auslegung der Gesetze. In Italien und den italienischen Provinzen könnte eine socialistische Bewegung nicht existiren, die nicht international wäre. Man möge die italienischen Genossen nicht vernachlässigen. Es gebe nicht nur in Triest, sondern auch in Fiume, in Dalmatien und Südtirol eine ganze Anzahl von Arbeitern, die für unsere Idee zu gewinnen wären. Eine solche socialistische italienische Arbeitergruppe würde auch die beste Verbindung mit den italienischen Socialisten im Auslande sein. Italien ist ja jetzt im besten Fortschritte begriffen, was schon beweise, daß Edmondo de Amicis für unsere Idee gewonnen wurde. Redner schließt mit einem Evviva! auf die internationale Socialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Gabauer (Wien): Werthe Parteigenossen! Wenn ich als unabhängiger Socialist das Wort ergreife, wäre es nothwendig gewesen, schon am ersten Tage zu sprechen. Sie werden daher gestatten, daß ich die Affaire Hanser nur kurz streife. Sie haben alten Mist zur Verhandlung gebracht. Wir haben uns da in einer sehr mißlichen Stellung befunden. Wir haben uns jedoch gesagt: „Seid Ihr mit dem Hanser jahrelang gegangen, so ist es für uns keine Schande, sechs Monate mit ihm gegangen zu sein." Nicht wegen Hanser sind wir in die Opposition gegangen. Sie geben selbst zu, daß eine Opposition nothwendig ist. Wir stellen uns dieselbe allerdings anders vor. Wir dachten uns, Hanser wird selbst die Uebelstände aufdecken. Jedoch Hanser hat die Opposition für seine Zwecke verwendet. Wir waren mit ihm gar nicht zufrieden. Wir wollten das gleich ausgemacht wissen. Wir wollten eine Opposition im Rahmen der Partei anfangen. Wir mußten uns jedoch bald sagen, im Rahmen der Partei ist dies nicht möglich. Wir wollten

aber auch die Presse haben, denn derselben müssen wir uns bedienen. Wir haben vergangenen Sonntag eine Versammlung gehabt, und in einer zehnstündigen, erregten Debatte ist die Sache zum Ausdruck gekommen. Wir haben drei Vertreter gewählt, um hier die Erklärung zu bringen. Ich muß auf die einzelnen Redner der sogenannten Opposition hinweisen. Wir wollen keine Opposition, weil wir wissen, daß es für die Partei schädlich ist. (Beifall.) — Ich bitte, zollen Sie mir noch keinen Beifall, Sie wissen noch gar nicht, was kommt. (Heiterkeit.) Was Genosse Neumann sagte, erklärte er nicht im Namen der Unabhängigen. Ich habe gebundenes Mandat. Ich komme nun auf die Erklärung der unabhängigen Socialisten. Die unabhängigen Socialisten haben uns aufgetragen, zu erklären, daß wir bis nun, bis zu diesem Momente sogar, auf dem Standpunkte des Hainfelder Programms stehen. — Wir hindern Sie in keiner Weise, jedoch müssen wir selbstständig vorgehen. Die Genossen sagen, es seien Leute an der Spitze, welche es bewirken, daß centralistisch vorgegangen wird. Auch Sie wollen es föderalistisch. Wir verwahren uns gegen jede Führerschaft, weil wir die erbärmlichsten Erfahrungen gemacht haben. Jeder hat Zutritt, jedoch sobald wir die Bemerkung machen, daß er hervortauchen will, bekommt er einen Druck. Kein Führer! Keine Rolle! Mit der „Volkspresse" und dem „Armen Teufel" haben wir abgeschlossen. Boycottiren Sie jedoch die Presse nicht, das wäre nicht schön! Wir werden thatkräftig eingreifen in Ihre Actionen, wenn sie vortheilhaft sind. Wir werden nur getrennt marschiren, jedoch vereint kämpfen. Wir haben mit den Personen aufgeräumt. Auch Sie müssen aufräumen mit den Personen! Führen Sie das föderalistische System ein. Dann wird Einigkeit herrschen!

Genosse Schrammel (Wien): Ich constatire im Namen der Wiener Genossen, daß das, was Genosse Bauer gesagt hat, vollständig unwahr ist. Wir stehen Alle auf dem Standpunkt, daß wir das allgemeine Wahlrecht nur als Mittel zum Zweck ansehen. Wenn andere Genossen von „Dictatur" gesprochen haben, so zeigt dies Unwissenheit und scheint persönliche Nörgelei zu sein. Unsere Dictatur ist unser Programm. Von den fl. 500, die Genosse Adler erhalten hat, haben wir nichts gewußt. In Zukunft aber hoffen wir, daß sich das nicht wiederholt. (Bravo!) Wohl waren wir einverstanden, daß bei der Stichwahl Dr. Kronawetter unterstützt werde.

Genosse Bonupf (Wien): Zunächst will ich erklären, daß, wenn wirklich Fractionen in unserer Partei existiren, sie sich nicht bekämpfen werden. In Oesterreich und in Deutschland ist ein centralistisches Programm. In beiden Programmen ist nicht der richtige Ausdruck in wirthschaftlicher Beziehung gegeben. Doch hat die deutsche Socialdemokratie dem mehr Rechnung getragen und zwar im Hallenser Programm. Ich muß Sie nun ersuchen, auch solche Programmpunkte aufzunehmen. Was das Wahlrecht anbelangt, so wird jeder vernünftige Mensch doch alle politischen Rechte anstreben, die ihm gebühren und die ihm unverantwortlicherweise entzogen sind. Bei der Reichsrathswahl aber haben wir

den herrschenden Classen gezeigt, wie ohnmächtig wir sind; die ganze Mittelclasse steht unserer Sache indifferent gegenüber.

Genosse Kiesewetter (Reichenberg): Ich bin im Großen und Ganzen mit den Ansichten, die Genosse Adler entwickelt hat, einverstanden. Es wurde vorgebracht, daß man sich in Bezug auf die Zeit, in der unsere Endziele erreicht werden, keinen Illusionen hingeben soll. Es sei nicht möglich, die Zeit anzugeben, wann unsere Ziele verwirklicht werden. Heute ist schon dreiviertel auf 12, heute können wir zu der Masse sagen, es ist möglich, daß wir noch etwas erleben von dem, was wir erreichen wollen. Ich schließe mich hier dem Ausspruche Friedrich Engels an, daß noch in diesem Jahrhundert sich etwas zu unseren Gunsten vollziehen wird. Auch Bebel behauptet, daß der ein schlechter Agitator sei, welcher auf die ferne Zukunft verweist. Ferner wurde vom Genossen Adler gesagt, daß wir darauf ausgehen müßten, die Arbeiter physisch und geistig zu heben und sie kampffähiger zu machen. Dies steht im Widerspruch mit der heutigen wirthschaftlichen Entwicklung. Unter der Herrschaft des Capitals wird die Masse körperlich und geistig degenerirt. Wohl ist es möglich, daß ein Häuflein gehoben wird, aber das sind Ausnahmen. Man führt die gewerkschaftliche Bewegung an, die ich ja unterstütze. Diese ging an zur Zeit, wo noch keine internationale Geschäftskrise vorhanden war. Da war es der Gewerkschaft möglich, ihren Mitgliedern Vortheile zu sichern. Aber nachdem die internationale Krise hereinbrach, gingen die Gewerkschaften zurück. Es ist dies in England der Fall. Sie mußten sich darauf verlegen, die politische Macht im Staate erringen zu helfen.

Wenn die Opposition sich blos auf das wirthschaftliche Gebiet verlegen will, so kommt sie auf den rein gewerkschaftlichen Weg. Durch diesen aber ist eine Besserstellung der Massen nicht zu erzielen. Im heutigen Staate werden unsere Forderungen nicht erfüllt werden. In Oesterreich kommt es vielleicht noch eher zum Bruche als zum allgemeinen Wahlrecht. Trotzdem bin ich für Gewerkschaften, um Häuflein zu bilden für den Kampf. Wir müssen auch das Wahlrecht fordern. Wählerversammlungen revolutioniren die Massen. Die Ansicht Adler's, daß die Abkürzung der Arbeitszeit schon eine revolutionäre Forderung sei, theile ich nicht. Der politischen Klugheit wegen müssen wir sagen, wir wollen auf friedlichem Wege zum Ziele gelangen. Vielleicht kommt es anders, es hängt Alles von der Haltung der Gegner ab.

Genosse Höger (Wien): Die Principien-Erklärung Neumann's ist nichts als eine Paraphrase, eine Umschreibung der unserigen. (Zuruf: Unsinnig umschrieben!) Auch ich glaube, daß wir ein zu großes Gewicht auf das Politische legen. Eine Menge Staaten haben das allgemeine Wahlrecht, und den Arbeitern geht es so schlecht wie bei uns. Ich bin übrigens kein principieller Gegner des Wahlrechtes. Es soll nur als Mittel zum Zweck dienen. Ich bin nicht dafür, daß wir es um jeden Preis erkämpfen sollen. Wie stark müßten wir in's Parlament hineinkommen, um auf den Arbeiterschutz Einfluß zu nehmen! Ich glaube, daß die Ereignisse bei uns viel rascher eintreten werden, daß wir viel eher etwas Anderes erleben als das Wahlrecht. Das Wahlrecht ist nicht

so viel werth, daß wir uns mit unseren Genossen entzweien. Die Einigkeit steht mir höher als das Wahlrecht. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Resel aus Graz polemisirt gegen Genossen Neumann. Die Bergarbeiter hätten, habe er gesagt, keinen Heroismus gezeigt, daß sie gehungert hätten. Wenn Sie Heroismus gezeigt haben würden, hätten Sie anders sein müssen. Ich würde sicherlich und jeder unserer Genossen sich gerne selbst opfern, aber Opfer zu schaffen, das thue ich nicht. Man wäre niedergeworfen worden und das Weitere wäre noch eine größere Knechtschaft gewesen als die heutige. Eine Phrase in die Welt zu rufen ist leichter als eine Sache selbst durchführen. — Wir sind deshalb nicht aus dem Häusl gekommen und haben nicht zu Gewaltthaten gegriffen. Ich warne Alle, wenn man Gewalt braucht, muß man Gewalt haben, die haben wir noch nicht. Wenn ein Act von uns zeigt, daß wir ohnmächtig sind, sucht die Bourgeoisie und deren Nachtwächter, die Regierung, uns unschädlich zu machen, und zwar mit den schändlichsten Mitteln. Ich glaube, daß wir uns rein halten, uns, wenn auch nur ein bischen, nicht mit Anderen einlassen sollen, dadurch wird die Bewegung am besten gedeihen, indem wir uns jede fragliche socialistische Gestalt ferne halten. Unsere Bewegung ist riesig gewachsen, früher hat man kaum die Adresse eines Bergarbeiters gekannt, jetzt treten wir stets geschlossen in die Action ein. Den Genossen, den sogenannten „Unabhängigen", sage ich es: Es hängen Leute sich an ihre Rockschöße, die nie und nimmer es ehrlich meinen. Je mehr man Spielraum läßt, desto eher ist es möglich, daß sich solche fragwürdige Gestalten anhängen. Rein müssen wir unsere Bewegung halten! Ich bin deshalb auch nicht einverstanden, daß Genosse Adler damals für Kronawetter eingestanden ist, jedoch glaube ich, er hat es wenigstens in der ehrlichsten Absicht gethan, aber in Hinkunft soll es nicht geschehen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Gabauer erklärt gegenüber Resel, daß Rießmann sich nicht an die Partei herangedrängt habe.

Genosse Aufobsky: Ich glaube, wir müssen sagen, daß wir uns im wirthschaftlichen Kampfe bewegen, doch daß wir auch politische Rechte fordern. Daß wir aber sagen, das Eine soll mehr, das Andere weniger in den Vordergrund gestellt werden, das halte ich — die Genossen mögen mir es verzeihen — für Unsinn. Das, was wir ringenswerth halten, müssen wir fordern und sogar erkämpfen. Je mehr Redner der Opposition sich zum Wort gemeldet haben, desto mehr hat es sich gezeigt, daß die Opposition eigentlich so ziemlich unserer Ansicht ist. Sie ist nur sehr unklar. Die einzelnen Genossen sind mir ja sehr werth. Genosse Neumann hat einen eigenthümlichen Eindruck gemacht. Er hat sich auf den Gelehrten herausgespielt. Ich bin überzeugt, daß er Karl Marx gelesen hat, ob er ihn aber verstanden hat, das ist eine andere Sache. (Heiterkeit.) Die Oppositionellen sind nur Kritikaster und säen Zwiespalt. Genosse Wutschel hat bei Begründung seines Antrages gesagt, daß ein Genosse, der sonst ganz tüchtig ist, auch religiös sei. Das ist ihm nicht recht. Nach seiner Ansicht wäre dies kein Parteigenosse, weil er religiös ist. Nun, es gibt auch einen Cultus der Freireligiösen!!

Genossin Adelheid Dvořak (Wien): Im Auftrage der beiden weiblichen Vertreter erklärt sich dieselbe einverstanden mit den Ausführungen des Genossen Adler. Jedoch nur Einiges möchte sie hinzusetzen. Wir sind politisch rechtslos, deshalb richte ich hauptsächlich den Appell, in Versammlungen für uns zu agitiren. Betreffs Programm und Taktik sind wir mit der Hainfelder Principien-Erklärung vollständig einverstanden. Bezüglich der Religionsfrage muß ich Sie darauf verweisen, daß Frauen von Genossen, welche sich in agitatorischer Beziehung hervorthun, sehr oft noch sehr tief im religiösen Aberglauben stecken. Die sollten doch von den männlichen Genossen womöglich aufgeklärt werden. Würden wir jedoch sagen, erklärt Rednerin, daß die Socialdemokratie eine Feindin der Religion sei, so würden wir einen noch größeren Kampf haben. Es ist merkwürdig, daß es zahlreiche Frauen gibt, die sehr treue Genossinnen, gute Socialdemokratinnen sind, die aber noch durchaus in der Religion drinstehen und sagen: Unsere Religion lassen wir uns nicht nehmen; diese Genossinnen müssen doch aufgeklärt werden. Aber im Programm bleibt es am besten dabei: Die Religion ist uns Privatsache. (Bravo! Bravo!)

Genosse Wasserloff (Donaufeld): Ich bringe Ihnen die Aufträge, die mir von den Genossen Donaufeld und Umgebung gegeben worden sind. Das Wahlrecht mag ja agitatorischen Werth besitzen und Mittel zum Zweck sein. Aber dadurch, daß man es ausnützt, wird die Partei verleitet, sich in Compromisse mit anderen Parteien einzulassen. Es ist charakteristisch, daß bei der ersten Wahl ein Vertreter der Demokratie unterstützt und das Geld hiezu von der liberalen Partei genommen wurde. In dieser Beziehung würden wir immer dagegen Stellung nehmen. Nothwendig ist es, daß im Programm die Agriculturarbeiter erwähnt werden. Vielleicht wird noch ein diesbezüglicher Antrag eingebracht werden. Nun meine Stellung zum Parteitag. Es existirt eine Opposition, dann die sogenannten „Unabhängigen" und die officielle Partei. Es ist schwer, sich erklären, welcher Gruppe man angehören will, wenn man den Parteitag verläßt. Ich glaube den Gesinnungen meiner Mandatare am besten nachzukommen, wenn ich erkläre, daß wir bei allen Arbeiten, welche principieller Natur sind, oder wenn wir unsere Gegner nach unseren Principien angreifen, Hand in Hand gehen und uns solidarisch erklären. Was aber Programm und Taktik angeht, wollen wir sehen, welche Fraction die vernünftigste Stellung einnehmen wird. Sollte die officielle Partei gesonnen sein, die Taktik zu ändern, so werden wir erklären, daß wir mit der officiellen marschiren; thun dies die „Unabhängigen", so werden wir uns den „Unabhängigen" anschließen. Wir werden immer als Glied der gesammten Kette marschiren.

Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Genosse Gans (Graz): Nur eine kurze Bemerkung in der Wahlangelegenheit. Wäre es irgend eine andere Persönlichkeit als Kronawetter gewesen, würde ich auch etwas sagen. Aber weil es Kronawetter war, der den Mißbrauch der Gewalt gegenüber den Arbeitern aufgedeckt hat,

finde ich den Vorwurf unbegreiflich, und umsomehr von Ihnen, weil Sie vorgeben, mit allen Mitteln zu kämpfen.

Referent Dr. Adler: Ich beantrage eine Resolution des Inhalts, daß der Parteitag erklärt, am Hainfelder Programm und der gegenwärtigen Taktik nach wie vor festzuhalten, und daß nur zwei Aenderungen stattfinden sollen:

1. Es soll bei Punkt 1 der Principien-Erklärung heißen: Die .... Partei verurtheilt alle Vorrechte der Nation ....., der Abstammung und des Geschlechtes; dort, wo vom Wahlrecht die Rede ist, soll es heißen: das allgemeine Wahlrecht für alle Vertretungskörper ohne Unterschied des Geschlechtes.

2. Es soll ein Zusatz gemacht werden: „Da die indirecten Steuern auf Lebensmitteln gelegt, jeden in der Bevölkerung umsomehr belasten, je ärmer er ist, und ein Mittel zur Ausbeutung und Uebervortheilung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir Beseitigung aller indirecten Abgaben und Einführung einer einzigen, directen, progressiven Einkommensteuer."

Genossen! Wir können am Schlusse dieser Discussion sagen, daß die Früchte derselben ausgezeichnete sind. Es hat sich gezeigt, daß all das Gerede, all das Gefasel, an welchem die bürgerlichen Parteien sich seit Monaten geweidet haben, das Gerede von einer Spaltung, von einer Zerklüftung der socialdemokratischen Partei eitel und nichtig ist. Einige Leute haben sich als „unabhängig" erklärt, mit einer eigenen Principien-Erklärung, mit einer eigenen Resolution über Parteitaktik. Ich mache aber dabei aufmerksam, daß Jeder dieser „Unabhängigen" so unabhängig ist, bei jedem einzelnen Punkt zu sagen, daß er „nur für sich" spreche. Die Principien-Erklärung des Genossen Neumann ist in einer Weise geschrieben oder vielmehr abgeschrieben, daß sie nicht in die Massen dringen wird. Wenn einige Genossen dem Hainfelder Programm vorwerfen, es sei zu wenig präcis und populär, was wollen Sie mit diesem unklaren Ding anfangen. Ich nehme es Genossen Höger nicht für übel, daß er nach dem ersten Anhören meinen konnte, es sei nur eine Umschreibung unserer Principien. Ich habe das Ding dreimal durchgelesen, ich bin mir aber noch nicht klar geworden. Es wimmelt von Widersprüchen, von allgemeinen Phrasen. Eine von Herrn Friedländer in Deutschland vertretene Ansicht und andere zum Theil im „Socialist", zum Theil in Amerika erschienene Artikel sind zu einem Brei gekocht worden.

Genosse Neumann hat gesagt, er spreche für sich selbst, ich glaube auch, er wird wenig Anhänger finden. Wenn Neumann auch die Parteitaktik kritisirt hat und uns alle für Wassersuppen-Socialisten erklärte, daß wir ferner ganz schwächliche Menschen seien, daß ihm ein Anarchist lieber als ein solcher Wassersuppen-Socialist sei, erkläre ich ihm, daß ich Anarchisten für keine gefährlichen Menschen halte. Würde ich sie für die heutige Gesellschaftsordnung gefährlicher halten als die Socialdemokraten, dann wäre ich eben Anarchist und nicht Socialdemokrat. Die „Wassersuppe" hat vor Allem den Vortheil, daß sie keine Bettelsuppe ist,

und der Weg, den wir eingeschlagen haben, hat genug Opfer gekostet, und fragen Sie die herrschenden Parteien und die Regierung, was sie für gefährlicher halten, eine große Partei oder einzelne Individuen, welche gerne Revolution machen möchten, aber leider nicht in der Lage sind, das zu thun. Er hat uns auch Karl Marx citirt und erzählt, daß jener gesagt habe, die sociale Frage werde nur auf der Straße entschieden. Genosse Brod, der Marx sehr genau kennt, hat ihm schon mitgetheilt, daß kein Wort im Marx davon steht. Dieser Ausspruch ist nämlich vom größten Ober-Wassersuppen-Socialisten, von dem Sie behaupten, daß er mit Haut und Haaren in der Gesellschaft und im Parlament corrumpirt worden sei und daß er nichts Revolutionäres mehr in sich habe, nämlich von unserem alten, lieben, braven Genossen Liebknecht. Aber nicht so lauteten seine Worte, sondern ganz anders, er sagte: „Wir wissen sehr gut, daß der Parlamentarismus nicht zuletzt zum Ziele führt, daß die ausschlaggebende Schlacht nicht mehr im Parlament geschlagen werden wird; wo sie geschlagen werden wird, sei vielleicht auf der Straße." Das ist etwas Anderes, und es ist sehr erfreulich, daß sich die „Unabhängigen" in Berlin, wovon die unserigen ein sehr gemüthlicher Abklatsch sind, zuletzt an eine Phrase klammern eines Mannes, den sie am meisten beschimpfen und bekämpfen. Sie zeigen eben, daß sie mit ihren eigenen Phrasen vollständig fertig sind. Genosse Neumann von der Opposition — entschuldigen Sie, ich bin in der größten Verlegenheit, wie ich diese Gruppe nennen soll — von dem man hätte erwarten können, daß er ungefähr weiß, was er will, der hat uns auch verschiedene Dinge vorgeworfen bezüglich der Parteitaktik, welche denn doch berührt werden müssen. Er hat den Genossen Auer hier angerempelt. Er hat uns zunächst beschuldigt — was in seinem Munde Beschuldigung ist — daß wir ebenso schlecht sind wie die deutsche Socialdemokratie, denn diese deutsche Socialdemokratie sei national. Er hat die Beschuldigungen eingeschränkt nach den Erklärungen des Genossen Auer, er hat aber den Vorwurf nicht gänzlich fallen lassen, und weil er diesen nicht hat fallen lassen, und weil andere Redner darauf hingewiesen haben, so fühle ich mich veranlaßt, den Parteitag zum Zeugen dafür aufzurufen, daß Jeder von uns auf den Knien liegen und sich bedanken würde, wenn wir hier in Oesterreich halbwegs so weit wären wie die deutsche Socialdemokratie ist. (Stürmischer Beifall.) Wer wirklich thätig in der politischen Arbeit steht und auch in der wirthschaftlichen Organisation, der muß sagen, daß uns die deutsche Socialdemokratie weit vor ist, und das hat sie außer anderen günstigen Umständen dem Wahlrecht zu verdanken, das hat sie aber auch zu verdanken einer Reihe von Leuten, welche immer im Kampfe gestanden sind, und mit diesen Leuten verglichen zu werden, ist uns nur eine Ehre. Genosse Neumann hat Ihnen auseinandergesetzt, daß wir viel zu wenig principielle Bildung auf der Gasse verbreiten, und hat da mit Genosse Bauer in Wien sich vereinigt. Genosse Bauer begreife ich nun nicht, Genosse Bauer konnte den Fehler täglich verbessern, es war nicht allein sein Recht, sondern seine heilige Pflicht, so principiell

zu reden, daß sein Gewissen beruhigt ist. Ich werde mich mit ihm darum nicht weiter beschäftigen. Genosse Neumann aber sagte, daß wir Leute zurücklassen zwar mit breiten Hüten, aber mit leeren Köpfen — ich möchte doch aufmerksam machen, was die breiten Hüte anbelangt, mir gefallen sie auch, aber die breitesten Hüte sind da drüben (große Heiterkeit), wie es mit den Köpfen aussieht, ist nicht meine Sache zu untersuchen. Ich sage nicht, daß das Schuld der Agitatoren ist. Es geht nicht auf einmal. Wer politisch agitirt, wer wirklich in der Organisation täglich arbeitet, der weiß, daß es da mit einer Volksversammlung nicht gethan ist, daß die Leute, die als abgestumpfte und unaufgeklärte Menschen hineingehen, nicht herausgehen können als Socialdemokraten, geeignet für die Organisation und der weitestgehenden Ziele bewußt. Die Genossen, die so urtheilen, zeigen — Genosse Neumann möge mir verzeihen — daß sie sich über die Schwierigkeit einer gründlichen agitatorischen Wirkung keine Vorstellung machen, und auch nicht darüber, wie viel Arbeit dazu gehört, um etwas zu erreichen. Aber Genosse Neumann hat davon gesprochen, daß die Partei in der Taktik eine Schwenkung gemacht hätte, z. B. bei den genossenschaftlichen Krankencassen. Und da hat er gesagt, die Partei ist gegen die genossenschaftlichen Krankencassen eingetreten, hat aber hernach das Ding acceptirt, um ihre Leute als Beamte unterzubringen, und hat das als eine Art von Verrath am Programm hingestellt. Darauf bemerke ich: Die Partei hat allerdings gegen die Zwangorganisation des Kleingewerbes, wie sie in der Gewerbeordnung vorliegt und im Anfang der Achtziger-Jahre durchgesetzt wurde, entschieden Stellung genommen, und hat gegen die Genossenschaften gearbeitet, was sie konnte, hat aber die Genossenschaften, als sie Gesetz wurden, ausgenützt, so gut sie konnte. Wenn wir ein Gesetz kriegen, welches immer, werden wir es genau so machen. Die Waffen, die wir haben, werden uns zumeist von den Gegnern selbst geliefert. Erwähnen will ich noch, daß die Regierung, welche geglaubt hat, die Arbeiter damit zu knebeln, die den Ausnahmezustand gegeben und die Gewerkschaften vernichtet hat, die Zwangsgenossenschaft zu Burgen unserer Partei gemacht hat. Zu einer Zeit, wo alle Vereine aufgelöst wurden, konnten wir nichts Anderes thun als in die Genossenschaften hineingehen. Wir sind hingegangen und waren mit dem Erfolge zufrieden. Wer nicht zufrieden war, ist die hohe Regierung, die clericalen Socialreformer und Genosse Neumann. Die Opposition oder die Gruppen, die sie vertreten, sehen heute ganz anders aus als vor dem Beginne des Parteitages. So wenig mir heute noch klar ist, wie die Gruppen untereinander sich verhalten — ich vermuthe, daß jede einzelne Person eine Gruppe darstellt — so wird doch Eines klar: Die überwiegende Anzahl jener Genossen erklärt uns heute, wir sind zwar mit Euch nicht ganz einverstanden, aber wenn Ihr etwas Gescheidtes macht, so werden wir mit Euch gehen, wir bleiben auf dem Boden des Programms und wollen der Organisation nicht fernestehen. Ein kleiner Theil, der sich „unabhängig" bezeichnet, hat ein anderes Programm vorgelegt. Vielleicht finden sie Jemanden, der es versteht.

Was ich eingangs gesagt habe, wiederhole ich, es sind Alle willkommen, die mitarbeiten wollen, auch wenn sie unzufrieden sind. Sie können es ja ändern, wozu sind sie Parteigenossen? Sie haben geradezu die Verpflichtung, was nach Ihrer Meinung schlecht ist innerhalb der Partei, zu ändern, nicht aber sich auf einen Sonderstandpunkt zu stellen. Sie sagen freilich, es geht nicht, da sind schlechte Leute, die gut reden können, die erlauben das nicht, die haben die Majorität hinter sich.

Die „Unabhängigen" mögen aber für ihre Ansichten agitiren; sie mögen den Arbeitern, wenn sie das können, beweisen, daß wir Unrecht haben. Wenn es ihnen aber nicht gelingt, dann werden sie vielleicht zur Ueberlegung gedrängt werden, ob nicht vielleicht sie Unrecht haben.

Genosse Höger, der erklärte, auf dem Standpunkte unseres Programms, unserer Taktik zu stehen, führte auch aus, daß er das allgemeine Wahlrecht für eine gute und wichtige Sache halte, aber nicht für so wichtig wie irgend welches anderes Ding. Das ist schließlich Sache des persönlichen Urtheils, des Temperaments und des Augenblicks. In der Politik hängt es davon ab, was man in einem gewissen gegebenen Moment thut. Wie man den Werth eines Mittels beurtheilt, ist etwas, was sich nicht vorher mathematisch ausrechnen läßt. Es fällt uns gar nicht ein, auf dem Wahlrecht herumzureiten, wir wissen sehr gut auch andere Mittel der Agitation zu schätzen. Z. B. haben wir die Preßgesetzgebung zum Angelpunkt einer sehr lebhaften Agitation gemacht, weil wir es für nöthig hielten, daß die Arbeiterschaft sich damit beschäftige, da die bürgerlichen Parteien gegenüber der Regierung ohne Ausnahme grenzenlos feig sind, und die Regierung eine Preßreform nicht will.

Wenn Genosse Kiesewetter erklärt, es sei dreiviertel auf 12 Uhr, und Höger meint, es werde demnächst etwas geschehen; vielleicht früher als das Wahlrecht werden wir etwas Anderes haben, und sie sich auf Engels und Bebel berufen, so ist es ja allerdings wahr, daß Engels und Bebel in der Beziehung Recht haben, daß sich die ökonomischen Verhältnisse zuspitzen, daß sich durch den Militarismus die politischen Verhältnisse zuspitzen, so daß wir nahe vor einer Katastrophe stehen, deren Folgen und deren Entwicklung sich aber von Niemandem absehen lassen. Wir müssen Alle arbeiten und die Partei muß dahin arbeiten, daß uns diese Katastrophe gerüstet finde. Wir dürfen aber nichts unterlassen, in der Hoffnung, das jüngste Gericht komme ja ohnehin; im Gegentheil, wir müssen uns fest auf die Beine stellen und etwas dazu beitragen, daß die Katastrophe kommt, vernünftig aussieht, und daß bei ihr etwas Ordentliches herauskommt.

Das ist der Grund, Genossen, warum ich es — gestatten Sie, jetzt spreche ich für meine eigene Person — warum ich es nicht liebe, wenn man spricht von dreiviertel 12 Uhr. Ich liebe es nicht für mich, weil es mir nicht den richtigen Ansporn gibt, zu arbeiten, und liebe es auch nicht als Agitator, weil ich glaube, daß die Leute, die mir zuhören, mir vielleicht glauben und vielleicht ein kurzes Vergnügen haben, daß die Leute aber sehr enttäuscht sind, wenn sie sehen, daß die eine Viertel-

stunde von dreiviertel 12 Uhr auf 12 Uhr doch ziemlich lange dauert. (Genosse Auer: Oder vielleicht die Uhr gar stehen bleibt!) Ich halte es für viel nothwendiger, zu sagen: Das ist unser Weg, er ist nicht mühelos, Ihr könnt Euch mit Zuwarten nicht beschäftigen, Eure Pflicht ist, sofort einzutreten, und viel werdet Ihr in nächster Zeit nicht erreichen. Ich glaube persönlich, daß diese Methode der Agitation auch Einiges für sich hat.

Genossen! Es kommt überhaupt in dieser Frage der Parteitaktik so viel die Art des persönlichen Temperaments in's Spiel. Die Leute, die es absolut nicht erwarten können — das ist nicht vielleicht eine Beschuldigung gegen Sie oder ein Hohn, sondern es ist die Frucht unserer heutigen Ordnung — die heute erdrückt sind von den Verhältnissen, die lebhaften Temperaments sind und die hören — es geht, es können die Ketten zerbrochen werden, die Leute können leicht verleitet werden, zu sagen: Spielen wir mit diesen Dingen nicht länger, sondern losgeschlagen!

Ich begreife sie, ich begreife auch die Anarchisten, die es ehrlich meinen, die glauben, es brauche nur der Funke in's Pulverfaß hineingeworfen zu werden und es müsse losgehen. Ich selbst habe Momente, wo mich die Entrüstung, der Ekel, der Abscheu vor den Personen, welche die heutigen Zustände vertreten, übermannt, daß ich mir sage: Nun los! Es geht nicht weiter!

Man sagt uns: Wir sollen die Funken in's Pulverfaß werfen. Ich glaube, erst müssen die Pulverfässer da sein; für die müssen wir sorgen, für die Funken, die dann hineinfliegen, sorgen die Anderen schon. (Beifall.)

Redner berichtigt nun einzelne Punkte seiner Darstellung über die Wahlvorgänge in Hernals und constatirt nochmals, daß die fl. 500, die behufs Agitation übergeben worden waren, nicht von den Liberalen stammten, sondern von einem Mitgliede des Wahlcomités, einem Manne, der selbst kein Liberaler war und aus rein persönlichem Interesse das Geld hergegeben hat.

Dies möchte ich zur Steuer der Wahrheit constatiren.

Sie sehen aus dieser Darstellung, daß es sich nicht darum gehandelt hat, ein Compromiß mit irgend einer Bourgeoispartei einzugehen, sondern darum, daß ein Anhänger einer anderen Partei uns Mittel zur Verfügung gestellt hat, um für einen von ihm und uns unterstützten Candidaten einzutreten.

Man hat vom „Föderalismus" gesprochen und sich auf die „Arbeiter-Zeitung" berufen, welche von vernünftigem Föderalismus sprach. Aber Sie müssen doch schon aus diesem Vorkommnisse lernen, daß es nothwendig ist, eine Organisation auch festzustellen, welche nicht Alles der freien Willkür des Einzelnen überläßt. Es soll ein Antrag eingebracht werden, daß derartige Dinge nicht mehr vorkommen sollen. Ich habe gar nichts dagegen. Aber Sie sehen daraus, wie nothwendig es ist, daß eine Partei ihre Anhänger auch in Bezug auf ihr Handeln bindet und ein willkürliches Handeln unmöglich macht.

Ich habe das auch aus dem Grunde erwähnt, weil wir seit dem Hainfelder Programm nach allen Seiten der bürgerlichen Parteien so streng Front gemacht haben, und wir so unnahbar für die Verlockungen von allen Seiten waren, daß uns gerade dies von Seite der Opposition den Vorwurf des „Doctrinarismus" eingetragen hat. Ich gestehe ganz offen: So doctrinär bin ich und so doctrinär sind alle Genossen, daß wir keiner Partei helfen wollen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir haben gar keine Lust, uns den Liberalen oder Antiliberalen irgendwie dazu herzugeben, ihre Feinde in anderer Weise zu bekämpfen, als es in unserem Interesse liegt und in unserem Interesse allein.

Ich empfehle Ihnen den Antrag, welcher aus der Mitte der Versammlung hervorgegangen ist, indem alle Redner sich dafür ausgesprochen haben, daß die bisher eingeschlagene Taktik und das Programm bleiben sollen, wie sie sind. Ich empfehle Ihnen die kleinen Abänderungen, die gewünscht werden. Es ist von Provinzgenossen ausgeführt worden, daß gerade das Parteiprogramm ein fester Rückhalt für sie war. Gewiß! Aber die kleinen Nuancen und Subtilitäten des Programms machen es nicht aus, die geben der Partei nicht Leben. Leben geben der Partei die Männer, die darin stehen (Richtig!), und die Ueberzeugungstreue, die Sicherheit und das gegenseitige Vertrauen, das wir Genossen zu einander haben müssen, wenn wir etwas durchsetzen wollen. (Sehr richtig!) Das ist es, worauf es ankommt, und das wird die wichtigste Frucht dieses Parteitages sein. Diejenigen, welche gehört haben von der von der bürgerlichen Presse geradezu gehätschelten und aufgepäppelten Opposition, die da gedacht haben, das müssen ja fürchterliche Dinge sein, die mißtrauisch hiehergekommen sind, die werden, so hoffe ich, von hier fortgehen mit dem Bewußtsein, daß wir uns auf einander verlassen können, und das ist der wichtigste Punkt in Programm und Taktik. (Lebhafter Beifall.)

Redner kommt noch nachträglich auf die Anregung Wutschel's zu sprechen, die er nicht befürwortet. Freudig berührt habe ihn die Rede der Genossin Dvořak, und zwar deshalb, weil diese erklärt habe, es gebe eine große Zahl Frauen, die mit Haut und Haar Socialdemokratinnen sind, aber von der Religion nicht lassen wollen. Es zeigt dies, daß wir in Kreise eingedrungen sind, die mit der Religion noch so tief verwachsen sind, daß wir nie geglaubt hätten, daß wir so schnell dort eindringen werden.

Es gelangen hierauf die formulirten Anträge des Referenten zur Abstimmung.

Punkt I lautet:

„Der Parteitag erklärt am Hainfelder Programm und der gegenwärtigen Taktik nach wie vor festzuhalten. Der Parteitag erklärt ferner: In die Principien-Erklärung soll im Punkt I die Verurtheilung der Vorrechte des Geschlechtes aufgenommen werden. Im Punkt III Wahlrecht soll aufgenommen werden: „Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes."

Punkt II (Antrag Roscher) lautet: „Da die indirecten Steuern als auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegte Steuern die Bevölkerung um so stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirecten Steuern und die Einführung einer einzigen, directen, progressiven Einkommensteuer."

Punkt I und II werden einstimmig angenommen. (Beifall.)

Genosse Bitzo beantragt folgende Resolution: „Der Parteitag beschließt in Hinblick auf den ihm zur Kenntniß gelangten Fall im Bezirke Hernals: Es ist unthunlich, daß ein Genosse, wenn auch in der besten Absicht, bei Wahlen in die Vertretungskörper auf Unterhandlungen irgend welcher Art mit Vertretern bürgerlicher Parteien sich einläßt."

Genosse Popp verwahrt sich gegen die Angriffe, die aus Anlaß der Hernalser Affaire erhoben worden sind. Die Partei als solche hatte mit der Wahlbewegung nichts zu thun, als daß Neumann als Candidat aufgestellt wurde. Der Genosse Adler erzählte mir, das Wahl-Comité habe von einem Herrn fl. 500 erhalten.

Nun, ich bitte, dieselben Herren, die heute so scharf gegen Adler auftreten, waren im Wahl-Comité und haben selbst für Kronawetter agitirt. Das ist doch mindestens eine unschöne Kampfesweise. Ich bin doch gewiß der Letzte, welcher ein Zusammengehen mit irgend einer anderen Partei — sei es selbst die demokratische — befürworten würde; aber wenn Genossen selbst für etwas gestimmt haben und daraus eine Waffe gegen andere Genossen schmieden, so ist das eine Kampfesweise, die unter Socialdemokraten nicht angewendet werden sollte. (Richtig!)

Genosse Bitzo meint, Adler habe weiter nichts gethan, als das Geld einfach übernommen. Wenn es diesen Herren wirklich darum zu thun gewesen wäre, einen Act der Corruption aufzudecken, so hätten sie das schon am letzten Parteitage thun können. Der Antrag, der eine ansehnliche Zahl von Unterschriften trägt, könne übrigens zur Annahme empfohlen werden, als Fingerzeig für andere Genossen, die vielleicht nicht so vorsichtig sind, wie der Genosse Adler.

Genosse Höger: Es kann ganz ruhig ausgesprochen werden, daß diese Geschichte — die zweiten fl. 500, die in der österreichischen Socialdemokratie eine Rolle spielen — uns nicht angenehm ist. Wir haben die Verpflichtung, es als „corrupt" zu erklären, daß das geschehen ist. Wir haben keiner Partei zu helfen. Aber um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich erklären, daß mir Genosse Dolejši zuvor in Gegenwart anderer Genossen erklärt hat, daß diese Leute im Hilfscomité auch von einer anderen Seite fl. 1000 genommen haben. Die Corruption scheint also auf jener Seite drüben gewesen zu sein. Genosse Dolejši wird vielleicht so freundlich sein, die Sache näher aufzuklären.

Genosse Roscher unterstützt den Antrag im Interesse der Provinzgenossen. Ein solcher Vorgang wie der in Hernals ist zum mindesten sehr gefährlich. Die Compromißfrage hat in Deutschland durch mindestens $1^1/_2$ Jahrzehnte eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Die deutschen Genossen sind immer zur Ueberzeugung gekommen, daß dies eine sehr gefährliche

Frage ist. Es war oft nothwendig auf Parteitagen die Frage der Stellungnahme der Socialdemokratie bei Stichwahlen zwischen Anhängern anderer Parteien zu besprechen und verschiedene Beschlüsse darüber zu fassen.

Schluß der Rednerliste wird beantragt und angenommen.

Genosse Dr. Ellenbogen hält im Gegensatze zu Höger diesen Vorgang nicht für corrupt. Er sei jedoch ein sehr gefährlicher Weg, auf dem minder vorsichtige Genossen als Adler zur Corruption gelangen können. Daß Adler es am besten verstanden hat, den Gegensatz zwischen uns und den anderen Parteien festzustellen, ist ja bekannt. Es will mir aber scheinen — sagt Redner — daß seine in der Regel wohlangebrachte Vorsicht den Dr. Adler in diesem Falle verlassen hat. Für ihn fürchte ich nicht, aber was sich Andere, minder Aufgeklärte darunter denken, darauf kommt es an. Wir dürfen mit dem Feuer nicht spielen. Der vorjährige Parteitag hat über Antrag desselben Dr. Adler den Beschluß gefaßt, es sei nur dort an einer Wahlbewegung sich zu betheiligen, wo ein Wahlkampf ohne Compromiß möglich sei. Aus allen diesen Gründen habe ich diesen Antrag unterschrieben, damit keine Verwirrung unter die Parteigenossen komme, damit die Klarheit und Principientreue stets gewahrt bleiben. Von einem Mißtrauensvotum gegen Dr. Adler ist keine Rede; eine Corruption liegt auf keinen Fall vor.

Genosse Schariman (Stockerau), der in der Wahlcommission war, weiß von der ganzen Affaire nichts.

Genosse Dr. Adler: Ich erkläre vor Allem, daß ich mit dem Antrage Bitzo vollkommen einverstanden bin. Ich glaube nur, daß er aus einer Erregung der Gemüther hervorgeht, die mit dem Anlasse, welchem er entspringt, nichts zu thun hat. Es hat sich um kein Compromiß mit irgend einer anderen Partei gehandelt, absolut nicht. Es hat sich nur darum gehandelt, daß Jemand, der unserer Partei-Organisation nicht angehört — nebenbei bemerkt durchaus kein Feind der Partei — gesagt hat, Ihr müßt emsig agitiren, da habt Ihr für Wagen u. s. w. Dieses Geld ging aus meiner Hand in die Hand der Leute, die das gebraucht haben. Aber auch dem Wahlcomité darf kein Vorwurf gemacht werden, wie es Ellenbogen gethan hat. Dasselbe konnte darüber nicht gefragt werden; da mußte so rasch als möglich gehandelt werden. Ich erkläre Ihnen noch einmal, daß ich mich nicht schäme, das gethan zu haben; ich habe es für praktisch gehalten, aber man soll aus dieser Handlungsweise nicht den Schluß ziehen, daß man ein anderes Mal Dummheiten machen darf. Dazu ist der Antrag gut.

Genosse Dolejši erklärt, daß die fl. 1000, von denen Höger gesprochen hat, von Dr. Elbogen stammen und für die Gründung des „Armen Teufels" bestimmt waren. Dr. Adler hat, als die „Gleichheit" gegründet wurde, auch Geld hergegeben. Es ist kein Verbrechen, wenn man zu Parteizwecken Geld hergibt.

Genosse Auer (Berlin): Die Angelegenheit, die Sie beschäftigt, ist eine interne, in welche ich mich selbstverständlich nicht einmische. Aber einige Redner haben die Verhältnisse in der deutschen Socialdemokratie berührt. Soweit diese Bezugnahme nun richtig ist, habe ich keinen Grund, darüber zu sprechen;

soweit sie so falsch ist, daß sie Jeder sich selber corrigiren kann, habe ich ebenfalls keinen Anlaß zur Aeußerung. Aber durch die Ausführungen Roscher's könnte doch eine falsche Vorstellung hervorgerufen werden, zumal Roscher in einigen Punkten Recht hat. Unser Standpunkt nun ist seit dem Jahre 1874 oder 1875 der, daß Compromisse überhaupt und unter keinen Umständen mit irgend einer Partei geschlossen werden, ein Standpunkt, der auch bis jetzt eingehalten wurde. Bis dahin hatten wir die Bestimmung, daß unsere Partei überall da, wo sie Aussicht hat, Stimmen auf ihren Candidaten zu vereinigen, in erster Linie ihren Candidaten prop girt und bei Stichwahlen demjenigen Candidaten ihre Stimmen gibt, der unserer Partei am nächsten steht. Diese Bestimmung ist eben gefallen.

Nun aber sind Fälle vorgekommen, daß es bei Wahlen sich darum handelte, nicht ein Compromiß zu machen, sondern ein Vorkommniß zu verhindern, dessen Eintritt die Partei im größten Maße zu schädigen geeignet wäre.

Nicht also die Rücksicht auf irgend eine Partei, ob sie auf dem äußersten linken oder rechten Flügel steht, sondern einfach die Rücksicht auf unser Partei-Interesse war für uns maßgebend; sie allein hat uns dazu bewogen, zur Frage der Stichwahlen Stellung zu nehmen. Und da sind wir immer, mit Ausnahme eines einzigen Falles im Jahre 1883, zu der Entscheidung gekommen, diese Frage offen zu lassen. Wir haben während der Zeit des Socialistengesetzes oft Anträge gehabt, bei Stichwahlen zwischen Anhängern und Gegnern des Socialistengesetzes Letzteren unsere Stimmen zu geben. Diese Anträge wurden abgelehnt.

Unsere Stellung war ein für allemal die, überhaupt keine Compromisse zu schließen. Wir hatten weder Anlaß dazu, noch hatten wir Neigung, und ich kann wohl ruhig aussprechen, auch bei den gegnerischen Parteien war keine Neigung vorhanden. Sie wissen, daß sie sich nur einen Korb holen würden. Aber der Fall kann sehr wohl eintreten, daß, wo für unsere Partei irgend ein größeres Hinderniß bestand, wo die Partei-Interessen es erheischten, wir zwar niemals den gegnerischen Candidaten wählten, sondern, wenn es möglich wird, durch unser Eingreifen unsere Partei-Interessen zu wahren, wir Denjenigen zu Falle bringen, der uns mehr schädigen könnte als der Andere. Ein Beispiel war die Stichwahl zwischen Virchow und Stöcker, und nun stellen Sie sich selber in die Lage: Von uns, von unseren Parteigenossen hing es ab, unsere Stimmen in dem Wahlkreise waren so groß, daß dort, wohin wir sie in die Waagschale warfen, der Sieg sein mußte. Und in diesem Falle hätte Stöcker gesiegt, wenn wir nicht das Gewicht in die gegnerische Schale geworfen hätten. Der demagogische Stöcker, Stöcker, der Heuchler, der schlimmste Feind der Arbeiter, der Jesuit — hätten wir uns da sagen sollen, ob Stöcker oder Virchow, das ist uns gleichgiltig? — nein, das Socialistengesetz war noch da, Stöcker hätte es noch verschärft, Stöcker wäre sogar für die Expatriirung gewesen — was haben unsere Genossen gethan? — Sie haben allerdings in der Stichwahl Virchow die Stimmen gegeben. Und in dieser Situation waren wir dutzendmale

gewesen und werden wir dutzendmale noch kommen, und auch Sie werden, wenn Sie das allgemeine Wahlrecht besäßen, in der gleichen Lage sein. Jedoch vom Compromiß kann keine Rede sein. Aber als Parteigenossen haben wir selbst daran festgehalten, das oberste Gesetz ist für uns das Interesse der Partei. (Bravo!) Nun ist aber auch von einem Genossen die Anklage ausgesprochen worden, Bebel habe an Rußland den Krieg erklärt. Darauf kann ich nur antworten: So weit sind wir noch nicht! (Heiterkeit und Bravo!)

Bei der Abstimmung wird die Resolution Bitzo angenommen und hierauf die Sitzung um halb 10 Uhr Nachts geschlossen.

Mittwoch, den 8. Juni (Vormittagssitzung). Beginn der Sitzung 9 Uhr. Vorsitzender Genosse Schmidt (Jägerndorf):

Es wird zum 3. Punkt der Tagesordnung: **Organisation** übergegangen.

Referent Genosse Pokorny (Wien): Werthe Parteigenossen! Bevor ich auf das Meritorische der Sache selbst eingehe, sehe ich mich genöthigt, einen Beschluß des Parteitags herbeizuführen darüber, in welcher Art und Weise dieser Gegenstand eigentlich behandelt werden solle. Es bestand ursprünglich die Absicht, zu beantragen, daß sofort bei Beginn der Verhandlungen des Congresses eine Commission gewählt werde, zusammengesetzt aus Vertretern der bedeutendsten Orte Oesterreichs, welche einen Organisations-Entwurf auszuarbeiten und durch einen von ihr gewählten Referenten dem Plenum vorzulegen gehabt hätte. Nun ist es nicht möglich gewesen, diese Absicht auszuführen, weil eine Verschiebung in den Punkten der Tagesordnung eingetreten war. Eine zweite Absicht bestand darin, zunächst über den Gegenstand eine Generaldebatte zu eröffnen und so jedem einzelnen Genossen Gelegenheit zu bieten, seine Anschauungen über Organisation zu äußern, und erst dann nach Schluß der Generaldebatte eine Commission zu wählen, welche mit Berücksichtigung der hier im Plenum vorgebrachten Anschauungen und jener, welche theils in der Presse, theils in Versammlungen zum Ausdruck gekommen waren, einen Entwurf auszuarbeiten gehabt hätte. Es läßt sich gegenwärtig diese Absicht nicht mehr verwirklichen, weil zu fürchten ist, daß, wenn wir jetzt vorerst eine Generaldebatte über den Gegenstand einleiten und dann die Verfassung des Entwurfes der Commission überweisen, dieselbe zu wenig Zeit haben dürfte, die Arbeit mit Ruhe und Muße zu leisten. Ich weiß nicht, in welcher Art und Weise der Parteitag die Frage behandelt wissen will und bitte Sie, sich darüber auszusprechen. Es ist bekannt, daß gerade die Art der Behandlung, welche der gleiche Gegenstand am letzten Wiener Parteitag gefunden, unter den Genossen vielfache Mißstimmung hervorgerufen hat. Ich bitte Sie darum, selbst zu entscheiden, wie vorgegangen werden soll.

Genosse Dr. Adler (Wien): Ich meine, daß wir vor Allem die beiden Referate anhören sollen. Danach werden wir uns ein Urtheil darüber zu bilden in der Lage sein, ob wir gleich in die Debatte eingehen oder erst eine Commission wählen sollen. Vorher ist es gar nicht möglich, über den zu beobachtenden Modus abzustimmen.

Genosse Popp (Wien): Ich glaube, daß es wegen vorgeschrittener

Zeit nicht mehr möglich ist, den Organisations-Entwurf einer Commission zuzuweisen. Die Referenten mögen sprechen. Hernach wird sich zeigen, welche Stellung die Genossen zu den Referaten einnehmen. (Zustimmung. Angenommen.)

Genosse Pokorny: Vor Allem habe ich mitzutheilen, daß ursprünglich als Referent Genosse Rieger in Brünn bestimmt war, der aber leider, weil derzeit in Haft, verhindert ist, zu erscheinen.

Der Gegenstand selbst, den ich zu behandeln habe, ist ein sehr trockener. Wenn wir über Organisation sprechen, so ist es nothwendig, daß wir uns zunächst einmal darüber klar werden, was wir unter Organisation verstehen und in welcher Richtung und in welcher Art wir eine solche für möglich halten. Die Theorie kann also bei diesem Gegenstand nur in sehr geringem Maße Beachtung finden. Meiner Meinung nach kann es nur praktische Erwägung sein, von der wir uns bei der Herstellung einer Organisation beeinflussen lassen. Schlagworte dürfen überhaupt nicht beachtet werden.

Wir haben während der Verhandlungen oft Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß von einzelnen Delegirten sehr viel in Schlagwörtern gemacht wurde; insbesonders waren es die Begriffe „Föderalismus" und „Centralismus", welche den betreffenden Genossen viel zu schaffen gegeben. Von solchen Schlagwörtern werden wir uns nicht allzusehr beeinflussen lassen. Weder in dem einen noch in dem anderen Sinne werden wir unsere Organisation einrichten, weil Gefahr vorhanden wäre, daß wir anstatt der einzig möglichen Organisation eine Einseitigkeit, eine unpraktische Sache erhalten, die jeder Bedeutung für uns entbehrt. Wir werden dahin gelangen, daß wir sagen, unsere Organisation wird weder eine föderalistische sein, aber noch weniger eine centralistische. Zerbrechen wir uns nicht die Köpfe darüber, ob wir uns „föderalistisch" oder „centralistisch" organisiren sollen, sondern machen wir die Sache so, wie sie eben möglich ist, wie sie den Anforderungen, die wir an eine Organisation zu stellen bemüssigt sind, entspricht. Man kann bei einiger Aufmerksamkeit beobachten, daß gerade jene Genossen, welche arbeiten, welche etwas machen, mitten drinn stehen in der Partei und unablässig, ohne zu ermatten, für die Verbreitung unserer Principien, für die Agitation sorgen, sich fast gar kein Kopfzerbrechen machen, ob wir „föderalistisch" oder „centralistisch" organisirt sind.

Organisation ist eine Sache, die man einrichtet und durchführt, über die man aber vorher nicht so viel zu reden braucht. Die Opposition hat den Vorwurf erhoben, daß unsere Organisation eine centralistische sei, daß in Folge dessen einzelne Genossen Machtbefugnisse erhalten hätten, die sie in einer für die Partei schädlichen Weise ausgenützt hätten. Die Anderen aber sagen, daß unsere Partei zu föderalistisch organisirt sei, daß Niemand da war, der in bestimmten Dingen Einfluß nehmen konnte. Ich glaube, die Organisation einer Partei hat überhaupt nie föderalistischer sein können als die der österreichischen Socialdemokratie. Je weiter wir im Ausbau unserer Organisation schreiten, desto mehr wird die unbedingte Bewegungsfreiheit, die bisher Jeder hatte, die Mög-

lichkeit, nach Willkür vorzugehen, beseitigt werden. Daß wir, trotzdem der Willkür des Einzelnen keine Zügel angelegt waren, trotz des so losen Zusammenhanges der Genossen, so große Fortschritte gemacht haben, ist darauf zurückzuführen, daß jeder ehrliche und bewußte Parteigenosse nur Dasjenige that, was er nach genauer Prüfung für nützlich hielt.

Es wurde behauptet, die freie Meinungsäußerung sei unterdrückt worden; es wurde behauptet, es habe nur dasjenige geschehen können, was von einzelnen „Parteipäpsten" gewollt wird. Nun, ich frage die Provinzgenossen: Kann von irgend Jemandem, der in der Partei-Organisation gestanden ist, behauptet werden, daß jemals seitens irgend welcher geschäftsführenden Person in der Partei — und das sind ja diese sogenannten Parteipäpste — auf einzelne Genossen ein solcher Einfluß ausgeübt worden wäre? Die geschäftsführenden Personen haben — leider — diese Macht nicht gehabt, welche ihnen von der Opposition angedichtet wurde, und selbst von Genossen aus unseren eigenen Reihen. Ihre Macht bestand nur in dem, was jeder Einzelne, auch im weitesten Hintergrunde stehende Parteigenosse besitzt; d. h. diese Personen hatten das Recht, das jeder Parteigenosse hat, zu protestiren, wenn irgendwo etwas geschieht, von dem anzunehmen oder zu befürchten ist, daß es schädliche Folgen für die Partei haben könnte. Es war deshalb sehr unklug und sehr ungerecht, einzelne Personen so zu behandeln, wie man sie behandelt hat.

Ich möchte die Genossen noch auf Folgendes aufmerksam machen. Unsere politischen Zustände in Oesterreich sind derart, daß wir uns den Luxus gar nicht erlauben sollen und können, unsere Organisation, bevor wir sie noch durchführen, so klipp und klar gerade den Leuten, die das gerne wissen wollten, darzustellen, als das leider von einzelnen Genossen gewünscht wird. Es gibt keine Partei in Oesterreich, welche soviel Aufrichtigkeit besitzt, den Schleier von ihrer Organisation wegzuziehen und Jedem Einblick in dieselbe nehmen zu lassen, der es wünscht. Organisation ist eine Sache, die man macht, über die man aber möglichst wenig spricht. Es ist jedenfalls für die Partei besser, wenn man sich ganz präcis und kurz entschließt, die Organisation in der und der Richtung einzurichten, und im Uebrigen darüber möglichst schweigt. Die bis jetzt bestehende Organisation hat sich hauptsächlich an die Redactionen angelehnt, und wir haben am letzten Parteitage beschlossen, daß es Aufgabe der Redactionen sein soll, dafür zu sorgen, daß in jedem Orte, wo sich Parteigenossen befinden, ein oder mehrere Vertrauensmänner namhaft gemacht werden, welche die Beziehungen der Parteigenossen untereinander pflegen und fördern und die Beziehungen der Genossen in den verschiedenen Ländern herstellen sollen. Das ist ausdrücklich gesagt in den zehn Punkten, die wir damals angenommen haben. Leider hat sich ein großer Theil der Genossen nicht bemüht, diese Beschlüsse auch durchzuführen. Wäre die Organisation, wie sie uns in Hainfeld vorlag, oder wie sie am vorigen Parteitag beschlossen wurde, auch durchgeführt worden, wir hätten es wahrlich nicht nothwendig, uns heute neuerlich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wir würden dann eine Organisation

haben, die den weitestgehenden Ansprüchen entsprechen würde. Wir beabsichtigen, zu erklären, daß nicht mehr die Redactionen der Kernpunkt der Organisation sein sollen, sondern, daß dieselbe von den Parteiblättern unabhängig gemacht wird. Die Genossen an jedem Orte sollen Vertrauensmänner wählen, welche untereinander Beziehungen pflegen; die Vertrauensmänner mehrerer Orte, also eines Bezirkes, der gebildet wird durch einen Industriebezirk u. s. w., bilden die Bezirks-Organisation. Dieser fällt die Aufgabe zu, durch Entsendung von Vertretern die Landes-Organisation, die sich über ein ganzes Land ausbreitet, zu begründen. Die Landes-Organisation soll äußerlich ihren Ausdruck finden in den Landes-Conferenzen. Diese hatten wir schon bisher, sie werden nur von nun an einen etwas anderen Charakter gewinnen. Der Parteitag hat aus seiner Mitte eine aus einer bestimmten Anzahl von Personen bestehende Parteivertretung oder Parteileitung zu wählen. Diese Parteileitung besorgt die die gesammte Partei angehenden Geschäfte, ist dem Parteitag verantwortlich, untersteht der Controle jedes einzelnen Parteigenossen, in den Geschäften und allen anderen Beziehungen der Controle einer gleichfalls vom Parteitag eingesetzten Körperschaft.

Die Vertrauensmänner in den einzelnen Orten haben nicht nur dafür zu sorgen, daß die Agitation in ausreichendem Maße betrieben wird und die Parteigeschäfte in entsprechender Weise besorgt werden, sondern sie haben auch — und das ist eine der wichtigsten Aufgaben — dafür zu sorgen, daß der Partei die nöthigen Geldmittel für Agitation, Propaganda und Verwaltung zur Verfügung gestellt werden, und zwar soll dies durch regelmäßige Sammlungen geschehen. In welcher Art und Weise die Wahl der Vertrauensleute vor sich gehen und die Zusammenkünfte derselben stattfinden sollen, in welcher Art und Weise die Sammlungen geführt werden und eine Quittirung der geleisteten Beiträge erfolgen sollen, soll einzig und allein dem Ermessen der in Frage kommenden Parteigenossen überlassen werden. Wir erachten es als nicht angängig, daß der Parteitag irgend ein Reglement ausarbeitet, an welches jeder einzelne Parteigenosse sich gebunden fühlen muß, damit er nicht nach links oder nach rechts davon abweiche. Wir wollen hier nichts Anderes als allgemein das Gerippe der Partei-Organisation feststellen, das Uebrige, die Ausführung der Details der Organisation muß immer nach den örtlichen Verhältnissen von den im Orte, im Bezirke, im Lande befindlichen Genossen selbst festgestellt werden. Das ist nun Dasjenige, was ich Ihnen in Bezug auf Organisation vorzuschlagen habe. Es wird im Laufe der Debatte sich ergeben, welche Anschauungen die Genossen über Organisation überhaupt haben, und erst dann wird es möglich sein, concrete Vorschläge vorzulegen, welche vom Parteitag angenommen werden können. Es war bisher die Organisation der Partei eine föderalistische bis zum Exceß. Die gegenwärtig der Partei von uns, wie von vielen anderen, hauptsächlich Provinzgenossen, in Vorschlag gebrachte Art der Organisation wird nicht mehr eine solche sein, die föderalistisch bis zum Exceß ist, sondern sie soll ein festeres Gerippe

bekommen. Und ich bemerke, daß gerade jene Genossen, welche so viel gegen den Terrorismus und die unbegrenzte Macht einzelner Genossen gewettert haben, es sind, die nun kommen mit Vorschlägen auf Einsetzung einer ordnungsmäßigen Parteileitung, der man von vorneherein bestimmte Befugnisse zugesteht, die man aber verantwortlich macht. Bisher hatten die geschäftsführenden Personen solche klar ausgedrückte Befugnisse nicht. Was sie konnten, konnten sie nur durch Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit.

Nun bitte ich die Genossen, sich vor Allem auszusprechen, wie sie sich die Organisation vorstellen. Dann werden wir in die Lage versetzt sein, mit concreten Punkten vor Sie hinzutreten.

Zu beachten ist, daß zunächst bei der Durchführung der Organisation es verdammt wenig darauf ankommt, was auf irgend einem Stück Papier geschrieben steht, sondern darauf, daß die Genossen Dasjenige *machen*, was nothwendig ist, und sich von der Empfindung und dem Bewußtsein leiten lassen, nichts zu unternehmen, was die Partei schädigt, was ihr Nachtheile bringt. Je öfter wir uns mit dieser Frage beschäftigen, desto mehr wird der innere Bau der Partei ein fester und compacter werden. Das aber geht nicht an, daß die Genossen, welche der „unabhängigen" Parteifraction angehören, erklären, sie wollen mit uns arbeiten, sich aber im Uebrigen ihre Freiheit und Selbstständigkeit nach *allen* Richtungen hin wahren. Sie wollen Jeder einzeln für sich gehen, wollen Jeder einzeln für sich arbeiten, und glauben, trotzdem sich diese Theorie in dem Kopfe eingenistet hat, daß sie vereint mit uns werden arbeiten *können*.

Ich behaupte, eine Partei, deren jedes einzelne Mitglied nur seiner eigenen Nase nachläuft und nur das thut, was gerade in seinem speciellen Belieben steht, überhaupt aufgehört hat, eine Partei zu sein, als Partei unmöglich ist. Es ist von keiner Seite bisher versucht worden, die Selbstständigkeit der einzelnen Parteigenossen zu beeinträchtigen, und Derjenige, der die Empfindung hat, daß seine Selbstständigkeit irgendwie eingeschränkt werde durch einzelne Personen, durch Machinationen, der hat sich einfach einem Hirngespinnst hingegeben. Und gerade jene Leute, welche mit lauter Stimme immer predigen, die Selbstständigkeit des einzelnen Parteigenossen darf nicht angetastet werden, sind es, welche, wie die Erfahrung lehrt, am allerunselbstständigsten und am abhängigsten sind. Jene Genossen, welche sich bisher ruhig dem Rahmen unserer Organisation eingefügt haben und welche mitunter ganz Erkleckliches für die Partei geleistet haben, haben nie das Gefühl gehabt, daß ihre Selbstständigkeit irgendwie beeinträchtigt werde.

Wer arbeiten will, wer nach vorwärts strebt, hat keine Zeit, sich mit solchen Dingen zu beschäftigen, wie bei Beginn die Opposition. Die von mir in Vorschlag zu bringende Form der Organisation läßt die Selbstständigkeit und die Intentionen einzelner Genossen und Gruppen unbeschränkt und unbeengt, aber wir müssen die einmal beschlossene Organisation auch durchführen. Nicht das geschriebene Wort ist das Maßgebende, sondern das Bewußtsein, Parteigenosse zu sein, und das

Pflichtbewußtsein, all' das zu unterlassen, was die Entwicklung der Partei hemmt. (Beifall.)

Genosse Dr. Ellenbogen: Wenn ich hier als Correferent zum Punkte Organisation spreche, so bitte ich, ja nicht zu glauben, daß ich hier die Rolle eines jener berüchtigten Correferenten bei den Discussionsabenden spielen werde, die gezwungen sind, gegen ihre Ueberzeugung zu sprechen, nur damit eine Discussion zu Stande kommt. Ich werde auch nicht als eine Art Contra-Generalredner fungiren, sondern ich werde nichts Anderes thun, als meine eigene Ueberzeugung, die, wie ich weiß, in einigen Punkten von der meiner Parteigenossen abweicht, hier kundgeben.

Was sich in den letzten Jahren ergeben hat, ist die Erkenntniß, daß wir eine Aenderung der Organisation vornehmen müssen. Was bisher als Organisation bestanden hat, ist nicht schlecht gewesen, indem es bis zu einem Punkte, wo es aufhörte, zu nützen, seine Dienste leistete. Wir haben zu verschiedenen Fragen Stellung genommen, aber es war keine Norm da, in welcher Weise man etwas machen soll, der Augenblick hat es gegeben. In demselben Grade aber, als sich unsere wirthschaftlichen Verhältnisse entwickeln, werden die Gegensätze zwischen den Classen schroffer. Auch die Bourgeoisie kommt zu ihrem Classenbewußtsein, die herrschenden Classen schließen sich zusammen, und der Organisation der Bourgeoisie, des Capitals gegenüber muß auch eine neue Organisation des Proletariats aufgerichtet werden, eine solche, die sich nicht mehr auf die guten Einfälle gescheidter Genossen verlassen muß, sondern es müssen bestimmte Normen da sein. Weder der Centralismus noch der Föderalismus in ihrer absoluten, nackten Form sind das allein seligmachende Princip, es wird eine glückliche Vereinigung der beiden Principien gefunden werden müssen. Die föderative Gestaltung ist nöthig, weil wir als die einzige Partei die Selbstständigkeit der einzelnen Individuen, die geistige Hebung bezwecken und Jedem den möglichst großen Spielraum bieten müssen. Das darf aber nie zu weit gehen, sonst bekommen wir eine socialistische Partei von Reichenberg, eine von Floridsdorf, eine von Meidling u. s. w., aber keine gemeinsam wirkende Partei, die jeden Augenblick gerüstet, schlagfertig sein muß. Das wird aber nur möglich sein, wenn wir auch dem Centralismus huldigen. Auch Dolejši und Koczka sind Centralisten, denn Centralismus ist nichts Anderes als die Einigung auf eine bestimmte Ansicht, auf ein bestimmtes Programm.

Wir werden ohne Centralismus nicht weiter kommen, weil, wenn wir nicht immer wissen, was die Gesammtpartei thun soll, wir nicht als solche auftreten können. Die Feier des ersten Mai, die von allen Genossen als ein werthvolles Mittel zur Befreiung betrachtet wird, ist der deutlichste Beweis, daß wir den Centralismus nicht entbehren können. Wir werden daher diese beiden Dinge zu vereinigen haben und es wird Aufgabe des Parteitages sein, diese Form zu finden. Ich wünsche dem Parteitage Glück. Es ist das eine sehr schwere Aufgabe. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, Vollendetes zu schaffen, sondern etwas möglichst Vollendetes. Es handelt sich da um die Cardinalfrage: Was soll das

Princip unserer Organisation sein? Es ist — und das war eigentlich der Anlaß zu einer Aenderung in der Organisation — ein Streit in der Partei entstanden, der nur deshalb so große Dimensionen annehmen konnte, weil die Anhänger des Streiters mit einer gewissen Berechtigung auf die Thatsache hinweisen konnten, daß ihnen eigentlich Niemand beweisen könne, daß sie Unrecht haben. Die Frage, wer zur Partei gehörig sei, wer und wann er ausgeschlossen werden könne, wer das Recht habe, diese Entscheidung zu treffen; die Frage, wo diese oder jene bestimmte Sache zur Entscheidung kommen könne u. s. w., ist nicht gelöst, und es geht durchaus nicht an, daß man sich die Sache so einfach macht, wie Pokorny in seinem Referat, der gesagt hat: „Die Organisation brauchen wir nicht aufzuschreiben, das ist nicht das Wichtige; das Bewußtsein eines jeden Parteigenossen ist das Wichtige". Das ist sehr schön und vielleicht auch richtig. Wir müssen aber leider mit der Thatsache rechnen, daß wir eine große Zahl von Parteigenossen haben, welche noch nicht dieses Bewußtsein haben, Leute, welche auf die haltlosesten und leersten Schlagworte irgend eines Agitators hineinfallen, Leute, die, wenn man das Wort „Corruption" ausspricht, schon glauben, einen Apostel gefunden zu haben. Das ist der Grund, daß der Streit so große Dimensionen angenommen hat. Darum ist eine Organisation nothwendig, darum müssen wir das fixiren, und das wird unsere Aufgabe sein. Wenn wir aber solche Bestimmungen fixiren wollen, wenn wir sagen wollen: Wir sind eine Partei, der und der gehört zu ihr, der und der muß ausgeschlossen werden; wir setzen eine Behörde ein, welche das zu entscheiden hat, eine weitere Behörde, welche Geld zu sammeln hat, und eine dritte Behörde, welche die ganze Partei zu leiten hat, so können wir diesem Wunsche nur dann Rechnung tragen, wenn wir darüber klar sind, ob wir diese Partei auf dem Principe der vollsten Oeffentlichkeit aufbauen oder nicht. Thun wir dies nicht, so wird die Behörde, wie sie es schon oft gethan hat, uns Geheimbundsprocesse, Chicanirungen der Genossen ohne Zahl auf den Hals werfen, wodurch unsere Organisation gefährdet wird. Es ist gar kein Zweifel, daß wir als eine Partei, die sich an die breitesten Schichten der Bevölkerung, und zwar an die unwissende Masse wendet, von der Oeffentlichkeit ganz und gar nicht Umgang nehmen können. Das mitunter recht schwer verstehende Gehirn eines Proletariers muß mit energischen Mitteln bearbeitet werden, um etwas aufzunehmen. Ihm müssen wir es wiederholt sagen, außerdem, daß wir es populär sagen. Wir brauchen dazu alle Mittel der Oeffentlichkeit, weil wir auf dem Wege eines Carbonarismus, einer Verschwörungsspielerei ohne das Licht der Oeffentlichkeit einfach nicht weiterkommen. Das Gewand dieser Spielerei ist uns heute viel zu enge geworden, es bekommt Risse, aus denen überall die mächtige Partei herausblickt. Es frägt sich freilich, bis zu welchem Grade wir die Oeffentlichkeit ausnützen. Die Genossen meinen, eine vollständige Oeffentlichkeit erlauben unsere politischen Verhältnisse nicht. Die Genossen meinen damit, daß bei uns derartige Gesetze sind, eine derartige Praxis in der Auslegung dieser Gesetze existirt, daß man eigentlich nicht weiß, was in einem bestimmten Augenblicke Recht ist und

was nicht; eine Unkenntniß, die sich nicht etwa blos auf uns unwissende und unkundige Leute, sondern auf die gesammte Bevölkerung Oesterreichs, Minister, Staatsanwälte, Richter, Polizeibeamte inbegriffen, erstreckt. Wir haben nämlich im Gegensatze zu andern Ländern an dem Uebelstande zu leiden, daß wir nicht nur Gesetze haben, die etwas sagen, sondern auch Anhängsel an diese Gesetze, Interpretationen welche diese Gesetze wieder aufheben. Wir wissen das Alle, und die Berichte, welche am zweiten Parteitage von Genossen über die Handhabung der Gesetze gebracht wurden, haben uns darüber gründlich belehrt.

Wo ein Bezirkshauptmann oder ein Statthalter die Gründung eines Vereines darum zu untersagen findet, weil er „die Nothwendigkeit der Gründung nicht einsieht", oder wo irgend ein solches behördliches Organ die Veranstaltung einer Versammlung aus dem Grunde untersagt, weil der Veranstalter in seinen Augen „ein dummer Kerl" ist, da muß man sagen, daß man von einem gesetzlichen Boden, nicht nur von einem „schwankenden", sondern überhaupt von einem gesetzlichen Boden nicht sprechen kann. Wir sind ja soweit gekommen, daß man im Stande ist, irgend eine ungesetzliche Handlung auf vollständig gesetzlichem Wege zu begründen, und der beste Beweis hiefür ist die Geschichte des Verbotes des Linzer Parteitags. Wir haben Vereins- und Versammlungsgesetze, die schlecht sind, aber es gibt in demselben eine Lücke, den § 2. Wir berufen als Staatsbürger eine Versammlung nach § 2 ein. Der Statthalter verbietet die Versammlung, obwohl er dazu nicht berechtigt ist. Er verbietet sie und hat die Macht, sie zu verbieten. Und zur Begründung dieser ungesetzlichen Handlung beruft er sich auf einige Paragraphe desselben Gesetzes. Er begründet eine ungesetzliche Handlung mit einem in Oesterreich bestehenden Gesetze. Das ist also möglich, und bezeichnend für die Thatsache ist der Umstand, daß sogar schon Universitäts-Professoren zu dem Schlusse gekommen sind, daß der Widerspruch, in dem sich die Gesetze befinden, nicht mehr den Satz aufstellen lasse, „Unkenntniß des Gesetzes entschuldigt nicht", weil Niemand wissen kann, was in einem bestimmten Falle Gesetz ist. Der werthe Genosse Auer hat am ersten Tage ein sehr richtiges Wort ausgesprochen, welches sich auf diesen Punkt bezieht; er sagte, wir werden unsere Anschauungen durchführen mit allen richtigen Mitteln, mit jenen, die wir für richtig halten. Es ist dies gerade im Munde von Genossen Auer von Wichtigkeit, weil dieser Genosse bei der Redaction gerade dieses Punktes im deutschen Programm und bei den verschiedenen Umänderungen, die es im Laufe der Zeit erfahren hat, dabei war. Wir können auch nichts Anderes thun als sagen, daß wir nur mit jenen Mitteln vorgehen, die wir für richtig halten. Und unser Programm ist gerade da in der Fassung sehr gut, wo es sagt, daß wir mit jenen Mitteln operiren, welche dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen. Die Verfasser haben sich nicht darauf eingelassen, die Details uns vorzuführen, sie haben dem Gedanken einen möglichst unbestimmten Ausdruck gegeben, und gerade diese Unbestimmtheit ist das Bestimmte, weil wir nicht wissen, was wir in jedem Augenblicke thun werden. Wir sagen einfach, daß wir die Dinge

ausnützen werden. Es wird noch ein anderer Einwand gemacht. Die Genossen sagen, wenn wir uns öffentlich organisiren als öffentlich politische Partei wie die anderen politischen Parteien, so wäre das ganz gut, und wir würden damit einverstanden sein. Aber das Wichtigste fehlt dazu, und das ist die Anerkennung. Nun ich glaube, wir haben uns nie darum gekümmert, ob sie uns anerkennen oder nicht. Aber doch hat diese Sache durch den Linzer Parteitag und durch die Entscheidung, welche vom Ministerium herabgekommen ist, eine für uns erfreuliche Wendung erfahren. Der Statthalter von Linz verbot den Parteitag, der auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes einberufen worden war, mit der Begründung, daß es einen § 6 gebe, welcher sagt: Versammlungen, welche den Staatsgesetzen zuwiderlaufen, oder welche mit einer Tagesordnung einhergehen, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören geeignet erscheinen, können verboten werden. Um das Verbot des Parteitags zu Linz möglich zu machen, hat der Statthalter die Wendung gebraucht, daß die socialdemokratische Partei eine staatsgefährliche sei, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden droht. Würde diese Anschauung wirklich vom Ministerium getheilt, so hätte der Statthalter von Linz ganz recht. Nun ist dies aber nicht geschehen.

Das Ministerium des Innern hat das Verbot des Statthalters aufgehoben mit der sehr allgemeinen Begründung, daß kein gesetzlicher Anlaß dazu vorhanden sei. Das Ministerium erklärte also, § 6 läßt sich in diesem Falle nicht anwenden, die Leute, die zusammenkommen wollten, sind nicht staatsgefährlich. Diese Handlung ist eine den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende, d. h. wir wurden als nicht staatsgefährliche Partei anerkannt. Diese Consequenz wäre nicht zu ziehen, wenn es sich um irgend eine beliebige Versammlung, aber nicht um den Parteitag gehandelt hätte. Das Ministerium hat die Thätigkeit der Partei auf dem Boden der bestehenden Gesetze als möglich anerkannt. Wenn das Ministerium unsere Partei als „staatsgefährlich" ansehen würde, würde es die Verantwortung, einer solchen Partei einen Congreß bewilligt zu haben, nicht vor dem Parlament, noch vor dem Thron, noch vor der eigenen Angst übernommen haben. Es kann vielleicht morgen eine gegentheilige Entscheidung erfließen, aber bis zu dieser Entscheidung sind wir als politische Partei anerkannt. Das ist keine juristische Spintisirerei, sondern entspricht den Thatsachen. Als politische Partei müssen wir uns öffentlich organisiren wie irgend eine andere Partei, eine Parteileitung und Vertrauensmänner wählen. Die polnischen Delegirten beweisen, was wir vom öffentlichen Auftreten zu erwarten haben. Sie haben unter den sklavenartigen Verhältnissen Galiziens als oberstes Princip die Oeffentlichkeit hingestellt, und nur wo ihnen jeder andere Boden entzogen war, begannen sie sich anders zu organisiren. Trotz dieser Verhältnisse sind die Polen hier in imponirender Anzahl vertreten, und das lehrt uns, daß auch wir mit den Behörden fertig werden können. Wir müssen die Behörden immer mehr daran gewöhnen, uns arbeiten zu lassen wie andere Parteien. Je energischer wir sind, desto nachgiebiger werden die Behörden, je nachgiebiger wir sind, desto unverschämter werden

die Behörden uns gegenüber. Ein drastisches Beispiel bietet die Episode vom slavischen Studenten-Congresse, welcher einfach aufgelöst wurde, weil man sah, daß man es hier mit naiven, weniger gesetzeskundigen Leuten zu thun hatte. Es wurde auch die Frage des Geheimbunds aufgeworfen. Es wurden Leute wegen Geheimbunds angeklagt, weil sie eine Arbeiterzeitung abonnirt hatten. Wenn die nicht sicher waren, werden auch wir nie sicher sein, und wenn ein Ausnahmszustand proclamirt wird, dann kann auch die größte Vorsicht und klügste Haltung dies nicht verhindern.

Abgesehen davon ist es einer der dümmsten Widersprüche, wenn man Jemanden, der ganz öffentlich sich organisirt, eines Geheimbundes beschuldigt. Den Gipfelpunkt dieser Dummheit scheint man in Galizien erreicht zu haben. Ich verweise nur darauf, wie Genosse Daszynski bei seiner Rückkunft vom polnischen Congresse wegen Geheimbündelei angeklagt wurde.

Es wäre unsere Aufgabe, die Competenz festzustellen. Die Provinzgenossen müssen erklären, ob sie diese ganz lockere Organisation wollen. Selbst die Polen, für welche eine Separat-Organisation am wichtigsten ist, haben bekundet, daß auch sie dem Gedanken einer kräftigen Zusammenfassung durch eine Organisation nicht entgegentreten. Wir werden feststellen müssen, wer hereingehört, wer das zu entscheiden hat u. s. w. Wir brauchen uns nicht darum zu kümmern, daß diese neun, die an der Spitze stehen, chicanirt werden. Das sind keine Gründe, warum wir eine feste Organisation, wenn wir sie nothwendig haben, nicht aufbauen sollen.

Redner wendet sich gegen die Behauptung Pokorny's, als ob die zehn am letzten Parteitage gefaßten Beschlüsse vollkommen klar gewesen wären. Wäre dies der Fall gewesen, so hätten wir uns nicht zwei Tage mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Die Punkte waren eben nicht klar. Halten Sie sich vor Augen, daß auch Andere auf uns schauen. Die Aeußerungen unserer Gegner sind als Symptome bemerkenswerth. Wenn sie sich freuen, so müssen wir uns an der Nase packen, ob wir nicht eine Dummheit gemacht haben. Wenn sie sich ärgern, ist Alles in Ordnung. Es ist erst jüngst in der „Deutschen Zeitung" ein niedriger und gemeiner Artikel erschienen.

Genossen! Thun Sie diesen Leuten nicht die Freude, daß, wenn der Parteitag zu Ende geht, wir etwa nicht geeinigt dastehen. Die Opposition ist bereits besänftigt, diese Leuengemüther sind von ihrer Wildheit zurückgekehrt. Wie stark auch die Meinungsverschiedenheiten sein mögen, sie dürfen nicht so stark sein, unsere endliche Einigung zu verhindern. Eine gewisse Nachgiebigkeit wird nothwendig sein, und wenn Sie in diesem Sinne gemeinsam an's Werk schreiten, bin ich überzeugt, daß wir eine vollkommen feste, gute, zu keiner Befürchtung Anlaß und Grund gebende Organisation schaffen können. (Bravo! Bravo!)

Genosse Bonupf hält den in Verhandlung stehenden Punkt für den wichtigsten, da auf diesem Gebiete der Anlaß zur Bildung von Fractionen gelegen sei. Redner will über den wahren Grund der Zwistig-

keiten Aufschluß geben. Man dürfe die Person mit der Sache nicht verquicken, wie dies bis jetzt immer geschehen sei.

Der erste Anstoß war das von Franz Schuhmeier verfaßte Pamphlet. Dies habe die meisten Provinzgenossen empört. Sie werden selbst zugeben — sagt Redner — daß es ein Fehler war. (Oho!) Auch von Seite der „Volkspresse" sind Fehler geschehen, weil wieder Einzelne ihre eigene Persönlichkeit in's Spiel gebracht haben. Eine Anzahl von Genossen hat damals eine Sitzung abgehalten. Wir haben uns damals gesagt: Es ist Verschiedenes in der Partei, was wir bekritteln müssen; das soll aber auf sachliche Weise geschehen und dazu brauchen wir die Presse. Wir brauchen die „Volkspresse" und es ist schändlich, daß sie boycottirt wird; wir wollen die „Volkspresse" aufrechthalten und nicht Hanser und Heimann. Zu diesem Zwecke bin ich als Redacteur der „Volkspresse" gewählt worden. Ich habe die Wahl angenommen, obwohl ich wußte, daß ich als Strohmann werde bezeichnet werden. Mir ist manchmal das Blut in's Gesicht gestiegen, aber ich habe im Interesse der Sache geschwiegen. Als Redacteur der „Volkspresse" wurde ich vor den Fünfzehner-Ausschuß geladen und gefragt, ob ich in den Rahmen der Partei hinein will. Ich habe erklärt, daß mir dieser Rahmen zu eng ist, daß ich aber socialistisch denke und fühle und die „Volkspresse" streng sachlich halten und zurücktreten werde, wenn irgend eine Persönlichkeit zu großen Einfluß gewinnt. Man war der Meinung, daß Dr. Elbogen die „Volkspresse" als Privatorgan benützt, wie man andererseits der Meinung war, daß die „Arbeiter-Zeitung" von Dr. Adler als Privatorgan benützt werde. Um der Opposition den sachlichen Charakter zu wahren, habe ich über Aufforderung der „Arbeiter-Zeitung" Organisationsartikel gebracht. Was wir nicht für gut halten, habe ich bekrittelt. Ich habe einen warmen Appell an alle Parteiblätter in Oesterreich gerichtet, sie möchten sich daran betheiligen, damit wir eine öffentliche Discussion über diese Angelegenheit einleiten können. Leider hat kein Blatt — mit alleiniger Ausnahme einer Brünner Zeitung — dem Folge geleistet.

Ich habe stets die ganze „Volkspresse" gelesen und alle persönlichen Ausdrücke entfernt. Leider haben sich auch Fachorgane hineingemischt und ganz persönliche Angriffe gemacht, so die „Bäcker-Zeitung" und — was ich ihr nie vergessen werde — die Zeitung der Buchdrucker.

Es haben Sitzungen von Fachvereinen stattgefunden, die der „Volkspresse" ebenso ferustanden wie der „Arbeiter-Zeitung", zu welchen die „Arbeiter-Zeitung", die „Volkstribüne" und die „Volkspresse" geladen wurden. Ich allein bin erschienen. Man hat mir gesagt: Ihr zerstört uns durch Euer Treiben die Organisation. Warum macht Ihr Opposition?

Es herrscht in Oesterreich ein System, das wir uns durchaus nicht aufoctroyiren lassen wollten. Die tüchtigsten Kräfte wurden concentrirt. Es wurden je ein oder zwei Männer in den Redactionen der Zeitungen angestellt, die über ganz Oesterreich verbreitet waren. In diesen Redactionen waren die tonangebenden Personen, die ihre Weisungen wieder von Wien erhielten. Können wir damit zufrieden sein, Genossen?

Ich glaube nicht. Nach meiner Meinung soll eine Redaction nur ihre redactionellen und administrativen Arbeiten besorgen, aber sie soll nicht den Centralpunkt einer Provinz bilden. Gegen diese Centralisation müssen wir ankämpfen. Sie kam auch darin zum Ausdruck, daß die Redactionen den Parteitag einberufen haben. Dazu wären eher die politischen Vereine berechtigt gewesen. Das ist ein Krebsschaden für die Partei.

Redner bemerkt noch, er wisse nicht, warum Heimann, den er wie Hanser als seinen Freund betrachte, ausgeschlossen worden sei und sagt dann:

Ich bin von der Redaction der „Volkspresse" zurückgetreten, weil gerade das, wogegen wir Stellung genommen haben, in der „Volkspresse" sich auch abgespielt hat. Hanser und Heimann hatten alle Gewalt. Wenn alle Macht sich in den Redactionen centralisirt, dann ist es nicht anders möglich, als daß die Angestellten dieser Redaction die ganze Gewalt in der Hand haben.

Meine Ansicht ist die, daß, wenn Leute an der Spitze stehen, dies nur deshalb der Fall ist, damit Sie die Meinung aller Genossen zum Ausdruck bringen und nicht deshalb, damit Sie allen anderen Genossen ihre Meinung aufoctroyiren. Ich will ja nicht sagen, daß sie unehrlich gehandelt hätten. Ich sage: Wenn in Oesterreich ein Centralismus besteht, und an der Spitze Dr. Adler steht, so glaube ich, er ist ein ehrlicher Mensch, er meint es ganz gut mit der Partei, er will leisten, was er im Stande ist. Aber kann ein einzelner Mensch die Verantwortung für die ganze Partei auf sich nehmen? Ich glaube, das kann Niemand. Wie unsere politischen Verhältnisse heute sind, hat die Polizei sehr leichtes Spiel mit uns. Sie kann in Folge dieser Centralisation die ganze Organisation vielleicht auf Jahre hinaus zu Grunde richten. Würde der Schwerpunkt in den politischen Vereinen und anderen Organisationen liegen, so wäre dies nicht der Fall, die Polizei könnte das nicht so genau übersehen. Diese Gruppe, welche sich heute als „unabhängig" erklärt hat, kämpft nicht gegen Sie, aber sie stellt sich ganz frei und unabhängig gegenüber diesem Principe, welches in Folge der Centralisation durch die Redactionen vertreten wird. Der Centralismus hat vielleicht manches Gute geschaffen, z. B. durch die Gründung des Unterrichtsverbandes. Das aber hat zur Folge, daß sich alle Vereine jetzt nur auf diesen Verband verlassen, und ihre Redner von dort verlangen. Niemand betheiligt sich mehr an der Debatte. Diese „Unabhängigen" sind mit denen in Deutschland *nicht* identisch!

Es ist an Ihnen, Genossen aus der Provinz, zu entscheiden, ob Sie mit ehrlichem Gewissen dieses System, das sich auf die Redactionen stützt, anerkennen können oder nicht. (Bravo!)

Genosse *Bruckner* sen. (Wien): Wir haben uns mit der Organisation, wie sie bis jetzt bestanden hat, nicht einverstanden erklären können. Die Genossen verlassen sich auf Einzelne, welche den Tact in der Partei angeben, und wie dort gepfiffen wird, muß getanzt werden. Wir wollen diese Mißwirthschaft nicht weiter andauern lassen. Wir wollen das Denken in die Genossen hineinbringen. In der Centralisation aber wird

das nie geschaffen werden. Wenn die Arbeiter föderalistisch organisirt sind, so werden ihnen die Mittel und die Fähigkeiten geboten, sich selbst klar zu werden, sie brauchen keinen Dictator. Sie werden vielleicht sagen, das ist nicht vernünftig, es ist Theorie. Wie viel Theorien haben wir gehabt, die verworfen wurden und jetzt anerkannt werden? Wenn die „Föderalisten" und die „Unabhängigen" sagen, wir wollen zuerst die wirthschaftlichen Fragen erörtern, so ist das richtig. Von den Provinzgenossen wurde betont, die Leute würden willig Alles thun, aber es fehlen die materiellen Mittel. Aber nützen uns die politischen Rechte etwas, wenn wir wirthschaftlich zu Grunde gehen? Beweisend dafür ist, daß die Provinzgenossen sich nicht organisiren können, weil sie die Mittel nicht haben. Wenn die wirthschaftlichen Fragen gelöst werden, dann können auch die politischen gelöst werden. Was nützt das allgemeine Wahlrecht, wenn das Volk dabei zu Grunde geht? Zuerst muß die Magenfrage gelöst werden. Deshalb haben die „Unabhängigen" erklärt, als erste Forderung die wirthschaftlichen Fragen auf die Tagesordnung zu stellen. Wir kämpfen, wie sie, gegen die Capitalsmacht, aber wir glauben auf unserem Weg besser zum Ziele zu gelangen. Wir sind nicht Gegner und werden einen gemeinschaftlichen Kampf gegen unseren Feind führen, nur die Wege sind verschieden. Wir wollen das Gruppensystem einführen, welches von großer Tragweite ist. Wo in Folge der Verhältnisse keine Vereine sich gründen können, dort müssen sich Gruppen bilden. Diese Gruppen können sich selbst constituiren und dann durch ihre Vertreter zusammentreten.

Genosse Richter (Mähr.-Schönberg) bespricht zunächst die Organisation von Mähr.-Schönberg. In erster Linie gehört zur Organisation Geld. Es ist nun im Organisations-Entwurf der Wiener Genossen eine Stelle, welche lautet, daß die Organisation und die Agitation im Kronlande Aufgabe der Landes-Organisation ist. „Gleichzeitig hat die Landes-Organisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirks-Organisationen möglichst regelmäßige freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden." Und zwar soll die Hälfte der eingelaufenen Beiträge an die Landes-Organisation abgeliefert werden. Das geht nun nicht an, daß wir die Hälfte unserer Agitationsgelder nach Brünn schicken, denn wir haben dann kein Geld zur Agitation. Ich glaube, daß dieser Punkt wohl geändert werden könnte, und zwar so, daß von den freiwilligen Agitationsgeldern, welche in der Bezirks-Organisation einlaufen, ein Theil an das Landes-Comité abgeliefert werde, aber die Höhe der Beiträge möge von der Bezirks-Organisation selbst bestimmt werden.

Die Bezirks-Organisation macht eine Landes-Organisation nothwendig; denn Angelegenheiten, die das ganze Land betreffen, müssen wir auch behandeln. Es heißt weiter, die Gelder, welche in die Landes-Organisation einlaufen, bleiben zur Hälfte darin und die andere Hälfte geht nach der Centralstelle. Aber die Landes-Organisation braucht ebenfalls Geld. Ich glaube, daß auch hier eine gleiche Abänderung getroffen werden kann.

Nun etwas gegen die Opposition. Wenn wir uns auf die politischen Vereine verlassen und dieselben zur Grundlage unserer Organi-

sation machen, dann werden die Vereine ganz einfach aufgelöst, und dann ist die ganze Organisation vernichtet. Das ist aber bei einer localen und Bezirks-Organisation nicht möglich. Diese kann nicht aufgelöst werden, da können wir uns immer verständigen. Und diese empfehle ich Ihnen an.

Genosse Grosse (Wien): Es wurde über zwei Organisationsformen, Centralismus und Föderalismus gesprochen. Wir wissen aus der Praxis, daß sich beide Systeme ergänzen mußten. Die Bezirks-Organisationen waren mangelhaft und müssen nun auf dem Vertrauensmänner-System ausgebildet werden. Ich glaube, wir sollen unsere Organisation so einrichten wie der Entwurf der Wiener Genossen anempfiehlt, den ich Ihnen nun vorlege. (Siehe Schlußwort Pokorny's Seite 140 u. ff.)

Dr. Ellenbogen meint, unsere Organisation muß eine ganz öffentliche sein. Schon der eine Umstand, daß die Organisation auf dem Vertrauensmänner-System aufgebaut wird, macht die vollständige Oeffentlichkeit unmöglich. Sein Entwurf in der „Volkstribüne" ist nicht auf Grund reichlicher Erfahrungen gemacht.

Die Parteileitung hat längst schon erkannt, wie schlimm es mit den Geldern steht. Die Agitationsmittel sind sehr spärlich, so daß es des größten Aufwandes von Willenskraft und Opfern bedarf, um etwas machen zu können. In Hainfeld sagten wir, es ist nothwendig, daß regelmäßige Beiträge beigesteuert werden und beschlossen die Gründung einer Monatsschrift. Diese sollte dazu dienen, die Geldmittel für die Partei aufzubringen. Sie wurde gegründet, hatte aber ein Deficit von monatlich fl. 100, und daran scheiterte sie. Es ist aber nothwendig, daß wir zu einem System regelmäßiger Beiträge schreiten.

Wir wollen eine Trennung der gewerkschaftlichen Organisation von der politischen durchführen und so ist es nothwendig, daß wir die politische Organisation unterstützen durch Gründung von politischen Vereinen. Dr. Ellenbogen meint, wenn wir Alles klipp und klar sagen, so werden wir eine anerkannte politische Partei. Wir werden aber eine anerkannte politische Partei nur dadurch, daß wir eine Macht sind, vermöge unseres Anhanges und unserer Ideen. Wir brauchen keine Anerkennung von der Regierung, wir bestehen einfach. Wir wollen in's Volk gehen, auch den Bauernstand und den Mittelstand müssen wir zu überzeugen suchen von den ungesunden Zuständen der anderen politischen Parteien. Um in diese Kreise zu dringen, konnte es nichts Anderes geben als die Gründung von politischen Vereinen. Aber wir gründen socialdemokratische politische Vereine. So reichten wir die Statuten eines politischen Vereines ein mit dem Titel: „Socialdemokratischer Wahlverein." Diese Bezeichnung halten wir für nothwendig, denn wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, wer wir sind. Auch wollten wir wissen, wie sich die Regierung dazu verhält. Der Verein wurde verboten. Ich habe aber recurrirt, und dem Recurse wurde Folge gegeben. Wir sind also als socialdemokratische Partei „anerkannt". Ich habe das vorgebracht, damit Sie den Fortschritt in der Stellung der Regierung uns gegenüber erkennen.

Ich bitte Sie nun, den Entwurf der Wiener Genossen anzunehmen und die Mittel aufzubringen, die wir brauchen, um die Organisation überall durchzuführen und erfolgreiche Agitation zu entfalten.

Antrag auf „Schluß der Rednerliste" wird angenommen.

Genosse Adler (Wien): Wenn wir über unsere Organisation hier etwas beschließen wollen, so müssen wir uns vor Augen halten, wie unsere Organisation bis jetzt ausgesehen und warum sie so ausgesehen. Ich glaube, daß Niemand unter uns — die „Unabhängigen" miteingeschlossen — meint, daß eine Organisation für die Partei nicht nothwendig ist. Ein Unterschied würde höchstens in dem Punkte bestehen, ob sie etwas geschlossener und zusammengefaßter oder etwas loser sein solle. Ein Unterschied, welcher so individuell ist, daß man nicht alle Wünsche befriedigen kann, weil sich immer Einer finden wird, der eine andere Nuance aufweist. Mich haben gerade die Ausführungen von Genossen Bonupf darin bekräftigt, daß das, was wir wollen und was Ihnen von den Wiener Genossen vorgelegt wurde, im Allgemeinen richtig ist. Gerade Bonupf hat auseinandergesetzt, daß sich die ganze Opposition nur dagegen richtet, daß die Redactionen alle Macht in den Händen haben. Gerade dieser Einfluß in der Organisation, welcher heute von den Redactionen ausgeht, soll nun beseitigt werden. Ja, warum war er denn bisher vorhanden? Als wir in Hainfeld beisammen waren, konnten wir Ihnen nicht berichten von Gründungen von socialdemokratischen Wahlvereinen, von einem aufgehobenen Verbot eines Parteitags. Wir konnten Ihnen nicht einmal erzählen, was heute officiell festgestellt ist, daß alle anderen Parteien eine Organisation haben, welche officiell anerkannt ist und welcher man nichts in den Weg legt. In Hainfeld mußten wir suchen, etwas zu machen, was die Organisation möglichst wenig in Gefahr bringt, aber sie doch ermöglicht. Da haben wir gesagt, die Redactionen sind die Stützpunkte unserer Organisation. Das ist in Hainfeld ausgesprochen worden nicht als etwas Neues. Es war einfach die Constatirung eines Zustandes. In allen Zeiten, wo es eine geeinigte Partei gegeben hat, waren die Redactionen die einzigen Punkte, wo alle Fäden zusammengelaufen sind. Wir haben uns dieser Krücke durch Jahre bedient; wir haben selbst gefühlt, und zwar Jeder von uns, daß das sehr viel gegen sich hat. Aber es war uns nicht anders möglich. Heute glauben wir — und das bezweckt ja der von den Wienern gestellte Antrag — daß die Redactionen ihr Amt als Centralpunkt in der Organisation niederlegen sollen, daß eine Organisation, gegründet auf Vertrauensmännern, neu geschaffen werden soll.

Ich komme auf Einzelnheiten möglichst wenig zurück. Ob Jemand glaubt, daß z. B. die „Arbeiter-Zeitung" mein Privatorgan sei, oder ob er es nicht glaubt, ist gleichgiltig. Ich glaube, daß die Genossen, die das Blatt lesen, ganz gut wissen, ob es im Dienste der Socialdemokratie oder einer einzelnen Person steht.

Aber es wird vorgeschlagen, vor Allem die politischen Vereine in die Organisation einzubeziehen. Dabei bemerke ich, daß wir zu rechnen haben mit dem Vereinsgesetz und mit dem Strafgesetz. Politische Vereine können

untereinander nicht in Verbindung treten. Sie sind unmöglich als Glieder einer Organisation. Sie sind Producte der Organisation und die Mitglieder dieser Vereine können für die Organisation allerhand machen, und wenn diese Vereine ein und derselben Partei angehören, werden sie in derselben Richtung marschiren. Aber sie officiell in die Organisation einzubeziehen ist unmöglich, ohne daß diese Vereine sofort aufgelöst werden. Wir können daher von politischen Vereinen im Zusammenhange mit der Organisation nicht weiter sprechen, als daß wir sagen: Die Frucht unserer Organisation muß sein, möglichst viel politische Vereine zu haben. Aber sonst haben sie weiter mit der Organisation nichts zu thun.

Wir müssen uns aber auch vor dem Strafgesetze hüten, und da komme ich zur Geheimbündelei. Niemand geht öffentlicher vor und mit mehr Lärm in die Oeffentlichkeit hinaus als wir. Das nützt uns aber nichts. Wir laufen immer Gefahr, der Geheimbündelei angeklagt zu werden.

Ich gestehe Ihnen offen, ich halte den österreichischen Rechtsboden nicht für so sicher, daß wir uns etwas erlauben dürfen, was andere Parteien ungescheut thun. Ich weiß nicht, ob nicht dieser Ausschuß für die Gesammtpartei, wenn Sie ihn heute beschließen, demnächst unter irgend einem Vorwande wird zusammengefangen werden. Deshalb haben wir bisher darauf verzichtet; aber nach meiner Ueberzeugung ist dieser Gesammtausschuß heute nothwendig, und deshalb wollen wir ihn schaffen; diejenigen, die darin sein werden, setzen sich eben der eventuellen Gefahr aus, nicht von Seite des Gesetzes, sondern von Seite der Ungesetzlichkeit, die wir weit mehr zu fürchten haben. (Sehr richtig!) Wir konnten früher einen solchen Proceß nicht riskiren. Heute können wir sagen, daß, wenn sie die Spitzen unserer Organisation alle einsperren, die Organisation höchstens um eine Woche aufgehalten wird, weil hinter uns Hunderte von Leuten sind, die unsere Sache sofort wieder aufnehmen. (Lebhafter Beifall.) Deshalb können wir heute einen Schritt weiter machen und uns eine Organisation geben, wie es alle anderen Parteien thun. Wenn man dann gegen uns vorgehen wird, wird es nichts nützen. Man ist mit uns nicht fertig geworden als wir noch schwächer waren, jetzt erst recht nicht. Es wurde viel von Unabhängigkeit gesprochen. Wenn das, was Bonupf und Brückner hier erzählt haben, „Unabhängigkeit" ist, dann lasse ich mich auch einschreiben. Ich bin auch unabhängig, wir Alle sind unabhängig. Wir wollen von Niemandem abhängig sein. Ich begreife nur Eines nicht, warum kein Provinzgenosse kommt und fragt, wo die Leute sind, „welche springen, wenn in Wien getrommelt wird", daß kein Provinzgenosse sagt: „Wir lassen uns den Vorwurf nicht gefallen." Ich rufe Sie, Provinzgenossen, auf! Haben Sie jemals von einer Dictatur etwas verspürt, um diesen Ausdruck zu gebrauchen? Und wenn der Versuch von irgend Jemandem gemacht worden wäre, hätten Sie es sich gefallen lassen? Wenn es eine Dictatur gibt, so sind niemals die Dictatoren dafür verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, die sich den Dictator gefallen lassen. (Bravo!) Die Partei-

vertretung, das sind Ihre Beauftragten, das sind die Leute, die Ihre Beschlüsse auszuführen haben, und daß es solche Leute geben muß, weiß Jeder, der die Verhältnisse einer Partei näher kennt. Man spr cht so viel von Selbstständigkeit. Wir würden sehr wünschen, daß die Genossen selbstständig w ä r e n. In den Orten, wo zwei oder drei Genossen sind, welche Initiative, Energie und Opferwilligkeit haben, dort haben wir eine Organisation, und wo wir diese Genossen nicht haben, dort haben wir keine. Ich rufe die Wiener Genossen auf, zu sagen, wie es hier in den Branchen steht.

In jeder Fabrik kommt es immer darauf an, daß wir einen Genossen haben, der sich das Vertrauen der anderen erobert. Darauf wollen wir unsere Organisation aufbauen. Eine etwas kitzliche Frage ist die Geldfrage. Der Genosse R i c h t e r hat mit Bezug auf die Bestimmung, daß die Provinzgenossen die Hälfte der Gelder nach Wien abführen sollen, gemeint, daß das nicht gehen wird. Es sei dies schon früher beschlossen worden und wir hätten nichts gekriegt. Das stimmt. Wenn wir das in der schroffen Form hinstellen, werden wir auch weiter nichts kriegen. (K i e s e w e t t e r: Richtig!) Reichenberg bestätigt es. (Heiterkeit.) Erst muß die Organisation so weit voran sein und das Urtheil über die Nothwendigkeit tiefer Wurzel gefaßt haben. Wir haben Organisationsbezirke, wie Nordböhmen, Theile von Mähren und in den Alpenländern, welche sagen: Wir verlangen nichts von Wien, schicken aber auch nichts nach Wien. Die meisten verlangen von Wien, schicken aber nichts nach Wien. Die Wiener Organisation — das werden Sie anerkennen müssen — ist immer in aufopferndster Weise für die Bedürfnisse der Provinz mit aufgekommen. Wenn Sie hören, daß es ganze Provinzen gibt, wo vorläufig noch gar nichts ist, denken Sie an Krain, an Südtirol, an Theile von Schlesien, an die Bergarbeiter-Organisation, so werden Sie zugeben, daß diese Leute heute aus sich heraus nicht in der Lage sind, etwas zu thun. Nun kommt jede Landes-Organisation nach Wien und verlangt von uns Geld! Woher sollen wir es nehmen?

Die Wiener thun, was sie können, aber für alle Provinzen aufzukommen, ist Wien allein nicht möglich. Da müssen die Genossen von allen Orten tragen. Aber Redensarten nützen nichts. Die Genossen wollen so viel Geld, um ihre Blätter weiter zu führen, um die Agitation zu betreiben, und wenn wir es ihnen nicht bieten, so geht es nicht weiter. Diese Gelder m ü s s e n Sie uns geben. Wir brauchen das, was von der Provinz hereinkommt, doch nicht in Wien, wir brauchen es in der Provinz unter Ihrer Controle, um mehr zu leisten als bisher. Gewiß ist wahr, wenn Sie Jemand einsetzen, ihn beauftragen und auch noch Geld in die Hand geben, so geben Sie ihm eine Macht. Aber wer sich fürchtet vor dieser Macht, der fürchtet eigentlich die Ohnmacht, die er selbst hat. Fragen Sie einmal eine Organisation, die ordentlich beisammen ist, ob die sich vor Wien fürchtet. Gewiß einzelne Leute, die selbst nichts zu Wege bringen, die unfähig sind, vernünftig zu organisiren, die wünschen, daß man ihnen Alles fertig hinstelle, die wissen sich auf nichts Anderes auszureden, als daß ihre „Selbstständigkeit beschränkt" wird. Platz ist

genug für jeden Einzelnen, der etwas machen will, für jede Organisation. Und diese Art der Organisation, die wir Ihnen vorschlagen, wird Niemand behindern, das Aeußerste für die Partei zu thun. Es wurde gesagt, wenn Wien in's große Horn stoße, so müssen die Provinzen nach. Nun, Wien ist entschieden das Zifferblatt für's Reich, Wien ist das Anzeichen dafür, wie mächtig sich die Partei entwickelt. Das ist ganz sicher, und wie wieder Leben in die Partei hineingekommen ist, hat man es in Wien am meisten gespürt. Und es wäre ein Wahnsinn, wenn wir nicht hier in Wien uns verpflichtet fühlen sollten, allen Anderen voranzugehen. Localpatriotismus haben wir nicht, haben wir doch hier in Wien Leute aus allen Provinzen. Wir haben die meiste Arbeit, wir sind hier der Verwaltung nahe; wir fühlen uns verpflichtet, so rasch als möglich vorzugehen; die Provinzen haben sich noch nicht darüber beklagt, daß es zu rasch geschehen sei. Aber die Provinz wird deshalb nicht unterdrückt, und wenn ein solcher Versuch gemacht würde, so würde sie sich es einfach nicht gefallen lassen. Wenn Sie einen Partei-Ausschuß einsetzen, so werden Sie nichts Anderes gemacht haben, als daß Sie Leute wählen, die eine schwere Verantwortung übernehmen. Ein Redner hat gesagt, Dr. Adler kann nicht die ganze Verantwortung für die Partei übernehmen. Das fällt mir auch nicht ein und nicht der Partei, mir sie zu überlassen. Aber es gibt eine ganze Reihe von Fällen, wo schnell ein Entschluß gefaßt werden muß, wo man nicht gleich einen Parteitag einberufen kann. Und für diese Fälle muß vorgesorgt werden. In diesem Sinne werden Sie vielleicht die Organisation annehmen. Nur gegen einen Punkt muß ich mich wenden: „Ein Parteitag darf nur dann einberufen werden, wenn die Majorität der Provinzen sich dafür erklärt." Ich halte dies für eine allzugroße Einschränkung. Ich meine, wenn eine geringere Zahl sich für die Einberufung erklärt, so muß er einberufen werden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Bonupf (Wien), Berichtigung: Ich habe nicht gesagt, daß ich das Heil der Organisation in Gründung von politischen Vereinen sehe. Ich sage, daß von den Provinzen so viele politische Vereine gegründet werden sollen, daß die eigentliche Abhängigkeit von Wien entfällt, weil die politischen Tagesfragen selbstständig erörtert werden können.

Schluß der Sitzung halb 1 Uhr.

Die Sitzung wird um $^3/_4$3 Uhr Nachmittags wieder eröffnet.

Genosse Zinburg (Brünn): Wir hätten nicht auf die Aufforderung Adler's gewartet, um die Vorwürfe der Majorisirung der Provinzen zurückzuweisen. Die Klage über einen „Parteipapst" ist ganz belanglos. Wir sind ja keine Hampelmänner, wir lassen uns von Niemanden am Gängelbande führen. Wir hatten nie Ursache gegen die „Arbeiter-Zeitung" Stellung zu nehmen. Wir müssen betreffs der Organisation den Schwerpunkt auf die politische Organisation verlegen. Wenn wir den politischen Classenkampf als etwas Minderwerthiges betrachten, kommen wir dahin, wo die englischen Trade-Unionisten waren, die heute, nachdem sie durch Selbsthilfe ihre Organisationen aufbauten und auch Erfolge erreichten, einsehen, daß sie auch in den politischen Kampf eintreten müssen. Die

gewerkschaftliche Bewegung ist das Waffenarsenal für die politische. (Bravo!) Redner plaidirt schließlich für die Einführung der Wahlen von Vertrauensmännern in den einzelnen Provinzen.

Genosse Wildner: Wir haben die Ansicht, die Parteileitung hätte sich einer Control-Commission zu unterwerfen, und haben Redactionen nie als unsere Dirigenten betrachtet. Betreffs der Organisation stelle ich den Antrag: „Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirks-Organisation entscheidet die Bezirks-Conferenz; doch ist es der Landes-Conferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie auch der Parteitag Beschlüsse der Landes-Conferenzen aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung haben die Beschlüsse allgemeine Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung der Bezirks-Conferenz die Landes-Conferenz und auch ohne diese der Parteitag diesbezügliche Beschlüsse fassen, d. h. alle Angelegenheiten verhandeln."

Genosse Notzar (Graz) constatirt, daß die Genossen in Steiermark nie die Wiener gefragt haben, wenn sie organisirt haben, oder ob sie etwas thun dürfen.

Genosse Roscher (Reichenberg): Wir haben es nicht allein mit unserem Wünschen und Wollen, sondern mit den österreichischen Zuständen und Gesetzen zu thun. Unter allen Umständen ist es eine gefährliche Sache in Oesterreich, daß man auf der einen Seite sagt, wir wollen öffentlich sein und auf der anderen Seite etwas ausarbeitet, was die Behörden und die Regierung benützen können, um die ganze Partei beim Kopf zu nehmen. Gegenüber Dr. Ellenbogen glaube ich, daß die Aufhebung des Verbotes des Congresses nicht die Organisation, sondern speciell die § 2-Versammlung betraf. Es ist unmöglich, in einer einzelnen Provinz Maßregel für andere Bezirke aufzustellen. Das Vertrauensmänner-System ist auch kein so feststehendes. Ein Parteivorstand, oder wie es heißt, ist auch keine Garantie dafür, daß keine Dummheiten gemacht werden, vielleicht das Gegentheil, weil den Einzelnen größerer Spielraum gelassen wird. Solange wir nicht eine enggegliederte Organisation haben wie in Deutschland, ist es schwer, so etwas durchzuführen. In Oesterreich ist es sehr unklug, eine solche Organisation zu schmieden, daß man uns durch das ganze Land verfolgen kann. Wir glauben, mit den vorjährigen Bestimmungen durchzukommen. Wir können auch nicht die Hälfte der Einnahmen wegschicken, wir werden aber immer für gemeinsame Zwecke etwas übrig haben. Ich kann für diesen Entwurf nicht stimmen. Wir in Böhmen haben uns nie von den Wienern beeinflussen lassen. Bei gewissen Fragen haben wir eben unsere Meinungen ausgetauscht.

Genosse Daszynski (Lemberg): Wir erklären, daß wir keine Dictatur in der Partei gespürt haben, wir sind stets seitens der Wiener Genossen wohlwollend behandelt worden. Die polnischen Delegirten sind mit dem Wiener Entwurf im Allgemeinen einverstanden. Wir sind Gegner der Excesse der Individualität; wir gehören zur socialdemokratischen

Partei, deren Grundsätze auf Socialisirung, auf Vergesellschaftung, auf Harmonie des gesellschaftlichen Lebens gerichtet sind. Betreffs der Organisationen müssen wir in Galizien einstweilen dabei bleiben, den Redactionen die alte Rolle zu erhalten, da unsere Vertrauensleute, wenn sie bekannt würden, in drei Tagen aus ihrem Ort abgeschoben würden. Weiter wünschen wir, daß die Agitationsrayons nicht genau nach administrativen Grenzen gezeichnet werden, sondern daß auch Sprachrayons berücksichtigt werden. In Orten, wo Sprachminderheiten bestehen, sollen auch Arbeitervereine mit der Sprache der Minderheiten gegründet werden. Wir befürchten nicht, daß wir deshalb als nationale Partei aufgefaßt werden. Wir sind im vollsten Sinne des Wortes eine internationale Partei. Ich verlese Ihnen folgende Resolution der polnischen Delegirten:

„Die polnischen Delegirten anerkennen die Nothwendigkeit der Organisation der österreichischen Socialdemokratie im Sinne des Antrages der Wiener Genossen und erblicken darin eine Garantie der fortschreitenden Entwicklung der Partei; gleichzeitig geben wir die Erklärung, daß wir in Ansehung der exceptionellen Stellung unseres Landes, dessen politische Abgrenzung den factischen und sprachlichen Verhältnissen nicht entspricht, weiter in Rücksicht auf die außerhalb der Grenzen des Reiches lebenden und theilweise auf unsere Hilfe angewiesenen Stammesbrüder uns auch in die österreichische Organisation nicht so fügen können, wie es beiderseits wünschenswerth wäre, und wie es die Genossen anderer Nationen thun können und thun. Insoferne es diese unsere im Interesse des internationalen Proletariats gelegene Stellung zuläßt, erklären wir, im Rahmen des Programms und der Organisation mit den österreichischen Genossen Schulter an Schulter im Sinne unserer gemeinschaftlichen Ziele zu kämpfen." (Bravo! Bravo!)

Genosse Franz Wagner (Asch) schließt sich im Allgemeinen den Ausführungen Roscher's an. Er beschwert sich darüber, daß die Provinzgenossen nicht so sehr zum Worte gelangen als die Wiener Genossen (lebhafter Widerspruch), und fährt fort: Im Namen der westböhmischen Genossen erkläre ich, daß sie nie von Wien commandirt worden sind und sich nie werden commandiren lassen. Wir haben von Wien nur die Presse, allerdings das beste Mittel; alles Andere müssen wir selbst machen. Unsere Mittel sind sehr schwach, aber wir sind sehr opferwillig und thun jederzeit unsere Pflicht und Schuldigkeit. Wir können nicht alle Punkte der vorgeschlagenen Organisation anerkennen. Wir haben selbst eine Art Organisation, die nach dem Vertrauensmänner-System durchgeführt ist. Wir berufen § 2-Versammlungen ein und laden von überall eine Vertrauensperson ein, welche beauftragt wird, im Sinne der Socialdemokratie thätig zu sein. Damit haben wir große Erfolge erzielt. Wir können einen festgegliederten Entwurf nicht annehmen. Unsere Genossen sind sehr opferwillig, aber in Bezug auf die Geldmittel wird sich bei ihnen wenig thun lassen. Wir können also für den Entwurf nicht stimmen. Wir sind mit der jetzt bestehenden Organisation zufrieden.

Genosse Krainer (Graz) constatirt, daß die heute vorgeschlagene Organisation in Steiermark bereits durchgeführt sei und empfiehlt den

Entwurf auf's Wärmste. In Steiermark sei durch dieses System der Vertrauensmänner ein Knotenpunkt in Graz geschaffen, von wo aus Volksversammlungen und öffentliche Versammlungen von politischen Vereinen veranstaltet werden.

Genosse Saska (Innsbruck) verwahrt sich dagegen, als ob die Tiroler oder Salzburger Genossen sich von Wien hätten beeinflussen lassen. Redner hält die Organisation für nichts Anderes als für Vollzugsvorschriften zur Durchführung des Programms. Mit dem vorgelegten Entwurfe ist Redner im Ganzen einverstanden; er möchte nur festgesetzt haben, daß Derjenige, welcher zur socialdemokratischen Partei sich bekennt, einer anderen politischen Partei nicht angehören darf. Er spreche hier aus Erfahrung, indem solche Fälle vorgekommen seien. Bezüglich der Geldfrage meint Redner: Die „Arbeiter-Zeitung" habe bis jetzt sehr wenig erhalten. Denn in erster Linie müssen die Landes-, Bezirks- und Orts-Organisationen bestehen, und diese brauchen selbstverständlich für ihre eigene Agitation Geld. Daran würde auch durch die Annahme des betreffenden Punktes nichts geändert werden. Es hat den Redner gefreut, daß auch die „Unabhängigen" ihre Zustimmung zum Organisations-Entwurfe ausgesprochen haben. Von dieser Seite sei Klage über die allzu große, dictatorische Gewalt der Redactionen geführt worden; jetzt sei die Möglichkeit geboten, innerhalb der Organisation seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und zugleich mit der Gesammt-Organisation in Fühlung zu bleiben. Redner wendet sich gegen Adler's Bemerkung über Südtirol. Bozen allein habe fl. 20 nach Wien geschickt, aber seit dem letzten Parteitage nichts bekommen. Die Bozener Genossen würden gerne Maischriften in italienischer Sprache bekommen, um die Bewegung unter den italienischen Genossen zu fördern.

Redner wünscht ferner eine genaue Bestimmung darüber, wer das Recht habe, über etwaige Streitigkeiten innerhalb der Partei-Organisation zu entscheiden.

Im Uebrigen sei Redner mit dem vorgelegten Entwurfe einverstanden, müsse jedoch auf der Annahme der von ihm gewünschten Ergänzungen bestehen. (Beifall.)

Genosse Dolejši (Wien) fragt, wie das Wort „ehrlose Handlungen" in Punkt 1 aufzufassen sei, ob sich das blos auf Parteihandlungen oder auch auf Privathandlungen beziehe. Er könne den Entwurf nicht als Dogma betrachten; eine freie Kritik müsse gestattet sein. Man sollte es den einzelnen Gruppen selbst überlassen, wie sie sich organisiren. Für die Vertrauensmänner, die etwa gemaßregelt werden sollten, müßten die Genossen solidarisch eintreten.

Die „Arbeiter-Zeitung", die noch vor einen Monat centralistisch war, brachte vor acht Tagen föderalistische Artikel. Eine föderalistische Organisation mit einer Parteileitung an der Spitze komme ihm so vor, wie eine Republik mit einem Großherzog an der Spitze.

Redner wendet sich hierauf gegen die Bemerkung Adler's: Wenn in Wien nichts ist, ist in den Provinzen auch nichts. Das sei nicht richtig.

Bevor in Wien etwas war, habe es schon eine Organisation in der Provinz gegeben.

Redner stellt schließlich folgenden Antrag: „Damit die Macht sich nicht in einzelnen Personen concentrire, soll die oberste Partei-Instanz von einem bis zum anderen Parteitage in gewissen Zwischenräumen mit dem Sitze wechseln nach Art des Generalrathes der französischen Arbeiter-Syndicate. Dadurch, daß die Parteileitung in Bezug auf Ort und Personen wechselt, ist einer mächtigen Concentration und gewissen Uebergriffen vorgebeugt und würde dies auch der Entwicklung und Selbstständigkeit und den Interessen der Partei förderlich sein."

Genosse Tobola (Wien) spricht gegen Bonupf, der speciell die „Bäcker-Zeitung" bekämpft hat. Die Bewegung sei nicht in politischen Vereinen entstanden, sondern in den Fachvereinen. Er wundert sich, daß Dolejši noch immer von Dictatur gesprochen habe, obwohl die Provinzgenossen erklärt haben, von Wien nicht terrorisirt zu sein. Bezüglich der ersten Frage Dolejši's meint Redner, das Bewußtsein eines jeden Socialdemokraten gebe darüber Aufschluß, was in unserem Sinne eine ehrliche Handlung sei.

Die Organisation müsse so aufgebaut sein, daß man uns nicht der Geheimbündelei beschuldigen kann. Der Entwurf der Wiener Genossen sei eigentlich nichts Anderes als der Ausdruck dessen, was bereits besteht. Der Entwurf ist kein Dogma, es können daran Aenderungen vorgenommen werden. So wäre es zweckmäßig, für Streitfälle ein Schiedsgericht einzusetzen.

Genosse Diamant (zur thatsächlichen Berichtigung) berichtigt gegenüber Ellenbogen, daß die Theilnehmer am slavischen Congresse nicht so weit waren, dem Commissär die Tagesordnung vorzulegen. Diese sei vielmehr in einem Blatte gedruckt gewesen, wodurch die Polizei zu seiner Kenntniß kam. Uebrigens kann ich mittheilen, daß der Congreß doch stattgefunden hat.

Genossin Victoria Kofler: Wir erklären, daß wir eine Frauenbewegung abseits von den Männern nie gewollt haben. Wir können aber nicht anders auf den Ausbau der Organisation einwirken als durch unsere Presse und durch unseren Verein. Es gibt viele Frauen, die nicht zu bewegen sind, einem Verein der Männer beizutreten, die aber in unseren Verein kommen. (Bravo!)

Genosse Krenkel (Graslitz): Es ist nicht wahr, daß wir in den Provinzen tanzen, wenn in Wien gepfiffen wird. Wir in Westböhmen haben uns nie dictiren lassen. Wir prüfen die Vorschläge, die von Wien kommen, und die guten nehmen wir an. Wenn der Entwurf angenommen wird, werden wir versuchen, Alles durchzuführen; nur in dem Punkte, betreffend die regelmäßigen Beiträge, werden wir zurückbleiben müssen. Sollte aber ein Ueberrest bleiben, dann werden wir ihn schicken. Ferner möchte ich die Zahl der Parteivertretungs-Mitglieder von neun auf fünfzehn erhöht wissen.

Genosse Hermann (Kratzau): Gegenüber Roscher erkläre ich, ebenfalls ein Vertreter aus Nordböhmen, daß ich den Entwurf annehmen

werde. Die Behörde weiß ohnehin jedenfalls, wer Vertrauensmann ist. Deshalb bin ich für das Vertrauensmänner-System. Die Organisation soll den localen Verhältnissen angepaßt werden. Auch wäre jährlich eine Statistik der Arbeiterverhältnisse zu verfassen.

Genosse Schmidt (Jägerndorf): Wir sind für den Entwurf. Dictatur ist nie ausgeübt worden. Immer wurde in gegebenen Momenten angefragt, ob nicht dies oder jenes geschehen solle.

Genosse Justus (Wien): Wir Wiener Genossen haben uns nie einer Dictatur unterwerfen müssen. Es ist nicht wahr, daß die Redaction der „Arbeiter-Zeitung" uns terrorisirt hat. — Die Organisation soll sich nach der Oertlichkeit richten, aber es soll eine Stelle geben, von wo ein Impuls gegeben werden kann, der Organisations-Entwurf läßt so großen Spielraum, daß sich auch die „Unabhängigen" innerhalb desselben bethätigen können. Im Entwurf steht nichts, wer zur Ausschließung aus der Partei berechtigt ist. Aber die Ausschließung ist eine Partei-Angelegenheit, und diese ist von der Landes-Organisation zu erledigen.

Genosse Sliunicar (Baden): Jeder Genosse soll die Partei auch materiell unterstützen. Es sollen monatlich Broschüren herausgegeben werden mit einem Bericht über die Thätigkeit der Partei; jeder Verein sollte verpflichtet sein, diese Broschüre abzunehmen.

Genosse Lischka (Wien): Eine Organisation auf Grundlage der politischen Vereine ist undenkbar. Ich bin für den Entwurf.

Genosse Neander (Linz): Es möge der Beschluß der oberösterreichisch-salzburgischen Landes-Conferenz aufrecht erhalten werden, der die Nothwendigkeit eines eigenen Organes anerkannte, sobald die geistigen und materiellen Mittel vorhanden sind.

Genosse Roscher (Reichenberg): Genosse Hermann und ich vertreten den Reichenberger Bezirk. Jeder hat natürlich das Recht, zu stimmen wie er will.

Genossin Adelheid Dvořak (Wien) tritt der Meinung entgegen, daß es am besten wäre, um jede separate Frauen-Organisation unmöglich zu machen, die Arbeiterinnen-Bildungsvereine aufzulösen. Es gebe noch viele Frauen und Mädchen, die sich sträuben, einem Vereine beizutreten, dem auch Männer angehören. Auch Versammlungen, die von Arbeiterinnen einberufen werden, werden von Arbeiterinnen viel zahlreicher besucht als die von Arbeitern einberufenen. Wir haben eine Statutenänderung vorgenommen in dem Sinne, daß der Verein seine Thätigkeit über ganz Niederösterreich erstreckt. Eine separate Frauenbewegung wollen wir nicht. Wir sind der Ansicht, daß es einfach männliche und weibliche Arbeiter gibt, die gleich ausgebeutet werden und die sich gleich organisiren müssen.

Ich habe bereits die Erklärung abgegeben, daß ich mit dem uns vorliegenden Organisations-Entwurfe ganz einverstanden bin. Aber ich muß da etwas aufklären. Ich hatte die erste Nummer der „Arbeiterinnen-Zeitung" als Eigenthümerin gezeichnet, bin jedoch im Monat Jänner von derselben zurückgetreten, weil ich damals mit der Opposition sympathisirte und mir die Freiheit der Bewegung wahren wollte. Ich glaubte, die Opposition habe eine Berechtigung. Im April war es, als die Genossinnen mich zu

ihrer Vertreterin in der Local-Organisation bestimmt hatten. Die Genossinnen der Local-Organisation haben sich damals dagegen gewehrt, weil ich im Jänner erklärt hatte, mit der Opposition zu sympathisiren. Daraus aber, daß ich meine Bereitwilligkeit erklärte, in die Local-Organisation einzutreten, hätten die Genossen ersehen müssen, daß ich meine Ansicht geändert habe. (Zustimmung.) Ich gebe neuerdings die Erklärung ab, daß ich vom Februar an schon der Ueberzeugung war, daß die Opposition keine Berechtigung habe. Officiell war ich ihr ja niemals beigetreten. Deshalb hatten die Genossen gut gethan, mich in die Local-Organisation aufzunehmen. (Beifall.)

Referent Genosse Pokorny: Ich habe es im Einverständnisse mit den Wiener Delegirten absichtlich unterlassen, den vorliegenden Entwurf als positiven Antrag einzubringen, damit nicht wieder nach Schluß des Parteitages der Vorwurf auftauche, daß die Wiener Genossen immer die Macher seien.

Redner wendet sich gegen den Correferenten Ellenbogen und sagt: Genosse Ellenbogen wird durch den Verlauf der Debatte die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Thatsachen ein viel größeres Gewicht haben als fromme Wünsche. Die Provinzgenossen haben sich im Gegensatze zu Dr. Ellenbogen befunden. Dr. Ellenbogen ist mit allem Feuer für das Princip der Oeffentlichkeit eingetreten. Freilich muß er sofort hinzufügen, es müsse Sache der Ueberlegung sein, wie weit man mit dieser Oeffentlichkeit gehen könne. Im Uebrigen hat sich ja Dr. Ellenbogen im Großen und Ganzen mit den Principien des Entwurfes einverstanden erklärt. Nur hat er dem Entwurfe Mangel an Ausführlichkeit vorgeworfen. Dieser Mangel besteht; wir hielten ihn aber für zweckmäßig mit Rücksicht auf die erwünschte und nothwendige Selbstständigkeit der Genossen und auf unsere politischen Verhältnisse überhaupt. Der Entwurf, den ich Ihnen nunmehr mit den von den Provinzgenossen gewünschten Aenderungen vorlege, kann ja für nichts Anderes gelten als für ein Knochengerüst der Organisation. Weil wir eben die Verhältnisse kennen, zieht sich das Grundprincip durch den Entwurf, daß die Genossen an jedem Orte, in jedem Bezirke und in jedem Lande sich die Organisation so einrichten, wie es eben den Verhältnissen entspricht. Nicht Schlagwörter, sondern einzig und allein politische Erwägung und Erfahrung können für uns maßgebend sein. Wir werden geschickte Lootsen sein müssen. Wir schwimmen in der Mitte zwischen zwei sehr hohen, steil abfallenden Felsen hindurch, auf der einen Seite Vereinsgesetz, auf der anderen Geheimbunds-Paragraphe. Man darf uns von keiner Seite beikommen können. Maßgebend müssen immer die Verhältnisse des betreffenden Ortes oder Kronlandes sein.

Ich erlaube mir nun im Namen der Wiener Delegirten folgenden Organisations-Entwurf zu beantragen. Ich mache dabei zugleich aufmerksam, insbesondere die Wiener Delegirten, daß ich in dieser Vorlage alle jene Wünsche, die seitens der Provinzgenossen ausgesprochen wurden, und gegen deren Annahme überhaupt keine Einwendung gemacht wurde, bereits berücksichtigt habe. Die Aenderungen, welche da erfolgt

sind, die Zusätze, die aufgenommen wurden, sind solcher Art, daß sie die Wiener Genossen ohneweiters acceptiren können, nachdem sie nur eine Ausgestaltung des Entwurfes bedeuten. Im Uebrigen ist damit den sehr gerechten Wünschen der Provinzgenossen Rechnung getragen worden, und in Folge dessen dem Entwurfe auch die Annahme mit möglichst großer Stimmenzahl gesichert. Und die Annahme mit möglichst großer Stimmenzahl bedeutet für mich, daß auch die Durchführung eher erfolgen wird, als wenn sich eine Zersplitterung ergeben würde. Zu wünschen ist natürlich, daß das, was wir hier beschließen, sei es nun so oder so, auch wirklich durchgeführt werde. Daran hat die österreichische Partei in sehr hohem Grade gekrankt, daß für die Entwicklung der Partei sehr wichtige Beschlüsse gefaßt wurden, daß man sich aber nicht daran gewöhnen konnte, solche Beschlüsse auch durchzuführen. Ich beantrage nun folgenden Entwurf:

1. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Dazu ist seitens der Genossen aus Innsbruck, Tirol, Steiermark ein Amendement beantragt worden, welches ich aus Zweckmäßigkeitsgründen beifügen möchte:

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

Das ist zwar selbstverständlich, denn wer Socialdemokrat ist, kann doch nicht etwa ein Liberaler oder Antiliberaler sein, doch kann es nur nützen, wenn wir es annehmen.

(Punkt 1 sammt Zusatzantrag mit allen gegen eine Stimme angenommen.)

Zweiter Absatz:

Die Vertrauenspersonen werden von den localorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirks-Organisation. Der Umfang der Bezirks-Organisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Landes-Conferenz festgestellt. Die Bezirks-Organisation bestimmt ihre Vertreter für die Landes-Organisation.

(Angenommen mit allen gegen drei Stimmen.)

Das Resultat der Abstimmung veranlaßt mich zu einer Bemerkung; Genosse Wagner hat früher erklärt, daß er im Großen und Ganzen mit dem Entwurf einverstanden sei, aber nicht in der Lage sei, dafür zu stimmen, weil es speciell für die böhmischen Genossen nicht angehe, die bisher bestehende Form der Organisation aufzugeben. Wenn die Genossen von der Meinung beherrscht waren, daß sie, wenn sie für den gegenwärtigen Organisations-Entwurf stimmen, sich der alten Form der Or-

ganisation entledigen müssen, so waren sie im Irrthum. Es wurde nie behauptet, daß das Bestehende vollständig beseitigt werden müsse und nur das Beschlossene könne in Kraft und Wirkung treten. Ich meine übrigens, daß mit der fortschreitenden Entwicklung der Organisation eines Tages die Genossen dahingelangen werden, zu bemerken, daß in Böhmen gerade das vorhanden ist, wogegen sie gestimmt haben.

Dritter Absatz:

Die Landes-Organisation bildet ein Agitations-Comité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Landes-Organisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirks-Organisationen möglichst regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Partei-Auslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

(Dritter Absatz wird hierauf mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.)

Genosse Neander: Ich habe früher erklärt, daß wir Oberösterreicher uns die Gebahrung mit dem Gelde vorbehalten. Nachdem es aber heißt, daß Gelder nach Möglichkeit abgeliefert werden, so erklären wir uns jetzt einverstanden.

Vierter Absatz:

Genosse Pokorny: Zur Besprechung und Erledigung von Partei-Angelegenheiten tritt die Landes-Organisation über Berufung des Agitations-Comité nach Bedarf zu einer Conferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Landes.

(Mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.)

Es liegt ein Antrag der böhmischen Genossen vor, der hier eingefügt werden muß; er lautet:

Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirks-Organisation entscheidet die Bezirks-Conferenz, doch ist der Landes-Conferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Landes-Conferenz aufheben kann. Ohne, oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirks-Conferenz die Landes-, und ohne die Landes-Conferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

(Nach längerer Debatte mit allen gegen zehn Stimmen angenommen.)

Wir schreiten weiter:

Die Landes-Conferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirks-Organisationen

des betreffenden Landes die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

(Mit allen gegen vier Stimmen angenommen.)

Mit Berücksichtigung der Ausführungen des Genossen Daszynski ist hier abermals ein Zusatz nothwendig. Ich meine, daß die Grenzen der Bezirks-Organisationen und der Landes-Organisationen nicht nach politischen Grenzen festgestellt werden können, sondern durch Sprachgebiete, Industriegebiete, kurz was wir Agitationsbezirke nennen. Nun kann es sich ereignen, daß eine solche Bezirks-Organisation, die bedingt ist durch die Grenzen eines gewissen Sprachgebietes, sich auf zwei verschiedene Länder erstreckt. Damit nun in einem solchen Falle jeder Verwirrung vorgebeugt wird, beantrage ich einzufügen:

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

(Einstimmig angenommen.)

Fünfter Absatz:

Parteitage finden regelmäßig alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Landes-Organisationen stattfinden.

(Mit allen gegen drei Stimmen angenommen.)

Sechster Absatz:

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

(Einstimmig angenommen.)

Dem Parteitag obliegt die Berathung und Beschlußfassung über alle die Partei berührenden Angelegenheiten.

(Einstimmig angenommen.)

Der Parteitag wählt eine aus neun Personen bestehende Parteivertretung, welche die Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Dem Redactionspersonale der Parteiblätter dürfen jedoch nur ein Drittel derselben angehören. Die Auftheilung der Arbeiten bleibt den Genossen der Vertretung selbst überlassen und sind dieselben dem Parteitag verantwortlich.

Es ist in dem Entwurf der Wiener Genossen der Satz enthalten: „Dem Redactionspersonale der Parteiblätter dürfen jedoch nur ein Drittel derselben angehören." Ich schlage vor, diesen Satz zu eliminiren. Dem jeweilig stattfindenden Parteitag ist es überlassen, die Parteivertretung zu wählen und den Ort zu bestimmen, an welchem die Parteivertretung ihren Sitz haben soll. Nun kann es sich ereignen, daß in dem Ort, welchen die Parteivertretung als Sitz zugewiesen erhält, es einfach unmöglich ist, andere Personen gerade mit der Leitung der Parteigeschäfte zu betrauen als jene, welche dem Redactionspersonal angehören

Jene Genossen, welche man zu Mitgliedern einer Redaction macht, sind zumeist in der Lage, mit größter Schnelligkeit und Promptheit die Parteigeschäfte zu erledigen. Aus praktischen Gründen empfiehlt sich dieser Zusatz nicht. Aber auch aus principiellen, denn der Genosse, der in einer Redaction ist, ist doch nicht minder vertrauenswürdig als jener, welcher in der Fabrik oder Werkstätte steht. Wenn Sie an dem Zusatz festhalten, so könnte einst der Fall eintreten, daß wir durch die Verhältnisse zur Nichtbeachtung der Bestimmung gezwungen sind.

Genosse Wutschel: Es handelt sich darum, das Schwergewicht der Leitung aus den Redactionen zu nehmen.

Genosse Roscher: Der Parteitag hat die neun Personen zu wählen. Kommt eine oder die andere Person fort, soll die Neuwahl durch die Landes-Organisationen stattfinden.

Genosse Ellenbogen: Die Parteileitung soll dazu da sein, damit im rechten Augenblick ein schlagfertiges Comité da ist. Ich bin nicht dafür, daß man die Redacteure ausschließt. In den Redactionen sind Diejenigen, die über die Partei am besten orientirt sind.

Genosse Gans: Es soll eine Landes-Organisation mit einer eventuellen Neuwahl betraut werden.

Genosse Höger: Es soll ein Mittelpunkt gefunden werden, wo Vertreter sämmtlicher Landes-Organisationen zur Besprechung wichtiger Fragen zusammenkommen.

Genosse Schmidt: Was wäre das für eine Leitung, die in mehrere Orte zerstreut ist?

Genosse Resel: Der Parteitag kann außer der Leitung eine bestimmte Anzahl von Personen wählen, die bei plötzlichen Ereignissen mit der Leitung zusammentreten.

Genosse Adler: Es soll eine Leitung gewählt werden, nicht um Sitzungen von Fall zu Fall abzuhalten, sondern um fortwährend, regelmäßig zu arbeiten. Man kann doch nicht die Leute immer aus allen Windrichtungen zusammentrommeln. Natürlich ist es wünschenswerth, daß mit den Provinzen intime Verbindungen bestehen. Ein Fortschritt liegt darin, daß wir den Leuten eine Aufgabe geben, wofür sie persönlich verantwortlich sind. — Daß man sich eine Grenze auferlegt, indem man sagt, es dürfen nur ein Drittel Redacteure gewählt werden, halte ich für übertrieben. In den Redactionen sitzen Genossen, die vor Maßregelungen sicher sind und die ganze Correspondenz der Partei kennen. Jedenfalls soll der Parteitag die Leitung wählen. Die Control-Commission wird auch dafür sorgen, daß die Parteileitung sich nichts herausnimmt.

Genosse Bonupf: Die Parteileitung soll aus allen Provinzen zusammengesetzt sein, und soll nur fallweise zusammentreten.

Genosse Resel: Die Parteileitung hat nichts Anderes zu thun als die laufenden Geschäfte zu besorgen. Die Landes-Conferenzen sollen Leute bestimmen, die bei wichtigen Fragen zusammentreten können, und auch eventuell eine Neuwahl vornehmen.

Der Passus des Organisations-Entwurfes, betreffs Wahl eines

neungliederigen Partei-Ausschusses, wird gegen fünf Stimmen angenommen.

Der Passus, daß nur ein Drittel der Parteileitung Redacteure sein dürfen, wird mit 45 gegen 30 Stimmen angenommen.

Der Passus, die Auftheilung der Arbeiten bleibt den Genossen der Parteileitung selbst überlassen und sind diese dem Parteitage verantwortlich, wird angenommen.

Der Passus, daß die Wahl einer fünfgliederigen Control-Commission einer Landes-Organisation zugewiesen wird, wird einstimmig angenommen.

Der Passus: „Jede Landes-Organisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten."

„Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Principien wirken und durch Discussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern."

„Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Classenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspeculation werde."

„Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Landes-Conferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden bis sie von einem Parteitage oder einer Landes-Conferenz anerkannt werden," wird angenommen.

Der Passus: „Die Mitglieder der Parteivertretung und des Control-Comités haben am Parteitage Sitz und Stimme," ferner der Passus: „Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit Bericht zu erstatten," wird angenommen.

Der Passus: „Verlautbarungen der Parteivertretung erfolgen durch ein vom Parteitage zu bestimmendes Organ der Partei. Ist die Verbreitung dieser Verlautbarungen nothwendig, so haben auch die übrigen Parteiblätter dieselben zu veröffentlichen," wird zurückgezogen, dagegen der vom Genossen Zelbr (Brünn) gestellte Antrag: „Die Parteivertretung hat alle Verlautbarungen durch sämmtliche politische Parteiblätter erfolgen zu lassen, und ist jedes politische Parteiblatt gehalten, solche Verlautbarungen ohne Verzug aufzunehmen," angenommen.

Es liegt ferner ein Antrag vom Genossen Zinburg (Brünn) vor, als Ort der Parteileitung Wien anzuerkennen. Wir werden eine Commission einsetzen, die Vorschläge zur Wahl der Parteileitung machen soll, und da glaube ich, sollen wir die Beschlüsse der Commission abwarten.

Dann ist noch ein Antrag vom Genossen Resel hier:

„Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Landes-Organisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Landes-Organisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind."

Ich glaube, daß wir diesen Antrag annehmen können. Es hat ohnehin jede Landes-Organisation einen Berichterstatter zu wählen. Der Parteileitung kann es nur angenehm sein, wenn sie weiß, an welche Person sie sich zu wenden hat, wenn es sich darum handelt, Auskünfte einzuholen.

(Antrag Resel wird angenommen.)

Genossen! Ich bin mit meinem Referate zu Ende und bitte Sie nun, ein reges Leben in die Partei hineinzubringen, um sie in die Lage zu versetzen, mit mehr Erfolg wirken zu können. Ich bitte Sie, das Beschlossene auch durchzuführen.

Vorsitzender: Wir schreiten zur Wohl der Commission, die dem Parteitage Vorschläge behufs Wahl der Parteileitung zu erstatten hat. Es liegt der Antrag vor, daß jede Provinz je einen Genossen in die Commission entsende.

(Angenommen.)

In die Commission wurden gewählt:

Diamant (Galizien); Bayer (Mähren); Krainer (Steiermark); Neander (Oberösterreich); Schrammel (Wien); Kiesewetter (Böhmen); Mischal (Schlesien); Lagger (Tirol); Eich (Kärnten); Egger (Salzburg); Dolejši (Niederösterreich); Victoria Kofler (für Krain, nachdem Resel ihr hiefür das Mandat übertragen hat).

Dolejši und Genossen stellen folgenden Antrag:

In Erwägung, daß Jedermann, dem man eine Anklage entgegenschleudert, selbst bei der heute herrschenden capitalistischen Rechtspflege gestattet ist, sich mit allen Mitteln zu vertheidigen, ist dies umso mehr

von einer Partei, wie der socialdemokratischen, welche die vollkommenste Gerechtigkeit anstrebt, zu verlangen. In Erwägung, daß der jetzt tagende Partei-Congreß über Antrag der 24er-Commission Hanser und Heimann aus der Partei ausgeschlossen hat, ohne daß sich Heimann vertheidigt hat, indem er in der Aufregung über die schmachvolle Vertheidigung Hanser's sich entfernte, stellen folgende Genossen den Antrag:

Heimann sei behufs seiner Aussagen zum Worte gelangen zu lassen, um jeden Schein der Ungerechtigkeit von der Partei fernzuhalten.

J. Dolejši, J. Ulbrich, S. Neumann, J. Frey, A. Tomaschko, J. Gabauer, Vincenz Hoyer, G. Schürhagl, Anton Schwarz, Anton Preibisch, Höger, Wassalof, Wagner, Bonnpf, J. Wilhelm.

Genossen Wagner und Preibisch ziehen die Unterschrift zurück, weil sie indessen ein neues Schriftstück Heimann's zu Gesicht bekommen haben, woraus zu ersehen ist, daß Heimann den Zwist in die Partei tragen will und fortfährt, einzelne Genossen in unqualificirbarer Weise zu verleumden.

Genosse Schrammel (Wien) beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Genosse Popp (Wien): Heimann ist vier Stunden in der Commission gesessen. Nach dem Commissionsbericht hat Hanser noch Gelegenheit zur Vertheidigung gefunden, Heimann hat nicht das Wort ergriffen, er hat sich zurückgezogen, das ist so seine Manier. Daß er es wagt, ein Schriftstück an die Parteigenossen zu richten, das eine Beleidigung für die gesammten Parteigenossen enthält (Sehr richtig!) zeigt so recht seine Art. Ich unterstütze den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Genosse Diamant: Es wurde ja ausdrücklich erklärt, daß auch die Affaire Heimann verhandelt werde. Heimann ist doch sonst so gut informirt, er hat also davon gewußt.

Genosse Bauer: Beantrage, Heimann reden zu lassen, um nicht neuen Zänkereien Platz zu geben.

Genosse Resel: Man verlese das Schriftstück, und dann möge der Parteitag beschließen, ob Heimann reden soll.

Genosse Saska: Ich kann nicht begreifen, wie ein Mensch, der erklärt, daß es ihm gleichgiltig ist, ob man ihn ausschließt oder nicht, nachher noch Einwendungen machen kann.

Genosse Dolejši: Man muß seine Vertheidigung hören. Von meinem Standpunkte aus vergleiche ich das mit einer Cabinetsjustiz.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Genosse Gabauer: Die Unabhängigen haben in einer § 2-Versammlung beschlossen, ein Blatt herauszugeben, aber nicht Heimann und Hanser sind die Redacteure, wie heute ein Blatt meldet. (Ein Journalist erhebt sich und ruft: An die Redactionen der Blätter sind Ankündigungen des Blattes „Zukunft" mit der Unterschrift der Herren Hanser und Heimann gekommen!)

Genosse Krejči spricht czechisch über die amtliche „Berichtigung" der Przibramer Grubenverwaltung in der „Neuen Freien Presse".

Vorsitzender Genosse Schmidt: Die Berathungen in der Commission haben zu nachstehendem Resultate geführt: Als Ort der Parteileitung wird Wien in Antrag gebracht. Zur Wahl in die Parteileitung werden vorgeschlagen die Genossen Dr. Adler, Neumann, Popp, Dr. Ellenbogen, Pokorny, Presl, Höger, Schrammel, Newole. Als Ort der Control-Commission wird Deutschböhmen vorgeschlagen.

Alle diese Anträge werden angenommen. Wegen vorgerückter Stunde wird Schluß der Sitzung beantragt.

Genosse Dr. Adler beantragt, durchzuberathen bis zum Schluß.

Genosse Wagner und Hermann sprechen dagegen.

Genosse Ehrlich (zur Berichtigung): Ich habe in den Blättern gelesen, daß nicht die Provinz Steiermark, sondern nur Graz am Parteitag vertreten sei. Das ist nicht wahr. Es sind hier vertreten: Die politisch organisirten Arbeiter von Graz und Krain, die Metallarbeiter Steiermarks, die Bäcker Steiermarks, die Bauarbeiter Steiermarks, die Faßbinder Steiermarks, die Buchdrucker Steiermarks, die Schuhmacher und Holzarbeiter Steiermarks, die Kohlenreviere Köflach und Voitsberg, und Genosse Ehrlich vertritt die übrigen nicht näher bezeichneten Arbeiter Steiermarks wie Textilarbeiter. Es ist also nicht blos Graz vertreten, sondern Steiermark, soweit es organisirt ist.

Die Sitzung wird hierauf um 10 Uhr Nachts geschlossen.

Fünfter Tag.

Donnerstag, den 9. Juni (Schlußsitzung).

Beginn der Sitzung 1/2 9 Uhr. Vorsitzender Schmidt. Es wird zum Punkte „Parteipresse" übergegangen.

Referent Kiesewetter (Reichenberg): Genossen! Wenn ich nicht in der Lage bin, die Parteipresse so zu besprechen, wie es wirklich sein sollte, so liegt die Schuld darin, daß ich nicht die nöthige Zeit hatte, Erkundigungen über den Stand der Presse in den verschiedenen Provinzen einzuziehen. Ich werde mich auf die Preßverhältnisse in Nordböhmen beschränken. Die verschiedenen Provinzen, welche vertreten sind, können dann ebenfalls berichten, was ja auch geschehen würde, wenn ich ein ausführliches Referat brächte. Ich will zunächst auf die Geschichte der Presse hinweisen. 1875 erschien in Reichenberg zum ersten Mal ein Arbeiterblatt, der „Arbeiterfreund". Derselbe hatte eine Lebensdauer von 8 1/2 Jahren. Der „Arbeiterfreund" konnte es trotz aller Anstrengung auf keine hohe Abnehmerzahl bringen. Es war eben die Parteibewegung noch nicht derartig wie heute. Nach dem „Arbeiterfreund" erschien die „Socialpolitische Rundschau" als Parteiblatt, für welches der Parteibeitrag eingehoben wurde. Aber auch dieses Blatt hatte keine große Auflage. 1878 oder 1879 erschien der „Volksfreund", das Centralorgan der österreichischen Arbeiterpartei; aber der „Volksfreund" erschien nur ein halbes Jahr und ging dann an Abonnenten-Schwindsucht ein. Seit dieser Zeit ist der „Freigeist" erschienen und ist eine große Anzahl von Blättern aus dem Boden gesprossen. Der „Freigeist" erlangte rasch eine Abnehmerzahl von 6000 bis 8000. Da aber in verschiedenen Theilen Böhmens andere Blätter gegründet wurden, ist die Abonnentenzahl auf 5500 gesunken. Es sind nach dem „Freigeist" gegründet worden: der „Textilarbeiter", ein Fachblatt, die „Solidarität" in Gablonz mit 2200 Abnehmern, die „Volkswacht" in Fischern, früher mit 2500 Abnehmern, der „Nordböhmische Volksbote" und der „Gesellschafter", dessen erste Nummer vor ungefähr 14 Tagen erschien. Die Presse in Nordböhmen ist großen Verfolgungen ausgesetzt. Alle Blätter werden stark confiscirt. Der „Gesellschafter" allerdings noch nicht. Wie das in Zukunft sein wird, läßt sich nicht feststellen. Großen Schaden macht uns der § 23 des Preßgesetzes, betreffend das Colportageverbot.

Ich werde hier darüber nicht ausführlich sprechen. Das haben wir auf Anregung der Wiener in verschiedenen Volksversammlungen gethan. Nur Einiges über die Handhabung dieses Paragraphen will ich hier vorbringen. Im verflossenen Jahre wurde die Verbreitung von Wahlflugblättern bestraft. Ja, sogar Dienstmänner, welche Placate anklebten, enthaltend die Anzeige, daß Wählerversammlungen stattfanden, wurden mit Strafen belegt. Vor ungefähr 14 Tagen kam ein Genosse aus Friedland in die Redaction des „Freigeist" und klagte, daß er vorgeladen sei, weil er von der Maifeier ein Placat angeklebt hat, wozu er von der Behörde die Bewilligung hatte. Er hatte vom Bürgermeister die Bestätigung. Wir waren der Meinung, daß eine Verurtheilung nicht stattfinden könne, weil er um Affichirung nachgesucht und die Bewilligung erhalten hatte. Er wurde doch zu einem Gulden Strafe verurtheilt!! Heuer hat es das Wahl-Comité klüger gemacht. Es ging zur Bezirkshauptmannschaft und sagte: Hier sind die Wahlflugblätter, und diese werden wir zu tausenden Exemplaren verbreiten; ertheilen Sie uns die Bewilligung, sonst müßten wir den ungesetzlichen Weg betreten. Wenn die Bezirkshauptmannschaft nun wollte, daß man den gesetzlichen Weg nicht verlassen sollte, mußte sie die Bewilligung geben.

Die Provinzen sind in Bezug auf die Presse stiefmütterlich behandelt. In Wien hat die „Arbeiter-Zeitung" Verschleißlocale, was wir in Nordböhmen nicht erringen können. — Von Nordböhmen wurde mir aufgetragen, eine Aenderung in Bezug auf die Kalender zu befürworten. Die Kalender sind zu spät angelangt, es waren die Meisten schon mit anderen versorgt. Es soll bei der Herausgabe der künftigen Kalender so zeitlich wie möglich vorgegangen werden. Es soll auch ein Jahrmarktsverzeichniß aufgenommen werden. Ein weiterer Wunsch ist, daß in Festschrift-Angelegenheiten planmäßig, einheitlich vorgegangen werde. Was nützt es, wenn vier oder fünf Festschriften erscheinen, die einander Concurrenz machen? — In Bezug auf den „Freigeist" und die anderen Blätter ist zu berichten, daß sie sich trotz ziemlich hohem Abonnentenstand kaum über Wasser halten. Reinerträgniß wird keines erzielt. Vor zwei Jahren wollten wir den „Freigeist" wöchentlich erscheinen lassen, wozu eine Caution von 2000 Gulden nöthig war. Wir leiteten eine Sammlung ein, aber es kamen nur 400 Gulden zusammen. Wir wären viel besser daran, wenn die Abonnenten nicht so saumselig wären. Wir haben in Reichenberg beim „Freigeist" ungefähr 1400 bis 1500 Gulden an Abonnementsgeldern ausständig. Wir sollten gemeinsame Schritte unternehmen, um dem Einhalt zu thun. (Bravo!)

Genosse Bayer (Brünn): Bezüglich der Arbeiterpresse in Mähren, des „Volksfreund" und der „Arbeiterstimme", kann ich berichten, daß wir es für nothwendig befunden haben, aus dem vierzehntägig erscheinenden „Volksfreund" ein Wochenblatt zu machen und die „Arbeiterstimme" eingehen zu lassen. Wir haben das aus materiellen Gründen thun müssen. Die „Arbeiterstimme" hatte 16—1800 Abonnenten. Da aber die Abonnementsbeträge nicht pünktlich eingesendet wurden, so arbeitete sie mit Deficit. Wir haben nun calculirt, daß ein Theil der

Abonnenten der „Arbeiterstimme" auf den „Volksfreund" übergehen und so denselben lebensfähig machen würde. Wir glauben, daß, wenn die Genossen die Gelder einsenden, die Zukunft des „Volksfreund" gesichert ist. Der Vorwurf, daß der Arbeiterkalender im vorigen Jahre so spät erschienen ist, ist gerechtfertigt, und wir Brünner waren auch darüber sehr erbittert. Ich muß constatiren, daß eine Anzahl Wiener bekannter Parteigenossen Artikel versprochen hatten. Wir haben die Genossen rechtzeitig gemahnt, haben aber die Artikel nicht bekommen; in Folge dessen hat sich die Herausgabe verspätet. Heuer wird der Kalender früher erscheinen, wenigstens im Monat October. Mit dem Wunsche, daß ein Verzeichniß der Jahrmärkte aufgenommen werden sollte, sind wir einverstanden. Hinsichtlich des Erträgnisses des Kalenders kann ich versichern, daß der Arbeiterkalender wohl einige hundert Gulden Reinerträgniß abwerfen würde, wenn die Beträge nur eingesendet würden. So hat der Kalender von 1891 noch über fl. 1200 außenstehen. Der Kalender 1892, der in geringerer Auflage erschienen ist, und zwar deshalb, weil wir nicht so leichtsinnig den Kalender ausgeben wollten, hat einen Außenstand von fl. 1800, und deshalb haben wir ein Deficit von fl. 300. Im vorigen Jahre war eine Auflage von 11.000, im Jahre 1891 von 14.000 Exemplaren erschienen. Wir würden wünschen, daß der Parteitag zu einem Beschlusse kommt, wie man das regeln kann.

Genosse Hermann (Kratzau) wünscht, daß der Kalender früher erscheinen möge, und auch ein Verzeichniß der Jahrmärkte darin enthalten sei. Die Redactionen sollten die Abgabe nur an bestimmte Personen bewilligen, damit nicht so große Rückstände eintreten. Die Parteitags-Protokolle würden einen viel größeren Absatz finden, wenn sie nicht so spät erscheinen würden. Ich gebe zu, daß es eine große Arbeit ist. Ebenso ist es mit den Maifestschriften. Eine einheitliche Leitung würde von größtem Vortheile sein. Die Festschriften sollten einheitlich geleitet, gediegen und agitatorisch wirksam sein. Dann könnte auch ein Reinerträgniß erzielt und für die Zwecke der Partei verwendet werden. Die Parteivertretung sollte damit betraut werden, diese Festschriften zum Selbstkostenpreise an die Provinzen abzugeben. So werden wir einen besseren Absatz erzielen. Ich würde daher den Antrag stellen, daß bezüglich der Preßerzeugnisse (Kalender, Broschüren, Festschriften, Protokolle) eine einheitliche Erzeugung stattfinde, daß sie an die Redactionen unserer Blätter verschickt werden und eine einheitliche Abrechnung stattfinden möge. (Beifall.)

Genossin Kofler (Wien) stellt den Antrag, der Parteitag möge die Herausgabe einer selbstständigen „Arbeiterinnen-Zeitung" beschließen. Sie begründet diesen Antrag damit, daß dies zweckmäßig und für eine erfolgreiche Agitation unter den Arbeiterinnen auch nothwendig sei. Als Beiblatt der „Arbeiter-Zeitung" könne die „Arbeiterinnen-Zeitung" diesen Erfolg nicht erreichen. Sie bittet um Annahme dieses Antrages. (Beifall.)

Genosse Popp (Wien): Wenn wir über unsere Presse sprechen, müssen wir auch unsere Preßverhältnisse in's Auge fassen. Wenn schon die Herstellung ermöglicht ist, so stößt die Verbreitung auf solche Schwierigkeiten, daß wir uns wundern müssen, daß die österreichische

Arbeiterpresse trotzdem eine solche Verbreitung gefunden hat. Denken Sie an den § 23 des Preßgesetzes, der jede Colportage verbietet. Wenn wir gerade gegen diesen Paragraphen eine solche Agitation entfaltet haben, so geschah dies deshalb, um möglicherweise einen Druck auf das Abgeordnetenhaus auszuüben, diesen Paragraphen abzuändern, was ja mit gar keinen Kosten für den Staat verbunden ist, so daß es der Regierung und dem Parlamente in dieser Frage nicht möglich ist, Ausflüchte zu gebrauchen.

Das Parlament wird diese wachgerufenen Gespenster nicht los; das zeigt sich darin, daß sich der Ausschuß noch immer damit befaßt, obwohl das sehr schläfrig geht. Wir haben ein eminentes Interesse daran, den § 23 zu beseitigen, um endlich dieses Bleigewicht los zu werden, das die Verbreitung unserer Blätter hindert. Es ist geradezu ein Wunder zu nennen, daß die „Arbeiter-Zeitung" heute noch eine Auflage von 12.000 Exemplaren hat. Davon werden allerdings in Wien allein 8000 abgesetzt, 4000 gehen in die Provinz. Ich constatire gleich hier, daß die „Arbeiter-Zeitung" in der Provinz zurückgegangen ist, und zwar deshalb, weil die „Arbeiter-Zeitung" in dem Momente, wo sich die Provinzgenossen eine eigene Presse geschaffen haben, und dieselbe immer mehr zu verbreiten suchen, in der Provinz nicht mehr so intensiv agitirt wie früher. Zur Zeit der ersten Maibewegung war die Auflage der „Arbeiter-Zeitung" auf 20.000 gestiegen. Wenn wir in Wien einen solchen Absatz erzielt haben, so ist dies hauptsächlich den Filialen zu verdanken. Wir haben in Wien neun Verschleißstellen; fünf sind ganz separat von der „Arbeiter-Zeitung" errichtet, während die anderen vier in den verschiedenen Redactionen der Fachpresse vorhanden sind. Diese Filialen sind mit einem großen Kostenaufwand verbunden. Wenn sie aber trotzdem aufrecht erhalten werden, so geschieht dies, damit das Blatt verbreitet wird. Einen pekuniären Nutzen hat das Blatt dadurch nicht. Aber das Blatt kommt hinaus und deshalb müssen die Filialen um jeden Preis erhalten werden. Es ist auch über Wunsch einiger Provinzgenossen versucht worden, in den Provinzen Filialen zu errichten. So haben die Prager Genossen einen diesbezüglichen Wunsch geäußert. Es ist aber einfach nicht möglich, in den Provinzen irgend welche Filialen zu errichten; trotzdem § 3 des Preßgesetzes nur die Anzeige vorschreibt, verbieten es die Behörden einfach, ohne um Rechtsgründe zu fragen. Wir haben vor Monaten gegen dieses Verbot einen Recurs eingebracht, welcher bis heute nicht erledigt ist. Ein großer Uebelstand ist ferner, daß die Gelder nicht regelmäßig abgeführt werden. Das ist eine alte Klage und gerade die „Arbeiter-Zeitung" kann davon ein trauriges Lied singen. Wir sprechen nicht von den einzelnen Abonnenten, aber von Denjenigen, die mehrere Blätter abnehmen. Wir haben da aus den letzten zwei Jahren einen Rückstand von fl. 1200; für ein Arbeiterblatt, das mit so geringen Mitteln arbeitet, immerhin kein leichter Verlust; und dieser Verlust ist uneinbringlich. Die ökonomischen Verhältnisse sind schuld daran; Genossen, die lange Zeit pünktlich abgerechnet haben, werden auf einmal gemaßregelt, so daß sie genöthigt sind, irgend einen Betrag für sich zu verwenden, und dann geht es mit der Zahlung sehr schwer.

Bezüglich der Kalender sind wir ganz einverstanden, wenn der Parteitag einen Beschluß faßt, wo der Kalender herausgegeben werden soll. Die Hauptsache bleibt immer das Vertreiben desselben. Es wird da wenig nützen, wenn er nur an die Redactionen versendet wird, es werden immer enorme Rückstände bleiben. Wir haben beispielsweise für den letztjährigen Kalender noch fl. 300 ausständig, trotzdem wir denselben nur an Vertrauenspersonen geschickt haben. Wir hatten im vergangenen Jahre beschlossen, eine kleinere Auflage zu machen und den Kalender nur an Vertrauenspersonen zu schicken — trotzdem fl. 300 Rückstand.

Bezüglich der Parteitags-Protokolle bemerkt Redner, daß die Schuld an deren spätem Erscheinen nicht die Wiener Genossen treffe, welche die Protokolle herausgegeben haben. Schuld war die langwierige Arbeit, welche die Uebersetzung der czechischen Reden veranlaßte. Uebrigens haben uns die czechischen Stenographen in einer nicht näher zu bezeichnenden Weise aufsitzen lassen, indem sie erst über verschiedene Reclamationen, erst nachdem Genosse Hybeš sich in's Mittel gelegt hatte, die Stenogramme einsendeten. Ohne diese Verzögerung hätten wir vielleicht heute die ganze Auflage weg; so war fast gar kein Absatz. Wir haben eine Auflage von 5000 gemacht, davon sind verkauft 1435, ausständig sind 1261, die noch nicht gezahlt sind, 2195 sind noch am Lager. Der eincassirte Betrag beträgt fl. 287; ausständig sind fl. 252, während die Buchdruckerkosten, die wir bis Ende Mai ratenweise zahlten, fl. 800 betrugen. Es ist unter solchen Umständen nicht leicht möglich, Parteischriften herauszugeben, weil das Risico ein sehr großes ist und gerade dem Orte der Herausgabe zufällt. Das Deficit, das durch das letzte Protokoll verursacht wurde, mußte von den Wiener Genossen gedeckt werden.

Das diesmalige Protokoll wird jedenfalls rechtzeitig erscheinen aus dem Grunde, weil nur in einer Sprache verhandelt wird. Ueberdies haben wir mit den Stenographen vereinbart, daß sie die Reden nicht vollständig aufnehmen; es genügen die hauptsächlichen Punkte, damit das Protokoll nicht zu theuer kommt.

Was die Festschrift für den ersten Mai anbelangt, so wäre es besser, wenn sie einheitlich herausgegeben wird. Wenn ein solcher Beschluß gefaßt wird, so wird es leicht sein, denselben auszuführen, weil Sie eine Instanz geschaffen, welche dafür verantwortlich ist, daß es rechtzeitig geschieht und überhaupt geschieht. Es wird dann auch möglich sein, diese Festschrift zum Selbstkostenpreis in den Hauptorten der Organisation abzugeben, und es wird dann auch möglich sein, daß der Verschleiß ein größerer wird und dadurch gewiß ein Reingewinn für die Partei abfällt. In diesem Jahre glaube ich kaum, doch ist es möglich, daß ein kleiner Reingewinn erzielt wurde. Wir haben noch das Malheur gehabt, daß wir durch technische Verhältnisse gehindert waren, unsere Festschrift rechtzeitig erscheinen zu lassen. In Folge dessen haben wir noch viel am Lager. Auch wollten wir die Festschrift im Prater, an unseren Ausflugsorten vertreiben und haben um den Verschleiß bei der Behörde angesucht. Die Behörde hat es auf Grund des § 3, Punkt 2 und 3 abgelehnt. Wir hätten um den Verschleiß gar nicht eingereicht, aber wir hatten ein

Decret der Polizei in der Hand, wonach die „Sänger-Zeitung" um den Verschleiß im Prater und auf den Straßen angesucht und die Polizei das bewilligt hatte. Uns hatte man es verboten. Unser Fest war allerdings kein Sängerfest, kein bürgerliches Fest, sondern ein Arbeiterfest.

Ueber die Festschriften der früheren Jahre habe ich Folgendes zu berichten: Die „Volkspresse" hat versucht, die Festschriften immer separat herauszugeben, und die erste Festschrift hat sie überhaupt allein herausgegeben, ohne einen Beschluß der Wiener Genossen abzuwarten, ohne aber auch den Wiener Genossen zu verrechnen, ohne zu sagen, wie viel sie abgesetzt und was sie eingenommen hat. Bei der zweiten Festschrift im Jahre 1891 wollte die „Volkspresse" dasselbe Manöver ausführen. Aber die Wiener Genossen haben beschlossen, daß die Festschrift gemeinsam herausgegeben werde und das Reinerträgniß der Partei gehöre. Die „Volkspresse" hat sich dem Beschlusse scheinbar gefügt, sie hat den Redacteur der „Arbeiter-Zeitung" als Mitverleger der Festschrift zeichnen lassen. Die „Arbeiter-Zeitung" hat einen Theil in Verlag genommen. Aber einer gemeinsamen Verrechnung habe sie sich nicht unterworfen. Im Jahre 1891 sind 40.000 Exemplare gedruckt und mindestens 30.000 abgesetzt worden. Die „Arbeiter-Zeitung" hat nur 11.000 abgesetzt und 3000 sind noch vorhanden. Für diese 11.000 hat die „Arbeiter-Zeitung" allerdings das Geld in der Hand, bis auf einen Betrag, welcher der „Volkspresse" abgeführt wurde — ich glaube 400 Gulden — und es wird ein Reingewinn von 800 Gulden da sein, die übrigen Ausgaben davon abgerechnet. Nun hat aber die „Volkspresse" den größten Theil ihrer Festschrift abgesetzt und trotz wiederholten Verlangens nicht abgerechnet. Der Buchdrucker hat bis heute noch keinen Kreuzer Geld erhalten.

Die „Volkspresse" hat auch ein Liederbuch herausgegeben, das „Proletarier-Liederbuch"; auch da haben wir sie in einer Parteisitzung gezwungen, es gemeinsam herauszugeben, und sie hat scheinbar eingewilligt. Es sind 12.000 Exemplare gedruckt worden. Davon hat die „Arbeiter-Zeitung" 1300 erhalten. Dieses Liederbuch ist in der ganzen Auflage vollständig vergriffen. Aber der Drucker hat noch das ganze Geld zu erhalten, trotzdem die „Volkspresse" über 10.000 Stück abgesetzt hat. Sie sehen also, daß die Wiener Genossen Ursache gehabt haben, eine Controle zu verlangen, von der „Volkspresse" eine Verrechnung zu verlangen, und nachdem dieselbe unter verschiedenen Ausflüchten immer verwehrt wurde, war dies Grund genug, um gegen die „Volkspresse" aufzutreten.

Noch einige Worte zum Antrag der Genossin Kofler. Das soll zur Aufklärung über die „Arbeiterinnen-Zeitung" dienen. Diese erscheint nicht als Beilage, sondern als selbstständiges Blatt, so daß sie überall erscheinen kann. Nur damit sich die Expeditions- und Administrationskosten vermindern, wird sie mit der „Arbeiter-Zeitung" verlegt. Das Blatt ist aus diesem Grunde als Beilage angezeigt worden, weil viele Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung" gleichzeitig die „Arbeiterinnen-Zeitung" halten. Da erspart man Geld, weil für eine Beilage kein Porto gezahlt

wird. Dann kostet weder Redaction noch Administration einen Kreuzer. Daß die Zeitung dabei nicht schlecht steht, beweist, daß sie eine Auflage von 2500 Exemplaren hat, und daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" vielleicht das einzige unserer Blätter ist, welches nicht passiv ist, sondern einen Fonds von 170 Gulden aufzuweisen hat. Wenn die Genossinnen meinen, daß sie das Blatt, wenn sie es in eigener Verwaltung und Redaction haben, noch mehr verbreiten können, und daß noch mehr hinauskommen würde, so haben die Wiener Genossen nichts dagegen einzuwenden und sind bereit, sofort das Blatt auszufolgen. Nur eine Garantie wünschen sie, eine Redaction, damit das Blatt gut redigirt werde, um den Verhältnissen zu entsprechen. Auch der Parteitag wird nichts dagegen einzuwenden haben.

Genosse Bauer (Wien) wünscht Angaben über die Mai-Festschrift 1892.

Genosse Popp: Die heurige Mai-Festschrift ist in einer Auflage von 22.000 ausgegeben worden. Es sind aber zurückgekommen 4000 bis 6000, andererseits ist noch nicht genau abgerechnet, wie viel noch ausständig sind. Ich konnte in Folge dessen genaue Ziffern nicht bringen.

Genosse Justus (Wien): Sowie es nöthig ist, daß selbstständige Versammlungen von Frauen einberufen werden, ebenso nöthig ist es, daß eine Zeitung von Frauen für die Frauen herausgegeben wird. Die materiellen Verhältnisse gestatten es; wenn die Genossinnen es verlangen, dann ist es ihre Pflicht, auch die geistigen Kräfte zu stellen. Ich beantrage, daß die Parteivertretung beauftragt werde, den Moment in Berücksichtigung zu ziehen, wo die Verhältnisse es gestatten, die „Arbeiterinnen-Zeitung" selbstständig zu machen.

Genosse Zelbr (Brünn): Wir werden oft in einem Monat dreimal confiscirt, mehr Confiscationen als Blätter erschienen sind. Quittungsmarken, die an Genossen Bayer geschickt wurden, wurden polizeilich mit Beschlag belegt. Es kam zu polizeilicher Verurtheilung, und dann erst zum Landesgericht. Der Parteitag möge beschließen, daß der Kalender wieder in Brünn erscheinen soll.

Genosse Simon (Aussig): Ich richte an die Wiener Genossen die Anfrage, ob die „Glühlichter" im wahren Sinne des Wortes Partei-Eigenthum sind.

Genosse Czermak (Wien): Die „Glühlichter" sind Privateigenthum. Es wurde als Parteiblatt anerkannt, nachdem ich als Herausgeber mich ehrenwörtlich verpflichtet habe, einen Theil des Reingewinnes der Partei zuzuführen. Leider war dies nur zum geringen Theil möglich. Es sind verschiedene Umstände daran schuld, daß das Blatt, obwohl es eine große Auflage, doch kein namhaftes Erträgniß hat. Es hat eine Auflage von 12.000. Im Jahre 1890 hatten wir viel durch Confiscationen zu leiden. Wir haben Schulden zu zahlen. Die Auflage für Deutschland, der größere Theil, geben wir zu einem Preise ab, der nur die Erzeugungskosten abwirft. Von Mai ab tragen wir einen kleinen Theil dazu bei, der Partei in materieller Hinsicht unseren guten Willen zu zeigen. Wenn Sie glauben, daß das Blatt in Partei-Eigenthum über-

gehen soll, habe ich nichts dagegen. Aber erwägen Sie, ob Sie nicht warten sollen, bis es vollständig rangirt ist. Im vorigen Jahre wurde eine Controle beschlossen, es wurde noch nicht controlirt, weil ich erklärte, ich sei noch nicht à jour. Ich muß noch betonen, daß wir beigetragen haben, daß die Filialen der „Arbeiter-Zeitung" noch bestehen. Wir gehen einer besseren Zukunft entgegen.

Genosse Wildner wünscht, daß die Unterhaltungsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" auf beiden Seiten nur mit dem Unterhaltungstheil bedruckt werde.

Genosse Simon (Aussig) bespricht die Gründung des „Gesellschafter", dessen Redaction Ernst Berner übernommen habe, und die traurigen Preßverhältnisse in Aussig.

Er habe eine Broschüre herausgegeben „Auf der Höhe der Zeit", die nur eine Sammlung harmloser Citate war, trotzdem wurde das Büchlein an 13 Stellen confiscirt. Berner wurde beauftragt, einen möglichst harmlosen Styl zu wählen. In der ersten Nummer fiel er allerdings etwas zu harmlos aus, und wurde Berner aufgefordert, doch entschiedener vorzugehen. Das Blatt sei lebensfähig, da es beinahe 2500 zahlende Abonnenten habe; er beantragt daher: Der Parteitag möge beschließen, dieses Blatt, das auf dem Boden des Hainfelder Programms steht, als Partei-Organ anzuerkennen.

Genosse Egger (Salzburg) schildert das Vorgehen der Salzburger Blätter gegenüber den Socialisten, welche die Socialdemokratie theils todtschweigen, theils in der gehässigsten Weise gegen einzelne Personen losziehen; es werde nothwendig sein ein eigenes Organ zu besitzen.

Genosse Newole (Wien) bespricht den „Arbeiterschutz", ein Blatt, das seit 1890 existirt. Der Bestand dieses Blattes sei nunmehr gesichert. Das Blatt sei auch nicht mehr jungfräulich, es war bereits den Angriffen des Staatsanwaltes ausgesetzt. Die hohe Regierung fand es für nothwendig, Berichtigungen einzusenden. Redner empfiehlt, für die Verbreitung thätig zu sein.

Genosse Resel (Graz) berichtet über den „Arbeiterwille", dessen Verhältnisse nicht die besten seien. Die Zahl der Abnehmer sei keine genügend große. Die Grazer Genossen, die in dem Bestehen des Blattes eine Nothwendigkeit erblicken, haben für dasselbe große Opfer gebracht. Wir in Steiermark leiden besonders darunter, daß sehr viele Arbeiter nicht deutsch können, die deutschen Arbeiter aber oft nicht lesen und schreiben können. Ich bin von den Krainer Genossen beauftragt worden, den Parteitag zu ersuchen, er möge beschließen, daß die Krainer Genossen im Einvernehmen mit den Grazer Genossen ein slovenisches Blatt herausgeben können. Auch sollte eine slovenische Flugschrift herausgegeben werden. In Laibach und Triest ist es total unmöglich ein Blatt herauszugeben, weil der Staatsanwalt sehr viel Eifer, aber umso weniger Verstand hat.

Redner glaubt, daß alle Blätter der Partei gehören sollen, ohne Rücksicht auf ihre finanziellen Verhältnisse. Deshalb sollten auch die „Glühlichter in das Eigenthum der Partei übergehen, denn wenn

ein Blatt geeignet ist, einen Reinertrag abzuwerfen, so sind es die „Glühlichter". Bezüglich des „Gesellschafter" ist Redner der Ansicht, daß seine Gründung nicht im Einklange mit den Beschlüssen des vorigen Parteitages erfolgte.

Genosse Ehrlich (Graz) findet ebenfalls das Vorgehen bei der Gründung des „Gesellschafters" für nicht correct. Der Herausgeber Berner sei ein Geschäfts-Socialist; er benütze seine Stellung zu gehässigen Angriffen gegen einzelne Personen, insbesondere gegen die Zeitung „Glück auf!" (Bergarbeiter-Zeitung), die er in erster Linie selbst zu Grunde gerichtet habe. Der Parteitag sollte das Blatt nicht früher als Parteiblatt anerkennen, bevor die Genossen nicht überzeugt sind, daß das Blatt entsprechend den Principien der Socialdemokratie geleitet werde. (Beifall.)

Genosse Simon (Aussig) polemisirt gegen Resel und Ehrlich und vertheidigt Berner.

Schluß der Rednerliste wird hierauf beantragt und angenommen.

Genosse Dr. Adler (zur thatsächlichen Berichtigung) meint gegen Resel, die Wiener Genossen könnten in die Angelegenheit der slovenischen Flugschrift nicht eingreifen, sondern höchstens helfen. (Resel: Vollkommen einverstanden!)

Genosse Eich (Villach): Der § 23 spielt auch bei uns in Kärnten eine große Rolle. Es kamen Anklagen bei uns vor wegen Affichirung von Placaten zur Wahl. Im vorigen Jahre haben wir eine Zeit lang keine Arbeiterzeitung erhalten. Die löbliche Bezirkshauptmannschaft oder Landesregierung hat uns die Zeitungen weggenommen und bis heute noch nicht zurückgegeben. Die Mai-Festschrift wurde bei uns confiscirt. Ich möchte mich auch eines Auftrages entledigen. Die Genossen von Villach haben mir aufgetragen, zur Anregung zu bringen, daß die Annoncirungen von Vereinen und Versammlungen in einem speciellen Blatte zusammen gruppirt werden, welches von allen bestehenden Vereinen abonnirt werden müßte. Aus dieser Zeitung würden die Leute sich leichter zu Agitatoren heranbilden, und es können die Spalten der anderen Zeitungen zu etwas Anderem benützt werden.

Genosse Fränkel (Lemberg): Im Auftrage der Delegirten Galiziens erstatte ich Bericht über den Stand der Parteipresse in Galizien. Vor dem vorigen Parteitag in Wien haben wir zwei Parteiblätter gehabt, „Praza" und „Robotnik". Bald nachher wurde „Robotnik" von den Behörden boycottirt, und wir konnten ihn daher nicht herausgeben. Erst als wir eine Druckerei fanden, haben wir begonnen, wiederum „Robotnik" herauszugeben. Am ersten Jänner vorigen Jahres haben die Parteigenossen in Krakau den „Naprzod" gegründet, der 1500 Abnehmer hat. Das Blatt entwickelt sich fort und ist gut redigirt. Von den drei Blättern sind eigentlich nur zwei Parteiblätter, „Robotnik" und „Naprzod", welche unter der Controle der Partei stehen, während von „Praza" das nicht gesagt werden kann. „Praza" existirt schon vierzehn Jahre; Herausgeber und Redacteur des Blattes ist Genosse Daniluk. Solange wir keine feste Organisation hatten, mußten wir dar-

auf eingehen, daß das Blatt nur von einer einzigen Person herausgegeben wurde. Er war auch der Schreiber des Blattes, doch hat eine größere Anzahl von Genossen das Blatt materiell und geistig unterstützt. Als wir uns im Jahre 1890 organisirten, forderten wir Daniluk auf, die „Praza" der Controle der Partei zu unterwerfen. Daniluk weigerte sich und sagte, daß das Blatt sein Organ sei. Das war vom gesetzlichen Standpunkt aus richtig. Aber wir konnten ein Blatt nicht unterstützen, welches wir nicht controlirten, und haben ihn deshalb zur Controle aufgefordert. Anfangs Februar dieses Jahres haben wir in Lemberg eine Conferenz abgehalten und wollten dort die Sache klarstellen. Daniluk wurde aufgefordert, das Blatt der Partei zu übergeben, und zwar erst in vertraulicher Sitzung. Daniluk weigerte sich auch damals, und da beschlossen wir, wenn Daniluk auf seiner Weigerung beharrt, ein anderes Blatt zu gründen. Die Sache kam vor das Plenum; Daniluk fügte sich und die Sache war erledigt. Aber nach einigen Tagen, als die Delegirten schon in die Provinz gefahren waren, erklärte er, er wolle die „Praza" nicht hergeben. Wir beriefen eine große Versammlung der Parteigenossen, und da wurde beschlossen: die „Praza" hört auf, Partei-Organ zu sein. Es wurde ein neues Blatt gegründet, die „Sila", welches sich fortentwickelt. Daniluk aber redigirt sein Blatt weiter und sammelt sich eine kleine Partei; diese besteht aus ungefähr 60 Mann. Er gründete einen Arbeiterverein, welchem 49 Mann angehören. Unlängst hatte er von Wien, und zwar von Elbogen und Hanser, Hilfe bekommen. Ein sicherer Breiter schrieb Schmähartikel nach dem Muster der „Volkspresse". Wir haben die ganze Angelegenheit als eine locale betrachtet und erledigt.

Unsere Blätter gewinnen immer mehr Leser und Abonnenten. Auch der Inhalt wird besser. Wir gaben in diesem Jahre eine Maifestschrift heraus, die sehr stattlich aussah und in großer Anzahl verkauft wurde, so daß wir einen Reinertrag haben.

Auf der Landes-Conferenz haben wir beschlossen, ein Partei-Organ in jüdischem Jargon herauszugeben für die große Masse der jüdischen Proletarier, die keiner anderen Sprache mächtig sind. Die jüdischen Arbeiter sind noch mehr ausgebeutet als die christlichen. Sie haben gar kein Bewußtsein ihrer Lage und sind nicht organisirt. Wir müssen daher ein jüdisches Organ haben; doch haben wir noch nicht das Geld dazu. Aber wir hoffen, daß in kürzester Zeit das Blatt herausgegeben wird.

In Lemberg existirt noch ein Fachblatt, die „Kellner-Zeitung", die zwar kein Parteiblatt ist, aber auf socialdemokratischem Standpunkt steht; dann ein Witzblatt, ebenfalls socialdemokratisch.

Ferner wollen wir eine polnische Bauarbeiter- und Schneider-Zeitung gründen. Außer den Blättern geben wir Broschüren heraus. Wir haben einen Arbeiter-Kalender in großer Auflage herausgegeben; er wurde sehr gut aufgenommen, so daß wir dieses Jahr wieder an die Herausgabe eines Kalenders treten werden.

Genosse Adler (Wien): Unser Preßgesetz ist engherzig, die Handhabung unsinnig. Mit der Preßfreiheit ist es umso schlechter, je weiter

wir uns von Wien entfernen — das spricht nicht für Wien, sondern nur gegen die Handhabung anderwärts. Die Preßfreiheit ist umso schlechter bestellt, wenn es sich um eine andere als die deutsche Sprache handelt. In Triest z. B. springt man mit dem Preßgesetz um als ob es ein — Staatsgrundgesetz wäre. Den § 23 betrachten wir, solange er nicht aufgehoben ist, als wäre er nicht vorhanden. Die Arbeiterinnen wollen ihr Blatt selbstständig. Haben Sie es heute nicht selbstständig? (Zuruf der Genossinnen: Nein!) Wir als Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung" haben kein Interesse, die „Arbeiterinnen-Zeitung" herauszugeben. Sie müssen überlegen, ob die Bedingungen vorhanden sind. Zeigen Sie uns eine Genossin, die die Fähigkeit hat, das Blatt herzustellen. Das Blatt ist heute activ — ich gestehe, daß ich bei Gründung des Blattes nicht darauf gerechnet habe — wollen Sie es auf sich nehmen, es nicht — activ zu machen?

Bezüglich des „Gesellschafter" beantrage ich, es möge der Landes-Organisation die Entscheidung überlassen werden. Die „Volkstribüne", die von der Landes-Organisation anerkannt wurde, möge anerkannt werden. Die „Arbeiter-Zeitung" ist kein „Central-Organ", sondern ein Blatt wie alle anderen. Bezüglich der Unterhaltungsbeilage werden wir das Mögliche thun. Ich bin nicht dafür, daß man ein mehr als einmal in der Woche erscheinendes Blatt gründe, solange der § 23 vorhanden ist. Einmal in der Woche können wir durch unseren Colportage-Apparat selbst das objective Verfahren illusorisch machen bei strengster Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften; mehr als einmal geht es wöchentlich nicht. Bevor § 23 nicht aufgehoben ist, bin ich gegen ein tägliches Blatt, außer wenn Jemand ein erhebliches Capital hergibt und darauf verzichtet, es wieder zurückzubekommen. — Die Angelegenheit der „Arbeiterinnen-Zeitung" möge nicht der Parteivertretung, sondern dem Parteitag oder der Wiener Local-Organisation übergeben werden.

Genossin Kofler (Wien): Bei der Gründung der „Volkstribüne" wurde auch nicht der Befähigungsnachweis verlangt. Auch wir können von erfahrenen Genossen so unterstützt und eingeführt werden wie Genosse Schuhmeier.

Genosse Schiffner (Teplitz): Wir anerkennen den „Gesellschafter" so lange nicht, als nicht die Landes-Conferenz ihn anerkannt hat.

Genosse Preibisch (Warnsdorf): In einer Nummer des „Nordböhmischen Volksboten" stand ein Bericht über die Gründung eines Kriegervereines in Böhmisch-Leipa. Der Zweck des Vereines ist, den militärischen Geist auch nach zurückgelegter Präsenzzeit zu pflegen und zu erhalten. Und da stand am Ende des Berichtes im „Volksboten": „Wir wünschen diesem Verein das beste Gedeihen" (hört, hört! und Gelächter), „möge er sich bemühen, sein selbst gestecktes Ziel zu erreichen". (Hört, hört! und Gelächter.) Und da wird uns ein Vorwurf gemacht, daß zu wenig agitirt wird!

Genosse Schmidt (Leipa): Der „Volksbote" hat eine gemäßigte Schreibweise, weil die Bevölkerung, für die er geschrieben ist, kleinbäuerlich und kleinbürgerlich ist. Er sagt aber oft so viel wie ein radi-

cales Blatt. Was die Notiz über den Kriegerverein betrifft, wurde der Wunsch öfters ausgedrückt, man möge auch locale Angelegenheiten bringen. Der locale Theil wurde einem Genossen übergeben und dieser hat den Fehler gemacht. Immerhin paßt der Bericht für unsere Sache nicht. Man hat dem Genossen sein Amt, den localen Bericht zu machen, entzogen.

Genossin Dvořak: Wir sind von unseren Mandatgeberinnen auf's Strengste beauftragt worden, energisch für die Selbstständigkeit der „Arbeiterinnen-Zeitung" einzutreten. Die Sache darf nicht der Parteileitung überlassen werden, die hat blos die ihr aufgetragenen Arbeiten zu erledigen, aber nicht zu sagen, was geschehen soll. Wir haben bis jetzt noch nicht beweisen können, was wir leisten könnten, wir sind ja von früh bis spät in der Fabrik beschäftigt. Wenn bei den verschiedenen Arbeiterblättern Redacteure bezahlt werden, können auch wir dasselbe verlangen. Auch uns steht es bevor, wegen unserer Agitation gemaßregelt zu werden, wir wollen auch einen Ort haben, wo wir weiterhin im Interesse der Partei thätig sein können. Die meisten Genossen, die heute Redacteure sind, mußten sich auch erst die Kenntnisse erwerben. Wir wollen das auch so machen, wir wollen einstweilen, daß man uns ermögliche, uns einen Einblick zu verschaffen; Alles muß gelernt werden, und wir wollen es lernen. Genosse Adler kann sich ja auch darin täuschen, wenn er glaubt, das Blatt werde inactiv werden, wie er sich bei Gründung des Blattes getäuscht hat. Wir wollen die „Arbeiterinnen-Zeitung" selbstständig, sobald es uns möglich sein wird, eine Person als geeignet zur Redaction zu stellen. Die Genossen mögen in den Provinzen für die „Arbeiterinnen-Zeitung" agitiren.

Genosse Adler (Wien): Ich habe nur gesagt, die Genossinnen mögen jeden Beschluß wohl überlegen, damit sie nicht dann uns beschuldigen, wenn es schief geht. Daß wir für ein Deficit aufzukommen haben, wissen wir ja. Die Genossinnen haben heute in so glänzender Weise ihren Befähigungsnachweis erbracht, daß viele der Bedenken geschwunden sind. Wir werden ihnen gerne durch Belehrung an die Hand gehen. Wenn die Genossinnen damit einverstanden sind, daß der Uebergang in vernünftiger Weise sich vollzieht, sind wir auch dafür. Es möge der Parteitag darüber beschließen.

Genosse Popp (Wien): Es soll heute darüber beschlossen werden, und nicht der Local-Organisation überlassen werden.

Genosse Dolejši: Es war nicht nöthig, die „Volkstribüne" zu gründen, wo wir ohnedies schon zu viel Blätter haben. Die „Volkstribüne" ist überflüssig. In der „Volkstribüne" erschien ein Aufruf an einen Genossen, der sich ein Buch vom Verein „Apollo" ausgeliehen und längere Zeit behielt; dieser Aufruf denuncirte den Mann, der in der Staatsdruckerei beschäftigt ist, in einer Unternehmung, die nicht duldet, daß ein Arbeiter einem Verein angehört. Das ist eine Denunciation. (Oho!) Ich beantrage ferner: Der Parteitag beschließe die Herausgabe eines Blattes, welches für die Bauern schreibt.

Genosse Schuhmeier: Die „Volkstribüne" hat $4^1/_2$ Tausend

Auflage. In der Zeit, wo die „Volkspresse" die Partei vernachlässigte, war es die „Volkstribüne", die für die Partei geschrieben hat. Was die angebliche Denunciation betrifft, hat der Mann das Buch 6 bis 7 Monate im Besitz gehabt und hat hineingeschrieben: Eigenthum des . . . . ., sein Name. Das ist Diebstahl an dem Besitz des Vereins. Einen solchen muß man annageln.

Genosse Ehrlich (Graz): Ich sprach nicht aus Haß gegen Berner, sondern ich habe Thatsachen constatirt.

Genosse Justus: Ich ziehe meinen Antrag zurück. Genosse Höger, der verhindert ist, läßt erklären, daß es ihm derzeit unmöglich ist, ein Mandat in die Parteivertretung anzunehmen. Genosse Höger ist von den organisirten Buchdruckern beauftragt, zu beantragen: „Der Parteitag beschließt die möglichst baldige Schaffung eines täglich erscheinenden Blattes und setzt eine Commission von fünf Personen ein, welche im Vereine mit der Parteileitung alles Zweckdienliche zur Ausführung obigen Beschlusses zu veranlassen hat." Wir können eine Subscription einleiten.

Genosse Adler: Das ist ein neuer Antrag. Es muß darüber die Debatte eröffnet werden.

Genosse Roscher hält es für unzulässig, die Gründung eines täglich erscheinenden Organes einer Commission zu überlassen. Die Angelegenheit sei übrigens nicht dringlich. Man könnte dies dem nächsten Parteitag überlassen.

Genosse Dr. Adler ist für den Antrag, ohne sich viel von ihm zu versprechen. Wir haben uns überzeugt, daß das nicht so leicht geht. Einem Ausschusse, der eine Verantwortung nicht hat, kann man nicht ohne weiters die Aufbringung der Mittel überlassen, wenn auch der Parteitag nur vernünftige Leute wählen wird. Bezüglich der Wahl der Mittel und aller wichtigen Schritte sollte sich dieser Ausschuß mit der Parteileitung auseinandersetzen. (Rufe: Das steht im Antrage!)

Der Antrag Justus wird hierauf angenommen und die Wahl in den Ausschuß den Wiener Genossen überlassen.

Antrag Dvořak, Kofler und Genossen: „1. Der Parteitag möge die Herausgabe einer selbstständigen „Arbeiterinnen-Zeitung" beschließen;

2. Der Parteitag anerkennt die „Arbeiterinnen-Zeitung" als Partei-Organ und beauftragt die Parteivertretung, für die Verbreitung dieses Blattes thätig zu sein und in dem Momente, wo die dabei in Betracht kommenden Verhältnisse dies gestatten, die Herausgabe der „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbständiges Blatt zu bewilligen."

Einstimmig angenommen. (Bravo!)

Ein Antrag, Geschäfts-Annoncen in die „Arbeiter-Zeitung" nicht aufzunehmen, wird nach einigen Aufklärungen Popp's abgelehnt.

Antrag Kofler: „Der Parteitag möge die Schaffung einer Jugendschrift im socialdemokratischen Sinne bis zum nächsten Parteitag bestimmen."

Dieser Antrag wird nach einer kurzen Debatte, an der sich die Antragstellerin Kofler, Dr. Adler, Justus und Wutschel betheiligen, angenommen.

Antrag Bauer: „Der Parteitag beschließt, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" und die „Volkstribüne" als Partei-Organe erklärt werden; die „Volkstribüne" möge sich einer populäreren Schreibweise bedienen."

Angenommen.

Antrag Resel: „Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß die Genossen Krains entweder selbst oder im Einvernehmen mit den Grazer Genossen zur geeigneten Zeit an einem geeigneten Ort ein slovenisches Arbeiterblatt herausgeben."

Angenommen.

Antrag Schariman: „Um die Agitation auf das flache Land zu tragen, werden Flugschriften angefertigt, für deren Verbreitung die Provinzgenossen zu sorgen haben."

Angenommen.

Antrag Resel: „In Anbetracht dessen, daß die „Glühlichter" hauptsächlich von Parteigenossen gekauft und verbreitet werden, sollen sie in das Eigenthum der Partei übergehen, ohne Rücksicht darauf, ob sie activ oder passiv sind."

Genosse Dr. Adler spricht gegen diesen Antrag: Es sei ein platonisches Vergnügen, noch ein Deficit zu tragen.

Ueber diesen Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.

Antrag Hermann: „Sämmtliche Preßerzeugnisse (Kalender, Protokolle, Broschüren und Festschriften) sollen einheitlich herausgegeben und die Parteivertretung soll beauftragt werden, dies in die Hand zu nehmen und sie zum Selbstkostenpreise an die Redactionen verschicken."

Gegen den Antrag sprechen Roscher, Resel, worauf über denselben zur Tagesordnung übergegangen wird.

Antrag Bielowitzky: „Der Parteitag macht es der Parteivertretung zur besonderen Aufgabe, eine Uebersetzung der in deutscher Sprache vorhandenen ausgezeichneten Flugschriften in die anderen Landessprachen zu veranlassen."

Genosse Bielowitzky begründet seinen Antrag.

Angenommen.

Antrag Wutschel: „In künftigen Festschriften mögen Inserate geschäftlicher Natur keine Aufnahme finden."

Angenommen.

Antrag Zelbr: „Der Kalender soll wieder in Brünn herausgegeben werden."

Angenommen.

Ein Gegenantrag Tobola's, den Kalender in Wien zu drucken und den Satz drei Monate lang stehen zu lassen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Antrag Resel: „Der Parteitag beschließt, daß jedes literarische

Erzeugniß, welches Parteigenossen verbreiten, nur von der Partei, respective deren Organisation herausgegeben werden darf."

Ueber diesen Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.

Es wird zum letzten Punkt der Tagesordnung: **Allgemeine Partei-Angelegenheiten** übergegangen.

Bei der Nachwahl in die Parteivertretung wird Genosse Wutschel (Wien) gewählt.

Antrag Resel: „Die von den einzelnen Delegirten vorgebrachten Berichte nehmen nicht nur einen großen Theil der Berathungszeit in Anspruch, sondern enthalten auch eine Menge von Details, die theilweise schon aus der Parteipresse bekannt sind. Deshalb wäre es empfehlenswerth, daß künftighin die Berichterstatter ihre Referate 14 Tage vor Zusammentritt des Parteitages an die Einberufer einsenden, damit diese Berichte beim Zusammentritt den Theilnehmern gedruckt eingehändigt werden können."

Antrag Bauer: „Bei künftigen Parteitagen habe der Bericht aus den verschiedenen Orten zu entfallen, blos jede Landes-Organisation habe einen Bericht zu erstatten, der womöglich schriftlich an die Parteileitung einzusenden ist."

Resel zieht seinen Antrag zurück. Antrag Bauer wird einstimmig angenommen.

Antrag Newole: „Es ist mit Rücksicht auf die sich immer häufenden Gesetzesverletzungen und Uebergriffe der staatlichen Organe nöthig, ein eigenes Rechtsbureau oder Rechtsschutzamt zu errichten, dessen Aufgabe sein soll, in einzelnen Fällen den Instanzenzug durchzumachen und die Provinzgenossen im Kampfe gegen Willkür mit Rath und That zu unterstützen. Wenn jeder Verein nur jährlich fl. 5 beiträgt, kann ein geübter und verständnißreicher Rechtsgelehrter mit dieser Aufgabe betraut werden."

Genosse Adler (Wien): Es wird sich demnächst ein Rechtsschutz-Verein für ganz Oesterreich bilden, welcher zwar nicht von Parteigenossen gegründet wird, aber von der Partei ausgenützt werden kann.

Es wird die Zuweisung dieses Antrages an die Parteivertretung beschlossen.

Genosse Schmidt (Jägerndorf) stellt eine Anfrage bezüglich der Feier des ersten Mai.

Genosse Zelbr (Brünn): In Brüssel wurde beschlossen, den ersten Mai zu feiern. Der erste Mai wird wieder gefeiert werden mit Ruhe der Arbeit.

Genosse Dolejši (Wien): Ich beantrage, daß die zum Brüsseler Congresse Delegirten, wenn sie schon dem Parteitag nicht berichteten, doch in einer Broschüre berichten sollen.

Adler: Ueber nichts wurde so viel berichtet, wie über den Brüsseler Congreß. Wir werden der Regierung und der Bourgeoisie zeigen, daß der erste Mai trotz aller Hindernisse ein Feiertag bleibt. — Genosse Richter (M.-Schönberg): Es hat sich ein Fabrikanten-Verband constituirt und es hat eine Versammlung von sämmtlichen Indu-

striellen Oesterreichs getagt, wo beschlossen wurde, entschieden Stellung gegen den ersten Mai zu nehmen. Aus diesem Grunde sollen die Genossen und Genossinnen jetzt schon anfangen zu agitiren und darauf hinweisen, daß der erste Mai wieder ein internationaler Feiertag sein wird. Es handelt sich darum, daß das arbeitende Volk aller Länder seinen Willen und seine Macht beweist.

Genosse Resel (Graz): Die österreichische Arbeiterschaft müßte sich schämen, wenn sie nicht den ersten Mai feiern würde. Koste es was es wolle, wir werden am ersten Mai feiern; wir werden stärker sein als die Fabrikanten sammt ihren Geldsäcken.

Es wird hierauf einstimmig beschlossen, die Feier des ersten Mai aufrecht zu erhalten.

Genosse Popp (Wien): Ich fühle mich im Einverständisse mit den Wiener Genossen, wenn ich Ihnen den besten Dank ausspreche. Trotzdem man Mißtrauen und Zwietracht zwischen den Provinzen und Wien zu säen suchte, hat sich gezeigt, daß die Provinzgenossen, nachdem sie sich überzeugt haben, wie die Sache steht, den Wiener Genossen abermals ihr Vertrauen geschenkt haben. Die Partei geht aus diesem Parteitage gestärkt hervor. Die Genossen verlassen Wien mit dem Bewußtsein, daß die Wiener Genossen in jeder Beziehung suchten, Ihren Wünschen Rechnung zu tragen, daß sie sich bei der Streitfrage sehr reservirt hielten, und nur den Provinzgenossen die Entscheidung überließen.

Hat der erste Parteitag dazu beigetragen, die Organisation neu zu bilden und zu kräftigen, so dieser Parteitag noch mehr. Jeder Genosse konnte seine Wünsche aussprechen, es konnte ihnen Rechnung getragen werden. Hoffen wir, wenn wir wieder zusammenkommen, daß wir von einer kräftigen Organisation, von Fortschritten berichten können, und daß unsere Partei zu einer siegenden wird, der nichts widerstehen kann. (Bravo!)

Genosse Dolejši: Ich gebe die Erklärung ab: Ich will mit Ihnen kämpfen (Bravo!), ich will mit Ihnen gegen den gemeinsamen Feind kämpfen. Wenn wir aber an etwas nörgeln, behandeln Sie uns auch dann, wie es sich für Genossen gebührt. Der Parteitag hat genützt, er hat eine Organisation geschaffen, die uns gemangelt hat, was am meisten Veranlassung zur Unzufriedenheit gab. Auch die „Unabhängigen" sind ehrliche Socialisten, die den gemeinsamen Gegner bekämpfen werden. Ich glaube, sie werden unsere Thätigkeit in dieser Beziehung nicht hemmen. (Bravo!)

Genosse Schmidt (Jägerndorf): Im Namen des Präsidiums spreche ich Ihnen den Dank dafür aus, daß Sie soviel als möglich beitrugen, daß unsere Aufgabe nicht zu schwer wurde. Die Bedeutung des Parteitages für uns Alle ist eine große. So Mancher ist hergekommen und dachte, wer weiß, was er da nicht werde hören müssen. Wenn man die Tagespresse in die Hand nahm, glaubte man schon, daß in Wien Alles auseinandergegangen sei; wir glaubten, daß wir nur deshalb kommen sollten, um zusammenzuflicken. Es war nicht so arg, und am Schluß des Parteitages sind wir zur Ansicht gekommen, daß gar keine

Spaltung in der Partei vorhanden ist. Wir werden trachten, diese Einigkeit aufrechtzuerhalten. Sobald man sich gegenseitig bekämpft, hat man keine Zeit, andere zu bekämpfen. Wir haben die Pflicht, den Kampf gegen unsere Feinde bis zum letzten Augenblick zu führen, bis der Sieg erreicht ist. Alle Theilnehmer des Congresses werden gewiß nicht nur gestimmt und angenommen haben, sondern auch arbeiten, daß soviel als möglich zur Durchführung gelange. Ich bringe ein Hoch aus auf die internationale Socialdemokratie. (Alle Delegirten erheben sich und bringen ein dreimaliges Hoch aus.)

Mit der Absingung des „Liedes der Arbeit", der Marseillaise und des czechischen und polnischen Arbeiterliedes schließt der Congreß um $^1/_2$3 Uhr Nachmittags.

Zuschriften und Telegramme.

Agram. Parteigenossen.
Albrechtsdorf. Strikende Perlenarbeiter.
Amsterdam. Vorstand der socialdemokratischen Partei Hollands.
Augsburg. Oesterreichische gemaßregelte Genossen.
Basel. Partei-Comité der schweizerischen Socialdemokratie.
Baern. Genossen von Deutschhause, Schober und Fischer.
Berlin. Oesterreichische Parteigenossen.
Bielitz. Textilarbeiter.
Brünn. Parteigenossen.
„ Organisirte Metallarbeiter.
„ Eduard Rieger.
Budapest. Socialdemokratische Partei Ungarns.
Bukarest. J. Mille.
Cöln. J. N. Hoffmann.
Deutsch-Liebau Parteigenossen.
Eger. Genossen und Genossinnen.
Eichwald. Genossen Eichwald u. Wistritz.
Falkenau. Arbeiterfest.
Fischern. Redaction der „Volkswacht".
Gablonz. „ „ „Solidarität".
„ Für die Genossen des Gablonz-Tannwalder Bezirkes.
Gmunden. Parteigenossen.
Graslitz. Parteigenossen.
Graz. Parteigenossen.
Hof. Parteigenossen.
Jablonetz. Genossen in Röchlitz, Jablonetz und Umgebung.
Jassy. J. Nadejde.
Karbitz. Franz Hackel.
Klagenfurt. Parteigenossen.
„ Franz Egartner, N. Achatz, Georg Sokol.
Köflach. Zielbewußte in Köflach und Umgebung.
Köflach. Genossen.
Kolomea. Arbeiterschaft.
Kopenhagen. Socialdemokratie Dänemarks.
Korneuburg. Anwesende Landstraßer Genossen.
Krakau. Parteigenossen.
„ Maurergenossen.
„ Schuhmachergehilfen.
„ Tischlerarbeiter.
Krems. Parteigenossen.
Laibach. Parteigenossen.
Lemberg. Obirek, Faulhammer, Segeta, Drevnik, Korzynska und Nacher.
Lemberg. Banarbeiter.
„ Schneider und Kürschner.
Linz. Versammelte Buchdrucker-Delegirte aus allen Provinzen Oesterreichs.
London. Bloomsbury Socialist Society.
„ Communistischer Arbeiter-Bildungsverein.
London. International Socialdemokratic-Club.
London. Friedrich Engels.
„ Louise Kautsky.
„ National-Union der Gasarbeiter und sonstigen Arbeiter von Großbritannien und Irland.
London. Zweig der Arbeiterinnen von Silverton und Cannigton.
Mailand. O. Gnochi Viani.
„ Redaction „Il Tipografo", für die Buchdrucker Mailands.
Mährisch-Trübau. Parteigenossen Mähr.-Trübau und Tschuschitz.
Marienbad. Genossen von Marienbad und Umgebung.
Morchenstern. Classenbewußte Arbeiter.
Nachod. Einige Genossen.
Odrau. Versammelte Parteigenossen von Odrau, Neutitschein, Fulnek und Wigstadtl.
Paris. Nationalrath der socialdemokratischen Arbeiterpartei Frankreichs.

Plymouth. Congreß der Gasarbeiter.
Podgorze. Arbeiterschaft.
Pradl-Innsbruck. Parteigenossen.
Přivoz. Josef Mayer.

Reichenberg. Redaction „Zeitschwingen".
Rom. Prof. Antonio Labriola.
Römerstadt. Parteigenossen.

Salzburg. Parteigenossen.
Sassin. M. Zeitler.
Scheibbs. Wiener Sängerbündler.
Schöckel bei Graz. Michael Gartner.
Spachendorf. Parteigenossen.
Stanislau. Mitglieder der „Praca".
„ Arbeiter der Schneiderbranche.
„ Tischlerarbeiter.
Stockerau. Parteigenossen.
Stockholm. Socialdemokraten Schwedens.
St. Pölten. Genossen in St. Pölten und Umgebung.
Stryj. Socialistische Arbeiter.
Stuttgart. Karl Kautsky.

Trebitsch. Parteigenossen.
Trofaiach. Genossen in Trofaiach und Umgebung.
Troppau. Anwesende Freudenthaler und Jägerndorfer Sänger und Genossen.
Velten bei Berlin. Deutsche Genossinnen.
Venedig. Socialistisch organisirte Arbeiterschaft.
Villach. Parteigenossen.
Voitsberg. Bergarbeiter des Köflach-Voitsberg-Wieser Kohlenrevieres.

Warnsdorf. Warnsdorfer und Reichenberger Genossen.
Wernstadt. Illmann.
Weyr. Parteigenossen.
Wien. Org. Bauarbeiter.
„ Breitenseer Genossen.
„ Versammelte Parteigenossen beim Kaiser, XVI. Bezirk.
Wien. Kranke Tintenkuli.
„ Parteigenossen in Rudolfsheim.
„ Organisirte Verkehrsbedienstete.
„ Politischer Volksverein „Vorwärts".
Wien Slovenische Genossen.
Znaim. Parteigenossen.
Zürich. Herausgeber und Redaction der russischen socialdemokrat. Schriften.

Präsenzliste.

Adler Dr., Wien.
Ahrend, Eger-Marienbad.
Aron, Roth-Kosteletz.
Auer, Wien, VI.
Ausobsky, Wien, XV.
Baier, Brünn.
Baier Wilhelmine, Marienthal.
Bauer, Wien, XVII.
Bella, Mauthausen.
Bill, Neutitschein.
Bilowitzky Witkowitz.
Bizo Wien, VIII.
Bonupf, Wien.
Bretschneider, Wien.
Brückner sen., Wien.
Czermak, Wien.
Daszynski, Lemberg.
Diamant, Lemberg.
Dolejši Wien.
Dvorak Adelheid, Wien.
Egger, Salzburg.
Ehrlich, Graz.
Eich, Villach.
Ellenbogen Dr., Wien.
Englisch, Krakau.
Erner, Wien.
Fraenkel, Krakau.
Frey, Wien.
Fritsch, Wien, VII.
Fuchs, Zwittau.
Gabauer, Wien.
Gans, Graz.
Grahornig, Graz.
Grosse, Wien, X.
Grubinger Marie Wien.
Gstättner Köflach.
Hauser, Wien.
Hartinger, Wr.-Neustadt.
Heimann, Wien.
Hein Troppau.
Heinz, Steyr.
Hermann, Kratzau.
Hermann, Maffersdorf.
Hinterberger, Graz.
Hofer, Wien, I.
Höger, Wien, XVIII.
Hojer, Obergrafendorf.
Hollada, Wien.
Homa, Bielitz.
Huder, Lemberg.
Hybeš Brünn.
Jäger, Wien, III.
Jerson, Wien, XIII.
Justus, Wien, XIV.
Kiesewetter, Reichenberg.
Kozka, Donaufeld.
Kosler Victoria, Wien.
Kohlhofer, Zangthal.
Koller, Wien.
Korb, Kremusch.
Kozakiewicz, Neu-Sandec.
Kraenkel, Graslitz.
Krainer, Graz.
Krejčy, Wien.
Krondorfer, Römerstadt.
Kurowsky, Krakau.
Lagger, Bozen.
Lenk, Eger.
Lischka, Wien.
Maier, Wien, XI.
Meister, Schwechat.
Michel, Rumburg.
Mischak, Wigstadtl.
Mittelmaier, Graz.
Neander, Linz.
Neumann, Wien.
Nevole, Wien.
Notzar, Graz.
Nowicki, Krakau,
Pawlik, Sternberg.
Pelikan, Wien, II.
Pokorny, Wien.
Popp, Wien.
Preibisch, Warnsdorf.

Preßl, Wien.
Reichelt, Eichwald bei Teplitz.
Resel, Graz.
Neumann, Wien.
Richter, Mährisch-Schönberg.
Roscher, Reichenberg.
Saska, Innsbruck.
Schariman, Stockerau.
Schiffner, Dönis bei Grottau.
Schiffner, Graupen.
Schimek, Pottendorf.
Schmidt, Böhmisch-Leipa.
Schmidt, Jägerndorf.
Schrammel, Wien, XVI.
Schuhmeier, Wien.
Schürhagl, Wilhelmsburg.
Schwarz, Leobersdorf.
Simon, Aussig.
Slunnikar, Baden.
Smitka, Wien, XIX.
Tobola, Wien.
Tomaschko, Ramsau.
Ulbrich, Marienthal.
Veit, Meran.
Vidits, Wien, IX.
Wagner, Asch.
Walter, Floridsdorf.
Wasserloff, Donaufeld.
Widholz, Wien.
Wildner, Weisbach bei Haindorf.
Wilhelm, Wernstadt.
Wutschel, Wien, XII.
Zelbr, Brünn.
Zinburg, Brünn.

Eine Anzahl obenangeführter Delegirten vertraten außerdem noch folgende Orte:

Bials.
Borislaw.
Drohobycz.
Eibenberg.
Eichwald.
Feldkirchen.
Friedländer Bezirk.
Gloggnitz.
Hostau.
Hostowitz und Umgebung.
Karbitz.
Kolomea.
Königsberg.
Kosten.
Kostenblatt und Umgebung.
Lillerbach.
Mähr.-Ostrau.
Müglitz.
Payerbach.
Pechbach.
Podgorze.
Přívoč.
Probstau.
Prödlitz.
Reichenau.
Reichenberg Land und Umgebung.
Rostbach.
Schlöglmühl.
Schöbritz.
Soborten.
Steinschönauer Bezirk.
Spital a. d. Drau.
St. Veit a. d. Glan.
Stryj.
Teplitz.
Tuin.
Voitsberg und Umgebung.
Wernstadt u. Polzenthal.
Wistritz.
Zuckmantel.

Druckfehlerberichtigung:

Seite VIII ist zu ergänzen: als Schriftführer des Parteitages: Genosse Sliunikar (Baden).

Partei-Organisation

beschlossen vom Parteitage zu Wien 1892.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirks-Organisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den localorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirks-Organisation. Der Umfang der Bezirks-Organisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Landes-Conferenz festgestellt. Die Bezirks-Organisation bestimmt ihre Vertreter für die Landes-Organisation.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirks-Organisation entscheidet die Bezirks-Conferenz, doch ist der Landes-Conferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Landes-Conferenz aufheben kann. Ohne, oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirks-

Conferenz die Landes-, und ohne die Landes-Conferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Landes-Organisation.

Die Landes-Organisation bildet ein Agitations-Comité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Landes-Organisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirks-Organisationen möglichst regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Partei-Auslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Partei-Angelegenheiten tritt die Landes-Organisation über Berufung des Agitations-Comité nach Bedarf zu einer Conferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Landes.

Die Landes-Conferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirks-Organisationen des betreffenden Landes die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Landes-Organisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Landes-Organisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Landes-Organisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Landes-Organisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Dem Parteitag obliegt die Berathung und Beschlußfassung über alle die Partei berührenden Angelegenheiten.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus neun Personen bestehende Parteivertretung, welche die Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Dem Redactionspersonale der Parteiblätter dürfen jedoch nur ein Drittel derselben angehören. Die Auftheilung der Arbeiten bleibt den Genossen der Vertretung selbst überlassen und sind dieselben dem Parteitag verantwortlich.

Die Wahl einer fünfgliederigen Control-Commission wird vom Parteitage einer Landes-Organisation zugewiesen.

Die Mitglieder der Parteivertretung und des Control-Comités haben am Parteitage Sitz und Stimme.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit Bericht zu erstatten.

Die Parteivertretung hat alle Verlautbarungen durch sämmtliche politische Parteiblätter erfolgen zu lassen, und ist jedes politische Parteiblatt gehalten, solche Verlautbarungen ohne Verzug aufzunehmen.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Principien wirken und durch Discussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Classenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspeculation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß

vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Landes-Conferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landes-Conferenz anerkannt werden.

Sprechregister.

Adler 18, 20, 39, 54, 60, 64, 70, 72, 88, 91, 97, 100, 107, 114, 116, 130, 143, 147, 156, 157, 159, 160, 162
Ahrend 18, 58
Aron 54
Auer Ignaz 14, 53, 111, 114
Aufobsky 18, 105
Baier 55, 149
Bauer 31, 94, 146, 154
Bella 58
Bill 39
Bilowitzki 39, 47
Bizo 113
Bonupf 87, 103, 125, 133, 143
Brod 99
Brückner sen. 127
Czermak 154
Daszynsky 50, 134
Diamant 39, 49, 65, 66, 70, 137, 146
Digrin Dr. 88
Dolejši . 12, 13, 17, 20, 24, 26, 65, 70, 95, 100, 101, 114, 136, 145, 146, 159, 162, 163
Dvořak Adelheid 106, 138, 159
Egger 39, 47, 155
Ehrlich 62, 94, 147, 156, 160
Eich 39, 64, 156
Ellenbogen 17, 66, 70, 71, 114, 121, 143
Fraenkel 39, 156
Fuchs 41
Gabauer 43, 86, 102, 105, 146
Gans 90, 106, 143
Gerin 102
Groſſe 18, 20, 94, 129
Grubinger 41, 63
Hanſer 35, 39, 67

Hanslitschek 16, 54
Heinz 39
Hermann August 43, 147
Hermann Karl 44, 137, 150
Hinterberger 17
Hofer 29, 98
Höger 91, 104, 113, 143
Hollada 98
Homa 39
Hudec 48
Hybeš 91, 96
Justus 138, 154, 160
Kiesewetter 20, 56, 72, 91, 101, 104, 132, 148
Koczka 13, 30, 49
Kosler Victoria 137, 150, 158
Korb 58
Kozakiewicz 39
Kraenkel 54, 137
Krainer 39, 135
Kreiczy 96, 146
Krondorfer 44
Kurowsky 51
Lagger 39
Leißner 11, 13
Lischka 138
Michel 55
Mittelmaier 39
Neander 47, 138, 141
Neumann 17, 31, 65, 96
Nevole 155, 162
Notzar 39, 134
Pelikan 63
Pokorny 40, 116, 117, 139, 141
Popp 12, 13, 17, 39, 87, 91, 113, 116, 146, 150, 154, 159, 163
Preibisch 39, 44, 47, 158
Resel 18, 39, 45, 70, 87, 105, 143, 146, 155, 163
Reumann 20, 91
Richter 39, 65, 69, 90, 128, 162
Roscher 13, 17, 39, 43, 63, 65, 70, 80, 93, 113, 134, 138, 143, 160
Saska 17, 39, 42, 64, 65, 66, 70, 71, 136, 146
Schariman 40, 43, 114
Schiffner Paul 39
Schiffner Adolf 90, 153
Schimek 40
Schmidt Karl 41, 158
Schmidt Hugo . . . 41, 58, 64, 66, 70, 88, 116, 138, 143, 145, 147, 162, 163
Schrammel 34, 69, 103, 146

Schuhmeier 35, 39, 159
Schürhagl 40
Schwarz 33, 40
Simon 54, 154, 155, 156
Slamikar 138
Smitka 63
Tobola 38, 137
Tomaschko 40
Ulbrich 40
Veit 57
Wagner 39, 64, 92, 135, 147
Walther 63
Wasserloff 106
Widholz 43
Wildner 56, 66, 134, 155
Wilhelm 41
Wutschel 101, 143
Zelbr 98, 154
Zinburg 133

Inhalts-Verzeichniß.

Seite

Parteiprogramm III
Tagesordnung und Bureau VIII
Geschäftsordnung IX
I. Verhandlungstag 11
Parteibericht 20
II. Verhandlungstag 41
III. Verhandlungstag 72
Programm und Taktik 72
IV. Verhandlungstag 116
Organisation 116
V. Verhandlungstag 148
Parteipresse 148
Allgemeine Partei-Angelegenheiten 162
Zuschriften und Telegramme 165
Präsenzliste 167
Partei-Organisation, beschlossen vom Parteitage zu Wien 1892 169
Sprechregister 173

„**Glück auf**". Karbitz (Böhmen). Redaction und Administration: Karbitz 167. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 40 kr.

„**Graphische Nachrichten**". Wien. Redaction und Administration: Wien, XVII., Sterngasse 24. Erscheint am 1. und 16. jeden Monats. Vierteljährig 36 kr.

„**Hlas lidu**" (slavisch). Proßnitz. Redaction und Administration: Stefansgasse 6. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag des Monats. Vierteljährig 40 kr.

„**Oesterr. Metallarbeiter**". Wien. Redaction und Administration: IV., Hundsthurmerstraße 4. Erscheint jeden 1. und 3. Freitag des Monats. Vierteljährig 30 kr.

„**Nachrichten**" (Organ der Wiener Tapezierergehilfen). Wien. Redaction und Administration: VI., Dreihufeisengasse 7. Erscheint monatlich einmal jeden zweiten Freitag. Vierteljährig 20 kr.

„**Naprzód**" (polnisch). Krakau. Redaction und Administration: ul. Szczepanska 5. Erscheint zweimal monatlich. Vierteljährig 40 kr.

„**Na zdar! Odborný list uhlokopů**". fl. 1.20. Erscheint zweimal des Monats in Brüx.

„**Nordböhmischer Volksbote**". Organ für die arbeitende Bevölkerung. (Publications-Organ der Arbeiter der Glas- und Keramikwaarenbranche.) Steinschönau Nr. 560. Erscheint wöchentlich einmal jeden Freitag. Vierteljährig 70 kr.

„**Obuvník**" (slavisch). Prag, Smichow. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 25 kr.

„**Odborný časopis hájici zájmy dělnictva mlynářského**" (slavisch). Prag-Žižkov, Sinanska ulice 170. Vierteljährig 40 kr.

„**Odborný list dělnictva textilního**" (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint jeden 2. und 4. Donnerstag.

„**Odborný list krejčích**". fl. 1.20. Erscheint jeden 2. und 4. Donnerstag in Brünn. Vierteljährig 30 kr.

„**Omladina. List pro mládež**". 96 kr. Erscheint monatlich zweimal in Kladno.

„**Pekař**" (slavisch). Prag. Redaction und Administration: Schneckengasse. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 25 kr.

„**Posel Lidu**". Pilsen, Přemysig. 7. Erscheint zweimal monatlich. fl. 1.40.

„**Rakouský Kovodělník**" (slavisch). Prag. Redaction: Prag-Žižkov, Rokycanova tř. Administration: Prag-Karolinenthal, Královská tř. 73. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 30 kr.

„**Rašple**". humoristisch-satirisches Arbeiterwitzblatt (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint einmal des Monats. Halbjährig 35 kr.

„**Robotnik**" (polnisch). Lemberg. Redaction: Akademicka 8. Erscheint zweimal monatlich. Vierteljährig 40 kr.

„**Rovnost**" (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint am 2. und 4. Mittwoch jeden Monats. Vierteljährig 35 kr.

„**Sila**" (polnisch). Lemberg. Redaction und Administration: ul. Szajnochy 1, 7. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 40 kr.

„**Socialni demokrat**" (slavisch). Prag. Redaction und Administration: Pstroßgasse 189. Erscheint jeden 2. und 4. Donnerstag des Monats. Vierteljährig 40 kr.

„**Solidarität**". Organ der Arbeiter der Glas-, Porzellan- und Thonwaaren-Industrie. Reichenberg. Redaction und Administration: Sprung Nr. 7 neu. Vierteljährig 35 kr.

„**Socialdemokratische Blätter**". Salzburg. Redaction und Administration: Maxglan, Glangasse 61. Erscheint zwangslos monatlich einmal.

„**Sloboda**" (kroatisch). Agram, Ilica 150.

„**Der Textilarbeiter**". Reichenberg. Redaction und Administration: Wallensteinstraße 15. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 25 kr.

„**Tischler-Zeitung**". Wien. Redaction, Administration und Expedition: V., Hundsthurmerstraße 37—39. Erscheint am 2. und 4. Samstag jeden Monats. Vierteljährig 40 kr.

„**Truhlářské listy**" (slavisch). Prag. Redaction: Weinberge, Taborstraße 458; Administration: Taborstraße 485. Erscheint am 1. und 3. Freitag jeden Monats. Vierteljährig 35 kr.

„Veleslavín" (czech. Buchdrucker-Organ). Prag. Ganzjährig fl. 2.70. Redact „na Slupi" Nr. 1560—II.

„Volksfreund". Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt Erscheint wöchentlich jeden Donnerstag. Vierteljährig 75 kr.

„Volkstribüne". Wien. Redaction und Administration: VII., Kaiserstraß Erscheint jeden 1. und 3. Montag des Monats. Vierteljährig 30 kr.

„Volkswacht". Fischern. Redaction und Administration: Nr. 189. Ersch am 1. und 3. Mittwoch eines jeden Monats. Vierteljährig 30 kr.

„Vorwärts!" (Buchdrucker-Organ). Wien. Redaction und Administrati VII., Zieglergasse 25. Erscheint wöchentlich jeden Freitag. Vierteljährig Wien 1 fl. 10 kr., für Oesterreich-Ungarn 1 fl. 15 kr.

„Zár" (slavisch). Prag. Redaction: Pstroßgasse 196; Administration: P Smichow, Resselgasse 565. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 2

„Ženský List" (czech. Arbeiterinnen-Zeitung). Brünn, Josefstadt 21. G jährig 96 kr.

Wiener politische Volksbibliothek

I. Heft: Nutzen und Bedeutung der Gewerkschaften. Von Emil Kr

II. Heft:

§ 23 des Pressgesetzes

Je 10 kr. per Heft. Von Dr. Victor Adler. Mit Postporto 12 kr.

III. Heft: Zur Frage der Lebensmittelvertheuerung. Von Carl H

Preis 15 kr., mit Postporto 17 kr.

Verhandlungen des **I. Parteitages** der österr. Socialdemokratie zu Hainfeld 1889.

Preis 5 kr., mit Postversendung 8 kr.

Wien, 1889. Verlag von L. A. Bretschneider VI., Gumpendorferstrasse 60.

Verhandlungen des **II. Parteitages** der österr. Socialdemokratie zu Wien 1891.

Preis 10 kr., mit Postversendung 13 kr.

Wien, 1891. Verlag von L. A. Bretschneider VI., Gumpendorferstrasse 60.

Druck von L. Bergmann & Comp., Wien, IX., Universitätsstraße 6—8.

HX
256
S6
1892

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei. Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY